

An die  
Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

**nachrichtlich:**

An die  
stv. Mitglieder des Jugendhilfeausschusses  
und die Kreistagsabgeordneten,  
die nicht dem Jugendhilfeausschuss angehören

An die Landrätin und die Dezernenten

**Einladung**  
**zur 2. Sitzung**  
**des Jugendhilfeausschusses**

**(XVIII. Wahlperiode)**

**am Mittwoch, dem 03.06.2026, um 17:00 Uhr**

Kreishaus Grevenbroich  
Kreissitzungssaal (1. Etage)  
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich  
(Tel. 02181/601-2172)  
Navigation: [www.rkn.nrw/TR814](http://www.rkn.nrw/TR814)

**TAGESORDNUNG:**

**Öffentlicher Teil:**

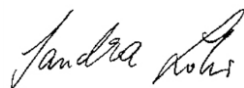
1. Eröffnung der 02. Sitzung
  - 1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
  - 1.2. Genehmigung der letzten Niederschrift
2. Grundsatzangelegenheiten
  - 2.1. Neubau Kreisjugendamt  
Vorlage: 51/1003/XVIII/2026

- 2.2. Reform des SGB VIII – „Inklusive Lösung“ / Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe  
Vorlage: 51/1001/XVIII/2026
- 2.3. Personalbemessung im Kreisjugendamt  
Vorlage: 51/1000/XVIII/2026
- 2.4. Neue Satzung für das Jugendamt des Rhein-Kreises Neuss  
Vorlage: 51/0923/XVIII/2026
3. Jugend- und Familienhilfe
  - 3.1. Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Familienpflege  
Vorlage: 51/0917/XVIII/2026
4. Tageseinrichtung für Kinder / Tagespflege
  - 4.1. Nachtrag zur Meldung der Gruppen und Gruppenformen, der Anzahl der Plätze für U3- und Ü3-Kinder und der Betreuungszeiten gemäß § 33 Abs. 4 KiBiz in Verbindung mit § 38 KiBiz zum 15.03.2025 an das Landesjugendamt  
Vorlage: 51/0918/XVIII/2026
  - 4.2. Zuschuss zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten gemäß § 48 KiBiz  
Vorlage: 51/0919/XVIII/2026
  - 4.3. Zweckbindung für Plätze im Rahmen der U3-Investitionsprogramme  
Vorlage: 51/0921/XVIII/2026
5. Jugendarbeit / Jugendschutz
  - 5.1. Antrag der Stadt Korschenbroich auf Bezuschussung der Kosten für die Sanierung der WC-Anlagen für die Kinder- und Jugendeinrichtung „Sinnflut“ in Korschenbroich-Glehn  
Vorlage: 51/0922/XVIII/2026
  - 5.2. Digitaler Familienkompass  
Vorlage: 51/1004/XVIII/2026
6. Mitteilungen der Verwaltung
7. Anfragen
8. Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle

## **Nichtöffentlicher Teil:**

1. Eröffnung
2. Protokollgenehmigung
3. Mitteilungen
4. Anfragen

Vorsitz





Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 22.05.2026

51 - Jugendamt

**rhein  
kreis  
neuss**

**Sitzungsvorlage-Nr. 51/1003/XVIII/2026**

<b>Gremium</b>	<b>Sitzungstermin</b>	<b>Behandlung</b>	<b>Zuständigkeit</b>
<b>Jugendhilfeausschuss</b>	03.06.2026	öffentlich	Kenntnisnahme

**Tagesordnungspunkt:  
Neubau Kreisjugendamt**

**Sachverhalt:**

Die Verwaltung wird über den aktuellen Sachstand mündlich berichten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreisjugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.



**Sitzungsvorlage-Nr. 51/1001/XVIII/2026**

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung	Zuständigkeit
Jugendhilfeausschuss	03.06.2026	öffentlich	Kenntnisnahme

**Tagesordnungspunkt:**

**Reform des SGB VIII – „Inklusive Lösung„ / Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe**

**Sachverhalt:**

**1. Ausgangslage und Zielsetzung der Reform**

Seit mehreren Jahren verfolgt der Bundesgesetzgeber das Ziel, die Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen unter dem Dach der Kinder- und Jugendhilfe zusammenzuführen. Hintergrund ist die sogenannte „Inklusive Lösung“, die insbesondere auf die Umsetzung der Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention sowie auf eine stärkere Bündelung von Unterstützungsleistungen für junge Menschen und ihre Familien abzielt.

Bislang bestehen unterschiedliche Zuständigkeiten:

1. Leistungen für Kinder und Jugendliche mit seelischer Behinderung werden bereits durch die Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII vor Ort durch die Jugendämter erbracht,
2. Leistungen für junge Menschen mit geistiger oder körperlicher Behinderung hingegen grundsätzlich durch die Eingliederungshilfe nach dem SGB IX, in NRW demnach nochmals untergliedert durch die Sozialämter vor Ort bzw. den Landschaftsverband Rheinland (LVR)

Ziel der Reform ist es insbesondere,

1. Leistungen „aus einer Hand“ zu ermöglichen,
2. Zuständigkeits- und Schnittstellenprobleme zu reduzieren,
3. niedrigschwellige Zugänge für Familien zu schaffen,
4. und eine stärker inklusive Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe zu erreichen.

Der aktuelle Referentenentwurf sieht vor, die Eingliederungshilfe für junge Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung künftig ebenfalls in das SGB VIII zu überführen. Die Jugendämter würden damit perspektivisch zu umfassenden Rehabilitationsträgern für alle Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen.

## 2. Bisheriger Beratungsverlauf

Die Reformdiskussion zur „Inklusiven Lösung“ wird auf Bundesebene bereits seit mehreren Jahren geführt. Einen wesentlichen Impuls erhielt das Verfahren durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG), das bereits eine schrittweise Zusammenführung der Leistungen vorsah.

In der vergangenen Legislaturperiode legte die damalige Bundesregierung einen Entwurf für ein „Gesetz zur Ausgestaltung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe“ (IKJHG) vor. Dieses Gesetzgebungsvorhaben konnte jedoch infolge der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 nicht mehr abgeschlossen werden und unterlag damit dem Grundsatz der Diskontinuität.

Die aktuelle Bundesregierung hat das Reformvorhaben inzwischen erneut aufgegriffen. Am 26.03.2026 wurde ein neuer Referentenentwurf für ein „Erstes Gesetz zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe“ (1. KJHSRG) in die politische Beteiligung eingebracht. Dieser ist der Vorlage als **Anlage 1** beigefügt.

Parallel hierzu laufen umfangreiche Beratungen:

1. auf Ebene der kommunalen Spitzenverbände,
2. der Länder,
3. der Fachverbände,
4. sowie innerhalb der Jugendhilfe- und Eingliederungshilfestrukturen.

Auch der Landkreistag Nordrhein-Westfalen (LKT NRW) und der Deutsche Landkreistag (DLT) haben sich bereits kritisch zum Entwurf positioniert.

## 3. Geplantes zweistufiges Reformverfahren

Nach derzeitigem Stand verfolgt der Bund ein zweistufiges Reformmodell:

Die erste Reformstufe betrifft insbesondere:

1. die Einführung der Gesamtzuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe,
2. die strukturelle Neuordnung der Eingliederungshilfe,
3. neue Hilfe- und Leistungsplanverfahren,
4. die Einführung infrastruktureller Bildungsassistenz,
5. sowie erste Entlastungs- und Vereinfachungsmaßnahmen.

Ziel des Bundes ist weiterhin, die neue Zuständigkeitsstruktur zum 01.01.2028 in Kraft treten zu lassen. Voraussetzung hierfür ist, dass ein entsprechendes Bundesgesetz spätestens bis zum 01.01.2027 verabschiedet wird.

In einem weiteren Schritt sollen anschließend zusätzliche gesetzgeberische Maßnahmen folgen, insbesondere:

1. Effizienzsteigerungen,
2. stärkere Steuerungsinstrumente,
3. Kostenbegrenzungen,
4. sowie eine Überprüfung bestehender Leistungsstrukturen.

#### **4. Besondere Herausforderungen in NRW und Zeitlinie**

Die Umsetzung der Reform stellt Nordrhein-Westfalen vor besondere organisatorische Herausforderungen.

Während die Eingliederungshilfe in einigen Bundesländern bereits vollständig kommunal organisiert ist, bestehen in Nordrhein-Westfalen mit den Landschaftsverbänden Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LWL) starke überörtliche Trägerstrukturen der Eingliederungshilfe.

Damit ist die Reform in Nordrhein-Westfalen nicht allein durch Bundesrecht umsetzbar. Vielmehr bedarf es zusätzlicher landesrechtlicher Konkretisierungen, insbesondere durch Änderungen der nordrhein-westfälischen Ausführungsgesetze. Diese werden naturgemäß erst (mit zeitlichem Nachlauf) erlassen, wenn das Bundesgesetz verabschiedet ist. Bereits in zeitlicher Hinsicht sehen die kommunalen Spitzenverbände enorme Umsetzungsschwierigkeiten, denn mit einer Verabschiedung des Gesetzes ist erst Ende 2026 zu rechnen, mit Ausführungsgesetzen des Landes rechnet die Verwaltung derzeit nicht vor Frühjahr 2027.

Offen sind derzeit insbesondere folgende grundlegende Fragen, die eine strukturierte Vorbereitung der Verwaltungsreform faktisch unmöglich machen:

1. Welche Aufgaben verbleiben künftig bei den Landschaftsverbänden?
2. Welche Aufgaben gehen auf die örtlichen Jugendämter über?
3. Wie erfolgen Personal- und Fallübergänge?
4. Wie werden IT-Systeme, Finanzströme und Fachverfahren übertragen?
5. Wie wird die Finanzierung sichergestellt?

#### **5. Herausforderungen für die kommunale Jugendhilfe**

Nach Einschätzung der kommunalen Spitzenverbände handelt es sich faktisch um einen mehrjährigen Verwaltungsumbau.

Erforderlich wären insbesondere:

1. neue Aufbau- und Ablauforganisationen,
2. Anpassungen der Fachverfahren,
3. neue Personalbemessungen,
4. umfangreiche Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen,
5. neue Hilfe- und Leistungsplanverfahren,
6. der Ausbau inklusiver Jugendhilfeplanung,
7. sowie neue Kooperationsstrukturen mit freien Trägern und anderen Leistungssystemen.

Gleichzeitig trifft die Reform auf bereits heute stark belastete Jugendhilfestrukturen:

1. steigende Fallzahlen,
2. zunehmende Komplexität der Fälle,

3. erheblicher Fachkräftemangel,
4. steigende Anforderungen an Dokumentation und Steuerung,
5. sowie zunehmende finanzielle Belastungen der Kommunen.

Der LKT NRW geht davon aus, dass allein für die Umsetzung der „Inklusiven Lösung“ in einer durchschnittlichen Kommune mit rund 200.000 Einwohnern ein zusätzlicher Personalbedarf von ca. 40 Vollzeitstellen entstehen könnte. Bundesweit rechnen die kommunalen Spitzenverbände mit zusätzlichen Personalkosten in Milliardenhöhe. Die vom Bund prognostizierten langfristigen Einsparungen werden von kommunaler Seite daher ausdrücklich infrage gestellt. Inwieweit hierfür (etwa aufgrund von Personalkosteneinsparungen im Bereich der Landschaftsverbände) Entlastung für die Kommunen erfolgt, ist derzeit offen.

Entsprechend hat fällt derzeit auch die Kritik der kommunalen Spitzenverbände an der Durchführung der Reform aus. Dass sie inhaltlich sinnvoll und notwendig ist, bestreitet indes niemand.

## **6. Auswirkungen der Reform auf öffentliche Jugendhilfe im ländlichen Raum**

Bereits heute stehen insbesondere kleinere und mittlere Jugendämter bundesweit vor erheblichen strukturellen Herausforderungen. Steigende Fallzahlen, zunehmende Komplexität der Fälle, hohe Dokumentations- und Verfahrensanforderungen sowie der anhaltende Fachkräftemangel führen vielerorts zu einer Überlastung der vorhandenen Strukturen. Dies betrifft insbesondere Jugendämter in eher ländlich geprägten Räumen oder in mittleren kreisangehörigen Städten.

Vor diesem Hintergrund ist bereits heute bundesweit eine Tendenz erkennbar, einzelne Aufgabenbereiche in größere Verwaltungsstrukturen oder interkommunale Kooperationsmodelle zu überführen. Diskutiert werden hierbei insbesondere gemeinsame Fachstrukturen, spezialisierte Dienste oder die Bündelung einzelner Aufgaben auf Kreisebene. Immer häufiger auch die vollständige Übertragung der Aufgaben der örtlichen Jugendhilfe. Der Rhein-Kreis Neuss macht hier insofern keine Ausnahme. Die vorgesehene Strukturreform könnte diese Entwicklung weiter verstärken.

Rechtlich ist zwischen einer interkommunalen Zusammenarbeit bei einzelnen Aufgaben und einer Rückkehr einer kreisangehörigen Stadt in die Zuständigkeit des Kreisjugendamtes zu unterscheiden:

Einzelne Aufgaben können nach den allgemeinen Regeln der kommunalen Gemeinschaftsarbeit, insbesondere durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung, gemeinsam wahrgenommen oder auf einen anderen Beteiligten übertragen werden.

Hiervon zu unterscheiden ist die förmliche Aufgabe der eigenen Jugendamtsträgerschaft einer kreisangehörigen Stadt. Das AG-KJHG NRW sieht hierfür inzwischen eine Rückkehroption vor: In NRW sind zunächst Kreise und kreisfreie Städte örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe; große kreisangehörige Städte können durch Rechtsverordnung ebenfalls zu örtlichen Trägern bestimmt werden.

Auf Antrag der kreisangehörigen Gemeinde kann die Bestimmung zum örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe allerdings auch jederzeit durch Rechtsverordnung widerrufen werden. Der Übergang dieser Aufgaben auf den Kreis ist damit dem Grunde nach ohne dessen Zustimmung möglich. Über relevante Fragestellungen wie der Zeitpunkt des Übergangs und operative Bedingungen, insbesondere in personeller und finanzieller Hinsicht, ist das Benehmen mit dem Kreis herzustellen.

## **7. „Handeln trotz Ungewissheit“ – Was wir derzeit tun (können)**

Ob der derzeitige Zeitplan zur Umsetzung der Verwaltungsreform bestehen bleibt, erscheint aus Sicht der Verwaltung höchst fraglich. Mit Einbringung des Referentenentwurfes gab es starke und massive Kritik, nicht nur aus Reihen der kommunalen Spitzenverbände. Daher erscheint derzeit das wichtigste, den weiteren Beratungsprozess engmaschig zu begleiten. Nach Einbringung des Referentenentwurfes wurde daher eine Arbeitsgruppe zwischen Jugendamt und Sozialamt gegründet, die sich fortan kontinuierlich mit den möglichen organisatorischen, fachlichen und strukturellen Auswirkungen der Reform auf den Rhein-Kreis Neuss befasst und im Laufe des Sommers ggfls. weitere Partner in den Dialog mit einbindet.

Darüber hinaus hat der Rhein-Kreis Neuss schon in 2025 frühzeitig erste vorbereitende Maßnahmen eingeleitet, um den wenngleich sehr begrenzten kommunalen Handlungsrahmen zu nutzen. So wurden die Verfahrenslotsinnen zentral beim Rhein-Kreis Neuss angesiedelt und organisatorisch kreisweit ausgerichtet. Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt dabei nicht nur bezogen auf den eigenen Jugendamtsbezirk des Kreisjugendamtes, sondern unter Einbeziehung der Jugendämter im gesamten Kreisgebiet. Zu den derzeitigen Arbeitsschwerpunkten gehören insbesondere:

1. die Erhebung und Analyse von Fallzahlen,
2. die Erfassung bestehender Unterstützungs- und Leistungsstrukturen,
3. die Identifikation zukünftiger Bedarfe,
4. die Analyse von Schnittstellen und Übergängen,
5. sowie der Aufbau und die Pflege kreisweiter Netzwerkstrukturen.

Die Netzwerkarbeit umfasst dabei bereits heute insbesondere Kooperationen und Austauschformate mit:

1. Kindertageseinrichtungen,
2. Schulen,
3. sozialen Sicherungssystemen,
4. Beratungs- und Unterstützungsstrukturen,
5. sowie weiteren relevanten Akteuren im Sozialraum.

Die Erhebung von Daten und Strukturen ist dort derzeit die vordringlichste Aufgabe. Zeitgleich arbeitet die Verwaltung bezogen auf den eigenen Jugendamtsbereich – wenngleich mit sehr begrenzten personellen Mitteln – an der Dokumentation und Bewertung bestehender Arbeits- und Hilfeplanprozesse. Dies soll helfen, im späteren Verlauf Prozessanpassungen in Abstimmung mit den bisherigen Aufgabenträgern vornehmen zu können.

Gleichzeitig zeigt sich bereits im derzeitigen Vorbereitungsprozess eine zentrale Herausforderung der Reform in Nordrhein-Westfalen: Bei einer Vielzahl von Datenmaterial sind

die Jugendämter auf den Landschaftsverband Rheinland angewiesen. Aufgrund der durch die Bundestagswahl 2025 eingetretenen Diskontinuität des ursprünglichen Gesetzgebungsvorhabens kann man hier eine zuletzt deutlich zurückhaltendere Zusammenarbeit feststellen, bis hin zu der Nicht-Herausgabe von Daten. Hintergrund dürfte unter anderem die weiterhin offene landesrechtliche Ausgestaltung sowie die Frage sein, ob und in welchem Umfang Aufgaben künftig tatsächlich auf die örtliche Ebene übergehen werden. Dies verdeutlicht bereits im Vorfeld der Reform die besonderen Herausforderungen der Umstellung in Ländern mit bestehenden überörtlichen Trägerstrukturen.

Die Verwaltung wird die weiteren Beratungen auf Bundes- und Landesebene intensiv begleiten und den Jugendhilfeausschuss fortlaufend über den weiteren Sachstand informieren.

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Reform des SGB VIII und zur geplanten Einführung der sogenannten „Inklusiven Lösung“ zur Kenntnis.

**Anlagen:**

DIJuF-Synoptische\_Gegenueberstellung\_1.\_KJHSRG-E\_IKJHG-E\_13.4.2026

## Synoptische Gegenüberstellung

### 1. KJHSRG-E 2026/IKJHG-E 2024

**Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Strukturreform der  
Kinder- und Jugendhilfe (Erstes Kinder- und Jugendhilfe-  
strukturreformgesetz – 1. KJHSRG)**

Referentenentwurf vom 23.3.2026

Inkrafttreten: 1.1.2028 (Ausnahmen s. Fußnoten)

**Entwurf eines Gesetzes zur Ausgestaltung der  
Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und  
Jugendhilfeinklusionsgesetz – IKJHG)**

Regierungsentwurf vom 27.11.2024

(der Diskontinuität unterfallen)

#### Inhaltsverzeichnis

SGB VIII.....	S. 2
SGB IX.....	S. 132
SGB I.....	S. 142
SGB II.....	S. 143
SGB V.....	S. 144
SGB XIV.....	S. 146
JuSchG.....	S. 147
SGG.....	S. 148

Unterstreichung ..... = an neuen Standort verschoben	(Spalte Aktuelle Fassung)
neuer Standort ohne inhaltliche Änderung innerhalb SGB VIII Formulierungen aus SGB IX	(Spalte IKJHG-RegE vom 27.11.2024 bzw. 1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026)
Unterstreichung _____ = ebenso aus SGB IX (s. bei § 36a SGB VIII nF)	

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<b>Sozialgesetzbuch Achstes Buch – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII)</b>		
<p><b>§ 1 Recht auf Erziehung, <del>Elternverantwortung,</del> Jugendhilfe</b></p> <p>(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	<p><b>§ 1 Recht auf Förderung der Entwicklung, auf Erziehung und auf Teilhabe</b></p> <p>(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit <b>und auf Förderung seiner vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft.</b></p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	<p><b>§ 1 Recht auf Förderung der Entwicklung, auf Erziehung und auf Teilhabe</b></p> <p>(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit <b>und auf Förderung seiner vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft.</b></p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>
<p><b>§ 2 Aufgaben der Jugendhilfe</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Leistungen der Jugendhilfe sind:</p>	<p><b>§ 2 Aufgaben der Jugendhilfe</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Leistungen der Jugendhilfe sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li><b>Angebote der Beratung für Kinder und Jugendliche (§ 8 Absatz 3) und der Beratung, Vermittlung und Klärung in Konflikten</b></li> </ol>	<p><b>§ 2 Aufgaben der Jugendhilfe</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Leistungen der Jugendhilfe sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li><b>Angebote der Beratung für Kinder und Jugendliche (§ 8 Absatz 3) und der Beratung, Vermittlung und Klärung in Konflikten</b></li> </ol>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>1. Angebote der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (§§ 11 bis 14),</p> <p>2. Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie (§§ 16 bis 21),</p> <p>3. Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (§§ 22 bis 25),</p> <p>4. Hilfe zur Erziehung und <del>ergänzende Leistungen</del> (§§ 27 bis <del>35, 36, 37, 39, 40</del>),</p> <p>5. Hilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche und <del>ergänzende Leistungen</del> (§§ <del>35a bis 37, 39, 40</del>),</p> <p>6. Hilfe für junge Volljährige und Nachbetreuung (den §§ 41 und 41a).</p> <p>(3) [...]</p>	<p>durch Ombudsstellen (§ 9a) sowie die Unterstützung und Begleitung durch einen Verfahrenslotsen (§ 10b),</p> <p>2. Angebote der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (§§ 11 bis 14),</p> <p>3. Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie (§§ 16 bis 21),</p> <p>4. Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (§§ 22 bis 25),</p> <p>5. Leistungen zur Entwicklung, zur Erziehung und zur Teilhabe (§§ 27 bis 40) mit</p> <p>a) Hilfe zur Erziehung und ergänzende Leistungen (§§ 27 Absatz 2, 27a, 28 bis 35, 36 bis 37, 39 bis 40),</p> <p>b) Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und ergänzende Leistungen (§§ 27 Absatz 3 und 4, 35a bis 40),</p> <p>6. Hilfe für junge Volljährige und Nachbetreuung (den §§ 41 und 41a).</p> <p>(3) [...]</p>	<p>durch Ombudsstellen (§ 9a) sowie die Unterstützung und Begleitung durch einen Verfahrenslotsen (§ 10b),</p> <p>2. Angebote der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (§§ 11 bis 14),</p> <p>3. Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie (§§ 16 bis 21),</p> <p>4. Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (§§ 22 bis 25),</p> <p>5. Leistungen zur Entwicklung, zur Erziehung und zur Teilhabe (§§ 27 bis 40) mit</p> <p>a) Hilfe zur Erziehung und ergänzende Leistungen (§§ 27 Absatz 2, 27a, 28 bis 35, 36 bis 37, 39 bis 40),</p> <p>b) Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und ergänzende Leistungen (§§ 27 Absatz 3 und 4, 35a bis 40),</p> <p>6. Hilfe für junge Volljährige und Nachbetreuung (den §§ 41 und 41a).</p> <p>(3) [...]</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>§ 3 Freie und öffentliche Jugendhilfe [...]</p>	<p>§ 3 Freie und öffentliche Jugendhilfe [...] (4) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind für Leistungen nach § 2 Absatz 2 Nummer 4 Buchstabe b Rehabilitationsträger im Sinne von § 6 Absatz 1 Nummer 6 des Neunten Buches. § 7 des Neunten Buches ist zu beachten.</p>	<p>§ 3 Freie und öffentliche Jugendhilfe [...] (4) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind für Leistungen nach § 2 Absatz 2 Nummer 4 Buchstabe b Rehabilitationsträger im Sinne von § 6 Absatz 1 Nummer 6 des Neunten Buches. § 7 des Neunten Buches ist zu beachten.</p>
<p>§ 5 Wunsch- und Wahlrecht [...]</p>	<p>§ 5 Wunsch- und Wahlrecht [...] (3) Eine von den Wünschen des Leistungsberechtigten abweichende Leistung kommt nicht in Betracht, wenn diese Abweichung für den Leistungsberechtigten unzumutbar ist. Bei der Prüfung der Zumutbarkeit sind die persönlichen, familiären und örtlichen Umstände einschließlich der gewünschten Wohnform angemessen zu berücksichtigen. Bei Unzumutbarkeit einer abweichenden Leistungsgestaltung ist ein Kostenvergleich nicht vorzunehmen. Für Leistungsberechtigte nach § 27 Absatz 3 gilt im Übrigen § 104 Absatz 4 des Neunten Buches entsprechend. <i>s. bei § 104 Absatz 3 Sätze 2 und 5 SGB IX</i></p>	<p>§ 5 Wunsch- und Wahlrecht [...] (3) Eine von den Wünschen des Leistungsberechtigten abweichende Leistung kommt nicht in Betracht, wenn diese Abweichung für den Leistungsberechtigten unzumutbar ist. Bei der Prüfung der Zumutbarkeit sind die persönlichen, familiären und örtlichen Umstände einschließlich der gewünschten Wohnform angemessen zu berücksichtigen. Bei Unzumutbarkeit einer abweichenden Leistungsgestaltung ist ein Kostenvergleich nicht vorzunehmen. Für Leistungsberechtigte nach § 27 Absatz 3 gilt im Übrigen § 104 Absatz 4 des Neunten Buches entsprechend. <i>s. bei § 104 Absatz 3 Sätze 2 und 5 SGB IX</i></p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 8a Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung</b></p> <p>(1) Werden dem Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt, so hat es das Gefährdungsrisiko im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte einzuschätzen. Soweit der wirksame Schutz dieses Kindes oder dieses Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird, hat das Jugendamt die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder den Jugendlichen in die Gefährdungseinschätzung einzubeziehen und, sofern dies nach fachlicher Einschätzung erforderlich ist,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. sich dabei einen unmittelbaren Eindruck von dem Kind und von seiner persönlichen Umgebung zu verschaffen sowie</li> <li>2. Personen, die gemäß § 4 Absatz 3 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz dem Jugendamt Daten übermittelt haben, in geeigneter Weise an der Gefährdungseinschätzung zu beteiligen.</li> </ol> <p>Hält das Jugendamt zur Abwendung der Gefährdung die Gewährung von Hilfen für geeignet und notwendig, so hat es diese den Erziehungsberechtigten anzubieten.</p>		<p><b>§ 8a Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung</b></p> <p>(1) Werden dem Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt, so hat es das Gefährdungsrisiko im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte <b>und, soweit dies notwendig ist, unter Beteiligung betroffener Einrichtungen, Dienste oder anderer Stellen</b> einzuschätzen.** Soweit der wirksame Schutz dieses Kindes oder dieses Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird, hat das Jugendamt die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder den Jugendlichen in die Gefährdungseinschätzung einzubeziehen und, sofern dies nach fachlicher Einschätzung erforderlich ist,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. sich dabei einen unmittelbaren Eindruck von dem Kind und von seiner persönlichen Umgebung zu verschaffen sowie</li> <li>2. Personen, die gemäß § 4 Absatz 3 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz dem Jugendamt Daten übermittelt haben, in geeigneter Weise an der Gefährdungseinschätzung zu beteiligen.</li> </ol> <p>Hält das Jugendamt zur Abwendung der Gefährdung die Gewährung von Hilfen für geeignet und notwendig, so hat es diese den Erziehungsberechtigten anzubieten.</p>

\*\* § 8a Absatz 1 Satz 1 SGB VIII nF tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
(2) [...] [...]		(2) [...] [...]
<p><b>§ 10 Verhältnis zu anderen Leistungen und Verpflichtungen</b> [...]</p> <p>(4) Die Leistungen nach diesem Buch gehen Leistungen nach dem Neunten und Zwölften Buch vor. <del>Abweichend von Satz 1 gehen Leistungen nach § 27a Absatz 1 in Verbindung mit § 34 Absatz 6 des Zwölften Buches und Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch für junge Menschen, die körperlich oder geistig behindert oder von einer solchen Behinderung bedroht sind, den Leistungen nach diesem Buch vor. Landesrecht kann regeln, dass Leistungen der Frühförderung für Kinder unabhängig von der Art der Behinderung vorrangig von anderen Leistungsträgern gewährt werden.</del></p> <p>(5) Soweit Leistungen zum Lebensunterhalt nach § 39 erbracht werden, gehen sie den Leistungen zum Lebensunterhalt nach § 93 des Vierzehnten Buches vor.**</p>	<p><b>§ 10 Verhältnis zu anderen Leistungen und Verpflichtungen</b> [...]</p> <p>(4) Die Leistungen nach diesem Buch gehen Leistungen nach dem Neunten und Zwölften Buch vor.</p> <p>(5) Leistungen nach diesem Buch gehen den Leistungen nach dem Zwölften Buch vor. <del>Abweichend von Satz 1 gehen Leistungen für den Lebensunterhalt</del></p> <p>1. nach dem Dritten Kapitel des Zwölften Buches zur Deckung der Bedarfe nach dem Ersten, Zweiten, Vierten und Fünften Abschnitt, von Leistungen zur Deckung von</p>	<p><b>§ 10 Verhältnis zu anderen Leistungen und Verpflichtungen</b> [...]</p> <p>(4) Die Leistungen nach diesem Buch gehen Leistungen nach dem Neunten und Zwölften Buch vor.</p> <p>(5) Leistungen nach diesem Buch gehen den Leistungen nach dem Zwölften Buch vor. <del>Abweichend von Satz 1 gehen Leistungen für den Lebensunterhalt</del></p> <p>1. nach dem Dritten Kapitel des Zwölften Buches zur Deckung der Bedarfe nach dem Ersten, Zweiten, Vierten und Fünften Abschnitt, von Leistungen zur Deckung von</p>

\*\* § 10 Absatz 5 SGB VIII aF wird am Tag nach der Verkündung aufgehoben. § 10 Absatz 5 SGB VIII nF tritt am 1.1.2028 in Kraft

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>(6) (nicht belegt) [...]</p>	<p>Bedarfen des Dritten Abschnittes nur diejenigen nach § 34 Absatz 6 des Zwölften Buches und 2. nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches den Leistungen nach diesem Buch vor.**</p>	<p>Bedarfen des Dritten Abschnittes nur diejenigen nach § 34 Absatz 6 des Zwölften Buches und 2. nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches den Leistungen nach diesem Buch vor.**</p> <p>(6) (nicht belegt) [...]</p>
<p><b>§ 10a Beratung</b> [...] (2) Die Beratung umfasst insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Familiensituation oder die persönliche Situation des jungen Menschen, Bedarfe, vorhandene Ressourcen sowie mögliche Hilfen,</li> <li>2. die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe einschließlich des Zugangs zum Leistungssystem,</li> <li>3. die Leistungen anderer Leistungsträger,</li> <li>4. mögliche Auswirkungen und Folgen einer Hilfe,</li> <li>5. die Verwaltungsabläufe,</li> <li>6. Hinweise auf Leistungsanbieter und andere Hilfemöglichkeiten im Sozialraum und auf Möglichkeiten zur Leistungserbringung,</li> </ol>	<p><b>§ 10a Beratung</b> [...] (2) Die Beratung umfasst insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Familiensituation oder die persönliche Situation des jungen Menschen, Bedarfe, vorhandene Ressourcen sowie mögliche Hilfen,</li> <li>2. die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe einschließlich des Zugangs zum Leistungssystem,</li> <li>3. die Leistungen anderer Leistungsträger,</li> <li>4. mögliche Auswirkungen und Folgen einer Hilfe,</li> <li>5. die Verwaltungsabläufe,</li> <li>6. Hinweise auf Leistungsanbieter und andere Hilfemöglichkeiten im Sozialraum und auf Möglichkeiten zur Leistungserbringung,</li> </ol>	<p><b>§ 10a Beratung</b> [...] (2) Die Beratung umfasst insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Familiensituation oder die persönliche Situation des jungen Menschen, Bedarfe, vorhandene Ressourcen sowie mögliche Hilfen,</li> <li>2. die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe einschließlich des Zugangs zum Leistungssystem,</li> <li>3. die Leistungen anderer Leistungsträger,</li> <li>4. mögliche Auswirkungen und Folgen einer Hilfe,</li> <li>5. die Verwaltungsabläufe,</li> <li>6. Hinweise auf Leistungsanbieter und andere Hilfemöglichkeiten im Sozialraum und auf Möglichkeiten zur Leistungserbringung,</li> </ol>

\*\* § 10 Absatz 5 SGB VIII aF wird am Tag nach der Verkündung aufgehoben. § 10 Absatz 5 SGB VIII nF tritt am 1.1.2028 in Kraft.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>7. Hinweise auf andere Beratungsangebote im Sozialraum[.]<sup>*</sup></p> <p>Soweit erforderlich, gehört zur Beratung auch Hilfe bei der Antragstellung, bei der Klärung weiterer zuständiger Leistungsträger, bei der Inanspruchnahme von Leistungen sowie bei der Erfüllung von Mitwirkungspflichten.</p> <p>(3) [...]</p>	<p>7. Hinweise auf andere Beratungsangebote im Sozialraum[.]<sup>*</sup></p> <p>8. [e]ine gebotene Budgetberatung[.]<sup>*</sup></p> <p><u>s. bei § 106 Absatz 2 Nummer 7 SGB IX</u></p> <p>Soweit erforderlich, gehört zur Beratung auch Hilfe bei der Antragstellung, bei der Klärung weiterer zuständiger Leistungsträger, bei der Inanspruchnahme von Leistungen sowie bei der Erfüllung von Mitwirkungspflichten.</p> <p>(3) [...]</p>	<p>7. Hinweise auf andere Beratungsangebote im Sozialraum[.]<sup>*</sup></p> <p>8. [e]ine gebotene Budgetberatung[.]<sup>*</sup></p> <p><u>s. bei § 106 Absatz 2 Nummer 7 SGB IX</u></p> <p>Soweit erforderlich, gehört zur Beratung auch Hilfe bei der Antragstellung, bei der Klärung weiterer zuständiger Leistungsträger, bei der Inanspruchnahme von Leistungen sowie bei der Erfüllung von Mitwirkungspflichten.</p> <p>(3) [...]</p>
<p><b>§ 10b Verfahrenslotse</b></p> <p>(1) Junge Menschen, die Leistungen <del>der Eingliederungshilfe</del> wegen einer Behinderung oder wegen einer drohenden Behinderung geltend machen oder bei denen solche Leistungsansprüche in Betracht kommen, sowie ihre Mütter, Väter, Personensorge- und Erziehungsberechtigten haben bei der Antragstellung, Verfolgung und Wahrnehmung dieser Leistungen Anspruch auf Unterstützung und Begleitung durch einen Verfahrenslotsen. Der Verfahrenslotse soll die Leistungsberechtigten bei der Verwirklichung von Ansprüchen auf Leistungen <del>der Eingliederungs-</del></p>	<p><b>§ 10b Verfahrenslotse</b></p> <p>(1) Junge Menschen, die Leistungen <b>zur Teilhabe</b> wegen einer Behinderung oder wegen einer drohenden Behinderung geltend machen oder bei denen solche Leistungsansprüche in Betracht kommen, sowie ihre Mütter, Väter, Personensorge- und Erziehungsberechtigten haben bei der Antragstellung, Verfolgung und Wahrnehmung dieser Leistungen Anspruch auf Unterstützung und Begleitung durch einen Verfahrenslotsen. Der Verfahrenslotse soll die Leistungsberechtigten bei der Verwirklichung von Ansprüchen auf Leistungen <b>zur Teilhabe</b> unterstützen sowie auf die Inanspruchnahme von</p>	<p><b>§ 10b Verfahrenslotse</b></p> <p>(1) Junge Menschen, die Leistungen <b>zur Teilhabe</b> wegen einer Behinderung oder wegen einer drohenden Behinderung geltend machen oder bei denen solche Leistungsansprüche in Betracht kommen, sowie ihre Mütter, Väter, Personensorge- und Erziehungsberechtigten haben bei der Antragstellung, Verfolgung und Wahrnehmung dieser Leistungen Anspruch auf Unterstützung und Begleitung durch einen Verfahrenslotsen. Der Verfahrenslotse soll die Leistungsberechtigten bei der Verwirklichung von Ansprüchen auf Leistungen <b>zur Teilhabe</b> unterstützen sowie auf die Inanspruchnahme von</p>

\* Redaktionelle Korrektur abweichend vom Regierungs- und Referentenentwurf.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><del>hilfe-unabhängig</del> unterstützen sowie auf die Inanspruchnahme von Rechten hinwirken. <del>Diese</del> Leistung wird durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe erbracht.</p> <p>(2) Der Verfahrenslotse unterstützt den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe bei der <del>Zusammenführung</del> der <del>Leistungen der Eingliederungshilfe für junge Menschen in dessen Zuständigkeit</del>. Hierzu berichtet er gegenüber dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe halbjährlich insbesondere über Erfahrungen der strukturellen Zusammenarbeit mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen, insbesondere mit anderen Rehabilitationsträgern.</p>	<p>Rechten hinwirken. <b>Der Verfahrenslotse soll auf Wunsch der in Satz 1 genannten Personen auch zu Ansprüchen im Rahmen der Pflegeversicherung und deren Inanspruchnahme beraten und die Anspruchsberechtigten unterstützen.</b> Die Leistung <b>nach Satz 1 und 2</b> wird durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe <b>funktionell, organisatorisch und personell getrennt von seinen übrigen Aufgaben</b> erbracht.</p> <p>(2) Der Verfahrenslotse unterstützt den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe bei der <b>inklusiven Wahrnehmung der Aufgaben nach diesem Buch insbesondere im Rahmen der Jugendhilfeplanung nach § 80</b>. Hierzu berichtet er gegenüber dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe halbjährlich insbesondere über Erfahrungen der strukturellen Zusammenarbeit mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen, insbesondere mit anderen Rehabilitationsträgern.</p>	<p>Rechten hinwirken. <b>Der Verfahrenslotse soll auf Wunsch der in Satz 1 genannten Person auch zu Ansprüchen im Rahmen der Pflegeversicherung und deren Inanspruchnahme beraten und die Anspruchsberechtigten unterstützen.</b> Die Leistung <b>nach Satz 1 und 2</b> wird durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe <b>funktionell, organisatorisch und personell getrennt von seinen übrigen Aufgaben</b> erbracht.</p> <p>(2) Der Verfahrenslotse unterstützt den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe bei der <b>inklusiven Wahrnehmung der Aufgaben nach diesem Buch insbesondere im Rahmen der Jugendhilfeplanung nach § 80</b>. Hierzu berichtet er gegenüber dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe halbjährlich insbesondere über Erfahrungen der strukturellen Zusammenarbeit mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen, insbesondere mit anderen Rehabilitationsträgern.</p>
<p><b>§ 13 Jugendsozialarbeit</b> [...] (3) Jungen Menschen kann während der Teilnahme an schulischen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen oder bei der beruflichen Eingliederung Unterkunft in sozialpädagogisch begleiteten Wohnformen angeboten werden. In</p>		<p><b>§ 13 Jugendsozialarbeit</b> [...] (3) Jungen Menschen kann <b>in Ergänzung oder unabhängig von Hilfen oder Maßnahmen nach Absatz 1 oder 2</b> während der Teilnahme an schulischen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen oder bei der beruflichen Eingliederung Un-</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>diesen Fällen sollen auch der notwendige Unterhalt des jungen Menschen sichergestellt und Krankenhilfe nach Maßgabe des § 40 geleistet werden.</p> <p>(4) [...]</p>		<p>terkunft in sozialpädagogisch begleiteten Wohnformen angeboten werden. In diesen Fällen sollen auch der notwendige Unterhalt des jungen Menschen sichergestellt und Krankenhilfe nach Maßgabe des § 40 geleistet werden.</p> <p>(4) [...]</p>
<p><b>§ 18 Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge und des Umgangsrechts</b> [...]</p> <p>(3) Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf Beratung und Unterstützung bei der Ausübung des Umgangsrechts nach § 1684 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Sie sollen darin unterstützt werden, dass die Personen, die nach Maßgabe der §§ 1684, 1685 und 1686a des Bürgerlichen Gesetzbuchs zum Umgang mit ihnen berechtigt sind, von diesem Recht zu ihrem Wohl Gebrauch machen. Eltern, andere Umgangsberechtigte sowie Personen, in deren Obhut sich das Kind befindet, haben Anspruch auf Beratung und Unterstützung bei der Ausübung des Umgangsrechts. Bei der Befugnis, Auskunft über die persönlichen Verhältnisse <b>des Kindes</b> zu verlangen, bei der Herstellung von Umgangskontakten und bei der Ausführung gerichtlicher oder vereinbarter Umgangsregelungen soll vermittelt und in geeigneten Fällen Hilfestellung geleistet werden.</p>		<p><b>§ 18 Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge und des Umgangsrechts</b> [...]</p> <p>(3) Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf Beratung und Unterstützung bei der Ausübung des Umgangsrechts nach § 1684 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Sie sollen darin unterstützt werden, dass die Personen, die nach Maßgabe der §§ 1684, 1685 und 1686a des Bürgerlichen Gesetzbuchs zum Umgang mit ihnen berechtigt sind, von diesem Recht zu ihrem Wohl Gebrauch machen. Eltern, andere Umgangsberechtigte sowie Personen, in deren Obhut sich das Kind befindet, haben Anspruch auf Beratung und Unterstützung bei der Ausübung des Umgangsrechts. Bei der Befugnis, Auskunft über die persönlichen Verhältnisse zu verlangen, bei der Herstellung von Umgangskontakten und bei der Ausführung gerichtlicher oder vereinbarter Umgangsregelungen soll vermittelt und in geeigneten Fällen Hilfestellung geleistet werden; <b>der begleitete</b></p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
(4) [...]		Umgang soll an einem für die sichere Ausübung des Umgangsrechts geeigneten Ort stattfinden.** (4) [...]
<b>Vierter Abschnitt</b> <b>Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch-behinderte Kinder und Jugendliche, Hilfe für junge Volljährige</b>	<b>Vierter Abschnitt</b> <b>Leistungen zur Entwicklung, zur Erziehung und zur Teilhabe, Hilfen für junge Volljährige</b>	<b>Vierter Abschnitt</b> <b>Leistungen zur Entwicklung, zur Erziehung und zur Teilhabe, Hilfen für junge Volljährige</b>
<b>Erster Unterabschnitt</b> <b>Hilfe zur Erziehung</b>	<b>Erster Unterabschnitt</b> <b>Leistungen zur Entwicklung, zur Erziehung und zur Teilhabe</b>	<b>Erster Unterabschnitt</b> <b>Leistungen zur Entwicklung, zur Erziehung und zur Teilhabe</b>
<b>§ 27 Hilfe zur Erziehung</b>  <del>(1) Ein Personensorgeberechtigter hat bei der Erziehung eines Kindes oder eines Jugendlichen Anspruch auf Hilfe (Hilfe zur Erziehung), wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist.</del> <u>s. bei § 27 Absatz 2 SGB VIII nF</u>	<b>§ 27 Leistungen zur Entwicklung, zur Erziehung und zur Teilhabe</b>  <b>(1) Zur Verwirklichung des Rechts eines jeden jungen Menschen auf Förderung seiner Entwicklung, auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit und auf Förderung seiner vollen wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft durch Leistungen zur Entwicklung, zur Erziehung und zur Teilhabe haben Kinder, Jugendliche oder Personensorgeberechtigte einen Anspruch auf Hilfe zur Erziehung oder auf</b>	<b>§ 27 Leistungen zur Entwicklung, zur Erziehung und zur Teilhabe</b>  <b>(1) Zur Verwirklichung des Rechts eines jeden jungen Menschen auf Förderung seiner Entwicklung, auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit und auf Förderung seiner vollen wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft durch Leistungen zur Entwicklung, zur Erziehung und zur Teilhabe haben Kinder, Jugendliche oder Personensorgeberechtigte einen Anspruch auf Hilfe zur Erziehung oder auf</b>

\*\* § 18 Absatz 3 Satz 4 SGB VIII nF tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>(2) <del>Hilfe zur Erziehung wird insbesondere nach Maßgabe der §§ 28 bis 35 gewährt. Art und Umfang der Hilfe richten sich nach dem erzieherischen Bedarf im Einzelfall; dabei soll das engere soziale Umfeld des Kindes oder des Jugendlichen einbezogen werden. Unterschiedliche Hilfearten können miteinander kombiniert werden, sofern dies dem erzieherischen Bedarf des Kindes oder Jugendlichen im Einzelfall entspricht.</del></p> <p>s. bei § 27a Absatz 1 SGB VIII nF</p> <p>(2a) <del>Ist eine Erziehung des Kindes oder Jugendlichen außerhalb des Elternhauses erforderlich, so entfällt der Anspruch auf Hilfe zur Erziehung nicht dadurch, dass eine andere unterhaltspflichtige Person bereit ist, diese Aufgabe zu übernehmen; die Gewährung von Hilfe zur Erziehung setzt in diesem Fall voraus, dass diese Person bereit und geeignet ist, den Hilfebedarf in Zusammenarbeit mit dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach Maßgabe der §§ 36 und 37 zu decken.</del></p> <p>s. bei § 27a Absatz 2 SGB VIII nF</p> <p>(3) <del>Hilfe zur Erziehung umfasst insbesondere die Gewährung pädagogischer und damit verbundener therapeutischer Leistungen. Bei Bedarf soll</del></p>	<p>Leistungen der Eingliederungshilfe nach Maßgabe der Absätze 2 und 3.</p> <p>(2) <b>Personensorgeberechtigte haben einen Anspruch auf Hilfe zur Erziehung, wenn und solange</b> eine dem <b>Kindeswohl</b> entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für <b>die Entwicklung des jungen Menschen</b> geeignet und notwendig ist.</p> <p>s. bei § 27 Absatz 1 SGB VIII aF</p> <p>(2a) (weggefallen)</p> <p>(3) <b>Kinder oder Jugendliche mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche im Sinne von § 7 Absatz 2</b> haben ei-</p>	<p>Leistungen der Eingliederungshilfe nach Maßgabe der Absätze 2 und 3.</p> <p>(2) <b>Personensorgeberechtigte haben einen Anspruch auf Hilfe zur Erziehung, wenn und solange</b> eine dem <b>Kindeswohl</b> entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für <b>die Entwicklung des jungen Menschen</b> geeignet und notwendig ist.</p> <p>s. bei § 27 Absatz 1 SGB VIII aF</p> <p>(2a) (weggefallen)</p> <p>(3) <b>Kinder oder Jugendliche mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohte Kinder oder Jugendliche im Sinne von § 7 Absatz 2</b> haben ei-</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><del>sie Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen im Sinne des § 13 Absatz 2 einschließen und kann mit anderen Leistungen nach diesem Buch kombiniert werden. Die in der Schule oder Hochschule wegen des erzieherischen Bedarfs erforderliche Anleitung und Begleitung können als Gruppenangebote an Kinder oder Jugendliche gemeinsam erbracht werden, soweit dies dem Bedarf des Kindes oder Jugendlichen im Einzelfall entspricht.</del></p> <p><a href="#">s. bei § 27a Absätze 3 und 5 SGB VIII nF</a></p> <p><del>(4) Wird ein Kind oder eine Jugendliche während ihres Aufenthalts in einer Einrichtung oder einer Pflegefamilie selbst Mutter eines Kindes, so umfasst die Hilfe zur Erziehung auch die Unterstützung bei der Pflege und Erziehung dieses Kindes.</del></p> <p><a href="#">s. bei § 27a Absatz 6 SGB VIII nF</a></p>	<p>nen Anspruch auf Leistungen der Eingliederungshilfe, wenn und solange diese Leistungen nach der Besonderheit des Einzelfalles geeignet und notwendig sind, die Aufgaben der Eingliederungshilfe nach § 90 des Neunten Buches zu erfüllen.</p> <p>(4) Maßgeblich für die Eignung und Notwendigkeit der Leistungen der Eingliederungshilfe sind die Wechselwirkungen der geistigen, seelischen, körperlichen oder Sinnesbeeinträchtigungen mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren im Einzelfall und deren konkrete Auswirkungen auf die Teilhabe der jungen Menschen an der Gesellschaft. Andere Leistungen der Eingliederungshilfe können gewährt werden.</p> <p>(5) Geeignete Leistungen können gewährt werden, wenn die Voraussetzungen der Notwendigkeit der Leistungen nach Absatz 3 und Absatz 4 nicht vorliegen.</p> <p>(6) Besteht gleichzeitig ein Anspruch auf Hilfe zur Erziehung nach Absatz 2 und ein Anspruch auf Leistungen der Eingliederungshilfe nach</p>	<p>nen Anspruch auf Leistungen der Eingliederungshilfe, wenn und solange diese Leistungen nach der Besonderheit des Einzelfalles geeignet und notwendig sind, die Aufgaben der Eingliederungshilfe nach § 90 des Neunten Buches zu erfüllen.</p> <p>(4) Maßgeblich für die Eignung und Notwendigkeit der Leistungen der Eingliederungshilfe sind die Wechselwirkungen der geistigen, seelischen, körperlichen oder Sinnesbeeinträchtigungen mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren im Einzelfall und deren konkrete Auswirkungen auf die Teilhabe der jungen Menschen an der Gesellschaft. Andere Leistungen der Eingliederungshilfe können gewährt werden.</p> <p>(5) Geeignete Leistungen können gewährt werden, wenn die Voraussetzungen der Notwendigkeit der Leistungen nach Absatz 3 und Absatz 4 nicht vorliegen.</p> <p>(6) Besteht gleichzeitig ein Anspruch auf Hilfe zur Erziehung nach Absatz 2 und ein Anspruch auf Leistungen der Eingliederungshilfe nach</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p><b>Absatz 3, so sollen Einrichtungen, Dienste und Personen die Hilfe und Leistungen erbringen, die geeignet sind, sowohl den erzieherischen Bedarf zu decken als auch die Aufgaben der Eingliederungshilfe zu erfüllen.</b></p>	<p><b>Absatz 3, so sollen Einrichtungen, Dienste und Personen die Hilfe und Leistungen erbringen, die geeignet sind, sowohl den erzieherischen Bedarf zu decken als auch die Aufgaben der Eingliederungshilfe zu erfüllen.</b></p>
	<p><b>Zweiter Unterabschnitt Hilfe zur Erziehung</b></p>	<p><b>Zweiter Unterabschnitt Hilfe zur Erziehung</b></p>
	<p><b>§ 27a Hilfe zur Erziehung</b></p> <p><b>(1) Besteht ein Anspruch auf</b> Hilfe zur Erziehung <b>nach § 27 Absatz 2</b>, wird <b>diese</b> insbesondere nach Maßgabe der §§ 28 bis 35 gewährt. Art und Umfang der Hilfe richten sich nach dem erzieherischen Bedarf im Einzelfall; dabei soll das engere soziale Umfeld des Kindes oder des Jugendlichen einbezogen werden. Unterschiedliche Hilfearten können miteinander kombiniert werden, sofern dies dem erzieherischen Bedarf des Kindes oder Jugendlichen im Einzelfall entspricht.</p> <p><u>s. bei § 27 Absatz 2 SGB VIII af</u></p> <p><b>(2) Ist eine Erziehung des Kindes oder Jugendlichen außerhalb des Elternhauses erforderlich, so entfällt der Anspruch auf Hilfe zur Erziehung nicht dadurch, dass eine andere unterhaltspflichtige Person bereit ist, diese Aufgabe zu übernehmen. Die</b> Gewährung von Hilfe zur Erziehung setzt in diesem Fall voraus, dass diese Person</p>	<p><b>§ 27a Hilfe zur Erziehung</b></p> <p><b>(1) Besteht ein Anspruch auf</b> Hilfe zur Erziehung <b>nach § 27 Absatz 2</b>, wird <b>diese</b> insbesondere nach Maßgabe der §§ 28 bis 35 gewährt. Art und Umfang der Hilfe richten sich nach dem erzieherischen Bedarf im Einzelfall; dabei soll das engere soziale Umfeld des Kindes oder des Jugendlichen einbezogen werden. Unterschiedliche Hilfearten können miteinander kombiniert werden, sofern dies dem erzieherischen Bedarf des Kindes oder Jugendlichen im Einzelfall entspricht.</p> <p><u>s. bei § 27 Absatz 2 SGB VIII af</u></p> <p><b>(2) Ist eine Erziehung des Kindes oder Jugendlichen außerhalb des Elternhauses erforderlich, so entfällt der Anspruch auf Hilfe zur Erziehung nicht dadurch, dass eine andere unterhaltspflichtige Person bereit ist, diese Aufgabe zu übernehmen. Die</b> Gewährung von Hilfe zur Erziehung setzt in diesem Fall voraus, dass diese Person</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>bereit und geeignet ist, den Hilfebedarf in Zusammenarbeit mit dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach Maßgabe der §§ 36, <b>36a</b> und <b>39</b> zu decken.</p> <p><u>s. bei § 27 Absatz 2a SGB VIII aF</u></p> <p>(3) Hilfe zur Erziehung umfasst insbesondere die Gewährung pädagogischer und damit verbundener therapeutischer Leistungen. Bei Bedarf soll sie Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen im Sinne des § 13 Absatz 2 einschließen und kann mit anderen Leistungen nach diesem Buch kombiniert werden. Die in der Schule oder Hochschule wegen des erzieherischen Bedarfs erforderliche Anleitung und Begleitung können an <b>mehrere</b> Kinder oder Jugendliche gemeinsam erbracht werden, soweit dies dem Bedarf des Kindes oder Jugendlichen im Einzelfall entspricht. <b>Die Leistungen nach Satz 3 sind auf Wunsch des Leistungsberechtigten gemeinsam zu erbringen.</b></p> <p><u>s. bei § 27 Absatz 3 SGB VIII aF</u></p> <p>(4) Wird ein Kind oder eine Jugendliche während <b>des</b> Aufenthalts in einer Einrichtung oder einer Pflegefamilie selbst Mutter eines Kindes, so umfasst die Hilfe zur Erziehung auch die Unterstützung bei der Pflege und Erziehung dieses Kindes.</p> <p><u>s. bei § 27 Absatz 4 SGB VIII aF</u></p>	<p>bereit und geeignet ist, den Hilfebedarf in Zusammenarbeit mit dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach Maßgabe der §§ 36, <b>36a</b> und <b>39</b> zu decken.</p> <p><u>s. bei § 27 Absatz 2a SGB VIII aF</u></p> <p>(3) Hilfe zur Erziehung umfasst insbesondere die Gewährung pädagogischer und damit verbundener therapeutischer Leistungen. Bei Bedarf soll sie Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen im Sinne des § 13 Absatz 2 einschließen und kann mit anderen Leistungen nach diesem Buch kombiniert werden.</p> <p><u>s. bei § 27 Absatz 3 SGB VIII aF</u></p> <p><b>(4) Sofern infrastrukturelle Angebote oder Regelangebote insbesondere nach §§ 16 bis 18, §§ 22 bis 25 oder § 13 im Hinblick auf den Bedarf des Kindes oder des Jugendlichen im Einzelfall geeigneter oder gleichermaßen geeignet sind, werden diese vorrangig gewährt. Bei Jugendlichen und jungen Volljährigen werden</b></p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
		<p>Hilfen oder Maßnahmen nach § 13 vorrangig gewährt, wenn sie gleichermaßen geeignet sind.</p> <p>(5) Die in einer Tageseinrichtung für Kinder nach § 22 Absatz 1 Satz 1 oder in der Schule oder Hochschule wegen des erzieherischen Bedarfs erforderliche Anleitung und Begleitung werden als infrastrukturelle Angebote nach § 80a gewährt; die Vorschriften zur Hilfe- und Leistungsplanung (§§ 36 bis 38d) finden keine Anwendung. Nur wenn dem erzieherischen Bedarf im Einzelfall ausschließlich durch eine an dem jeweiligen Kind oder Jugendlichen erbrachte Anleitung und Begleitung in einer Tageseinrichtung für Kinder nach § 22 Absatz 1 Satz 1 oder in der Schule oder Hochschule entsprochen werden kann, besteht nach § 27 Absatz 2 ein Anspruch auf diese Einzelhilfe.</p> <p><u>s. bei § 27 Absatz 3 Satz 3 SGB VIII aF</u></p> <p>(6) Wird ein Kind oder eine Jugendliche während des Aufenthalts in einer Einrichtung oder einer Pflegefamilie selbst Mutter eines Kindes, so umfasst die Hilfe zur Erziehung auch die Unterstützung bei der Pflege und Erziehung dieses Kindes.</p> <p><u>s. bei § 27 Absatz 4 SGB VIII aF</u></p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 34 Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform</b></p> <p>Hilfe zur Erziehung in einer Einrichtung über Tag und Nacht (<b>Heimerziehung</b>) oder in einer sonstigen betreuten Wohnform soll Kinder und Jugendliche durch eine Verbindung von Alltagserleben mit pädagogischen und therapeutischen Angeboten in ihrer Entwicklung fördern. Sie soll entsprechend dem Alter und Entwicklungsstand des Kindes oder des Jugendlichen sowie den Möglichkeiten der Verbesserung der Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. eine Rückkehr in die Familie zu erreichen versuchen oder</li> <li>2. die Erziehung in einer anderen Familie vorbereiten oder</li> <li>3. eine auf längere Zeit angelegte Lebensform bieten und auf ein selbständiges Leben vorbereiten.</li> </ol> <p>Jugendliche sollen in Fragen der Ausbildung und Beschäftigung sowie der allgemeinen Lebensführung beraten und unterstützt werden.</p>	<p><b>§ 34 Betreute Wohnformen</b></p> <p>Hilfe zur Erziehung in einer Einrichtung über Tag und Nacht oder in einer sonstigen betreuten Wohnform soll Kinder und Jugendliche durch eine Verbindung von Alltagserleben mit pädagogischen und therapeutischen Angeboten in ihrer Entwicklung fördern. Sie soll entsprechend dem Alter und Entwicklungsstand des Kindes oder des Jugendlichen sowie den Möglichkeiten der Verbesserung der Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. eine Rückkehr in die Familie zu erreichen versuchen oder</li> <li>2. die Erziehung in einer anderen Familie vorbereiten oder</li> <li>3. eine auf längere Zeit angelegte Lebensform bieten und auf ein selbständiges Leben vorbereiten.</li> </ol> <p>Jugendliche sollen in Fragen der Ausbildung und Beschäftigung sowie der allgemeinen Lebensführung beraten und unterstützt werden.</p>	<p><b>§ 34 Betreute Wohnformen</b></p> <p>Hilfe zur Erziehung in einer Einrichtung über Tag und Nacht oder in einer sonstigen betreuten Wohnform soll Kinder und Jugendliche durch eine Verbindung von Alltagserleben mit pädagogischen und therapeutischen Angeboten in ihrer Entwicklung fördern. Sie soll entsprechend dem Alter und Entwicklungsstand des Kindes oder des Jugendlichen sowie den Möglichkeiten der Verbesserung der Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. eine Rückkehr in die Familie zu erreichen versuchen oder</li> <li>2. die Erziehung in einer anderen Familie vorbereiten oder</li> <li>3. eine auf längere Zeit angelegte Lebensform bieten und auf ein selbständiges Leben vorbereiten.</li> </ol> <p>Jugendliche sollen in Fragen der Ausbildung und Beschäftigung sowie der allgemeinen Lebensführung beraten und unterstützt werden.</p>
<p><b>Zweiter Unterabschnitt</b></p> <p><b>Eingliederungshilfe für seelisch-behinderte Kinder und Jugendliche</b></p>	<p><b>Dritter Unterabschnitt</b></p> <p><b>Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen</b></p>	<p><b>Dritter Unterabschnitt</b></p> <p><b>Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen</b></p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 35a Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit <del>seelischer Behinderung oder drohender seelischer Behinderung</del></b></p> <p>(1) <del>Kinder oder Jugendliche haben Anspruch auf Eingliederungshilfe, wenn</del></p> <p>1. <del>ihre seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht, und</del></p> <p>2. <del>daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist oder eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist.</del></p> <p><del>Von einer seelischen Behinderung bedroht im Sinne dieser Vorschrift sind Kinder oder Jugendliche, bei denen eine Beeinträchtigung ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft nach fachlicher Erkenntnis mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. § 27 Absatz 4 gilt entsprechend.</del></p> <p><del>(1a) Hinsichtlich der Abweichung der seelischen Gesundheit nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 hat</del></p>	<p><b>§ 35a Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen</b></p> <p>(1) Besteht ein Anspruch auf Leistungen der Eingliederungshilfe nach § 27 Absatz 3, werden diese insbesondere nach Maßgabe der Absätze 2 bis 7 sowie der §§ 35b bis 35i und der Kapitel 9 bis 13 des Teils 1 des Neunten Buches gewährt; § 107 sowie die Kapitel 3 bis 6 des Teils 2 des Neunten Buches gelten im Übrigen entsprechend. Art und Umfang der Leistungen richten sich nach dem Ergebnis der Prüfung gemäß § 27 Absatz 4 und bestimmen sich nach der Besonderheit des Einzelfalles, insbesondere <i>[nach dem]</i>* individuellen Bedarf, den persönlichen Verhältnissen, dem engeren sozialen Umfeld, dem Sozialraum und den eigenen Kräften und Mitteln; dabei ist auch die Wohnform zu würdigen. Unterschiedliche Leistungsarten der Eingliederungshilfe können miteinander kombiniert werden, sofern dies dem Bedarf des Kindes oder Jugendlichen im Einzelfall entspricht.</p> <p>(1a) (weggefallen)</p>	<p><b>§ 35a Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen</b></p> <p>(1) Besteht ein Anspruch auf Leistungen der Eingliederungshilfe nach § 27 Absatz 3, werden diese insbesondere nach Maßgabe der Absätze 2 bis 7 sowie der §§ 35b bis 35i und der Kapitel 9 bis 13 des Teils 1 des Neunten Buches gewährt; § 107 sowie die Kapitel 3 bis 6 des Teils 2 des Neunten Buches gelten im Übrigen entsprechend. Art und Umfang der Leistungen richten sich nach dem Ergebnis der Prüfung gemäß § 27 Absatz 4 und bestimmen sich nach der Besonderheit des Einzelfalles, insbesondere nach dem individuellen Bedarf, den persönlichen Verhältnissen, dem engeren sozialen Umfeld, dem Sozialraum und den eigenen Kräften und Mitteln; dabei ist auch die Wohnform zu würdigen. Unterschiedliche Leistungsarten der Eingliederungshilfe können miteinander kombiniert werden, sofern dies dem Bedarf des Kindes oder Jugendlichen im Einzelfall entspricht.</p> <p>(1a) (weggefallen)</p>

\* Redaktionelle Korrektur abweichend vom Regierungsentwurf.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Stellungnahme</p> <p>1. eines Arztes für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie,</p> <p>2. eines Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, eines Psychotherapeuten mit einer Weiterbildung für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen oder</p> <p>3. eines Arztes oder eines psychologischen Psychotherapeuten, der über besondere Erfahrungen auf dem Gebiet seelischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen verfügt,</p> <p>einzuholen. Die Stellungnahme ist auf der Grundlage der Internationalen Klassifikation der Krankheiten in der vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte herausgegebenen deutschen Fassung zu erstellen. Dabei ist auch darzulegen, ob die Abweichung Krankheitswert hat oder auf einer Krankheit beruht. Enthält die Stellungnahme auch Ausführungen zu Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, so sollen diese vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen seiner Entscheidung angemessen berücksichtigt werden. Die Hilfe soll nicht von der Person oder dem Dienst oder der Einrichtung, der die Person angehört, die die Stellungnahme abgibt, erbracht werden.</p>		

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>(2) <del>Die Hilfe wird</del> nach dem Bedarf im Einzelfall</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. in ambulanter Form,</li> <li>2. in Tageseinrichtungen für Kinder oder in anderen teilstationären Einrichtungen,</li> <li>3. durch geeignete Pflegepersonen und</li> <li>4. in Einrichtungen über Tag und Nacht sowie sonstigen Wohnformen <b>geleistet</b>.</li> </ol> <p><del>(3) Aufgabe und Ziele der Hilfe, die Bestimmung des Personenkreises sowie Art und Form der Leistungen richten sich nach Kapitel 6 des</del></p>	<p><b>(2)</b> Die Leistungen der Eingliederungshilfe umfassen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation,</li> <li>2. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben,</li> <li>3. Leistungen zur Teilhabe an Bildung und</li> <li>4. Leistungen zur Sozialen Teilhabe.</li> </ol> <p><u>s. bei § 102 Absatz 1 SGB IX</u></p> <p>Leistungen nach <b>Satz 1</b> Nummer 1 bis 3 gehen den Leistungen nach <b>Satz 1</b> Nummer 4 vor.</p> <p><u>s. bei § 102 Absatz 2 SGB IX</u></p> <p><b>(3)</b> Leistungen der Eingliederungshilfe werden als Sach-, Geld- oder Dienstleistung erbracht. <b>Sie können bei Bedarf mit anderen Leistungen nach diesem Buch kombiniert werden.</b></p> <p><u>s. bei § 105 Absatz 1 SGB IX</u></p> <p><b>(4) Dienstleistungen werden</b> nach dem Bedarf im Einzelfall <b>folgendermaßen erbracht:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. in ambulanter Form,</li> <li>2. in Tageseinrichtungen für Kinder oder in anderen teilstationären Einrichtungen,</li> <li>3. durch geeignete Pflegepersonen und</li> <li>4. in Einrichtungen über Tag und Nacht sowie sonstigen Wohnformen.</li> </ol>	<p><b>(2)</b> Die Leistungen der Eingliederungshilfe umfassen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation,</li> <li>2. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben,</li> <li>3. Leistungen zur Teilhabe an Bildung und</li> <li>4. Leistungen zur Sozialen Teilhabe.</li> </ol> <p><u>s. bei § 102 Absatz 1 SGB IX</u></p> <p>Leistungen nach <b>Satz 1</b> Nummer 1 bis 3 gehen den Leistungen nach <b>Satz 1</b> Nummer 4 vor.</p> <p><u>s. bei § 102 Absatz 2 SGB IX</u></p> <p><b>(3)</b> Leistungen der Eingliederungshilfe werden als Sach-, Geld- oder Dienstleistung erbracht. <b>Sie können bei Bedarf mit anderen Leistungen nach diesem Buch kombiniert werden.</b></p> <p><u>s. bei § 105 Absatz 1 SGB IX</u></p> <p><b>(4) Dienstleistungen werden</b> nach dem Bedarf im Einzelfall <b>folgendermaßen erbracht:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. in ambulanter Form,</li> <li>2. in Tageseinrichtungen für Kinder oder in anderen teilstationären Einrichtungen,</li> <li>3. durch geeignete Pflegepersonen und</li> <li>4. in Einrichtungen über Tag und Nacht sowie sonstigen Wohnformen.</li> </ol>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>Teils 1 des Neunten Buches sowie § 90 und den Kapiteln 3 bis 6 des Teils 2 des Neunten Buches, soweit diese Bestimmungen auch auf seelisch behinderte oder von einer solchen Behinderung bedrohte Personen Anwendung finden und sich aus diesem Buch nichts anderes ergibt.</p> <p><del>(4) Ist gleichzeitig Hilfe zur Erziehung zu leisten, so sollen Einrichtungen, Dienste und Personen in Anspruch genommen werden, die geeignet sind; sowohl die Aufgaben der Eingliederungshilfe zu erfüllen als auch den erzieherischen Bedarf zu decken. Sind heilpädagogische Maßnahmen für Kinder, die noch nicht im schulpflichtigen Alter sind, in Tageseinrichtungen für Kinder zu gewähren und lässt der Hilfebedarf es zu, so sollen Einrichtungen in Anspruch genommen werden; in denen behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam betreut werden.</del></p>	<p><b>Dabei sollen Einrichtungen, Dienste oder Personen die Leistungen erbringen, die es ermöglichen, dass Kinder oder Jugendliche mit Behinderungen und Kinder oder Jugendliche ohne Behinderungen gemeinsam Leistungen erhalten können, wenn die Aufgaben der Eingliederungshilfe erfüllt werden können; die besonderen Bedürfnisse von Kindern oder Jugendlichen mit Behinderungen und von Kindern oder Jugendlichen, die von einer Behinderung bedroht sind, sind zu berücksichtigen.</b></p> <p><b>(5) Leistungen zur Sozialen Teilhabe können mit Zustimmung der Leistungsberechtigten auch in Form einer pauschalen Geldleistung erbracht werden, soweit es nach § 35i vorgesehen ist. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe regeln das Nähere zur Höhe und Ausgestaltung der Pauschalen.</b></p> <p><b>(6) Die Leistungen der Eingliederungshilfe werden auf Antrag auch durch ein Persönli-</b></p>	<p><b>Dabei sollen Einrichtungen, Dienste oder Personen die Leistungen erbringen, die es ermöglichen, dass Kinder oder Jugendliche mit Behinderungen und Kinder oder Jugendliche ohne Behinderungen gemeinsam Leistungen erhalten können, wenn die Aufgaben der Eingliederungshilfe erfüllt werden können; die besonderen Bedürfnisse von Kindern oder Jugendlichen mit Behinderungen und von Kindern oder Jugendlichen, die von einer Behinderung bedroht sind, sind zu berücksichtigen.</b></p> <p><b>(5) Leistungen zur Sozialen Teilhabe können mit Zustimmung der Leistungsberechtigten auch in Form einer pauschalen Geldleistung erbracht werden, soweit es nach § 35i vorgesehen ist. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe regeln das Nähere zur Höhe und Ausgestaltung der Pauschalen.</b></p> <p><b>(6) Die Leistungen der Eingliederungshilfe werden auf Antrag auch durch ein Persönli-</b></p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>ches Budget ausgeführt. Der Leistungsberechtigte und der Personensorgeberechtigte sind entsprechend zu beraten. Die Vorschrift zum Persönlichen Budget nach § 29 des Neunten Buches ist insoweit anzuwenden.</p> <p>(7) § 103 des Neunten Buches gilt entsprechend.</p>	<p>ches Budget ausgeführt. Der Leistungsberechtigte und der Personensorgeberechtigte sind entsprechend zu beraten. Die Vorschrift zum Persönlichen Budget nach § 29 des Neunten Buches ist insoweit anzuwenden.</p> <p>(7) § 103 des Neunten Buches gilt entsprechend.</p>
	<p><b>§ 35b Leistungen zur medizinischen Rehabilitation</b></p> <p>(1) Leistungen zur medizinischen Rehabilitation sind insbesondere die in § 42 Absatz 2 und 3 und § 64 Absatz 1 Nummer 3 bis 6 <b>des Neunten Buches</b> genannten Leistungen.</p> <p><u>s. bei § 109 Absatz 1 SGB IX</u></p> <p>(2) Die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation entsprechen den Rehabilitationsleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung.</p> <p><u>s. bei § 109 Absatz 2 SGB IX</u></p> <p>(3) Leistungsberechtigte haben entsprechend den Bestimmungen der gesetzlichen Krankenversicherung die freie Wahl unter Ärzten und Zahnärzten sowie unter den Krankenhäusern und Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen.</p> <p><u>s. bei § 110 Absatz 1 SGB IX</u></p> <p>(4) Bei der Erbringung von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation sind die Regelungen, die</p>	<p><b>§ 35b Leistungen zur medizinischen Rehabilitation</b></p> <p>(1) Leistungen zur medizinischen Rehabilitation sind insbesondere die in § 42 Absatz 2 und 3 und § 64 Absatz 1 Nummer 3 bis 6 <b>des Neunten Buches</b> genannten Leistungen.</p> <p><u>s. bei § 109 Absatz 1 SGB IX</u></p> <p>(2) Die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation entsprechen den Rehabilitationsleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung.</p> <p><u>s. bei § 109 Absatz 2 SGB IX</u></p> <p>(3) Leistungsberechtigte haben entsprechend den Bestimmungen der gesetzlichen Krankenversicherung die freie Wahl unter Ärzten und Zahnärzten sowie unter den Krankenhäusern und Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen.</p> <p><u>s. bei § 110 Absatz 1 SGB IX</u></p> <p>(4) Bei der Erbringung von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation sind die Regelungen, die</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>für die gesetzlichen Krankenkassen nach dem Vierten Kapitel des Fünften Buches gelten, mit Ausnahme des Dritten Titels des Zweiten Abschnitts anzuwenden. Ärzte, Psychotherapeuten im Sinne des § 28 Absatz 3 Satz 1 des Fünften Buches und Zahnärzte haben für ihre Leistungen Anspruch auf die Vergütung, welche die Ortskrankenkasse, in deren Bereich der Arzt, <b>der</b> Psychotherapeut oder der Zahnarzt niedergelassen ist, für ihre Mitglieder zahlt.</p> <p><u>s. bei § 110 Absatz 2 SGB IX</u></p> <p><b>(5)</b> Die Verpflichtungen, die sich für die Leistungserbringer aus den §§ 294, 294a, 295, 300 bis 302 des Fünften Buches ergeben, gelten auch für die Abrechnung von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation mit dem Träger der <b>öffentlichen Jugendhilfe</b>. Die Vereinbarungen nach § 303 Absatz 1 sowie § 304 des Fünften Buches gelten für den Träger der <b>öffentlichen Jugendhilfe</b> entsprechend.</p> <p><u>s. bei § 110 Absatz 3 SGB IX</u></p>	<p>für die gesetzlichen Krankenkassen nach dem Vierten Kapitel des Fünften Buches gelten, mit Ausnahme des Dritten Titels des Zweiten Abschnitts anzuwenden. Ärzte, Psychotherapeuten im Sinne des § 28 Absatz 3 Satz 1 des Fünften Buches und Zahnärzte haben für ihre Leistungen Anspruch auf die Vergütung, welche die Ortskrankenkasse, in deren Bereich der Arzt, <b>der</b> Psychotherapeut oder der Zahnarzt niedergelassen ist, für ihre Mitglieder zahlt.</p> <p><u>s. bei § 110 Absatz 2 SGB IX</u></p> <p><b>(5)</b> Die Verpflichtungen, die sich für die Leistungserbringer aus den §§ 294, 294a, 295, 300 bis 302 des Fünften Buches ergeben, gelten auch für die Abrechnung von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation mit dem Träger der <b>öffentlichen Jugendhilfe</b>. Die Vereinbarungen nach § 303 Absatz 1 sowie § 304 des Fünften Buches gelten für den Träger der <b>öffentlichen Jugendhilfe</b> entsprechend.</p> <p><u>s. bei § 110 Absatz 3 SGB IX</u></p>
	<p><b>§ 35c Früherkennung und Frühförderung</b></p> <p><b>(1) Früherkennung und Frühförderung für Kinder mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Kinder sollen auf der Grundlage eines ganzheitlichen und interdisziplinären Kon-</b></p>	<p><b>§ 35c Früherkennung und Frühförderung</b></p> <p><b>(1) Früherkennung und Frühförderung für Kinder mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Kinder sollen auf der Grundlage eines ganzheitlichen und interdisziplinären Kon-</b></p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>zepts unter Berücksichtigung und Einbeziehung des engeren sozialen Umfelds des Kindes eine drohende oder bereits eingetretene Behinderung zum frühestmöglichen Zeitpunkt erkennen und die Behinderung durch gezielte Förder- und Behandlungsmaßnahmen ausgleichen oder mildern. Die Leistungen der Früherkennung und Frühförderung bestimmen sich nach §§ 42 Absatz 2 Nummer 2, 46 und 79 des Neunten Buches; § 27 Absatz 3 findet insoweit keine Anwendung.</p> <p>(2) Die Vorschriften der Frühförderungsverordnung finden Anwendung.</p> <p>(3) Die Vorschriften zur Hilfe- und Leistungsplanung (§§ 36 bis 38d) finden bei Leistungen zur Früherkennung und Frühförderung keine Anwendung. An die Stelle der Hilfe- und Leistungsplanung und des Hilfe- und Leistungsplans nach den §§ 36 bis 38d tritt der Förder- und Behandlungsplan nach § 7 der Frühförderungsverordnung.</p>	<p>zepts unter Berücksichtigung und Einbeziehung des engeren sozialen Umfelds des Kindes eine drohende oder bereits eingetretene Behinderung zum frühestmöglichen Zeitpunkt erkennen und die Behinderung durch gezielte Förder- und Behandlungsmaßnahmen ausgleichen oder mildern. Die Leistungen der Früherkennung und Frühförderung bestimmen sich nach §§ 42 Absatz 2 Nummer 2, 46 und 79 des Neunten Buches; § 27 Absatz 3 findet insoweit keine Anwendung.</p> <p>(2) Die Vorschriften der Frühförderungsverordnung finden Anwendung.</p> <p>(3) Die Vorschriften zur Hilfe- und Leistungsplanung (§§ 36 bis 38d) finden bei Leistungen zur Früherkennung und Frühförderung keine Anwendung. An die Stelle der Hilfe- und Leistungsplanung und des Hilfe- und Leistungsplans nach den §§ 36 bis 38d tritt der Förder- und Behandlungsplan nach § 7 der Frühförderungsverordnung.</p>
	<p><b>§ 35d Leistungen zur Teilhabe an Bildung</b></p> <p>(1) Leistungen zur Teilhabe an Bildung umfassen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Hilfen zu einer Schulbildung, insbesondere im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht und zum Besuch weiterführender Schulen einschließlich der Vorbereitung hierzu; die</li> </ol>	<p><b>§ 35d Leistungen zur Teilhabe an Bildung</b></p> <p>(1) Leistungen zur Teilhabe an Bildung umfassen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Hilfen zu einer Schulbildung, insbesondere im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht und zum Besuch weiterführender Schulen einschließlich der Vorbereitung hierzu; die</li> </ol>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>Bestimmungen über die Ermöglichung der Schulbildung im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht bleiben unberührt, und</p> <p>2. Hilfen zur schulischen oder hochschulischen Ausbildung oder Weiterbildung für einen Beruf.</p> <p>Die Hilfen nach Satz 1 Nummer 1 schließen Leistungen zur Unterstützung schulischer Ganztagsangebote in der offenen Form ein, die im Einklang mit dem Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule stehen und unter deren Aufsicht und Verantwortung ausgeführt werden, an den stundenplanmäßigen Unterricht anknüpfen und in der Regel in den Räumlichkeiten der Schule oder in deren Umfeld durchgeführt werden. Hilfen nach Satz 1 Nummer 1 umfassen auch heilpädagogische und sonstige Maßnahmen, wenn die Maßnahmen erforderlich und geeignet sind, der leistungsberechtigten Person den Schulbesuch zu ermöglichen oder zu erleichtern. Hilfen zu einer schulischen oder hochschulischen Ausbildung nach Satz 1 Nummer 2 können erneut erbracht werden, wenn dies aus behinderungsbedingten Gründen erforderlich ist. Hilfen nach Satz 1 umfassen auch Gegenstände und Hilfsmittel, die wegen der gesundheitlichen Beeinträchtigung zur Teilhabe an Bildung erforderlich sind. Voraussetzung für eine Hilfsmittelversorgung ist,</p>	<p>Bestimmungen über die Ermöglichung der Schulbildung im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht bleiben unberührt, und</p> <p>2. Hilfen zur schulischen oder hochschulischen Ausbildung oder Weiterbildung für einen Beruf.</p> <p>Die Hilfen nach Satz 1 Nummer 1 schließen Leistungen zur Unterstützung schulischer Ganztagsangebote in der offenen Form ein, die im Einklang mit dem Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule stehen und unter deren Aufsicht und Verantwortung ausgeführt werden, an den stundenplanmäßigen Unterricht anknüpfen und in der Regel in den Räumlichkeiten der Schule oder in deren Umfeld durchgeführt werden. Hilfen nach Satz 1 Nummer 1 umfassen auch heilpädagogische und sonstige Maßnahmen, wenn die Maßnahmen erforderlich und geeignet sind, der leistungsberechtigten Person den Schulbesuch zu ermöglichen oder zu erleichtern. Hilfen zu einer schulischen oder hochschulischen Ausbildung nach Satz 1 Nummer 2 können erneut erbracht werden, wenn dies aus behinderungsbedingten Gründen erforderlich ist. Hilfen nach Satz 1 umfassen auch Gegenstände und Hilfsmittel, die wegen der gesundheitlichen Beeinträchtigung zur Teilhabe an Bildung erforderlich sind. Voraussetzung für eine Hilfsmittelversorgung ist,</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>dass die leistungsberechtigte Person das Hilfsmittel bedienen kann. Die Versorgung mit Hilfsmitteln schließt eine notwendige Unterweisung im Gebrauch und eine notwendige Instandhaltung oder Änderung ein. Die Ersatzbeschaffung des Hilfsmittels erfolgt, wenn sie infolge der körperlichen Entwicklung <b>des Leistungsberechtigten</b> notwendig ist oder wenn das Hilfsmittel aus anderen Gründen ungeeignet oder unbrauchbar geworden ist.</p> <p><u>s. bei § 112 Absatz 1 SGB IX</u></p> <p>(2) Hilfen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 werden erbracht für eine schulische oder hochschulische berufliche Weiterbildung, die</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. in einem zeitlichen Zusammenhang an eine duale, schulische oder hochschulische Berufsausbildung anschließt,</li> <li>2. in dieselbe fachliche Richtung weiterführt und</li> <li>3. es dem Leistungsberechtigten ermöglicht, das von ihm angestrebte Berufsziel zu erreichen.</li> </ol> <p>Hilfen für ein Masterstudium werden abweichend von Satz 1 Nummer 2 auch erbracht, wenn das Masterstudium auf ein zuvor abgeschlossenes Bachelorstudium aufbaut und dieses interdisziplinär ergänzt, ohne in dieselbe Fachrichtung weiterzuführen. Aus behinderungs-</p>	<p>dass die leistungsberechtigte Person das Hilfsmittel bedienen kann. Die Versorgung mit Hilfsmitteln schließt eine notwendige Unterweisung im Gebrauch und eine notwendige Instandhaltung oder Änderung ein. Die Ersatzbeschaffung des Hilfsmittels erfolgt, wenn sie infolge der körperlichen Entwicklung <b>des Leistungsberechtigten</b> notwendig ist oder wenn das Hilfsmittel aus anderen Gründen ungeeignet oder unbrauchbar geworden ist.</p> <p><u>s. bei § 112 Absatz 1 SGB IX</u></p> <p>(2) Hilfen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 werden erbracht für eine schulische oder hochschulische berufliche Weiterbildung, die</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. in einem zeitlichen Zusammenhang an eine duale, schulische oder hochschulische Berufsausbildung anschließt,</li> <li>2. in dieselbe fachliche Richtung weiterführt und</li> <li>3. es dem Leistungsberechtigten ermöglicht, das von ihm angestrebte Berufsziel zu erreichen.</li> </ol> <p>Hilfen für ein Masterstudium werden abweichend von Satz 1 Nummer 2 auch erbracht, wenn das Masterstudium auf ein zuvor abgeschlossenes Bachelorstudium aufbaut und dieses interdisziplinär ergänzt, ohne in dieselbe Fachrichtung weiterzuführen. Aus behinderungs-</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>bedingten oder aus anderen, nicht von der leistungsberechtigten Person beeinflussbaren gewichtigen Gründen kann von Satz 1 Nummer 1 abgewichen werden.</p> <p><u>s. bei § 112 Absatz 2 SGB IX</u></p> <p>(3) Hilfen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 schließen folgende Hilfen ein:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Hilfen zur Teilnahme an Fernunterricht,</li> <li>2. Hilfen zur Ableistung eines Praktikums, das für den Schul- oder Hochschulbesuch oder für die Berufszulassung erforderlich ist, und</li> <li>3. Hilfen zur Teilnahme an Maßnahmen zur Vorbereitung auf die schulische oder hochschulische Ausbildung oder Weiterbildung für einen Beruf.</li> </ol> <p><u>s. bei § 112 Absatz 3 SGB IX</u></p> <p>(4) Die in der Schule oder Hochschule wegen der Behinderung erforderliche Anleitung und Begleitung können an mehrere <b>Kinder oder Jugendliche</b> gemeinsam erbracht werden, soweit dies <b>dem Bedarf des Kindes oder Jugendlichen im Einzelfall entspricht</b>[*]. Die Leistungen nach Satz 1 sind auf Wunsch der Leistungsberechtigten gemeinsam zu erbringen.</p> <p><u>s. bei § 112 Absatz 4 SGB IX</u></p>	<p>bedingten oder aus anderen, nicht von der leistungsberechtigten Person beeinflussbaren gewichtigen Gründen kann von Satz 1 Nummer 1 abgewichen werden.</p> <p><u>s. bei § 112 Absatz 2 SGB IX</u></p> <p>(3) Hilfen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 schließen folgende Hilfen ein:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Hilfen zur Teilnahme an Fernunterricht,</li> <li>2. Hilfen zur Ableistung eines Praktikums, das für den Schul- oder Hochschulbesuch oder für die Berufszulassung erforderlich ist, und</li> <li>3. Hilfen zur Teilnahme an Maßnahmen zur Vorbereitung auf die schulische oder hochschulische Ausbildung oder Weiterbildung für einen Beruf.</li> </ol> <p><u>s. bei § 112 Absatz 3 SGB IX</u></p> <p>(4) Die in der Schule oder Hochschule wegen der Behinderung erforderliche Anleitung und Begleitung <b>werden als infrastrukturelle Angebote nach § 80a gewährt; die Vorschriften zur Hilfe- und Leistungsplanung (§§ 36 bis 38d) finden keine Anwendung. Nur wenn dem Ergebnis der Prüfung gemäß § 27 Absatz 4 und der Besonderheit des Einzelfalles ausschließlich durch eine an dem jeweiligen Kind oder Jugendlichen erbrachte Anleitung und Begleitung in der</b></p>

\* Redaktionelle Korrektur abweichend vom Regierungsentwurf.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
		<p>Schule oder Hochschule entsprochen werden kann, besteht nach § 27 Absatz 3 ein Anspruch auf diese Einzelhilfe.</p> <p>s. bei § 112 Absatz 4 SGB IX</p>
	<p><b>§ 35e Leistungen zur Beschäftigung</b></p> <p>(1) Leistungen zur Beschäftigung umfassen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Leistungen im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen nach den §§ 58 und 62 <b>des Neunten Buches</b>,</li> <li>2. Leistungen bei anderen Leistungsanbietern nach den §§ 60 und 62 <b>des Neunten Buches</b>,</li> <li>3. Leistungen bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern nach § 61 <b>des Neunten Buches</b> sowie</li> <li>4. Leistungen für ein Budget für Ausbildung nach § 61a <b>des Neunten Buches</b>.</li> </ol> <p>s. bei § 111 Absatz 1 SGB IX</p> <p>(2) Leistungen nach Absatz 1 umfassen auch Gegenstände und Hilfsmittel, die wegen der gesundheitlichen Beeinträchtigung zur Aufnahme oder Fortsetzung der Beschäftigung erforderlich sind. Voraussetzung für eine Hilfsmittelversorgung ist, dass der Leistungsberechtigte das Hilfsmittel bedienen kann. Die Versorgung mit Hilfsmitteln schließt eine notwendige Unterweisung im Gebrauch und eine notwendige Instand-</p>	<p><b>§ 35e Leistungen zur Beschäftigung</b></p> <p>(1) Leistungen zur Beschäftigung umfassen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Leistungen im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen nach den §§ 58 und 62 <b>des Neunten Buches</b>,</li> <li>2. Leistungen bei anderen Leistungsanbietern nach den §§ 60 und 62 <b>des Neunten Buches</b>,</li> <li>3. Leistungen bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern nach § 61 <b>des Neunten Buches</b> sowie</li> <li>4. Leistungen für ein Budget für Ausbildung nach § 61a <b>des Neunten Buches</b>.</li> </ol> <p>s. bei § 111 Absatz 1 SGB IX</p> <p>(2) Leistungen nach Absatz 1 umfassen auch Gegenstände und Hilfsmittel, die wegen der gesundheitlichen Beeinträchtigung zur Aufnahme oder Fortsetzung der Beschäftigung erforderlich sind. Voraussetzung für eine Hilfsmittelversorgung ist, dass der Leistungsberechtigte das Hilfsmittel bedienen kann. Die Versorgung mit Hilfsmitteln schließt eine notwendige Unterweisung im Gebrauch und eine notwendige Instand-</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>haltung oder Änderung ein. Die Ersatzbeschaffung des Hilfsmittels erfolgt, wenn sie infolge der körperlichen Entwicklung der Leistungsberechtigten notwendig ist oder wenn das Hilfsmittel aus anderen Gründen ungeeignet oder unbrauchbar geworden ist.</p> <p><u>s. bei § 111 Absatz 2 SGB IX</u></p> <p>(3) Zu den Leistungen nach Absatz 1 Nummer 1 und 2 gehört auch das Arbeitsförderungsgeld nach § 59 <b>des Neunten Buches</b>.</p> <p><u>s. bei § 111 Absatz 3 SGB IX</u></p>	<p>haltung oder Änderung ein. Die Ersatzbeschaffung des Hilfsmittels erfolgt, wenn sie infolge der körperlichen Entwicklung der Leistungsberechtigten notwendig ist oder wenn das Hilfsmittel aus anderen Gründen ungeeignet oder unbrauchbar geworden ist.</p> <p><u>s. bei § 111 Absatz 2 SGB IX</u></p> <p>(3) Zu den Leistungen nach Absatz 1 Nummer 1 und 2 gehört auch das Arbeitsförderungsgeld nach § 59 <b>des Neunten Buches</b>.</p> <p><u>s. bei § 111 Absatz 3 SGB IX</u></p>
	<p><b>§ 35f Leistungen zur Sozialen Teilhabe</b></p> <p>(1) Leistungen zur Sozialen Teilhabe werden erbracht, um eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern, soweit sie nicht nach den <b>§§ 35b bis 35e</b> erbracht werden. Hierzu gehört, <b>Kindern und Jugendlichen eine selbstbestimmte Interaktion in allen sie betreffenden Lebensbereichen zu ermöglichen oder zu erleichtern, ihre Persönlichkeitsentwicklung zu fördern und sie zu einer möglichst selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Lebensführung in ihrer Familie oder im eigenen Wohnraum sowie in ihrem Sozialraum zu befähigen oder sie hierbei zu unterstützen. Dabei sollen das engere soziale Um-</b></p>	<p><b>§ 35f Leistungen zur Sozialen Teilhabe</b></p> <p>(1) Leistungen zur Sozialen Teilhabe werden erbracht, um eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern, soweit sie nicht nach den <b>§§ 35b bis 35e</b> erbracht werden. Hierzu gehört, <b>Kindern und Jugendlichen eine selbstbestimmte Interaktion in allen sie betreffenden Lebensbereichen zu ermöglichen oder zu erleichtern, ihre Persönlichkeitsentwicklung zu fördern und sie zu einer möglichst selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Lebensführung in ihrer Familie oder im eigenen Wohnraum sowie in ihrem Sozialraum zu befähigen oder sie hierbei zu unterstützen. Dabei sollen das engere soziale Um-</b></p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>feld des Kindes oder Jugendlichen, insbesondere seine Familie, sowie die Wohnform einbezogen werden. Maßgeblich sind die im Rahmen der Hilfe- und Leistungsplanung durchgeführten Ermittlungen und getroffenen Feststellungen (§§ 36 bis 38d).</p> <p><u>s. bei § 113 Absatz 1 SGB IX</u></p> <p>(2) Leistungen zur Sozialen Teilhabe sind insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Leistungen für Wohnraum,</li> <li>2. Assistenzleistungen,</li> <li>3. heilpädagogische Leistungen,</li> <li>4. Leistungen zur Betreuung in einer Pflegefamilie,</li> <li>5. Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten,</li> <li>6. Leistungen zur Förderung der Verständigung,</li> <li>7. Leistungen zur Mobilität,</li> <li>8. Hilfsmittel,</li> <li>9. Besuchsbeihilfen.</li> </ol> <p><u>s. bei § 113 Absatz 2 SGB IX</u></p> <p>(3) Die Leistungen nach Absatz 2 Nummer 1 bis 8 bestimmen sich nach den §§ 77 bis 84 <b>des Neunten Buches</b>, soweit sich aus diesem <b>Buch</b> nichts Abweichendes ergibt.</p> <p><u>s. bei § 113 Absatz 3 SGB IX</u></p>	<p>feld des Kindes oder Jugendlichen, insbesondere seine Familie, sowie die Wohnform einbezogen werden. Maßgeblich sind die im Rahmen der Hilfe- und Leistungsplanung durchgeführten Ermittlungen und getroffenen Feststellungen (§§ 36 bis 38d).</p> <p><u>s. bei § 113 Absatz 1 SGB IX</u></p> <p>(2) Leistungen zur Sozialen Teilhabe sind insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Leistungen für Wohnraum,</li> <li>2. Assistenzleistungen,</li> <li>3. heilpädagogische Leistungen,</li> <li>4. Leistungen zur Betreuung in einer Pflegefamilie,</li> <li>5. Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten,</li> <li>6. Leistungen zur Förderung der Verständigung,</li> <li>7. Leistungen zur Mobilität,</li> <li>8. Hilfsmittel,</li> <li>9. Besuchsbeihilfen.</li> </ol> <p><u>s. bei § 113 Absatz 2 SGB IX</u></p> <p>(3) Die Leistungen nach Absatz 2 Nummer 1 bis 8 bestimmen sich nach den §§ 77 bis 84 <b>des Neunten Buches</b>, soweit sich aus diesem <b>Buch</b> nichts Abweichendes ergibt.</p> <p><u>s. bei § 113 Absatz 3 SGB IX</u></p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>(4) Zur Ermöglichung der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in der Verantwortung einer Werkstatt für behinderte Menschen, einem anderen Leistungsanbieter oder dem Leistungserbringer vergleichbarer anderer tagesstrukturierender Maßnahmen werden die erforderliche sächliche Ausstattung, die personelle Ausstattung und die erforderlichen betriebsnotwendigen Anlagen des Leistungserbringers übernommen.</p> <p><u>s. bei § 113 Absatz 4 SGB IX</u></p> <p>(5) Bei einer stationären Krankenhausbehandlung nach § 39 des Fünften Buches werden auch Leistungen für die Begleitung und Befähigung des <b>Kindes oder Jugendlichen</b> durch vertraute</p>	<p>(4) Die in einer Tageseinrichtung für Kinder nach § 22 Absatz 1 Satz 1 wegen der Behinderung erforderliche Anleitung und Begleitung werden als infrastrukturelle Angebote nach § 80a gewährt; die Vorschriften zur Hilfe- und Leistungsplanung (§§ 36 bis 38d) finden keine Anwendung. Nur wenn dem Ergebnis der Prüfung gemäß § 27 Absatz 4 und der Besonderheit des Einzelfalles ausschließlich durch eine an dem jeweiligen Kind erbrachte Anleitung und Begleitung in einer Tageseinrichtung für Kinder nach § 22 Absatz 1 Satz 1 entsprochen werden kann, besteht nach § 27 Absatz 2 ein Anspruch auf diese Einzelhilfe.</p> <p>(5) Zur Ermöglichung der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in der Verantwortung einer Werkstatt für behinderte Menschen, einem anderen Leistungsanbieter oder dem Leistungserbringer vergleichbarer anderer tagesstrukturierender Maßnahmen werden die erforderliche sächliche Ausstattung, die personelle Ausstattung und die erforderlichen betriebsnotwendigen Anlagen des Leistungserbringers übernommen.</p> <p><u>s. bei § 113 Absatz 4 SGB IX</u></p> <p>(6) Bei einer stationären Krankenhausbehandlung nach § 39 des Fünften Buches werden auch Leistungen für die Begleitung und Befähigung des <b>Kindes oder Jugendlichen</b> durch vertraute</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>Bezugspersonen zur Sicherstellung der Durchführung der Behandlung erbracht, soweit dies aufgrund des Vertrauensverhältnisses des <b>Kindes oder Jugendlichen</b> zur Bezugsperson und aufgrund der behinderungsbedingten besonderen Bedürfnisse erforderlich ist. Vertraute Bezugspersonen im Sinne von Satz 1 sind Personen, die dem <b>Kind oder Jugendlichen</b> gegenüber im Alltag bereits Leistungen der Eingliederungshilfe erbringen. Die Leistungen umfassen Leistungen zur Verständigung und zur Unterstützung im Umgang mit Belastungssituationen als nichtmedizinische Nebenleistungen zur stationären Krankenhausbehandlung. Bei den Leistungen im Sinne von Satz 1 findet § 10 Absatz 1 gegenüber Kostenträgern von Leistungen zur Krankenbehandlung mit Ausnahme der Träger der Unfallversicherung keine Anwendung. § 17 Absatz 2 und 2a des Ersten Buches bleibt unberührt.</p> <p><u>s. bei § 113 Absatz 6 SGB IX</u></p>	<p>Bezugspersonen zur Sicherstellung der Durchführung der Behandlung erbracht, soweit dies aufgrund des Vertrauensverhältnisses des <b>Kindes oder Jugendlichen</b> zur Bezugsperson und aufgrund der behinderungsbedingten besonderen Bedürfnisse erforderlich ist. Vertraute Bezugspersonen im Sinne von Satz 1 sind Personen, die dem <b>Kind oder Jugendlichen</b> gegenüber im Alltag bereits Leistungen der Eingliederungshilfe erbringen. Die Leistungen umfassen Leistungen zur Verständigung und zur Unterstützung im Umgang mit Belastungssituationen als nichtmedizinische Nebenleistungen zur stationären Krankenhausbehandlung. Bei den Leistungen im Sinne von Satz 1 findet § 10 Absatz 1 gegenüber Kostenträgern von Leistungen zur Krankenbehandlung mit Ausnahme der Träger der Unfallversicherung keine Anwendung. § 17 Absatz 2 und 2a des Ersten Buches bleibt unberührt.</p> <p><u>s. bei § 113 Absatz 6 SGB IX</u></p>
	<p><b>§ 35g Leistungen zur Mobilität</b></p> <p>Bei den Leistungen zur Mobilität nach § 35f Absatz 2 Nummer 7 gilt § 83 <b>des Neunten Buches</b> mit der Maßgabe, dass</p>	<p><b>§ 35g Leistungen zur Mobilität</b></p> <p>Bei den Leistungen zur Mobilität nach § 35f Absatz 2 Nummer 7 gilt § 83 <b>des Neunten Buches</b> mit der Maßgabe, dass</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>1. die Leistungsberechtigten zusätzlich zu den in § 83 Absatz 2 <b>des Neunten Buches</b> genannten Voraussetzungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft ständig auf die Nutzung eines Kraftfahrzeugs angewiesen sind und</p> <p>2. abweichend von § 83 Absatz 3 Satz 2 <b>des Neunten Buches</b> die Vorschriften der §§ 6 und 8 der Kraftfahrzeughilfe-Verordnung nicht maßgeblich sind.</p> <p><u>s. bei § 114 SGB IX</u></p>	<p>1. die Leistungsberechtigten zusätzlich zu den in § 83 Absatz 2 <b>des Neunten Buches</b> genannten Voraussetzungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft ständig auf die Nutzung eines Kraftfahrzeugs angewiesen sind und</p> <p>2. abweichend von § 83 Absatz 3 Satz 2 <b>des Neunten Buches</b> die Vorschriften der §§ 6 und 8 der Kraftfahrzeughilfe-Verordnung nicht maßgeblich sind.</p> <p><u>s. bei § 114 SGB IX</u></p>
	<p><b>§ 35h Besuchsbeihilfen</b></p> <p>Werden Leistungen bei einem oder mehreren Anbietern über Tag und Nacht erbracht, können den Leistungsberechtigten oder ihren Angehörigen zum gegenseitigen Besuch Beihilfen geleistet werden, soweit es im Einzelfall erforderlich ist.</p> <p><u>s. bei § 115 SGB IX</u></p>	<p><b>§ 35h Besuchsbeihilfen</b></p> <p>Werden Leistungen bei einem oder mehreren Anbietern über Tag und Nacht erbracht, können den Leistungsberechtigten oder ihren Angehörigen zum gegenseitigen Besuch Beihilfen geleistet werden, soweit es im Einzelfall erforderlich ist.</p> <p><u>s. bei § 115 SGB IX</u></p>
	<p><b>§ 35i Pauschale Geldleistung, gemeinsame Inanspruchnahme</b></p> <p>(1) Die Leistungen</p> <p>1. zur Assistenz zur Übernahme von Handlungen zur Alltagsbewältigung sowie Begleitung der Leistungsberechtigten (§ 35f Absatz 2 Nummer 2 in Verbindung mit § 78 Absatz 2 Nummer 1 und Absatz 5 <b>des Neunten Buches</b>),</p>	<p><b>§ 35i Pauschale Geldleistung, gemeinsame Inanspruchnahme</b></p> <p>(1) Die Leistungen</p> <p>1. zur Assistenz zur Übernahme von Handlungen zur Alltagsbewältigung sowie Begleitung der Leistungsberechtigten (§ 35f Absatz 2 Nummer 2 in Verbindung mit § 78 Absatz 2 Nummer 1 und Absatz 5 <b>des Neunten Buches</b>),</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>2. zur Förderung der Verständigung (§ 35f Absatz 2 Nummer 6) und</p> <p>3. zur Beförderung im Rahmen der Leistungen zur Mobilität (§ 35f Absatz 2 Nummer 7 in Verbindung mit § 83 Absatz 1 Nummer 1 <b>des Neunten Buches</b>)</p> <p>können mit Zustimmung der Leistungsberechtigten als pauschale Geldleistungen nach § 35a Absatz 3 <b>Satz 3</b> erbracht werden. Die zuständigen Träger der <b>öffentlichen Jugendhilfe</b> regeln das Nähere zur Höhe und Ausgestaltung der pauschalen Geldleistungen sowie zur Leistungserbringung.</p> <p><u>s. bei § 116 Absatz 1 SGB IX</u></p> <p>(2) Die Leistungen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. zur Assistenz (§ 35f Absatz 2 Nummer 2),</li> <li>2. zur Heilpädagogik (§ 35f Absatz 2 Nummer 3),</li> <li>3. zum Erwerb und Erhalt praktischer Fähigkeiten und Kenntnisse (§ 35f Absatz 2 Nummer 5),</li> <li>4. zur Förderung der Verständigung (§ 35f Absatz 2 Nummer 6),</li> <li>5. zur Beförderung im Rahmen der Leistungen zur Mobilität (§ 35f Absatz 2 Nummer 7 in Verbindung mit § 83 Absatz 1 Nummer 1 <b>des Neunten Buches</b>) und</li> </ol>	<p>2. zur Förderung der Verständigung (§ 35f Absatz 2 Nummer 6) und</p> <p>3. zur Beförderung im Rahmen der Leistungen zur Mobilität (§ 35f Absatz 2 Nummer 7 in Verbindung mit § 83 Absatz 1 Nummer 1 <b>des Neunten Buches</b>)</p> <p>können mit Zustimmung der Leistungsberechtigten als pauschale Geldleistungen nach § 35a Absatz 3 <b>Satz 3</b> erbracht werden. Die zuständigen Träger der <b>öffentlichen Jugendhilfe</b> regeln das Nähere zur Höhe und Ausgestaltung der pauschalen Geldleistungen sowie zur Leistungserbringung.</p> <p><u>s. bei § 116 Absatz 1 SGB IX</u></p> <p>(2) Die Leistungen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. zur Assistenz (§ 35f Absatz 2 Nummer 2),</li> <li>2. zur Heilpädagogik (§ 35f Absatz 2 Nummer 3),</li> <li>3. zum Erwerb und Erhalt praktischer Fähigkeiten und Kenntnisse (§ 35f Absatz 2 Nummer 5),</li> <li>4. zur Förderung der Verständigung (§ 35f Absatz 2 Nummer 6),</li> <li>5. zur Beförderung im Rahmen der Leistungen zur Mobilität (§ 35f Absatz 2 Nummer 7 in Verbindung mit § 83 Absatz 1 Nummer 1 <b>des Neunten Buches</b>) und</li> </ol>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>6. zur Erreichbarkeit einer Ansprechperson unabhängig von einer konkreten Inanspruchnahme (§ 35f Absatz 2 Nummer 2 in Verbindung mit § 78 Absatz 6 <b>des Neunten Buches</b>) können an mehrere Leistungsberechtigte gemeinsam erbracht werden, soweit dies nach § 5 <b>Absatz 3</b> für die Leistungsberechtigten zumutbar ist und mit Leistungserbringern entsprechende Vereinbarungen bestehen. Maßgeblich sind die Ermittlungen und Feststellungen nach §§ 36 bis 38d[.]<sup>*</sup></p> <p><u>s. bei § 116 Absatz 2 SGB IX</u></p> <p>(3) <b>Auf Wunsch der Leistungsberechtigten sind die Leistungen nach Absatz 2 [sind]<sup>*</sup> an mehrere Leistungsberechtigte</b> gemeinsam zu erbringen, soweit die Teilhabeziele erreicht werden können.</p> <p><u>s. bei § 116 Absatz 3 SGB IX</u></p>	<p>6. zur Erreichbarkeit einer Ansprechperson unabhängig von einer konkreten Inanspruchnahme (§ 35f Absatz 2 Nummer 2 in Verbindung mit § 78 Absatz 6 <b>des Neunten Buches</b>) können an mehrere Leistungsberechtigte gemeinsam erbracht werden, soweit dies nach § 5 <b>Absatz 3</b> für die Leistungsberechtigten zumutbar ist und mit Leistungserbringern entsprechende Vereinbarungen bestehen. Maßgeblich sind die Ermittlungen und Feststellungen nach §§ 36 bis 38d. <b>§ 35f Absatz 4 bleibt unberührt.</b></p> <p><u>s. bei § 116 Absatz 2 SGB IX</u></p> <p>(3) <b>Auf Wunsch der Leistungsberechtigten sind die Leistungen nach Absatz 2 [sind]<sup>*</sup> an mehrere Leistungsberechtigte</b> gemeinsam zu erbringen, soweit die Teilhabeziele erreicht werden können.</p> <p><u>s. bei § 116 Absatz 3 SGB IX</u></p>
<p><b>Dritter Unterabschnitt</b></p> <p><b>Gemeinsame Vorschriften für die Hilfe zur Erziehung und die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche</b></p>	<p><b>Vierter Unterabschnitt</b></p> <p><b>Hilfe- und Leistungsplanung; Steuerungsverantwortung, Selbstbeschaffung</b></p>	<p><b>Vierter Unterabschnitt</b></p> <p><b>Hilfe- und Leistungsplanung; Steuerungsverantwortung, Selbstbeschaffung</b></p>

\* Redaktionelle Korrektur abweichend vom Regierungs- und Referentenentwurf.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 36</b> Mitwirkung, Hilfeplan</p> <p>(1) Der Personensorgeberechtigte und das Kind oder der Jugendliche sind vor der Entscheidung über die Inanspruchnahme einer Hilfe und vor einer notwendigen Änderung von Art und Umfang der Hilfe zu beraten und auf die möglichen Folgen für die Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen hinzuweisen. Es ist sicherzustellen, dass Beratung und Aufklärung nach Satz 1 in einer für den Personensorgeberechtigten und das Kind oder den Jugendlichen verständlichen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form erfolgen;</p> <p>s. bei § 36 Absatz 3 Sätze 1 und 2 SGB VIII nF</p>	<p><b>§ 36</b> Grundsätze der Hilfe- und Leistungsplanung</p> <p>(1) Die Hilfe- und Leistungsplanung umfasst insbesondere:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Beteiligung des Kindes oder Jugendlichen und des Personensorgeberechtigten in allen Verfahrensschritten, beginnend mit der Beratung und Aufklärung nach Maßgabe von Absatz 3,</li> <li>2. die Dokumentation der Wünsche des Kindes oder Jugendlichen und des Personensorgeberechtigten zu Ziel und Art der Hilfe oder Leistung,</li> <li>3. Feststellungen über den individuellen Bedarf des Kindes oder Jugendlichen unter Einbeziehung seines engeren sozialen Umfelds,</li> <li>4. die Durchführung einer Hilfe- und Leistungsplankonferenz nach § 36b zur Abstimmung der Art der Hilfe oder Leistung und deren notwendiger Ausgestaltung nach Inhalt, Umfang und Dauer unter Beteiligung betroffener Leistungsträger,</li> <li>5. die Auswahl der zu gewährenden Art der Hilfe oder Leistung sowie deren notwendige Ausgestaltung und</li> <li>6. die Aufstellung und regelmäßige Überprüfung des Hilfe- und Leistungsplans nach Maßgabe von § 36a.</li> </ol>	<p><b>§ 36</b> Grundsätze der Hilfe- und Leistungsplanung</p> <p>(1) Die Hilfe- und Leistungsplanung umfasst insbesondere:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Beteiligung des Kindes oder Jugendlichen und des Personensorgeberechtigten in allen Verfahrensschritten, beginnend mit der Beratung und Aufklärung nach Maßgabe von Absatz 3,</li> <li>2. die Dokumentation der Wünsche des Kindes oder Jugendlichen und des Personensorgeberechtigten zu Ziel und Art der Hilfe oder Leistung,</li> <li>3. Feststellungen über den individuellen Bedarf des Kindes oder Jugendlichen unter Einbeziehung seines engeren sozialen Umfelds,</li> <li>4. die Durchführung einer Hilfe- und Leistungsplankonferenz nach § 36b zur Abstimmung der Art der Hilfe oder Leistung und deren notwendiger Ausgestaltung nach Inhalt, Umfang und Dauer unter Beteiligung betroffener Leistungsträger,</li> <li>5. die Auswahl der zu gewährenden Art der Hilfe oder Leistung sowie deren notwendige Ausgestaltung und</li> <li>6. die Aufstellung und regelmäßige Überprüfung des Hilfe- und Leistungsplans nach Maßgabe von § 36a.</li> </ol>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>(2) Die Entscheidung über die im Einzelfall angezeigte <b>Hilfeart</b> soll, wenn Hilfe voraussichtlich für längere Zeit zu leisten ist, im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte getroffen werden. <del>Als Grundlage für die Ausgestaltung der Hilfe sollen sie zusammen mit dem Personensorgeberechtigten und dem Kind oder dem Jugendlichen einen Hilfeplan aufstellen, der Feststellungen über den Bedarf, die zu gewährende Art der Hilfe sowie die notwendigen Leistungen enthält; sie sollen regelmäßig prüfen, ob die gewählte Hilfeart weiterhin geeignet und notwendig ist. Hat das Kind oder der Jugendliche ein oder mehrere Geschwister, so soll der Geschwisterbeziehung bei der Aufstellung und Überprüfung des Hilfeplans sowie bei der Durchführung der Hilfe Rechnung getragen werden;</del></p> <p><u>s. bei § 36a Absatz 1 Satz 1, Absatz 3 SGB VIII nF</u></p> <p>(3) <del>Werden bei der Durchführung der Hilfe andere Personen, Dienste oder Einrichtungen tätig, so sind sie oder deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Aufstellung des Hilfeplans und seiner Überprüfung zu beteiligen. Soweit dies zur Feststellung des Bedarfs, der zu gewährenden Art der Hilfe oder der notwendigen Leistungen nach Inhalt, Umfang und Dauer erforderlich ist, sollen öffentliche Stellen, insbesondere andere Sozialleistungsträger, Rehabilitationsträger,</del></p>	<p>(2) Die Entscheidung über die im Einzelfall angezeigte <b>Hilfe- oder Leistungsart</b> soll, wenn <b>die Hilfe oder Leistung</b> voraussichtlich für längere Zeit zu leisten ist, im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte getroffen werden.</p> <p>(3) <b>Das Kind oder der Jugendliche und der Personensorgeberechtigte</b> sind vor der Entscheidung über die Inanspruchnahme einer <b>Hilfe oder Leistung nach diesem Abschnitt</b> und vor einer notwendigen Änderung von Art und Umfang der <b>gewährten Hilfe oder Leistung</b> zu beraten und auf die möglichen Folgen <b>einer Hilfe- oder Leistungsgewährung</b> für die Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen <b>sowie für seine familiäre Lebenssituation</b> hinzuweisen. <b>Beteiligung</b></p>	<p>(2) Die Entscheidung über die im Einzelfall angezeigte <b>Hilfe- oder Leistungsart</b> soll, wenn <b>die Hilfe oder Leistung</b> voraussichtlich für längere Zeit zu leisten ist, im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte getroffen werden.</p> <p>(3) <b>Das Kind oder der Jugendliche und der Personensorgeberechtigte</b> sind vor der Entscheidung über die Inanspruchnahme einer <b>Hilfe oder Leistung nach diesem Abschnitt</b> und vor einer notwendigen Änderung von Art und Umfang der <b>gewährten Hilfe oder Leistung</b> zu beraten und auf die möglichen Folgen <b>einer Hilfe- oder Leistungsgewährung</b> für die Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen <b>sowie für seine familiäre Lebenssituation</b> hinzuweisen. <b>Beteiligung</b></p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><del>oder die Schule beteiligt werden. Gewährt der Träger der öffentlichen Jugendhilfe Leistungen zur Teilhabe, sind die Vorschriften zum Verfahren bei einer Mehrheit von Rehabilitationsträgern nach dem Neunten Buch zu beachten.</del></p> <p><u>s. bei § 36a Absatz 4 SGB VIII nF</u></p> <p>(4) Erscheinen Hilfen nach § 35a erforderlich, so soll bei der Aufstellung und Änderung des Hilfeplans sowie bei der Durchführung der Hilfe die Person, die eine Stellungnahme nach § 35a Absatz 1a abgegeben hat, beteiligt werden.</p> <p><del>(5) Soweit dies zur Feststellung des Bedarfs, der zu gewährenden Art der Hilfe oder der notwendigen Leistungen nach Inhalt, Umfang und Dauer erforderlich ist und dadurch der Hilfezweck nicht in Frage gestellt wird, sollen Eltern,</del></p>	<p>in allen Verfahrensschritten sowie Beratung und Aufklärung nach Satz 1 <b>erfolgen</b> in einer für den Personensorgeberechtigten und das Kind oder den Jugendlichen verständlichen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form. <b>An der Hilfe- und Leistungsplanung wird auf Verlangen des Personensorgeberechtigten oder des Kindes oder Jugendlichen eine Person seines Vertrauens beteiligt.</b></p> <p><u>s. bei § 36 Absatz 1 SGB VIII aF</u></p> <p>(4) Folgende Prinzipien finden bei der Hilfe- und Leistungsplanung Beachtung:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Partizipation und Transparenz,</li> <li>2. trägerübergreifende<sup>[*]</sup> Kooperation und Koordination,</li> <li>3. Interdisziplinarität,</li> <li>4. Konsensorientierung,</li> <li>5. Einzelfallausrichtung,</li> <li>6. Lebensweltbezogenheit und Sozialraumorientierung sowie</li> <li>7. Zielorientierung.</li> </ol>	<p>in allen Verfahrensschritten sowie Beratung und Aufklärung nach Satz 1 <b>erfolgen</b> in einer für den Personensorgeberechtigten und das Kind oder den Jugendlichen verständlichen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form. <b>An der Hilfe- und Leistungsplanung wird auf Verlangen des Personensorgeberechtigten oder des Kindes oder Jugendlichen eine Person seines Vertrauens beteiligt.</b></p> <p><u>s. bei § 36 Absatz 1 SGB VIII aF</u></p> <p>(4) Folgende Prinzipien finden bei der Hilfe- und Leistungsplanung Beachtung:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Partizipation und Transparenz,</li> <li>2. trägerübergreifende<sup>[*]</sup> Kooperation und Koordination,</li> <li>3. Interdisziplinarität,</li> <li>4. Konsensorientierung,</li> <li>5. Einzelfallausrichtung,</li> <li>6. Lebensweltbezogenheit und Sozialraumorientierung sowie</li> <li>7. Zielorientierung.</li> </ol>

\* Redaktionelle Korrektur abweichend vom Regierungs- und Referentenentwurf.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>die nicht personensorgeberechtigt sind, an der Aufstellung des Hilfeplans und seiner Überprüfung beteiligt werden; die Entscheidung, ob, wie und in welchem Umfang deren Beteiligung erfolgt, soll im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte unter Berücksichtigung der Willensäußerung und der Interessen des Kindes oder Jugendlichen sowie der Willensäußerung des Personensorgeberechtigten getroffen werden.</p> <p>s. bei § 36a Absatz 5 SGB VIII nF</p>		
<p><b>§ 36a Steuerungsverantwortung, Selbstbeschaffung</b>                  (1) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe trägt die Kosten der Hilfe grundsätzlich nur dann, wenn sie auf der Grundlage seiner Entscheidung nach Maßgabe des Hilfeplans unter Beachtung des Wunsch- und Wahlrechts erbracht wird; dies gilt auch in den Fällen, in denen Eltern durch das Familiengericht oder Jugendliche und junge Volljährige durch den Jugendrichter zur Inanspruchnahme von Hilfen verpflichtet werden. Die Vorschriften über die Heranziehung zu den Kosten der Hilfe bleiben unberührt.</p> <p>s. bei § 36c Absatz 1 SGB VIII nF</p>	<p><b>§ 36a Hilfe- und Leistungsplan</b>                  (1) Als Grundlage für den Verwaltungsakt über die ausgewählte Hilfe oder Leistung und für deren Ausgestaltung stellt der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zusammen mit dem Personensorgeberechtigten und dem Kind oder Jugendlichen einen <b>Hilfe- und Leistungsplan auf</b>. Der <b>Hilfe- und Leistungsplan</b> dient der Steuerung, Wirkungskontrolle und Dokumentation des <b>Hilfe- und Leistungsprozesses</b>. Er soll regelmäßig, dem Bedarf im Einzelfall entsprechend, überprüft und fortgeschrieben werden. Ist eine <b>Hilfe- und Leistungsplankonferenz</b> nach § 36b durchgeführt worden, sind deren Ergebnisse der Erstellung des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> zugrunde zu legen.</p> <p>s. bei § 36 Absatz 2 Satz 2 SGB VIII aF                  s. bei § 121 Absatz 2 Satz 1 SGB IX</p>	<p><b>§ 36a Hilfe- und Leistungsplan</b>                  (1) Als Grundlage für den Verwaltungsakt über die ausgewählte Hilfe oder Leistung und für deren Ausgestaltung stellt der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zusammen mit dem Personensorgeberechtigten und dem Kind oder Jugendlichen einen <b>Hilfe- und Leistungsplan auf</b>. Der <b>Hilfe- und Leistungsplan</b> dient der Steuerung, Wirkungskontrolle und Dokumentation des <b>Hilfe- und Leistungsprozesses</b>. Er soll regelmäßig, dem Bedarf im Einzelfall entsprechend, überprüft und fortgeschrieben werden. Ist eine <b>Hilfe- und Leistungsplankonferenz</b> nach § 36b durchgeführt worden, sind deren Ergebnisse der Erstellung des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> zugrunde zu legen.</p> <p>s. bei § 36 Absatz 2 Satz 2 SGB VIII aF                  s. bei § 121 Absatz 2 Satz 1 SGB IX</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>(2) Abweichend von Absatz 1 soll der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die niedragschwellige unmittelbare Inanspruchnahme von ambulanten Hilfen, insbesondere der Erziehungsberatung nach § 28, zulassen. Dazu soll der Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit den Leistungserbringern Vereinbarungen schließen, in denen die Voraussetzungen und die Ausgestaltung der Leistungserbringung sowie die Übernahme der Kosten geregelt werden. Dabei finden der nach § 80 Absatz 1 Nummer 2 ermittelte Bedarf, die Planungen zur Sicherstellung des bedarfsgerechten Zusammenwirkens der Angebote von Jugendhilfeleistungen in den Lebens- und Wohnbereichen von jungen Menschen und Familien nach § 80 Absatz 2 Nummer 3 sowie die geplanten Maßnahmen zur Qualitätsgewährleistung der Leistungserbringung nach § 80 Absatz 3 Beachtung.</p> <p>s. bei § 36c Absatz 2 SGB VIII nF</p> <p>(3) Werden Hilfen abweichend von den Absätzen 1 und 2 vom Leistungsberechtigten selbst beschafft, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme der erforderlichen Aufwendungen nur verpflichtet, wenn</p> <p>1. der Leistungsberechtigte den Träger der öffentlichen Jugendhilfe vor der Selbstbeschaffung über den Hilfebedarf in Kenntnis gesetzt hat,</p>	<p>(2) Der Hilfe- und Leistungsplan enthält Feststellungen über den Bedarf, die verfügbaren und aktivierbaren Selbsthilferessourcen des Leistungsberechtigten, die zu gewährende Art der Hilfe oder Leistung sowie deren notwendige Ausgestaltung nach Inhalt, Umfang und Dauer. Die Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts nach § 5 sowie notwendige Beteiligungen nach Absatz 4 und 5 werden im Hilfe- und Leistungsplan dokumentiert. Erreichbare und überprüfbare Ziele der Hilfe oder Leistung und deren Fortschreibung sowie Maßstäbe und Kriterien der Wirkungskontrolle einschließlich des Überprüfungszeitpunkts werden im Hilfe- und Leistungsplan festgehalten.</p> <p>s. bei § 36 Absatz 2 Satz 2 SGB VIII aF</p> <p>s. bei § 121 Absatz 4 Nummern 3 und 4 SGB IX</p> <p>(3) Hat das Kind oder der Jugendliche ein oder mehrere Geschwister, so soll der Geschwisterbeziehung bei der Aufstellung und Überprüfung des Hilfe- und Leistungsplans sowie bei der Durchführung der Hilfe oder Leistung Rechnung getragen werden.</p> <p>s. bei § 36 Absatz 2 Satz 3 SGB VIII aF</p>	<p>(2) Der Hilfe- und Leistungsplan enthält Feststellungen über den Bedarf, die verfügbaren und aktivierbaren Selbsthilferessourcen des Leistungsberechtigten, die zu gewährende Art der Hilfe oder Leistung sowie deren notwendige Ausgestaltung nach Inhalt, Umfang und Dauer. Die Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts nach § 5 sowie notwendige Beteiligungen nach Absatz 4 und 5 werden im Hilfe- und Leistungsplan dokumentiert. Erreichbare und überprüfbare Ziele der Hilfe oder Leistung und deren Fortschreibung sowie Maßstäbe und Kriterien der Wirkungskontrolle einschließlich des Überprüfungszeitpunkts werden im Hilfe- und Leistungsplan festgehalten.</p> <p>s. bei § 36 Absatz 2 Satz 2 SGB VIII aF</p> <p>s. bei § 121 Absatz 4 Nummern 3 und 4 SGB IX</p> <p>(3) Hat das Kind oder der Jugendliche ein oder mehrere Geschwister, so soll der Geschwisterbeziehung bei der Aufstellung und Überprüfung des Hilfe- und Leistungsplans sowie bei der Durchführung der Hilfe oder Leistung Rechnung getragen werden.</p> <p>s. bei § 36 Absatz 2 Satz 3 SGB VIII aF</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><del>2. die Voraussetzungen für die Gewährung der Hilfe vorlagen und</del>  <del>3. die Deckung des Bedarfs</del>  <del>a) bis zu einer Entscheidung des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe über die Gewährung der Leistung oder</del>  <del>b) bis zu einer Entscheidung über ein Rechtsmittel nach einer zu Unrecht abgelehnten Leistung</del>  <del>keinen zeitlichen Aufschub geduldet hat.</del>  <del>War es dem Leistungsberechtigten unmöglich, den Träger der öffentlichen Jugendhilfe rechtzeitig über den Hilfebedarf in Kenntnis zu setzen, so hat er dies unverzüglich nach Wegfall des Hinderungsgrundes nachzuholen.</del></p> <p>s. bei § 36c Absatz 3 SGB VIII nF</p>	<p>(4) Werden bei der Durchführung der Hilfe <b>oder Leistung</b> andere Personen, Dienste oder Einrichtungen tätig, so sind sie oder deren <b>Mitarbeitende</b> an der Aufstellung des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> und seiner Überprüfung zu beteiligen. Soweit dies zur Feststellung des Bedarfs, der zu gewährenden Art der Hilfe <b>oder Leistung</b> oder <b>zur Feststellung von deren</b> notwendigen Leistungen nach Inhalt, Umfang und Dauer erforderlich ist, sollen öffentliche Stellen, insbesondere andere Sozialleistungsträger, Rehabilitationsträger oder die Schule beteiligt werden.</p> <p>s. bei § 36 Absatz 3 Sätze 1 und 2 SGB VIII aF</p>	<p>(4) Werden bei der Durchführung der Hilfe <b>oder Leistung</b> andere Personen, Dienste oder Einrichtungen tätig, so sind sie oder deren <b>Mitarbeitende</b> an der Aufstellung des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> und seiner Überprüfung zu beteiligen. Soweit dies zur Feststellung des Bedarfs, der zu gewährenden Art der Hilfe <b>oder Leistung</b> oder <b>zur Feststellung von deren</b> notwendigen Leistungen nach Inhalt, Umfang und Dauer erforderlich ist, sollen öffentliche Stellen, insbesondere andere Sozialleistungsträger, Rehabilitationsträger oder die Schule beteiligt werden.</p> <p>s. bei § 36 Absatz 3 Sätze 1 und 2 SGB VIII aF</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>(5) Soweit dies zur Feststellung des Bedarfs, der zu gewährenden Art der Hilfe <b>oder Leistung</b> oder <b>von deren</b> notwendigen Leistungen nach Inhalt, Umfang und Dauer erforderlich ist und dadurch der <b>Hilfe- oder Leistungszweck</b> nicht in Frage gestellt wird, sollen Eltern, die nicht personensorgeberechtigt sind, an der Aufstellung des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> und seiner Überprüfung beteiligt werden; die Entscheidung, ob, wie und in welchem Umfang deren Beteiligung erfolgt, soll im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte unter Berücksichtigung der Willensäußerung und der Interessen des Kindes oder Jugendlichen sowie der Willensäußerung des Personensorgeberechtigten getroffen werden.</p> <p><u>s. bei § 36 Absatz 5 SGB VIII aF</u></p> <p>(6) Der <b>Hilfe- und Leistungsplan</b> bedarf der <b>Textform</b>. Der Träger der <b>öffentlichen Jugendhilfe</b> stellt <b>ihn dem Leistungsberechtigten</b> zur Verfügung.</p> <p><u>s. bei § 121 Absatz 2 Satz 2, Absatz 5 SGB IX</u></p>	<p>(5) Soweit dies zur Feststellung des Bedarfs, der zu gewährenden Art der Hilfe <b>oder Leistung</b> oder <b>von deren</b> notwendigen Leistungen nach Inhalt, Umfang und Dauer erforderlich ist und dadurch der <b>Hilfe- oder Leistungszweck</b> nicht in Frage gestellt wird, sollen Eltern, die nicht personensorgeberechtigt sind, an der Aufstellung des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> und seiner Überprüfung beteiligt werden; die Entscheidung, ob, wie und in welchem Umfang deren Beteiligung erfolgt, soll im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte unter Berücksichtigung der Willensäußerung und der Interessen des Kindes oder Jugendlichen sowie der Willensäußerung des Personensorgeberechtigten getroffen werden.</p> <p><u>s. bei § 36 Absatz 5 SGB VIII aF</u></p> <p>(6) Der <b>Hilfe- und Leistungsplan</b> bedarf der <b>Textform</b>. Der Träger der <b>öffentlichen Jugendhilfe</b> stellt <b>ihn dem Leistungsberechtigten</b> zur Verfügung.</p> <p><u>s. bei § 121 Absatz 2 Satz 2, Absatz 5 SGB IX</u></p>
<p><b>§ 36b Zusammenarbeit beim Zuständigkeitsübergang</b></p> <p>(1) Zur Sicherstellung von Kontinuität und Bedarfsgerechtigkeit der Leistungsgewährung sind von den zuständigen öffentlichen Stellen insbe-</p>	<p><b>§ 36b Hilfe- und Leistungsplankonferenz</b></p> <p>(1) Mit Zustimmung <b>oder auf Vorschlag</b> des Leistungsberechtigten <b>soll</b> der Träger der <b>öffentlichen Jugendhilfe</b> zur <b>Aufstellung oder Überprüfung</b> des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> nach § 36a</p>	<p><b>§ 36b Hilfe- und Leistungsplankonferenz</b></p> <p>(1) Mit Zustimmung <b>oder auf Vorschlag</b> des Leistungsberechtigten <b>soll</b> der Träger der <b>öffentlichen Jugendhilfe</b> zur <b>Aufstellung oder Überprüfung</b> des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> nach § 36a</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>sondere von Sozialleistungsträgern oder Rehabilitationsträgern rechtzeitig im Rahmen des Hilfeplans Vereinbarungen zur Durchführung des Zuständigkeitsübergangs zu treffen. Im Rahmen der Beratungen zum Zuständigkeitsübergang prüfen der Träger der öffentlichen Jugendhilfe und die andere öffentliche Stelle insbesondere der andere Sozialleistungsträger oder Rehabilitationsträger gemeinsam, welche Leistung nach dem Zuständigkeitsübergang dem Bedarf des jungen Menschen entspricht;</p> <p><a href="#">s. bei § 36d Absatz 1 SGB VIII nF</a></p> <p>(2). Abweichend von Absatz 1 werden bei einem Zuständigkeitsübergang vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe auf einen Träger der Eingliederungshilfe rechtzeitig im Rahmen eines Teilhabeplanverfahrens nach § 19 des Neunten Buches die Voraussetzungen für die Sicherstellung einer nahtlosen und bedarfsgerechten Leistungsgewährung nach dem Zuständigkeitsübergang geklärt. Die Teilhabeplanung ist frühzeitig, in der Regel ein Jahr vor dem voraussichtlichen Zuständigkeitswechsel, vom Träger der Jugendhilfe einzuleiten. Mit Zustimmung des Leistungsberechtigten oder seines Personensorgeberechtigten ist eine Teilhabeplankonferenz nach § 20 des Neunten Buches durchzuführen. Stellt der beteiligte Träger der Eingliederungshilfe fest, dass</p>	<p>eine Hilfe- und Leistungsplankonferenz unter Berücksichtigung der Willensäußerung und der Interessen des Kindes oder Jugendlichen durchführen. Dies gilt auch, wenn die nach § 36a Absatz 4 Satz 1 an der Aufstellung des Hilfe- und Leistungsplans Beteiligten dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Durchführung einer Hilfe- und Leistungsplankonferenz vorschlagen und der Leistungsberechtigte der Durchführung einer Hilfe- und Leistungsplankonferenz zustimmt.</p> <p><a href="#">s. bei § 119 Absatz 1 Sätze 1 und 2 SGB IX</a></p> <p>(2) In einer Hilfe- und Leistungsplankonferenz beraten der Träger der öffentlichen Jugendhilfe, das Kind oder der Jugendliche und der Personensorgeberechtigte gemeinsam auf der Grundlage des festgestellten Bedarfs insbesondere über die Art der Hilfe oder Leistung und deren notwendiger Ausgestaltung nach Inhalt, Umfang und Dauer unter Einbeziehung der nach § 36a Absatz 4 und 5 an der Aufstellung des Hilfe- und Leistungsplans Beteiligten. Auf Verlangen des Personensorgeberechtigten oder des Kindes oder Jugendlichen wird eine Person seines Vertrauens an der Hilfe- und Leistungsplankonferenz beteiligt.</p>	<p>eine Hilfe- und Leistungsplankonferenz unter Berücksichtigung der Willensäußerung und der Interessen des Kindes oder Jugendlichen durchführen. Dies gilt auch, wenn die nach § 36a Absatz 4 Satz 1 an der Aufstellung des Hilfe- und Leistungsplans Beteiligten dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Durchführung einer Hilfe- und Leistungsplankonferenz vorschlagen und der Leistungsberechtigte der Durchführung einer Hilfe- und Leistungsplankonferenz zustimmt.</p> <p><a href="#">s. bei § 119 Absatz 1 Sätze 1 und 2 SGB IX</a></p> <p>(2) In einer Hilfe- und Leistungsplankonferenz beraten der Träger der öffentlichen Jugendhilfe, das Kind oder der Jugendliche und der Personensorgeberechtigte gemeinsam auf der Grundlage des festgestellten Bedarfs insbesondere über die Art der Hilfe oder Leistung und deren notwendiger Ausgestaltung nach Inhalt, Umfang und Dauer unter Einbeziehung der nach § 36a Absatz 4 und 5 an der Aufstellung des Hilfe- und Leistungsplans Beteiligten. Auf Verlangen des Personensorgeberechtigten oder des Kindes oder Jugendlichen wird eine Person seines Vertrauens an der Hilfe- und Leistungsplankonferenz beteiligt.</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><del>seine Zuständigkeit sowie die Leistungsberechtigung absehbar gegeben sind, soll er entsprechend § 19 Absatz 5 des Neunten Buches die Teilhabeplanung vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe übernehmen. Dies beinhaltet gemäß § 21 des Neunten Buches auch die Durchführung des Verfahrens zur Gesamtplanung nach den §§ 117 bis 122 des Neunten Buches;</del></p> <p>s. bei § 36d Absatz 2 SGB VIII nF</p>		
	<p><b>§ 36c Steuerungsverantwortung, Selbstbeschaffung</b></p> <p>(1) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe trägt die Kosten der Hilfe <b>oder Leistung</b> grundsätzlich nur dann, wenn sie auf der Grundlage seiner Entscheidung nach Maßgabe des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> unter Beachtung des Wunsch- und Wahlrechts erbracht wird; dies gilt auch in den Fällen, in denen Eltern durch das Familiengericht oder Jugendliche und junge Volljährige durch den Jugendrichter zur Inanspruchnahme von Hilfen verpflichtet werden. Die Vorschriften über die Heranziehung zu den Kosten der Hilfe <b>oder Leistung</b> bleiben unberührt.</p> <p>s. bei § 36a Absatz 1 SGB VIII aF</p> <p>(2) Abweichend von Absatz 1 soll der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die niedrighschwellige unmittelbare Inanspruchnahme von ambulanten</p>	<p><b>§ 36c Steuerungsverantwortung, Selbstbeschaffung</b></p> <p>(1) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe trägt die Kosten der Hilfe <b>oder Leistung</b> grundsätzlich nur dann, wenn sie auf der Grundlage seiner Entscheidung nach Maßgabe des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> unter Beachtung des Wunsch- und Wahlrechts erbracht wird; dies gilt auch in den Fällen, in denen Eltern durch das Familiengericht oder Jugendliche und junge Volljährige durch den Jugendrichter zur Inanspruchnahme von Hilfen verpflichtet werden. Die Vorschriften über die Heranziehung zu den Kosten der Hilfe <b>oder Leistung</b> bleiben unberührt.</p> <p>s. bei § 36a Absatz 1 SGB VIII aF</p> <p>(2) Abweichend von Absatz 1 soll der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die niedrighschwellige unmittelbare Inanspruchnahme von ambulanten</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>Hilfen <b>oder Leistungen</b>, insbesondere der Erziehungsberatung nach § 28, zulassen. Dazu soll der Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit den Leistungserbringern Vereinbarungen schließen, in denen die Voraussetzungen und die Ausgestaltung der Leistungserbringung sowie die Übernahme der Kosten geregelt werden. Dabei finden der nach § 80 Absatz 1 Nummer 2 ermittelte Bedarf, die Planungen zur Sicherstellung des bedarfsgerechten Zusammenwirkens der Angebote von Jugendhilfeleistungen in den Lebens- und Wohnbereichen von jungen Menschen und Familien nach § 80 Absatz 2 Nummer 3 sowie die geplanten Maßnahmen zur Qualitätsgewährleistung der Leistungserbringung nach § 80 Absatz 3 Beachtung.</p> <p><u>s. bei § 36a Absatz 2 SGB VIII aF</u></p> <p>(3) Werden Hilfen <b>oder Leistungen</b> abweichend von den Absätzen 1 und 2 vom Leistungsberechtigten selbst beschafft, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme der erforderlichen Aufwendungen nur verpflichtet, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Leistungsberechtigte den Träger der öffentlichen Jugendhilfe vor der Selbstbeschaffung über den Hilfebedarf in Kenntnis gesetzt hat,</li> </ol>	<p>Hilfen <b>oder Leistungen</b>, insbesondere der Erziehungsberatung nach § 28, zulassen. Dazu soll der Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit den Leistungserbringern Vereinbarungen schließen, in denen die Voraussetzungen und die Ausgestaltung der Leistungserbringung sowie die Übernahme der Kosten geregelt werden. Dabei finden der nach § 80 Absatz 1 Nummer 2 ermittelte Bedarf, die Planungen zur Sicherstellung des bedarfsgerechten Zusammenwirkens der Angebote von Jugendhilfeleistungen in den Lebens- und Wohnbereichen von jungen Menschen und Familien nach § 80 Absatz 2 Nummer 3 sowie die geplanten Maßnahmen zur Qualitätsgewährleistung der Leistungserbringung nach § 80 Absatz 3 Beachtung.</p> <p><u>s. bei § 36a Absatz 2 SGB VIII aF</u></p> <p>(3) Werden Hilfen <b>oder Leistungen</b> abweichend von den Absätzen 1 und 2 vom Leistungsberechtigten selbst beschafft, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme der erforderlichen Aufwendungen nur verpflichtet, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Leistungsberechtigte den Träger der öffentlichen Jugendhilfe vor der Selbstbeschaffung über den Hilfebedarf in Kenntnis gesetzt hat,</li> </ol>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>2. die Voraussetzungen für die Gewährung der Hilfe <b>oder Leistung</b> vorlagen und</p> <p>3. die Deckung des Bedarfs</p> <p>a) bis zu einer Entscheidung des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe über die Gewährung der Hilfe <b>oder Leistung</b> oder</p> <p>b) bis zu einer Entscheidung über ein Rechtsmittel nach einer zu Unrecht abgelehnten Leistung</p> <p>keinen zeitlichen Aufschub geduldet hat.</p> <p>War es dem Leistungsberechtigten unmöglich, den Träger der öffentlichen Jugendhilfe rechtzeitig über den <b>Bedarf</b> in Kenntnis zu setzen, so hat er dies unverzüglich nach Wegfall des Hinderungsgrundes nachzuholen.</p> <p><i>s. bei § 36a Absatz 3 SGB VIII aF</i></p>	<p>2. die Voraussetzungen für die Gewährung der Hilfe <b>oder Leistung</b> vorlagen und</p> <p>3. die Deckung des Bedarfs</p> <p>a) bis zu einer Entscheidung des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe über die Gewährung der Hilfe <b>oder Leistung</b> oder</p> <p>b) bis zu einer Entscheidung über ein Rechtsmittel nach einer zu Unrecht abgelehnten Leistung</p> <p>keinen zeitlichen Aufschub geduldet hat.</p> <p>War es dem Leistungsberechtigten unmöglich, den Träger der öffentlichen Jugendhilfe rechtzeitig über den <b>Bedarf</b> in Kenntnis zu setzen, so hat er dies unverzüglich nach Wegfall des Hinderungsgrundes nachzuholen.</p> <p><i>s. bei § 36a Absatz 3 SGB VIII aF</i></p>
	<p><b>§ 36d Zusammenarbeit beim Zuständigkeitsübergang</b></p> <p>(1) Zur Sicherstellung von Kontinuität und Bedarfsgerechtigkeit der Leistungsgewährung sind von den zuständigen öffentlichen Stellen, insbesondere von Sozialleistungsträgern oder Rehabilitationsträgern rechtzeitig im Rahmen des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> Vereinbarungen zur Durchführung des Zuständigkeitsübergangs zu treffen. Im Rahmen der Beratungen zum Zuständigkeits-</p>	<p><b>§ 36d Zusammenarbeit beim Zuständigkeitsübergang</b></p> <p>(1) Zur Sicherstellung von Kontinuität und Bedarfsgerechtigkeit der Leistungsgewährung sind von den zuständigen öffentlichen Stellen, insbesondere von Sozialleistungsträgern oder Rehabilitationsträgern rechtzeitig im Rahmen des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> Vereinbarungen zur Durchführung des Zuständigkeitsübergangs zu treffen. Im Rahmen der Beratungen zum Zuständigkeits-</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>übergang prüfen der Träger der öffentlichen Jugendhilfe und die andere öffentliche Stelle, insbesondere der andere Sozialleistungsträger oder Rehabilitationsträger gemeinsam, welche Leistung nach dem Zuständigkeitsübergang dem Bedarf des jungen Menschen entspricht.</p> <p><u>s. bei § 36b Absatz 1 SGB VIII aF</u></p> <p>(2) Abweichend von Absatz 1 werden bei einem Zuständigkeitsübergang vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe auf einen Träger der Eingliederungshilfe rechtzeitig im Rahmen eines Teilhabeplanverfahrens nach § 19 des Neunten Buches die Voraussetzungen für die Sicherstellung einer nahtlosen und bedarfsgerechten Leistungsgewährung nach dem Zuständigkeitsübergang geklärt. Die Teilhabeplanung ist frühzeitig, in der Regel ein Jahr vor dem voraussichtlichen Zuständigkeitswechsel, vom Träger der Jugendhilfe einzuleiten. Mit Zustimmung des Leistungsberechtigten oder seines Personensorgeberechtigten ist eine Teilhabeplankonferenz nach § 20 des Neunten Buches durchzuführen. Stellt der beteiligte Träger der Eingliederungshilfe fest, dass seine Zuständigkeit sowie die Leistungsberechtigung absehbar gegeben sind, soll er entsprechend § 19 Absatz 5 des Neunten Buches die Teilhabeplanung vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe übernehmen. Dies beinhaltet gemäß</p>	<p>übergang prüfen der Träger der öffentlichen Jugendhilfe und die andere öffentliche Stelle, insbesondere der andere Sozialleistungsträger oder Rehabilitationsträger gemeinsam, welche Leistung nach dem Zuständigkeitsübergang dem Bedarf des jungen Menschen entspricht.</p> <p><u>s. bei § 36b Absatz 1 SGB VIII aF</u></p> <p>(2) Abweichend von Absatz 1 werden bei einem Zuständigkeitsübergang vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe auf einen Träger der Eingliederungshilfe rechtzeitig im Rahmen eines Teilhabeplanverfahrens nach § 19 des Neunten Buches die Voraussetzungen für die Sicherstellung einer nahtlosen und bedarfsgerechten Leistungsgewährung nach dem Zuständigkeitsübergang geklärt. Die Teilhabeplanung ist frühzeitig, in der Regel ein Jahr vor dem voraussichtlichen Zuständigkeitswechsel, vom Träger der Jugendhilfe einzuleiten. Mit Zustimmung des Leistungsberechtigten oder seines Personensorgeberechtigten ist eine Teilhabeplankonferenz nach § 20 des Neunten Buches durchzuführen. Stellt der beteiligte Träger der Eingliederungshilfe fest, dass seine Zuständigkeit sowie die Leistungsberechtigung absehbar gegeben sind, soll er entsprechend § 19 Absatz 5 des Neunten Buches die Teilhabeplanung vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe übernehmen. Dies beinhaltet gemäß</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>§ 21 des Neunten Buches auch die Durchführung des Verfahrens zur Gesamtplanung nach den §§ 117 bis 122 des Neunten Buches. <b>§ 41a findet keine Anwendung.</b></p> <p>s. bei § 36b Absatz 2 SGB VIII aF</p>	<p>§ 21 des Neunten Buches auch die Durchführung des Verfahrens zur Gesamtplanung nach den §§ 117 bis 122 des Neunten Buches. <b>§ 41a findet keine Anwendung.</b></p> <p>s. bei § 36b Absatz 2 SGB VIII aF</p>
<p><del>§ 37 Beratung und Unterstützung der Eltern zur Zusammenarbeit bei Hilfen außerhalb der eigenen Familie</del></p> <p><del>(1) Werden Hilfen nach den §§ 32 bis 34 und 35a Absatz 2 Nummer 3 und 4 gewährt, haben die Eltern einen Anspruch auf Beratung und Unterstützung sowie Förderung der Beziehung zu ihrem Kind. Durch Beratung und Unterstützung sollen die Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen vertretbaren Zeitraums so weit verbessert werden, dass sie das Kind oder den Jugendlichen wieder selbst erziehen kann. Ist eine nachhaltige Verbesserung der Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb dieses Zeitraums nicht erreichbar, so dienen die Beratung und Unterstützung der Eltern sowie die Förderung ihrer Beziehung zum Kind der Erarbeitung und Sicherung einer anderen, dem Wohl</del></p>	<p><b>§ 37 Ergänzende Bestimmungen zur Hilfe- und Leistungsplanung bei Hilfen oder Leistungen außerhalb der eigenen Familie</b></p> <p>(1) Bei der Aufstellung und Überprüfung des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> nach § 36a ist bei Hilfen <b>oder Leistungen</b> außerhalb der eigenen Familie prozesshaft auch die Perspektive der Hilfe <b>oder Leistung</b> zu klären. Der Stand der Perspektivklärung nach Satz 1 ist im <b>Hilfe- und Leistungsplan</b> zu dokumentieren.</p> <p>s. bei § 37c Absatz 1 SGB VIII aF</p>	<p><b>§ 37 Ergänzende Bestimmungen zur Hilfe- und Leistungsplanung bei Hilfen oder Leistungen außerhalb der eigenen Familie</b></p> <p>(1) Bei der Aufstellung und Überprüfung des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> nach § 36a ist bei Hilfen <b>oder Leistungen</b> außerhalb der eigenen Familie prozesshaft auch die Perspektive der Hilfe <b>oder Leistung</b> zu klären. Der Stand der Perspektivklärung nach Satz 1 ist im <b>Hilfe- und Leistungsplan</b> zu dokumentieren.</p> <p>s. bei § 37c Absatz 1 SGB VIII aF</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><del>des Kindes oder Jugendlichen förderlichen und auf Dauer angelegten Lebensperspektive;</del>  <a href="#">s. bei § 39 Absatz 1 SGB VIII nF</a>  <del>(2) Bei den in Absatz 1 Satz 1 genannten Hilfen soll der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Zusammenarbeit der Pflegeperson oder der in der Einrichtung für die Erziehung verantwortlichen Person und der Eltern zum Wohl des Kindes oder Jugendlichen durch geeignete Maßnahmen fördern. Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe stellt dies durch eine abgestimmte Wahrnehmung der Aufgaben nach Absatz 1 und § 37a sicher.</del>  <a href="#">s. bei § 39 Absatz 2 SGB VIII nF</a></p> <p><del>(3) Sofern der Inhaber der elterlichen Sorge durch eine Erklärung nach § 1688 Absatz 3</del></p>	<p>(2) Maßgeblich bei der Perspektivklärung nach Absatz 1 ist, ob durch Leistungen nach diesem Abschnitt die Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen vertretbaren Zeitraums so weit verbessert werden, dass die Herkunftsfamilie das Kind oder den Jugendlichen wieder selbst erziehen, betreuen und fördern kann. Ist eine nachhaltige Verbesserung der Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen vertretbaren Zeitraums nicht erreichbar, so soll mit den beteiligten Personen eine andere, dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen förderliche und auf Dauer angelegte Lebensperspektive erarbeitet werden. In diesem Fall ist vor und während der Gewährung der Hilfe <b>oder Leistung</b> insbesondere zu prüfen, ob die Annahme als Kind in Betracht kommt.</p> <p><a href="#">s. bei § 37c Absatz 2 SGB VIII aF</a></p> <p>(3) Bei der Auswahl der Einrichtung oder der Pflegeperson sind der Personensorgeberechtigte und das Kind oder der Jugendliche oder bei Hilfen nach</p>	<p>(2) Maßgeblich bei der Perspektivklärung nach Absatz 1 ist, ob durch Leistungen nach diesem Abschnitt die Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen vertretbaren Zeitraums so weit verbessert werden, dass die Herkunftsfamilie das Kind oder den Jugendlichen wieder selbst erziehen, betreuen und fördern kann. Ist eine nachhaltige Verbesserung der Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen vertretbaren Zeitraums nicht erreichbar, so soll mit den beteiligten Personen eine andere, dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen förderliche und auf Dauer angelegte Lebensperspektive erarbeitet werden. In diesem Fall ist vor und während der Gewährung der Hilfe <b>oder Leistung</b> insbesondere zu prüfen, ob die Annahme als Kind in Betracht kommt.</p> <p><a href="#">s. bei § 37c Absatz 2 SGB VIII aF</a></p> <p>(3) Bei der Auswahl der Einrichtung oder der Pflegeperson sind der Personensorgeberechtigte und das Kind oder der Jugendliche oder bei Hilfen nach</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><del>Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Entscheidungsbefugnisse der Pflegeperson so weit einschränkt, dass die Einschränkung eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen förderliche Entwicklung nicht mehr ermöglicht, sollen die Beteiligten das Jugendamt einschalten. Auch bei sonstigen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen sollen die Beteiligten das Jugendamt einschalten;</del></p> <p>s. bei § 39 Absatz 3 SGB VIII nF</p>	<p>§ 41 der junge Volljährige zu beteiligen. Der Wahl und den Wünschen des Leistungsberechtigten ist zu entsprechen, sofern sie nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden sind. Wünschen die in Satz 1 genannten Personen die Erbringung einer in § 78a genannten Leistung in einer Einrichtung, mit deren Träger keine Vereinbarungen nach § 78b bestehen, so soll der Wahl nur entsprochen werden, wenn die Erbringung der Leistung in dieser Einrichtung nach Maßgabe des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> geboten ist. <b>Bei der Entscheidung nach Satz 2 und 3 hat zunächst die Prüfung nach § 5 Absatz 3 zu erfolgen.</b> Bei der Auswahl einer Pflegeperson, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb des Bereichs des örtlich zuständigen Trägers hat, soll der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe beteiligt werden, in dessen Bereich die Pflegeperson ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.</p> <p>s. bei § 37c Absatz 3 SGB VIII aF</p>	<p>§ 41 der junge Volljährige zu beteiligen. Der Wahl und den Wünschen des Leistungsberechtigten ist zu entsprechen, sofern sie nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden sind. Wünschen die in Satz 1 genannten Personen die Erbringung einer in § 78a genannten Leistung in einer Einrichtung, mit deren Träger keine Vereinbarungen nach § 78b bestehen, so soll der Wahl nur entsprochen werden, wenn die Erbringung der Leistung in dieser Einrichtung nach Maßgabe des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> geboten ist. <b>Bei der Entscheidung nach Satz 2 und 3 hat zunächst die Prüfung nach § 5 Absatz 3 zu erfolgen.</b> Bei der Auswahl einer Pflegeperson, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb des Bereichs des örtlich zuständigen Trägers hat, <b>oder bei der Auswahl einer familienähnlichen Betreuungsform, die außerhalb des Bereichs des örtlich zuständigen Trägers gelegen ist, muss</b> der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe <b>hierüber schriftlich informiert werden und Ge[legen]heit* zur Stellungnahme erhalten</b>, in dessen Bereich die Pflegeperson ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat <b>oder die familienähnliche Betreuungsform gelegen ist. Über die Art der Zustellung der schriftlichen Information nach Satz 5 entscheidet der örtliche Träger der öf-</b></p>

\* Redaktionelle Korrektur abweichend vom Referentenentwurf.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>(4) Die Art und Weise der Zusammenarbeit nach § 39 Absatz 2 sowie die damit im Einzelfall verbundenen Ziele sind im <b>Hilfe- und Leistungsplan</b> zu dokumentieren. Bei Hilfen nach den §§ 33, [§]* 35a Absatz 4 Nummer 3 zählen dazu auch der vereinbarte Umfang der Beratung und Unterstützung der Eltern nach § 39 Absatz 1 und der Pflegeperson nach § 39a Absatz 1 sowie die Höhe der laufenden Leistungen zum Unterhalt des Kindes oder Jugendlichen nach § 39c. Bei Hilfen für junge Volljährige nach § 41 gilt dies entsprechend in Bezug auf den vereinbarten Umfang der Beratung und Unterstützung der Pflegeperson sowie die Höhe der laufenden Leistungen zum Unterhalt. Eine Abweichung von den im <b>Hilfe- und Leistungsplan</b> gemäß den Sätzen 1 bis 3 getroffenen Feststellungen ist nur bei einer Änderung des <b>Bedarfs</b> und entsprechender Änderung des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> auch bei einem Wechsel der örtlichen Zuständigkeit zulässig.</p> <p><i>s. bei § 37c Absatz 4 SGB VIII aF</i></p>	<p><b>fentlichen Jugendhilfe nach pflichtgemäßem Ermessen; es gelten die jeweiligen landesrechtlichen Vorschriften über das Zustellungsverfahren.</b></p> <p><i>s. bei § 37c Absatz 3 SGB VIII aF</i></p> <p>(4) Die Art und Weise der Zusammenarbeit nach § 39 Absatz 2 sowie die damit im Einzelfall verbundenen Ziele sind im <b>Hilfe- und Leistungsplan</b> zu dokumentieren. Bei Hilfen nach den §§ 33, [§]* 35a Absatz 4 Nummer 3 zählen dazu auch der vereinbarte Umfang der Beratung und Unterstützung der Eltern nach § 39 Absatz 1 und der Pflegeperson nach § 39a Absatz 1 sowie die Höhe der laufenden Leistungen zum Unterhalt des Kindes oder Jugendlichen nach § 39c. Bei Hilfen für junge Volljährige nach § 41 gilt dies entsprechend in Bezug auf den vereinbarten Umfang der Beratung und Unterstützung der Pflegeperson sowie die Höhe der laufenden Leistungen zum Unterhalt. Eine Abweichung von den im <b>Hilfe- und Leistungsplan</b> gemäß den Sätzen 1 bis 3 getroffenen Feststellungen ist nur bei einer Änderung des <b>Bedarfs</b> und entsprechender Änderung des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> auch bei einem Wechsel der örtlichen Zuständigkeit zulässig.</p> <p><i>s. bei § 37c Absatz 4 SGB VIII aF</i></p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><del>§ 37a Beratung und Unterstützung der Pflegeperson</del></p> <p><del>Die Pflegeperson hat vor der Aufnahme des Kindes oder des Jugendlichen und während der Dauer des Pflegeverhältnisses Anspruch auf Beratung und Unterstützung. Dies gilt auch in den Fällen, in denen für das Kind oder den Jugendlichen weder Hilfe zur Erziehung noch Eingliederungshilfe gewährt wird, und in den Fällen, in denen die Pflegeperson nicht der Erlaubnis zur Vollzeitpflege nach § 44 bedarf. Lebt das Kind oder der Jugendliche bei einer Pflegeperson außerhalb des Bereichs des zuständigen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe, so sind ortsnahe Beratung und Unterstützung sicherzustellen. Der zuständige Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat die aufgewendeten Kosten einschließlich der Verwaltungskosten auch in den Fällen zu erstatten, in denen die Beratung und Unterstützung im Wege der Amtshilfe geleistet werden. Zusammenschlüsse von Pflegepersonen sollen beraten, unterstützt und gefördert werden.</del></p> <p><a href="#">s. bei § 39a SGB VIII nF</a></p>	<p>§ 37a (weggefallen)</p>	<p>§ 37a (weggefallen)</p>

\* Redaktionelle Korrektur abweichend vom Regierungs- und Referentenentwurf.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><del>§ 37b Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Familienpflege</del></p> <p><del>(1) Das Jugendamt stellt sicher, dass während der Dauer des Pflegeverhältnisses ein nach Maßgabe fachlicher Handlungsleitlinien gemäß § 79a Satz 2 entwickeltes Konzept zur Sicherung der Rechte des Kindes oder des Jugendlichen und zum Schutz vor Gewalt angewandt wird. Hierzu sollen die Pflegeperson sowie das Kind oder der Jugendliche vor der Aufnahme und während der Dauer des Pflegeverhältnisses beraten und an der auf das konkrete Pflegeverhältnis bezogenen Ausgestaltung des Konzepts beteiligt werden.</del></p> <p><del><a href="#">s. bei § 39b Absatz 1 SGB VIII nF</a></del></p> <p><del>(2) Das Jugendamt gewährleistet, dass das Kind oder der Jugendliche während der Dauer des Pflegeverhältnisses Möglichkeiten der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten hat und informiert das Kind oder den Jugendlichen hierüber.</del></p> <p><del><a href="#">s. bei § 39b Absatz 2 SGB VIII nF</a></del></p> <p><del>(3) Das Jugendamt soll den Erfordernissen des Einzelfalls entsprechend an Ort und Stelle überprüfen, ob eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen förderliche Entwicklung bei der Pflegeperson gewährleistet ist. Die Pflegeperson hat das Jugendamt über wichtige Ereignisse zu unterrichten, die das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen betreffen.</del></p> <p><del><a href="#">s. bei § 39b Absatz 3 SGB VIII nF</a></del></p>	<p>§ 37b (weggefallen)</p>	<p>§ 37b (weggefallen)</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><del>§ 37c Ergänzende Bestimmungen zur Hilfeplanung bei Hilfen außerhalb der eigenen Familie</del></p> <p><del>(1) Bei der Aufstellung und Überprüfung des Hilfeplans nach § 36 Absatz 2 Satz 2 ist bei Hilfen außerhalb der eigenen Familie prozesshaft auch die Perspektive der Hilfe zu klären. Der Stand der Perspektivklärung nach Satz 1 ist im Hilfeplan zu dokumentieren;</del></p> <p><del>s. bei § 37 Absatz 1 SGB VIII nF</del></p> <p><del>(2) Maßgeblich bei der Perspektivklärung nach Absatz 1 ist, ob durch Leistungen nach diesem Abschnitt die Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen vertretbaren Zeitraums so weit verbessert werden, dass die Herkunftsfamilie das Kind oder den Jugendlichen wieder selbst erziehen, betreuen und fördern kann. Ist eine nachhaltige Verbesserung der Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen vertretbaren Zeitraums nicht erreichbar, so soll mit den beteiligten Personen eine andere, dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen förderliche und auf Dauer angelegte Lebensperspektive erarbeitet werden. In diesem Fall ist vor und während</del></p>	<p>§ 37c (weggefallen)</p>	<p>§ 37c (weggefallen)</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>der Gewährung der Hilfe insbesondere zu prüfen, ob die Annahme als Kind in Betracht kommt;</p> <p><a href="#">s. bei § 37 Absatz 2 SGB VIII nF</a></p> <p>(3) Bei der Auswahl der Einrichtung oder der Pflegeperson sind der Personensorgeberechtigte und das Kind oder der Jugendliche oder bei Hilfen nach § 41 der junge Volljährige zu beteiligen. Der Wahl und den Wünschen des Leistungsberechtigten ist zu entsprechen, sofern sie nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden sind. Wünschen die in Satz 1 genannten Personen die Erbringung einer in § 78a genannten Leistung in einer Einrichtung, mit deren Träger keine Vereinbarungen nach § 78b bestehen, so soll der Wahl nur entsprochen werden, wenn die Erbringung der Leistung in dieser Einrichtung nach Maßgabe des Hilfeplans geboten ist. Bei der Auswahl einer Pflegeperson, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb des Bereichs des örtlich zuständigen Trägers hat, soll der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe beteiligt werden, in dessen Bereich die Pflegeperson ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.</p> <p><a href="#">s. bei § 37 Absatz 3 SGB VIII nF</a></p> <p>(4) Die Art und Weise der Zusammenarbeit nach § 37 Absatz 2 sowie die damit im Einzelfall verbundenen Ziele sind im Hilfeplan zu dokumentieren. Bei Hilfen nach den §§ 33, 35a Absatz 2</p>		

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>Nummer 3 zählen dazu auch der vereinbarte Umfang der Beratung und Unterstützung der Eltern nach § 37 Absatz 1 und der Pflegeperson nach § 37a Absatz 1 sowie die Höhe der laufenden Leistungen zum Unterhalt des Kindes oder Jugendlichen nach § 39. Bei Hilfen für junge Volljährige nach § 41 gilt dies entsprechend in Bezug auf den vereinbarten Umfang der Beratung und Unterstützung der Pflegeperson sowie die Höhe der laufenden Leistungen zum Unterhalt. Eine Abweichung von den im Hilfeplan gemäß den Sätzen 1 bis 3 getroffenen Feststellungen ist nur bei einer Änderung des Hilfebedarfs und entsprechender Änderung des Hilfeplans auch bei einem Wechsel der örtlichen Zuständigkeit zulässig.  <a href="#">s. bei § 37 Absatz 4 SGB VIII nF</a></p>		
<p><b>§ 38 Zulässigkeit von Auslandsmaßnahmen</b>            (1) Hilfen nach diesem Abschnitt sind in der Regel im Inland zu erbringen. Sie dürfen nur dann im Ausland erbracht werden, wenn dies nach Maßgabe der Hilfeplanung zur Erreichung des Hilfezieles im Einzelfall erforderlich ist und die aufenthaltsrechtlichen Vorschriften des aufnehmenden Staates sowie            1. im Anwendungsbereich der Verordnung (EU) 2019/1111 des Rates vom 25. Juni 2019 über die Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen</p>	<p><b>§ 38 Besondere Bestimmungen zur Hilfe- und Leistungsplanung bei Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen</b>            Bei Leistungen zur Teilhabe nach § 4 Absatz 1 des Neunten Buches sind die Regelungen über das Verfahren zur Koordinierung der Leistungen des Kapitels 4 des Teils 1 des Neunten Buches vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe als Rehabilitationsträger anzuwenden.</p>	<p><b>§ 38 Besondere Bestimmungen zur Hilfe- und Leistungsplanung bei Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen</b>            Bei Leistungen zur Teilhabe nach § 4 Absatz 1 des Neunten Buches sind die Regelungen über das Verfahren zur Koordinierung der Leistungen des Kapitels 4 des Teils 1 des Neunten Buches vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe als Rehabilitationsträger anzuwenden.</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und über internationale Kindesentführungen (ABl. I 178 vom 2.7.2019, S. 1) die Voraussetzungen des Artikels 82 oder</p> <p>2. im Anwendungsbereich des Haager Übereinkommens vom 19. Oktober 1996 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern die Voraussetzungen des Artikels 33</p> <p>erfüllt sind;</p> <p><a href="#">s. bei § 40 Absatz 1 SGB VIII nF</a></p> <p>(2) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe soll vor der Entscheidung über die Gewährung einer Hilfe, die ganz oder teilweise im Ausland erbracht wird;</p> <p>1. zur Feststellung einer seelischen Störung mit Krankheitswert die Stellungnahme einer in § 35a Absatz 1a Satz 1 genannten Person einholen;</p> <p>2. sicherstellen, dass der Leistungserbringer</p> <p>a) über eine Betriebserlaubnis nach § 45 für eine Einrichtung im Inland verfügt, in der Hilfe zur Erziehung erbracht wird;</p>		

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><del>b) Gewähr dafür bietet, dass er die Rechtsvorschriften des aufnehmenden Staates einschließlich des Aufenthaltsrechts einhält, insbesondere vor Beginn der Leistungserbringung die in Absatz 1 Satz 2 genannten Maßgaben erfüllt und mit den Behörden des aufnehmenden Staates sowie den deutschen Vertretungen im Ausland zusammenarbeitet;</del></p> <p><del>c) mit der Erbringung der Hilfen nur Fachkräfte nach § 72 Absatz 1 betraut;</del></p> <p><del>d) über die Qualität der Maßnahme eine Vereinbarung abschließt; dabei sind die fachlichen Handlungsleitlinien des überörtlichen Trägers anzuwenden;</del></p> <p><del>e) Ereignisse oder Entwicklungen, die geeignet sind, das Wohl des Kindes oder Jugendlichen zu beeinträchtigen, dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe unverzüglich anzeigt und</del></p> <p>3. die Eignung der mit der Leistungserbringung zu betrauenden Einrichtung oder Person an Ort und Stelle überprüfen.</p> <p><span style="border: 1px solid black; padding: 2px;">s. bei § 40 Absatz 2 SGB VIII nF</span></p> <p><del>(3) Überprüfung und Fortschreibung des Hilfeplans sollen nach Maßgabe von § 36 Absatz 2 Satz 2 am Ort der Leistungserbringung unter Beteiligung des</del></p>		

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>Kindes oder des Jugendlichen erfolgen. Unabhängig von der Überprüfung und Fortschreibung des Hilfeplans nach Satz 1 soll der Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach den Erfordernissen im Einzelfall an Ort und Stelle überprüfen, ob die Anforderungen nach Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe b und c sowie Nummer 3 weiter erfüllt sind;</p> <p><a href="#">s. bei § 40 Absatz 3 SGB VIII nF</a></p> <p>(4) Besteht die Erfüllung der Anforderungen nach Absatz 2 Nummer 2 oder die Eignung der mit der Leistungserbringung betrauten Einrichtung oder Person nicht fort, soll die Leistungserbringung im Ausland unverzüglich beendet werden;</p> <p><a href="#">s. bei § 40 Absatz 4 SGB VIII nF</a></p> <p>(5) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat der erlaubniserteilenden Behörde unverzüglich</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. den Beginn und das geplante Ende der Leistungserbringung im Ausland unter Angabe von Namen und Anschrift des Leistungserbringers, des Aufenthaltsorts des Kindes oder Jugendlichen sowie der Namen der mit der Erbringung der Hilfe betrauten Fachkräfte;</li> <li>2. Änderungen der in Nummer 1 bezeichneten Angaben sowie</li> <li>3. die bevorstehende Beendigung der Leistungserbringung im Ausland</li> </ol> <p>zu melden sowie</p>		

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><del>4. einen Nachweis zur Erfüllung der aufenthaltsrechtlichen Vorschriften des aufnehmenden Staates und im Anwendungsbereich</del>  <del>a) der Verordnung (EU) 2019/1111 zur Erfüllung der Maßgaben des Artikels 82;</del>  <del>b) des Haager Übereinkommens vom 19. Oktober 1996 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern zur Erfüllung der Maßgaben des Artikels 33</del></p> <p>zu übermitteln. Die erlaubniserteilende Behörde wirkt auf die unverzügliche Beendigung der Leistungserbringung im Ausland hin, wenn sich aus den Angaben nach Satz 1 ergibt, dass die an die Leistungserbringung im Ausland gestellten gesetzlichen Anforderungen nicht erfüllt sind.</p> <p>s. bei § 40 Absatz 5 SGB VIII nF</p>		
	<p><b>§ 38a Bedarfsfeststellung bei Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen</b></p> <p><b>(1) Bei der Entscheidung über die Erforderlichkeit eines Gutachtens zur Feststellung des Rehabilitationsbedarfs nach §§ 13 bis 17 Absatz 1 des Neunten Buches prüft der Träger</b></p>	<p><b>§ 38a Bedarfsfeststellung bei Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen</b></p> <p><b>(1) Bei der Entscheidung über die Erforderlichkeit eines Gutachtens zur Feststellung des Rehabilitationsbedarfs nach §§ 13 bis 17 Absatz 1 des Neunten Buches prüft der Träger</b></p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>der öffentlichen Jugendhilfe als leistender Rehabilitationsträger im Sinne von § 14 Absatz 2 Satz 1 des Neunten Buches insbesondere, ob bereits Gutachten, ärztliche Stellungnahmen oder vergleichbare Bescheinigungen vorliegen, die als Grundlage für seine Feststellung ausreichen. Die Personensorgeberechtigten können entsprechende Unterlagen beibringen.</p> <p>(2) Liegen keine als Entscheidungsgrundlage ausreichenden Gutachten, ärztlichen Stellungnahmen oder vergleichbare Bescheinigungen vor, prüft der Träger der öffentlichen Jugendhilfe, ob für die Feststellung des Rehabilitationsbedarfs eine ärztliche Stellungnahme oder vergleichbare Bescheinigung, insbesondere hinsichtlich des Vorliegens einer körperlichen, seelischen, geistigen oder Sinnesbeeinträchtigung nach § 7 Absatz 2 Satz 2 und 3, erforderlich und ausreichend ist. Ist dies der Fall, holt er eine ärztliche Stellungnahme oder eine vergleichbare Bescheinigung ein. § 17 Absatz 2 Satz 1 zweiter Teilsatz des Neunten Buches gilt entsprechend. Diese ärztliche Stellungnahme oder vergleichbare Bescheinigung hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe als leistender Rehabilitationsträger seiner Entscheidung zugrunde zu legen. Die gewährten</p>	<p>der öffentlichen Jugendhilfe als leistender Rehabilitationsträger im Sinne von § 14 Absatz 2 Satz 1 des Neunten Buches insbesondere, ob bereits Gutachten, ärztliche Stellungnahmen oder vergleichbare Bescheinigungen vorliegen, die als Grundlage für seine Feststellung ausreichen. Die Personensorgeberechtigten können entsprechende Unterlagen beibringen.</p> <p>(2) Liegen keine als Entscheidungsgrundlage ausreichenden Gutachten, ärztlichen Stellungnahmen oder vergleichbare Bescheinigungen vor, prüft der Träger der öffentlichen Jugendhilfe, ob für die Feststellung des Rehabilitationsbedarfs eine ärztliche Stellungnahme oder vergleichbare Bescheinigung, insbesondere hinsichtlich des Vorliegens einer körperlichen, seelischen, geistigen oder Sinnesbeeinträchtigung nach § 7 Absatz 2 Satz 2 und 3, erforderlich und ausreichend ist. Ist dies der Fall, holt er eine ärztliche Stellungnahme oder eine vergleichbare Bescheinigung ein. § 17 Absatz 2 Satz 1 zweiter Teilsatz des Neunten Buches gilt entsprechend. Diese ärztliche Stellungnahme oder vergleichbare Bescheinigung hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe als leistender Rehabilitationsträger seiner Entscheidung zugrunde zu legen. Die gewährten</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>Leistungen der Eingliederungshilfe sollen weder von der Person, die die Stellungnahme oder die Bescheinigung nach Satz 2 abgegeben oder aus[ge]stellt* hat, noch von dem Dienst oder der Einrichtung erbracht werden, der diese Person angehört.</p> <p>(3) Hält der Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Feststellung des Rehabilitationsbedarfs ein Gutachten für erforderlich, finden die Regelungen zur Begutachtung nach § 17 des Neunten Buches Anwendung.</p> <p>(4) Bei der Entscheidung über die Erforderlichkeit eines Gutachtens und bei den Prüfungen nach Absatz 1 oder nach Absatz 2 Satz 1 sind das Kind oder der Jugendliche und der Personensorgeberechtigte nach Maßgabe von § 36 Absatz 3 Satz 2 zu beteiligen.</p>	<p>Leistungen der Eingliederungshilfe sollen weder von der Person, die die Stellungnahme oder die Bescheinigung nach Satz 2 abgegeben oder aus[ge]stellt* hat, noch von dem Dienst oder der Einrichtung erbracht werden, der diese Person angehört.</p> <p>(3) Hält der Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Feststellung des Rehabilitationsbedarfs ein Gutachten für erforderlich, finden die Regelungen zur Begutachtung nach § 17 des Neunten Buches Anwendung.</p> <p>(4) Bei der Entscheidung über die Erforderlichkeit eines Gutachtens und bei den Prüfungen nach Absatz 1 oder nach Absatz 2 Satz 1 sind das Kind oder der Jugendliche und der Personensorgeberechtigte nach Maßgabe von § 36 Absatz 3 Satz 2 zu beteiligen.</p>
	<p>§ 38b Instrumente der Bedarfsermittlung bei Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen</p> <p>(1) Bei Leistungen der Eingliederungshilfe nach den §§ 27 Absatz 3 und 35a hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe als Rehabilitationsträger die Regelungen zur Erkennung und</p>	<p>§ 38b Instrumente der Bedarfsermittlung bei Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen</p> <p>(1) Bei Leistungen der Eingliederungshilfe nach den §§ 27 Absatz 3 und 35a hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe als Rehabilitationsträger die Regelungen zur Erkennung und</p>

\* Redaktionelle Korrektur abweichend vom Regierungs- und Referentenentwurf.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p><b>Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs des Kapitels 3 des Teils 1 des Neunten Buches anzuwenden.</b></p> <p><b>(2)</b> Die Ermittlung des individuellen Bedarf[e]s* des Leistungsberechtigten <b>hat</b> durch ein Instrument <b>zu</b> erfolgen, das sich an der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit orientiert. Das Instrument hat die Beschreibung einer nicht nur vorübergehenden Beeinträchtigung der Aktivität und Teilhabe in den folgenden Lebensbereichen vorzusehen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Lernen und Wissensanwendung,</li> <li>2. [a]llgemeine* Aufgaben und Anforderungen,</li> <li>3. Kommunikation,</li> <li>4. Mobilität,</li> <li>5. Selbstversorgung,</li> <li>6. häusliches Leben,</li> <li>7. interpersonelle Interaktionen und Beziehungen,</li> <li>8. bedeutende Lebensbereiche und</li> <li>9. Gemeinschafts-, soziales und staatsbürgerliches Leben.</li> </ol> <p><i>s. bei § 118 Absatz 1 Sätze 2 und 3 SGB IX</i></p>	<p><b>Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs des Kapitels 3 des Teils 1 des Neunten Buches anzuwenden.</b></p> <p><b>(2)</b> Die Ermittlung des individuellen Bedarf[e]s* des Leistungsberechtigten <b>hat</b> durch ein Instrument <b>zu</b> erfolgen, das sich an der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit orientiert. Das Instrument hat die Beschreibung einer nicht nur vorübergehenden Beeinträchtigung der Aktivität und Teilhabe in den folgenden Lebensbereichen vorzusehen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Lernen und Wissensanwendung,</li> <li>2. [a]llgemeine* Aufgaben und Anforderungen,</li> <li>3. Kommunikation,</li> <li>4. Mobilität,</li> <li>5. Selbstversorgung,</li> <li>6. häusliches Leben,</li> <li>7. interpersonelle Interaktionen und Beziehungen,</li> <li>8. bedeutende Lebensbereiche und</li> <li>9. Gemeinschafts-, soziales und staatsbürgerliches Leben.</li> </ol> <p><i>s. bei § 118 Absatz 1 Sätze 2 und 3 SGB IX</i></p>

\* Redaktionelle Korrektur abweichend vom Regierungs- und Referentenentwurf.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>§ 38c Besondere Bestimmungen zum Hilfe- und Leistungsplan bei Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen</p> <p>(1) Bei Leistungen der Eingliederungshilfe nach den §§ 27 Absatz 3 und 35a enthält der Hilfe- und Leistungsplan die Inhalte nach § 19 Absatz 2 Satz 2 des Neunten Buches; dies gilt auch, wenn weder Leistungen verschiedener Leistungsgruppen nach § 5 des Neunten Buches noch mehrerer Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 des Neunten Buches erforderlich sind und damit die Voraussetzungen nach § 19 Absatz 1 des Neunten Buches nicht vorliegen, der Leistungsberechtigte aber die Erstellung eines Teilhabeplans wünscht. Daneben dokumentiert der Hilfe- und Leistungsplan mindestens</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die im Rahmen der <b>Hilfe- und Leistungsplanung</b> eingesetzten Verfahren und Instrumente,</li> <li>2. die Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts nach § 8 <b>des Neunten Buches</b> im Hinblick auf eine pauschale Geldleistung,</li> <li>3. die Erkenntnisse aus vorliegenden <b>ärztlichen Stellungnahmen, vergleichbaren Bescheinigungen oder</b> sozialmedizinischen Gutachten <b>sowie</b></li> </ol>	<p>§ 38c Besondere Bestimmungen zum Hilfe- und Leistungsplan bei Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen</p> <p>(1) Bei Leistungen der Eingliederungshilfe nach den §§ 27 Absatz 3 und 35a enthält der Hilfe- und Leistungsplan die Inhalte nach § 19 Absatz 2 Satz 2 des Neunten Buches; dies gilt auch, wenn weder Leistungen verschiedener Leistungsgruppen nach § 5 des Neunten Buches noch mehrerer Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 des Neunten Buches erforderlich sind und damit die Voraussetzungen nach § 19 Absatz 1 des Neunten Buches nicht vorliegen, der Leistungsberechtigte aber die Erstellung eines Teilhabeplans wünscht. Daneben dokumentiert der Hilfe- und Leistungsplan mindestens</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die im Rahmen der <b>Hilfe- und Leistungsplanung</b> eingesetzten Verfahren und Instrumente,</li> <li>2. die Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts nach § 8 <b>des Neunten Buches</b> im Hinblick auf eine pauschale Geldleistung,</li> <li>3. die Erkenntnisse aus vorliegenden <b>ärztlichen Stellungnahmen, vergleichbaren Bescheinigungen oder</b> sozialmedizinischen Gutachten <b>sowie</b></li> </ol>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>4. die Einschätzung, ob für den Fall einer stationären Krankenhausbehandlung die Begleitung und Befähigung des Leistungsberechtigten durch vertraute Bezugspersonen zur Sicherstellung der Durchführung der Behandlung erforderlich ist.</p> <p><u>s. bei § 121 Absatz 4 SGB IX</u></p> <p><b>(2) Die im Hilfe- und Leistungsplan festgestellte Leistung sowie deren Ausgestaltung nach § 36a Absatz 1 sind für die Entscheidung über die zu bewilligenden und erbringenden Leistungen nach § 15 Absatz 3 Satz 1 des Neunten Buches oder § 38 Absatz 6 bindend, wenn der Träger der öffentlichen Jugendhilfe Leistungsverantwortlicher nach § 15 des Neunten Buches ist. Wenn nach den Vorschriften zur Koordinierung der Leistungen nach Teil 1 Kapitel 4 des Neunten Buches ein anderer Rehabilitationsträger die Leistungsverantwortung trägt, bildet die im Rahmen des Hilfe- und Leistungsplans nach § 36a Absatz 1 festgestellte Leistung und deren Ausgestaltung die für den Teilhabeplan nach § 19 des Neunten Buches erforderlichen Feststellungen des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 15 Absatz 2 des Neunten Buches.</b></p> <p><u>s. bei § 120 Absatz 2 Satz 5 SGB IX</u></p> <p><u>s. bei § 120 Absatz 3 SGB IX</u></p>	<p>4. die Einschätzung, ob für den Fall einer stationären Krankenhausbehandlung die Begleitung und Befähigung des Leistungsberechtigten durch vertraute Bezugspersonen zur Sicherstellung der Durchführung der Behandlung erforderlich ist.</p> <p><u>s. bei § 121 Absatz 4 SGB IX</u></p> <p><b>(2) Die im Hilfe- und Leistungsplan festgestellte Leistung sowie deren Ausgestaltung nach § 36a Absatz 1 sind für die Entscheidung über die zu bewilligenden und erbringenden Leistungen nach § 15 Absatz 3 Satz 1 des Neunten Buches oder § 38 Absatz 6 bindend, wenn der Träger der öffentlichen Jugendhilfe Leistungsverantwortlicher nach § 15 des Neunten Buches ist. Wenn nach den Vorschriften zur Koordinierung der Leistungen nach Teil 1 Kapitel 4 des Neunten Buches ein anderer Rehabilitationsträger die Leistungsverantwortung trägt, bildet die im Rahmen des Hilfe- und Leistungsplans nach § 36a Absatz 1 festgestellte Leistung und deren Ausgestaltung die für den Teilhabeplan nach § 19 des Neunten Buches erforderlichen Feststellungen des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 15 Absatz 2 des Neunten Buches.</b></p> <p><u>s. bei § 120 Absatz 2 Satz 5 SGB IX</u></p> <p><u>s. bei § 120 Absatz 3 SGB IX</u></p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>(3) Bei der Aufstellung und Überprüfung des Hilfe- und Leistungsplans soll im Einzelfall diejenige Person oder Stelle, deren Stellungnahme, Bescheinigung oder Gutachten als Entscheidungsgrundlage dient, sowie der behandelnde Arzt beteiligt werden.</p> <p>(4) Bestehen im Einzelfall Anhaltspunkte für eine Pflegebedürftigkeit nach dem Elften Buch, wird die zuständige Pflegekasse mit Zustimmung des Leistungsberechtigten vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe informiert und muss an der Aufstellung und Überprüfung des Hilfe- und Leistungsplans beratend teilnehmen, soweit dies zur Feststellung des Bedarfs, der zu gewährenden Art der Leistung oder zur Feststellung von deren notwendiger Ausgestaltung nach Inhalt, Umfang und Dauer erforderlich ist. Bestehen im Einzelfall Anhaltspunkte, dass Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem Siebten Kapitel des Zwölften Buches erforderlich sind, so soll der Träger dieser Leistungen mit Zustimmung der Leistungsberechtigten informiert und an der Aufstellung und Überprüfung des Hilfe- und Leistungsplans beteiligt werden, soweit dies zur Feststellung des Bedarfs, der zu gewährenden Art der Leistung oder zur Feststellung von deren</p>	<p>(3) Bei der Aufstellung und Überprüfung des Hilfe- und Leistungsplans soll im Einzelfall diejenige Person oder Stelle, deren Stellungnahme, Bescheinigung oder Gutachten als Entscheidungsgrundlage dient, sowie der behandelnde Arzt beteiligt werden.</p> <p>(4) Bestehen im Einzelfall Anhaltspunkte für eine Pflegebedürftigkeit nach dem Elften Buch, wird die zuständige Pflegekasse mit Zustimmung des Leistungsberechtigten vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe informiert und muss an der Aufstellung und Überprüfung des Hilfe- und Leistungsplans beratend teilnehmen, soweit dies zur Feststellung des Bedarfs, der zu gewährenden Art der Leistung oder zur Feststellung von deren notwendiger Ausgestaltung nach Inhalt, Umfang und Dauer erforderlich ist. Bestehen im Einzelfall Anhaltspunkte, dass Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem Siebten Kapitel des Zwölften Buches erforderlich sind, so soll der Träger dieser Leistungen mit Zustimmung der Leistungsberechtigten informiert und an der Aufstellung und Überprüfung des Hilfe- und Leistungsplans beteiligt werden, soweit dies zur Feststellung des Bedarfs, der zu gewährenden Art der Leistung oder zur Feststellung von deren</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>notwendiger Ausgestaltung nach Inhalt, Umfang und Dauer erforderlich ist.</p> <p>(5) Soweit Leistungen verschiedener Leistungsgruppen nach § 5 des Neunten Buches oder mehrere Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 des Neunten Buches erforderlich sind, oder der Leistungsberechtigte oder der Personensorgeberechtigte dies wünscht, hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe als leistender Rehabilitationsträger die Regelungen zum Teilhabeplan nach § 19 des Neunten Buches anzuwenden und legt diesen seiner Entscheidung über die Gewährung einer Leistung der Eingliederungshilfe zugrunde. Im Übrigen gilt § 19 des Neunten Buches.</p>	<p>notwendiger Ausgestaltung nach Inhalt, Umfang und Dauer erforderlich ist.</p> <p>(5) Soweit Leistungen verschiedener Leistungsgruppen nach § 5 des Neunten Buches oder mehrere Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 des Neunten Buches erforderlich sind, oder der Leistungsberechtigte oder der Personensorgeberechtigte dies wünscht, hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe als leistender Rehabilitationsträger die Regelungen zum Teilhabeplan nach § 19 des Neunten Buches anzuwenden und legt diesen seiner Entscheidung über die Gewährung einer Leistung der Eingliederungshilfe zugrunde. Im Übrigen gilt § 19 des Neunten Buches.</p>
	<p>§ 38d Besondere Bestimmungen zur Hilfe- und Leistungsplankonferenz bei Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen</p> <p>(1) Bei Leistungen der Eingliederungshilfe nach §§ 27 Absatz 3, 35a sind die Ergebnisse der Bedarfsermittlung nach § 38b Grundlage für die Beratungen in einer Hilfe- und Leistungsplankonferenz.</p> <p><u>s. bei § 119 Absatz 2 Satz 1 SGB IX</u></p> <p>(2) In eine Hilfe- und Leistungsplankonferenz sollen die nach § 38c Absatz 3 und 4 an der</p>	<p>§ 38d Besondere Bestimmungen zur Hilfe- und Leistungsplankonferenz bei Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen</p> <p>(1) Bei Leistungen der Eingliederungshilfe nach §§ 27 Absatz 3, 35a sind die Ergebnisse der Bedarfsermittlung nach § 38b Grundlage für die Beratungen in einer Hilfe- und Leistungsplankonferenz.</p> <p><u>s. bei § 119 Absatz 2 Satz 1 SGB IX</u></p> <p>(2) In eine Hilfe- und Leistungsplankonferenz sollen die nach § 38c Absatz 3 und 4 an der</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>Aufstellung und Überprüfung des Hilfe- und Leistungsplans Beteiligten einbezogen werden.</p> <p>(3) Ist der Träger der <b>öffentlichen Jugendhilfe</b> Leistungsverantwortlicher nach § 15 <b>des Neunten Buches</b>, soll er die <b>Hilfe- und Leistungsplankonferenz</b> mit einer Teilhabeplankonferenz nach § 20 <b>des Neunten Buches</b> verbinden. Ist der Träger der <b>öffentlichen Jugendhilfe beteiligter Rehabilitationsträger</b> nach § 15 <b>des Neunten Buches</b>[,] * soll er <b>dem</b> Leistungsberechtigten und den <b>anderen</b> Rehabilitationsträgern anbieten, mit deren Einvernehmen das Verfahren anstelle des leistenden Rehabilitationsträgers durchzuführen; <b>die Vorschriften über die Leistungsverantwortung der Rehabilitationsträger nach den §§ 14 und 15 des Neunten Buches bleiben hiervon unberührt.</b></p> <p><u>s. bei § 119 Absatz 3 SGB IX</u></p>	<p>Aufstellung und Überprüfung des Hilfe- und Leistungsplans Beteiligten einbezogen werden.</p> <p>(3) Ist der Träger der <b>öffentlichen Jugendhilfe</b> Leistungsverantwortlicher nach § 15 <b>des Neunten Buches</b>, soll er die <b>Hilfe- und Leistungsplankonferenz</b> mit einer Teilhabeplankonferenz nach § 20 <b>des Neunten Buches</b> verbinden. Ist der Träger der <b>öffentlichen Jugendhilfe beteiligter Rehabilitationsträger</b> nach § 15 <b>des Neunten Buches</b>, soll er <b>dem</b> Leistungsberechtigten und den <b>anderen</b> Rehabilitationsträgern anbieten, mit deren Einvernehmen das Verfahren anstelle des leistenden Rehabilitationsträgers durchzuführen; <b>die Vorschriften über die Leistungsverantwortung der Rehabilitationsträger nach den §§ 14 und 15 des Neunten Buches bleiben hiervon unberührt.</b></p> <p><u>s. bei § 119 Absatz 3 SGB IX</u></p>
	<p><b>Fünfter Unterabschnitt</b></p> <p><b>Gemeinsame Vorschriften für Leistungen zur Entwicklung, zur Erziehung und zur Teilhabe</b></p>	<p><b>Fünfter Unterabschnitt</b></p> <p><b>Gemeinsame Vorschriften für Leistungen zur Entwicklung, zur Erziehung und zur Teilhabe</b></p>

\* Redaktionelle Korrektur abweichend vom Regierungsentwurf.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><del>§ 39 Leistungen zum Unterhalt des Kindes oder des Jugendlichen</del></p> <p><del>(1) Wird Hilfe nach den §§ 32 bis 35 oder nach § 35a Absatz 2 Nummer 2 bis 4 gewährt, so ist auch der notwendige Unterhalt des Kindes oder Jugendlichen außerhalb des Elternhauses sicherzustellen. Er umfasst die Kosten für den Sachaufwand sowie für die Pflege und Erziehung des Kindes oder Jugendlichen.</del></p> <p><span style="border: 1px solid black; padding: 2px;">s. bei § 39c Absatz 1 SGB VIII nF</span></p> <p><del>(2) Der gesamte regelmäßig wiederkehrende Bedarf soll durch laufende Leistungen gedeckt werden. Sie umfassen außer im Fall des § 32 und</del></p>	<p><b>§ 39 Beratung und Unterstützung der Eltern, Zusammenarbeit bei Hilfen außerhalb der eigenen Familie</b></p> <p>(1) Werden Hilfen <b>oder Leistungen</b> nach den §§ 32 bis 34 und 35a Absatz 4 Nummer 3 und 4 gewährt, haben die Eltern einen Anspruch auf Beratung und Unterstützung sowie Förderung der Beziehung zu ihrem Kind. Durch Beratung und Unterstützung sollen die Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen vertretbaren Zeitraums so weit verbessert werden, dass sie das Kind oder den Jugendlichen wieder selbst erziehen kann. Ist eine nachhaltige Verbesserung der Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb dieses Zeitraums nicht erreichbar, so dienen die Beratung und Unterstützung der Eltern sowie die Förderung ihrer Beziehung zum Kind der Erarbeitung und Sicherung einer anderen, dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen förderlichen und auf Dauer angelegten Lebensperspektive.</p> <p><span style="border: 1px solid black; padding: 2px;">s. bei § 37 Absatz 1 SGB VIII aF</span></p> <p>(2) Bei den in Absatz 1 Satz 1 genannten Hilfen <b>oder Leistungen</b> soll der Träger der öffentlichen</p>	<p><b>§ 39 Beratung und Unterstützung der Eltern, Zusammenarbeit bei Hilfen außerhalb der eigenen Familie</b></p> <p>(1) Werden Hilfen <b>oder Leistungen</b> nach den §§ 32 bis 34 und 35a Absatz 4 Nummer 3 und 4 gewährt, haben die Eltern einen Anspruch auf Beratung und Unterstützung sowie Förderung der Beziehung zu ihrem Kind. Durch Beratung und Unterstützung sollen die Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen vertretbaren Zeitraums so weit verbessert werden, dass sie das Kind oder den Jugendlichen wieder selbst erziehen kann. Ist eine nachhaltige Verbesserung der Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb dieses Zeitraums nicht erreichbar, so dienen die Beratung und Unterstützung der Eltern sowie die Förderung ihrer Beziehung zum Kind der Erarbeitung und Sicherung einer anderen, dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen förderlichen und auf Dauer angelegten Lebensperspektive.</p> <p><span style="border: 1px solid black; padding: 2px;">s. bei § 37 Absatz 1 SGB VIII aF</span></p> <p>(2) Bei den in Absatz 1 Satz 1 genannten Hilfen <b>oder Leistungen</b> soll der Träger der öffentlichen</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><del>des § 35a Absatz 2 Nummer 2 auch einen angemessenen Barbetrag zur persönlichen Verfügung des Kindes oder des Jugendlichen. Die Höhe des Betrages wird in den Fällen der §§ 34, 35, 35a Absatz 2 Nummer 4 von der nach Landesrecht zuständigen Behörde festgesetzt; die Beträge sollen nach Altersgruppen gestaffelt sein. Die laufenden Leistungen im Rahmen der Hilfe in Vollzeitpflege (§ 33) oder bei einer geeigneten Pflegeperson (§ 35a Absatz 2 Nummer 3) sind nach den Absätzen 4 bis 6 zu bemessen;</del></p> <p><a href="#">s. bei § 39c Absatz 2 SGB VIII nF</a></p> <p><del>(3) Einmalige Beihilfen oder Zuschüsse können insbesondere zur Erstausrüstung einer Pflege- stelle, bei wichtigen persönlichen Anlässen so- wie für Urlaubs- und Ferienreisen des Kindes oder des Jugendlichen gewährt werden;</del></p> <p><a href="#">s. bei § 39c Absatz 3 SGB VIII nF</a></p> <p><del>(4) Die laufenden Leistungen sollen auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten gewährt werden, sofern sie einen angemessenen Umfang</del></p>	<p>Jugendhilfe die Zusammenarbeit der Pflegeperson oder der in der Einrichtung für die Erziehung verantwortlichen Person und der Eltern zum Wohl des Kindes oder Jugendlichen durch geeignete Maßnahmen fördern. Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe stellt dies durch eine abgestimmte Wahrnehmung der Aufgaben nach Absatz 1 und § 39a sicher.</p> <p><a href="#">s. bei § 37 Absatz 2 SGB VIII aF</a></p> <p>(3) Sofern der Inhaber der elterlichen Sorge durch eine Erklärung nach § 1688 Absatz 3 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Entscheidungsbefugnisse der Pflegeperson so weit einschränkt, dass die Einschränkung eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen förderliche Entwicklung nicht mehr ermöglicht, sollen die Beteiligten das Jugendamt einschalten. Auch bei sonstigen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen sollen die Beteiligten das Jugendamt einschalten.</p> <p><a href="#">s. bei § 37 Absatz 3 SGB VIII aF</a></p> <p>(4) (weggefallen)</p>	<p>Jugendhilfe die Zusammenarbeit der Pflegeperson oder der in der Einrichtung für die Erziehung verantwortlichen Person und der Eltern zum Wohl des Kindes oder Jugendlichen durch geeignete Maßnahmen fördern. Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe stellt dies durch eine abgestimmte Wahrnehmung der Aufgaben nach Absatz 1 und § 39a sicher.</p> <p><a href="#">s. bei § 37 Absatz 2 SGB VIII aF</a></p> <p>(3) Sofern der Inhaber der elterlichen Sorge durch eine Erklärung nach § 1688 Absatz 3 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Entscheidungsbefugnisse der Pflegeperson so weit einschränkt, dass die Einschränkung eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen förderliche Entwicklung nicht mehr ermöglicht, sollen die Beteiligten das Jugendamt einschalten. Auch bei sonstigen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen sollen die Beteiligten das Jugendamt einschalten.</p> <p><a href="#">s. bei § 37 Absatz 3 SGB VIII aF</a></p> <p>(4) (weggefallen)</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>nicht übersteigen. Die laufenden Leistungen umfassen auch die Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung der Pflegeperson. Sie sollen in einem monatlichen Pauschalbetrag gewährt werden, soweit nicht nach der Besonderheit des Einzelfalls abweichende Leistungen geboten sind. Ist die Pflegeperson in gerader Linie mit dem Kind oder Jugendlichen verwandt und kann sie diesem unter Berücksichtigung ihrer sonstigen Verpflichtungen und ohne Gefährdung ihres angemessenen Unterhalts Unterhalt gewähren, so kann der Teil des monatlichen Pauschalbetrages, der die Kosten für den Sachaufwand des Kindes oder Jugendlichen betrifft, angemessen gekürzt werden. Wird ein Kind oder ein Jugendlicher im Bereich eines anderen Jugendamts untergebracht, so soll sich die Höhe des zu gewährenden Pauschalbetrages nach den Verhältnissen richten, die am Ort der Pflegestelle gelten.</p> <p><a href="#">s. bei § 39c Absatz 4 SGB VIII nF</a></p> <p>(5) Die Pauschalbeträge für laufende Leistungen zum Unterhalt sollen von den nach Landesrecht zuständigen Behörden festgesetzt werden. Dabei ist dem altersbedingt unterschiedlichen Unterhaltsbe-</p>	<p>(5) (weggefallen)</p>	<p>(5) (weggefallen)</p>



Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p><b>§ 39a Beratung und Unterstützung der Pflegeperson</b></p> <p>Die Pflegeperson hat vor der Aufnahme des Kindes oder des Jugendlichen und während der Dauer des Pflegeverhältnisses Anspruch auf Beratung und Unterstützung. Dies gilt auch in den Fällen, in denen für das Kind oder den Jugendlichen weder Hilfe zur Erziehung noch <b>Leistungen der</b> Eingliederungshilfe gewährt <b>werden</b>, und in den Fällen, in denen die Pflegeperson nicht der Erlaubnis zur Vollzeitpflege nach § 44 bedarf. Lebt das Kind oder der Jugendliche bei einer Pflegeperson außerhalb des Bereichs des zuständigen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe, so sind ortsnahe Beratung und Unterstützung sicherzustellen. Der zuständige Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat die aufgewendeten Kosten einschließlich der Verwaltungskosten auch in den Fällen zu erstatten, in denen die Beratung und Unterstützung im Wege der Amtshilfe geleistet werden. Zusammenschlüsse von Pflegepersonen sollen beraten, unterstützt und gefördert werden.</p> <p><u>s. bei § 37a SGB VIII aF</u></p>	<p><b>§ 39a Beratung und Unterstützung der Pflegeperson</b></p> <p>Die Pflegeperson hat vor der Aufnahme des Kindes oder des Jugendlichen und während der Dauer des Pflegeverhältnisses Anspruch auf Beratung und Unterstützung. Dies gilt auch in den Fällen, in denen für das Kind oder den Jugendlichen weder Hilfe zur Erziehung noch <b>Leistungen der</b> Eingliederungshilfe gewährt <b>werden</b>, und in den Fällen, in denen die Pflegeperson nicht der Erlaubnis zur Vollzeitpflege nach § 44 bedarf. Lebt das Kind oder der Jugendliche bei einer Pflegeperson außerhalb des Bereichs des zuständigen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe, so sind ortsnahe Beratung und Unterstützung sicherzustellen. Der zuständige Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat die aufgewendeten Kosten einschließlich der Verwaltungskosten auch in den Fällen zu erstatten, in denen die Beratung und Unterstützung im Wege der Amtshilfe geleistet werden. Zusammenschlüsse von Pflegepersonen sollen beraten, unterstützt und gefördert werden.</p> <p><u>s. bei § 37a SGB VIII aF</u></p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p><b>§ 39b Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Familienpflege</b></p> <p>(1) Das Jugendamt stellt sicher, dass während der Dauer des Pflegeverhältnisses ein nach Maßgabe fachlicher Handlungsleitlinien gemäß § 79a Satz 2 entwickeltes Konzept zur Sicherung der Rechte des Kindes oder des Jugendlichen und zum Schutz vor Gewalt angewandt wird. Hierzu sollen die Pflegeperson sowie das Kind oder der Jugendliche vor der Aufnahme und während der Dauer des Pflegeverhältnisses beraten und an der auf das konkrete Pflegeverhältnis bezogenen Ausgestaltung des Konzepts beteiligt werden.</p> <p><i>s. bei § 37b Absatz 1 SGB VIII aF</i></p> <p>(2) Das Jugendamt gewährleistet, dass das Kind oder der Jugendliche während der Dauer des Pflegeverhältnisses Möglichkeiten der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten hat und informiert das Kind oder den Jugendlichen hierüber.</p> <p><i>s. bei § 37b Absatz 2 SGB VIII aF</i></p> <p>(3) Das Jugendamt soll den Erfordernissen des Einzelfalls entsprechend an Ort und Stelle überprüfen, ob eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen förderliche Entwicklung bei der Pflegeperson gewährleistet ist. Die Pflegeperson hat das Jugendamt über wichtige Ereignisse zu</p>	<p><b>§ 39b Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Familienpflege</b></p> <p>(1) Das Jugendamt stellt sicher, dass während der Dauer des Pflegeverhältnisses ein nach Maßgabe fachlicher Handlungsleitlinien gemäß § 79a Satz 2 entwickeltes Konzept zur Sicherung der Rechte des Kindes oder des Jugendlichen und zum Schutz vor Gewalt angewandt wird. Hierzu sollen die Pflegeperson sowie das Kind oder der Jugendliche vor der Aufnahme und während der Dauer des Pflegeverhältnisses beraten und an der auf das konkrete Pflegeverhältnis bezogenen Ausgestaltung des Konzepts beteiligt werden.</p> <p><i>s. bei § 37b Absatz 1 SGB VIII aF</i></p> <p>(2) Das Jugendamt gewährleistet, dass das Kind oder der Jugendliche während der Dauer des Pflegeverhältnisses Möglichkeiten der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten hat und informiert das Kind oder den Jugendlichen hierüber.</p> <p><i>s. bei § 37b Absatz 2 SGB VIII aF</i></p> <p>(3) Das Jugendamt soll den Erfordernissen des Einzelfalls entsprechend an Ort und Stelle überprüfen, ob eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen förderliche Entwicklung bei der Pflegeperson gewährleistet ist. Die Pflegeperson hat das Jugendamt über wichtige Ereignisse zu</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	unterrichten, die das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen betreffen. <u>s. bei § 37b Absatz 3 SGB VIII aF</u>	unterrichten, die das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen betreffen. <u>s. bei § 37b Absatz 3 SGB VIII aF</u>
	<p><b>§ 39c Leistungen zum Unterhalt des Kindes oder des Jugendlichen</b></p> <p>(1) Wird Hilfe nach den §§ 32 bis 35 oder <b>eine Leistung</b> nach § 35a Absatz 4 Nummer 2 bis 4 gewährt, so ist auch der notwendige Unterhalt des Kindes oder Jugendlichen außerhalb des Elternhauses sicherzustellen. Er umfasst die Kosten für den Sachaufwand sowie für die Pflege und Erziehung des Kindes oder Jugendlichen.</p> <p><u>s. bei § 39 Absatz 1 SGB VIII aF</u></p> <p>(2) Der gesamte regelmäßig wiederkehrende Bedarf soll durch laufende Leistungen gedeckt werden. Sie umfassen außer im Fall des § 32 und des § 35a Absatz 4 Nummer 2 auch einen angemessenen Barbetrag zur persönlichen Verfügung des Kindes oder des Jugendlichen. Die Höhe des Betrages wird in den Fällen der §§ 34, 35, [§]* 35a Absatz 4 Nummer 4 von der nach Landesrecht zuständigen Behörde festgesetzt; die Beträge sollen nach Altersgruppen gestaffelt sein. Die lau-</p>	<p><b>§ 39c Leistungen zum Unterhalt des Kindes oder des Jugendlichen</b></p> <p>(1) Wird Hilfe nach den §§ 32 bis 35 oder <b>eine Leistung</b> nach § 35a Absatz 4 Nummer 2 bis 4 gewährt, so ist auch der notwendige Unterhalt des Kindes oder Jugendlichen außerhalb des Elternhauses sicherzustellen. Er umfasst die Kosten für den Sachaufwand sowie für die Pflege und Erziehung des Kindes oder Jugendlichen.</p> <p><u>s. bei § 39 Absatz 1 SGB VIII aF</u></p> <p>(2) Der gesamte regelmäßig wiederkehrende Bedarf soll durch laufende Leistungen gedeckt werden. Sie umfassen außer im Fall des § 32 und des § 35a Absatz 4 Nummer 2 auch einen angemessenen Barbetrag zur persönlichen Verfügung des Kindes oder des Jugendlichen. Die Höhe des Betrages wird in den Fällen der §§ 34, 35, [§]* 35a Absatz 4 Nummer 4 von der nach Landesrecht zuständigen Behörde festgesetzt; die Beträge sollen nach Altersgruppen gestaffelt sein. Die lau-</p>

\* Redaktionelle Korrektur abweichend vom Regierungs- und Referentenentwurf.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>fenden Leistungen im Rahmen der Hilfe in Vollzeitpflege (§ 33) oder bei einer geeigneten Pflegeperson (§ 35a Absatz 4 Nummer 3) sind nach den Absätzen 4 bis 6 zu bemessen.</p> <p><u>s. bei § 39 Absatz 2 SGB VIII aF</u></p> <p>(3) Einmalige Beihilfen oder Zuschüsse können insbesondere zur Erstausrüstung einer Pflegestelle, bei wichtigen persönlichen Anlässen sowie für Urlaubs- und Ferienreisen des Kindes oder des Jugendlichen gewährt werden.</p> <p><u>s. bei § 39 Absatz 3 SGB VIII aF</u></p> <p>(4) Die laufenden Leistungen sollen auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten gewährt werden, sofern sie einen angemessenen Umfang nicht übersteigen. Die laufenden Leistungen umfassen auch die Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung der Pflegeperson. Sie sollen in einem monatlichen Pauschalbetrag gewährt werden, soweit nicht nach der Besonderheit des Einzelfalls abweichende Leistungen geboten sind. Ist die Pflegeperson in gerader Linie mit dem Kind oder Jugendlichen verwandt und kann sie diesem unter Berücksichtigung ihrer sonstigen</p>	<p>fenden Leistungen im Rahmen der Hilfe in Vollzeitpflege (§ 33) oder bei einer geeigneten Pflegeperson (§ 35a Absatz 4 Nummer 3) sind nach den Absätzen 4 bis 6 zu bemessen.</p> <p><u>s. bei § 39 Absatz 2 SGB VIII aF</u></p> <p>(3) Einmalige Beihilfen oder Zuschüsse können insbesondere zur Erstausrüstung einer Pflegestelle, bei wichtigen persönlichen Anlässen sowie für Urlaubs- und Ferienreisen des Kindes oder des Jugendlichen gewährt werden.</p> <p><u>s. bei § 39 Absatz 3 SGB VIII aF</u></p> <p>(4) Die laufenden Leistungen sollen auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten gewährt werden, sofern sie einen angemessenen Umfang nicht übersteigen. Die laufenden Leistungen umfassen auch die Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung der Pflegeperson. Sie sollen in einem monatlichen Pauschalbetrag gewährt werden, soweit nicht nach der Besonderheit des Einzelfalls abweichende Leistungen geboten sind. Ist die Pflegeperson in gerader Linie mit dem Kind oder Jugendlichen verwandt und kann sie diesem unter Berücksichtigung ihrer sonstigen</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>Verpflichtungen und ohne Gefährdung ihres angemessenen Unterhalts Unterhalt gewähren, so kann der Teil des monatlichen Pauschalbetrages, der die Kosten für den Sachaufwand des Kindes oder Jugendlichen betrifft, angemessen gekürzt werden. Wird ein Kind oder ein Jugendlicher im Bereich eines anderen Jugendamts untergebracht, so soll sich die Höhe des zu gewährenden Pauschalbetrages nach den Verhältnissen richten, die am Ort der Pflegestelle gelten.</p> <p><u>s. bei § 39 Absatz 4 SGB VIII aF</u></p> <p>(5) Die Pauschalbeträge für laufende Leistungen zum Unterhalt sollen von den nach Landesrecht zuständigen Behörden festgesetzt werden. Dabei ist dem altersbedingt unterschiedlichen Unterhaltsbedarf von Kindern und Jugendlichen durch eine Staffelung der Beträge nach Altersgruppen Rechnung zu tragen. Das Nähere regelt Landesrecht.</p> <p><u>s. bei § 39 Absatz 5 SGB VIII aF</u></p> <p>(6) Wird das Kind oder der Jugendliche im Rahmen des Familienleistungsausgleichs nach § 31 des Einkommensteuergesetzes bei der Pflegeperson berücksichtigt, so ist ein Betrag in Höhe der Hälfte des Betrages, der nach § 66 des Einkommensteuergesetzes für ein erstes Kind zu</p>	<p>Verpflichtungen und ohne Gefährdung ihres angemessenen Unterhalts Unterhalt gewähren, so kann der Teil des monatlichen Pauschalbetrages, der die Kosten für den Sachaufwand des Kindes oder Jugendlichen betrifft, angemessen gekürzt werden. Wird ein Kind oder ein Jugendlicher im Bereich eines anderen Jugendamts untergebracht, so soll sich die Höhe des zu gewährenden Pauschalbetrages nach den Verhältnissen richten, die am Ort der Pflegestelle gelten.</p> <p><u>s. bei § 39 Absatz 4 SGB VIII aF</u></p> <p>(5) Die Pauschalbeträge für laufende Leistungen zum Unterhalt sollen von den nach Landesrecht zuständigen Behörden festgesetzt werden. Dabei ist dem altersbedingt unterschiedlichen Unterhaltsbedarf von Kindern und Jugendlichen durch eine Staffelung der Beträge nach Altersgruppen Rechnung zu tragen. Das Nähere regelt Landesrecht.</p> <p><u>s. bei § 39 Absatz 5 SGB VIII aF</u></p> <p>(6) Wird das Kind oder der Jugendliche im Rahmen des Familienleistungsausgleichs nach § 31 des Einkommensteuergesetzes bei der Pflegeperson berücksichtigt, so ist ein Betrag in Höhe der Hälfte des Betrages, der nach § 66 des Einkommensteuergesetzes für ein erstes Kind zu</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>zahlen ist, auf die laufenden Leistungen anzurechnen. Ist das Kind oder der Jugendliche nicht das älteste Kind in der Pflegefamilie, so ermäßigt sich der Anrechnungsbetrag für dieses Kind oder diesen Jugendlichen auf ein Viertel des Betrages, der für ein erstes Kind zu zahlen ist.</p> <p><u>s. bei § 39 Absatz 6 SGB VIII aF</u></p> <p>(7) Wird ein Kind oder eine Jugendliche während ihres Aufenthalts in einer Einrichtung oder einer Pflegefamilie selbst Mutter eines Kindes, so ist auch der notwendige Unterhalt dieses Kindes sicherzustellen.</p> <p><u>s. bei § 39 Absatz 7 SGB VIII aF</u></p>	<p>zahlen ist, auf die laufenden Leistungen anzurechnen. Ist das Kind oder der Jugendliche nicht das älteste Kind in der Pflegefamilie, so ermäßigt sich der Anrechnungsbetrag für dieses Kind oder diesen Jugendlichen auf ein Viertel des Betrages, der für ein erstes Kind zu zahlen ist.</p> <p><u>s. bei § 39 Absatz 6 SGB VIII aF</u></p> <p>(7) Wird ein Kind oder eine Jugendliche während ihres Aufenthalts in einer Einrichtung oder einer Pflegefamilie selbst Mutter eines Kindes, so ist auch der notwendige Unterhalt dieses Kindes sicherzustellen.</p> <p><u>s. bei § 39 Absatz 7 SGB VIII aF</u></p>
	<p><b>§ 39d Krankenhilfe</b></p> <p>Wird Hilfe nach den §§ 33 bis 35 oder <b>eine Leistung</b> nach § 35a Absatz 4 Nummer 3 oder 4 gewährt, so ist auch Krankenhilfe zu leisten; für den Umfang der Hilfe gelten die §§ 47 bis 52 des Zwölften Buches entsprechend. Krankenhilfe muss den im Einzelfall notwendigen Bedarf in voller Höhe befriedigen. Zuzahlungen und Eigenbeteiligungen sind zu übernehmen. Das Jugendamt kann in geeigneten Fällen die Beiträge für eine freiwillige Krankenversicherung übernehmen, soweit sie angemessen sind.</p> <p><u>s. bei § 40 SGB VIII aF</u></p>	<p><b>§ 39d Krankenhilfe</b></p> <p>Wird Hilfe nach den §§ 33 bis 35 oder <b>eine Leistung</b> nach § 35a Absatz 4 Nummer 3 oder 4 gewährt, so ist auch Krankenhilfe zu leisten; für den Umfang der Hilfe gelten die §§ 47 bis 52 des Zwölften Buches entsprechend. Krankenhilfe muss den im Einzelfall notwendigen Bedarf in voller Höhe befriedigen. Zuzahlungen und Eigenbeteiligungen sind zu übernehmen. Das Jugendamt kann in geeigneten Fällen die Beiträge für eine freiwillige Krankenversicherung übernehmen, soweit sie angemessen sind.</p> <p><u>s. bei § 40 SGB VIII aF</u></p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 40 Krankenhilfe</b>  <del>Wird Hilfe nach den §§ 33 bis 35 oder nach § 35a Absatz 2 Nummer 3 oder 4 gewährt, so ist auch Krankenhilfe zu leisten: für den Umfang der Hilfe gelten die §§ 47 bis 52 des Zwölften Buches entsprechend. Krankenhilfe muss den im Einzelfall notwendigen Bedarf in voller Höhe befriedigen. Zahlungen und Eigenbeteiligungen sind zu übernehmen. Das Jugendamt kann in geeigneten Fällen die Beiträge für eine freiwillige Krankenversicherung übernehmen, soweit sie angemessen sind;</del>  <span style="border: 1px solid black; padding: 2px;">s. bei § 39d SGB VIII nF</span></p>	<p><b>§ 40 Zulässigkeit von Auslandsmaßnahmen</b>            (1) Hilfen <b>oder Leistungen</b> nach diesem Abschnitt sind in der Regel im Inland zu erbringen. Sie dürfen nur dann im Ausland erbracht werden, wenn dies nach Maßgabe der <b>Hilfe- und Leistungsplanung</b> zur Erreichung des Hilfezieles im Einzelfall erforderlich ist und die aufenthaltsrechtlichen Vorschriften des aufnehmenden Staates sowie</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. im Anwendungsbereich der Verordnung (EU) 2019/1111 des Rates vom 25. Juni 2019 über die Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und über internationale Kindesentführungen (ABL. L 178 vom 2.7.2019, S. 1) die Voraussetzungen des Artikels 82 oder</li> <li>2. im Anwendungsbereich des Haager Übereinkommens vom 19. Oktober 1996 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern die Voraussetzungen des Artikels 33</li> </ol> <p>erfüllt sind.  <span style="border: 1px solid black; padding: 2px;">s. bei § 38 Absatz 1 SGB VIII aF</span></p>	<p><b>§ 40 Zulässigkeit von Auslandsmaßnahmen</b>            (1) Hilfen <b>oder Leistungen</b> nach diesem Abschnitt sind in der Regel im Inland zu erbringen. Sie dürfen nur dann im Ausland erbracht werden, wenn dies nach Maßgabe der <b>Hilfe- und Leistungsplanung</b> zur Erreichung des Hilfezieles im Einzelfall erforderlich ist und die aufenthaltsrechtlichen Vorschriften des aufnehmenden Staates sowie</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. im Anwendungsbereich der Verordnung (EU) 2019/1111 des Rates vom 25. Juni 2019 über die Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und über internationale Kindesentführungen (ABL. L 178 vom 2.7.2019, S. 1) die Voraussetzungen des Artikels 82 oder</li> <li>2. im Anwendungsbereich des Haager Übereinkommens vom 19. Oktober 1996 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern die Voraussetzungen des Artikels 33</li> </ol> <p>erfüllt sind.  <span style="border: 1px solid black; padding: 2px;">s. bei § 38 Absatz 1 SGB VIII aF</span></p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>(2) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe soll vor der Entscheidung über die Gewährung einer Hilfe <b>oder Leistung</b>, die ganz oder teilweise im Ausland erbracht wird,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. zur Feststellung einer seelischen Störung mit Krankheitswert die Stellungnahme <b>eines Arztes für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, eines Kinder- oder Jugendlichenpsychotherapeuten, eines Fachpsychotherapeuten, eines Psychotherapeuten mit einer Weiterbildung für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen oder eines Arztes oder eines psychologischen Psychotherapeuten, der über besondere Erfahrung auf dem Gebiet seelischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen verfügt, [einholen]*,</b></li> <li>2. sicherstellen, dass der Leistungserbringer               <ol style="list-style-type: none"> <li>a) über eine Betriebserlaubnis nach § 45 für eine Einrichtung im Inland verfügt, in der Hilfe zur Erziehung <b>oder Leistungen der Eingliederungshilfe</b> erbracht werden,</li> <li>b) Gewähr dafür bietet, dass er die Rechtsvorschriften des aufnehmenden Staates einschließlich des Aufenthaltsrechts ein-</li> </ol> </li> </ol>	<p>(2) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe soll vor der Entscheidung über die Gewährung einer Hilfe <b>oder Leistung</b>, die ganz oder teilweise im Ausland erbracht wird,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. zur Feststellung einer seelischen Störung mit Krankheitswert die Stellungnahme <b>eines Arztes für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, eines Kinder- oder Jugendlichenpsychotherapeuten, eines Fachpsychotherapeuten, eines Psychotherapeuten mit einer Weiterbildung für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen oder eines Arztes oder eines psychologischen Psychotherapeuten, der über besondere Erfahrung auf dem Gebiet seelischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen verfügt, [einholen]*,</b></li> <li>2. sicherstellen, dass der Leistungserbringer               <ol style="list-style-type: none"> <li>a) über eine Betriebserlaubnis nach § 45 für eine Einrichtung im Inland verfügt, in der Hilfe zur Erziehung <b>oder Leistungen der Eingliederungshilfe</b> erbracht werden,</li> <li>b) Gewähr dafür bietet, dass er die Rechtsvorschriften des aufnehmenden Staates einschließlich des Aufenthaltsrechts ein-</li> </ol> </li> </ol>

\* Redaktionelle Korrektur abweichend vom Regierungs- und Referentenentwurf.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>hält, insbesondere vor Beginn der Leistungserbringung die in Absatz 1 Satz 2 genannten Maßgaben erfüllt, und mit den Behörden des aufnehmenden Staates sowie den deutschen Vertretungen im Ausland zusammenarbeitet,</p> <p>c) mit der Erbringung der Hilfen <b>oder Leistungen</b> nur Fachkräfte nach § 72 Absatz 1 betraut,</p> <p>d) über die Qualität der Maßnahme eine Vereinbarung abschließt; dabei sind die fachlichen Handlungsleitlinien des überörtlichen Trägers anzuwenden,</p> <p>e) Ereignisse oder Entwicklungen, die geeignet sind, das Wohl des Kindes oder Jugendlichen zu beeinträchtigen, dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe unverzüglich anzeigt und</p> <p>3. die Eignung der mit der Leistungserbringung zu betrauenden Einrichtung oder Person an Ort und Stelle überprüfen.</p> <p><u>s. bei § 38 Absatz 2 SGB VIII aF</u></p> <p>(3) Überprüfung und Fortschreibung des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> sollen nach Maßgabe von § 36a Absatz 2 Satz 2 am Ort der Leistungserbringung unter Beteiligung des Kindes oder des Jugendlichen erfolgen. Unabhängig von der Über-</p>	<p>hält, insbesondere vor Beginn der Leistungserbringung die in Absatz 1 Satz 2 genannten Maßgaben erfüllt, und mit den Behörden des aufnehmenden Staates sowie den deutschen Vertretungen im Ausland zusammenarbeitet,</p> <p>c) mit der Erbringung der Hilfen <b>oder Leistungen</b> nur Fachkräfte nach § 72 Absatz 1 betraut,</p> <p>d) über die Qualität der Maßnahme eine Vereinbarung abschließt; dabei sind die fachlichen Handlungsleitlinien des überörtlichen Trägers anzuwenden,</p> <p>e) Ereignisse oder Entwicklungen, die geeignet sind, das Wohl des Kindes oder Jugendlichen zu beeinträchtigen, dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe unverzüglich anzeigt und</p> <p>3. die Eignung der mit der Leistungserbringung zu betrauenden Einrichtung oder Person an Ort und Stelle überprüfen.</p> <p><u>s. bei § 38 Absatz 2 SGB VIII aF</u></p> <p>(3) Überprüfung und Fortschreibung des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> sollen nach Maßgabe von § 36a Absatz 2 Satz 2 am Ort der Leistungserbringung unter Beteiligung des Kindes oder des Jugendlichen erfolgen. Unabhängig von der Über-</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>prüfung und Fortschreibung des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> nach Satz 1 soll der Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach den Erfordernissen im Einzelfall an Ort und Stelle überprüfen, ob die Anforderungen nach Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe b und c sowie Nummer 3 weiter erfüllt sind.</p> <p><u>s. bei § 38 Absatz 3 SGB VIII aF</u></p> <p>(4) Besteht die Erfüllung der Anforderungen nach Absatz 2 Nummer 2 oder die Eignung der mit der Leistungserbringung betrauten Einrichtung oder Person nicht fort, soll die Leistungserbringung im Ausland unverzüglich beendet werden.</p> <p><u>s. bei § 38 Absatz 4 SGB VIII aF</u></p> <p>(5) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat der erlaubniserteilenden Behörde unverzüglich</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. den Beginn und das geplante Ende der Leistungserbringung im Ausland unter Angabe von Namen und Anschrift des Leistungserbringers, des Aufenthaltsorts des Kindes oder Jugendlichen sowie der Namen der mit der Erbringung der Hilfe <b>oder Leistung</b> betrauten Fachkräfte,</li> <li>2. Änderungen der in Nummer 1 bezeichneten Angaben sowie</li> <li>3. die bevorstehende Beendigung der Leistungserbringung im Ausland zu melden sowie</li> </ol>	<p>prüfung und Fortschreibung des <b>Hilfe- und Leistungsplans</b> nach Satz 1 soll der Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach den Erfordernissen im Einzelfall an Ort und Stelle überprüfen, ob die Anforderungen nach Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe b und c sowie Nummer 3 weiter erfüllt sind.</p> <p><u>s. bei § 38 Absatz 3 SGB VIII aF</u></p> <p>(4) Besteht die Erfüllung der Anforderungen nach Absatz 2 Nummer 2 oder die Eignung der mit der Leistungserbringung betrauten Einrichtung oder Person nicht fort, soll die Leistungserbringung im Ausland unverzüglich beendet werden.</p> <p><u>s. bei § 38 Absatz 4 SGB VIII aF</u></p> <p>(5) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat der erlaubniserteilenden Behörde unverzüglich</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. den Beginn und das geplante Ende der Leistungserbringung im Ausland unter Angabe von Namen und Anschrift des Leistungserbringers, des Aufenthaltsorts des Kindes oder Jugendlichen sowie der Namen der mit der Erbringung der Hilfe <b>oder Leistung</b> betrauten Fachkräfte,</li> <li>2. Änderungen der in Nummer 1 bezeichneten Angaben sowie</li> <li>3. die bevorstehende Beendigung der Leistungserbringung im Ausland zu melden sowie</li> </ol>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>4. einen Nachweis zur Erfüllung der aufenthaltsrechtlichen Vorschriften des aufnehmenden Staates und im Anwendungsbereich</p> <p>a) der Verordnung (EU) 2019/1111 zur Erfüllung der Maßgaben des Artikels 82,</p> <p>b) des Haager Übereinkommens vom 19. Oktober 1996 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern zur Erfüllung der Maßgaben des Artikels 33</p> <p>zu übermitteln. Die erlaubniserteilende Behörde wirkt auf die unverzügliche Beendigung der Leistungserbringung im Ausland hin, wenn sich aus den Angaben nach Satz 1 ergibt, dass die an die Leistungserbringung im Ausland gestellten gesetzlichen Anforderungen nicht erfüllt sind.</p> <p><a href="#">s. bei § 38 Absatz 5 SGB VIII aF</a></p>	<p>4. einen Nachweis zur Erfüllung der aufenthaltsrechtlichen Vorschriften des aufnehmenden Staates und im Anwendungsbereich</p> <p>a) der Verordnung (EU) 2019/1111 zur Erfüllung der Maßgaben des Artikels 82,</p> <p>b) des Haager Übereinkommens vom 19. Oktober 1996 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern zur Erfüllung der Maßgaben des Artikels 33</p> <p>zu übermitteln. Die erlaubniserteilende Behörde wirkt auf die unverzügliche Beendigung der Leistungserbringung im Ausland hin, wenn sich aus den Angaben nach Satz 1 ergibt, dass die an die Leistungserbringung im Ausland gestellten gesetzlichen Anforderungen nicht erfüllt sind.</p> <p><a href="#">s. bei § 38 Absatz 5 SGB VIII aF</a></p>
<p><b>Vierter Unterabschnitt</b> Hilfe für junge Volljährige</p>	<p><b>Sechster Unterabschnitt</b> Hilfe für junge Volljährige, <b>Nachbetreuung</b></p>	<p><b>Sechster Unterabschnitt</b> Hilfe für junge Volljährige, <b>Nachbetreuung</b></p>
<p><b>§ 41 Hilfe für junge Volljährige</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Für die Ausgestaltung der Hilfe gelten <b>§ 27</b> Absatz 3 und 4 sowie die §§ 28 bis 30, 33 bis</p>	<p><b>§ 41 Hilfe für junge Volljährige</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Für die Ausgestaltung der Hilfe gelten <b>§ 27a</b> Absatz 3 und 4 sowie die §§ 28 bis 30, 33 bis</p>	<p><b>§ 41 Hilfe für junge Volljährige</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Für die Ausgestaltung der Hilfe gelten <b>§ 27a</b> Absatz 3 und 4 sowie die §§ 28 bis 30, 33 bis</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>36, 39 und 40 entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Personensorgeberechtigten oder des Kindes oder des Jugendlichen der junge Volljährige tritt.</p> <p>(3) Soll eine Hilfe nach dieser Vorschrift nicht fortgesetzt oder beendet werden, prüft der Träger der öffentlichen Jugendhilfe ab einem Jahr vor dem hierfür im <b>Hilfeplan</b> vorgesehenen Zeitpunkt, ob im Hinblick auf den Bedarf des jungen Menschen ein Zuständigkeitsübergang auf andere Sozialleistungsträger in Betracht kommt; § 36b gilt entsprechend.</p>	<p>38d, 39c und 39d entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Personensorgeberechtigten oder des Kindes oder des Jugendlichen der junge Volljährige tritt.</p> <p>(3) Soll eine Hilfe nach dieser Vorschrift nicht fortgesetzt oder beendet werden, prüft der Träger der öffentlichen Jugendhilfe ab einem Jahr vor dem hierfür im <b>Hilfe- und Leistungsplan</b> vorgesehenen Zeitpunkt, ob im Hinblick auf den Bedarf des jungen Menschen ein Zuständigkeitsübergang auf andere Sozialleistungsträger in Betracht kommt; § 36d gilt entsprechend.</p>	<p>38d, 39c und 39d entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Personensorgeberechtigten oder des Kindes oder des Jugendlichen der junge Volljährige tritt.</p> <p>(3) Soll eine Hilfe nach dieser Vorschrift nicht fortgesetzt oder beendet werden, prüft der Träger der öffentlichen Jugendhilfe ab einem Jahr vor dem hierfür im <b>Hilfe- und Leistungsplan</b> vorgesehenen Zeitpunkt, ob im Hinblick auf den Bedarf des jungen Menschen ein Zuständigkeitsübergang auf andere Sozialleistungsträger in Betracht kommt; § 36d gilt entsprechend.</p>
<p><b>§ 41a Nachbetreuung</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Der angemessene Zeitraum sowie der notwendige Umfang der Beratung und Unterstützung nach Beendigung der Hilfe sollen in dem <b>Hilfeplan</b> nach § 36 Absatz 2 Satz 2, der die Beendigung der Hilfe nach § 41 feststellt, dokumentiert und regelmäßig überprüft werden. Hierzu soll der Träger der öffentlichen Jugendhilfe in regelmäßigen Abständen Kontakt zu dem jungen Volljährigen aufnehmen.</p>	<p><b>§ 41a Nachbetreuung</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Der angemessene Zeitraum sowie der notwendige Umfang der Beratung und Unterstützung nach Beendigung der Hilfe sollen in dem <b>Hilfe- und Leistungsplan</b> nach § 36a, der die Beendigung der Hilfe nach § 41 feststellt, dokumentiert und regelmäßig überprüft werden. Hierzu soll der Träger der öffentlichen Jugendhilfe in regelmäßigen Abständen Kontakt zu dem jungen Volljährigen aufnehmen.</p>	<p><b>§ 41a Nachbetreuung</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Der angemessene Zeitraum sowie der notwendige Umfang der Beratung und Unterstützung nach Beendigung der Hilfe sollen in dem <b>Hilfe- und Leistungsplan</b> nach § 36a, der die Beendigung der Hilfe nach § 41 feststellt, dokumentiert und regelmäßig überprüft werden. Hierzu soll der Träger der öffentlichen Jugendhilfe in regelmäßigen Abständen Kontakt zu dem jungen Volljährigen aufnehmen.</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 42 Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Das Jugendamt hat während der Inobhutnahme unverzüglich das Kind oder den Jugendlichen umfassend und in einer verständlichen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form über diese Maßnahme aufzuklären, die Situation, die zur Inobhutnahme geführt hat, zusammen mit dem Kind oder dem Jugendlichen zu klären und Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung aufzuzeigen. Dem Kind oder dem Jugendlichen ist unverzüglich Gelegenheit zu geben, eine Person seines Vertrauens zu benachrichtigen. Das Jugendamt hat während der Inobhutnahme für das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen zu sorgen und dabei den notwendigen Unterhalt und die Krankenhilfe sicherzustellen; § 39 Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend. Das Jugendamt ist während der Inobhutnahme berechtigt, alle Rechtshandlungen vorzunehmen, die zum Wohl des Kindes oder Jugendlichen notwendig sind; der mutmaßliche Wille der Personensorge- oder der Erziehungsberechtigten ist dabei angemessen zu berücksichtigen. Im Fall des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 3 gehört zu den Rechtshandlungen nach Satz 4, zu denen das Jugendamt verpflichtet ist, insbesondere die unverzügliche</p>	<p><b>§ 42 Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Das Jugendamt hat während der Inobhutnahme unverzüglich das Kind oder den Jugendlichen umfassend und in einer verständlichen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form über diese Maßnahme aufzuklären, die Situation, die zur Inobhutnahme geführt hat, zusammen mit dem Kind oder dem Jugendlichen zu klären und Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung aufzuzeigen. Dem Kind oder dem Jugendlichen ist unverzüglich Gelegenheit zu geben, eine Person seines Vertrauens zu benachrichtigen. Das Jugendamt hat während der Inobhutnahme für das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen zu sorgen und dabei den notwendigen Unterhalt und die Krankenhilfe sicherzustellen; § 39c Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend. Das Jugendamt ist während der Inobhutnahme berechtigt, alle Rechtshandlungen vorzunehmen, die zum Wohl des Kindes oder Jugendlichen notwendig sind; der mutmaßliche Wille der Personensorge- oder der Erziehungsberechtigten ist dabei angemessen zu berücksichtigen. Im Fall des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 3 gehört zu den Rechtshandlungen nach Satz 4, zu denen das Jugendamt verpflichtet ist, insbesondere die unverzügliche</p>	<p><b>§ 42 Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Das Jugendamt hat während der Inobhutnahme unverzüglich das Kind oder den Jugendlichen umfassend und in einer verständlichen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form über diese Maßnahme aufzuklären, die Situation, die zur Inobhutnahme geführt hat, zusammen mit dem Kind oder dem Jugendlichen zu klären und Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung aufzuzeigen. Dem Kind oder dem Jugendlichen ist unverzüglich Gelegenheit zu geben, eine Person seines Vertrauens zu benachrichtigen. Das Jugendamt hat während der Inobhutnahme für das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen zu sorgen und dabei den notwendigen Unterhalt und die Krankenhilfe sicherzustellen; § 39c Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend. Das Jugendamt ist während der Inobhutnahme berechtigt, alle Rechtshandlungen vorzunehmen, die zum Wohl des Kindes oder Jugendlichen notwendig sind; der mutmaßliche Wille der Personensorge- oder der Erziehungsberechtigten ist dabei angemessen zu berücksichtigen. Im Fall des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 3 gehört zu den Rechtshandlungen nach Satz 4, zu denen das Jugendamt verpflichtet ist, insbesondere die unverzügliche</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>Stellung eines Asylantrags für das Kind oder den Jugendlichen in Fällen, in denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass das Kind oder der Jugendliche internationalen Schutz im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummer 2 des Asylgesetzes benötigt; dabei ist das Kind oder der Jugendliche zu beteiligen.</p> <p>(3) [...] [...]</p>	<p>Stellung eines Asylantrags für das Kind oder den Jugendlichen in Fällen, in denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass das Kind oder der Jugendliche internationalen Schutz im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummer 2 des Asylgesetzes benötigt; dabei ist das Kind oder der Jugendliche zu beteiligen.</p> <p>(3) [...] [...]</p>	<p>Stellung eines Asylantrags für das Kind oder den Jugendlichen in Fällen, in denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass das Kind oder der Jugendliche internationalen Schutz im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummer 2 des Asylgesetzes benötigt; dabei ist das Kind oder der Jugendliche zu beteiligen.</p> <p>(3) [...] [...]</p>
<p><b>§ 42a Vorläufige Inobhutnahme von ausländischen Kindern und Jugendlichen nach unbegleiteter Einreise</b></p> <p>[...]</p> <p>(4) Das Jugendamt hat der nach Landesrecht für die Verteilung von unbegleiteten ausländischen Kindern und Jugendlichen zuständigen Stelle die vorläufige Inobhutnahme des Kindes oder des Jugendlichen innerhalb von <del>sieben Werktagen</del> nach Beginn der Maßnahme zur Erfüllung der in § 42b genannten Aufgaben mitzuteilen. Zu diesem Zweck sind auch die Ergebnisse der Einschätzung nach Absatz 2 Satz 1 mitzuteilen. Die nach Landesrecht zuständige Stelle hat gegenüber dem Bundesverwaltungsamt innerhalb von drei Werktagen das Kind oder den Jugendlichen</p>		<p><b>§ 42a Vorläufige Inobhutnahme von ausländischen Kindern und Jugendlichen nach unbegleiteter Einreise</b></p> <p>[...]</p> <p>(4) Das Jugendamt hat der nach Landesrecht für die Verteilung von unbegleiteten ausländischen Kindern und Jugendlichen zuständigen Stelle die vorläufige Inobhutnahme des Kindes oder des Jugendlichen innerhalb von <b>einem Monat</b> nach Beginn der Maßnahme zur Erfüllung der in § 42b genannten Aufgaben mitzuteilen.** Zu diesem Zweck sind auch die Ergebnisse der Einschätzung nach Absatz 2 Satz 1 mitzuteilen. Die nach Landesrecht zuständige Stelle hat gegenüber dem Bundesverwaltungsamt innerhalb von drei Werktagen das Kind oder den Jugendlichen zur</p>

\*\* § 42a Absatz 4 Satz 1 SGB VIII nF tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>zur Verteilung anzumelden oder den Ausschluss der Verteilung anzuzeigen.</p> <p>(5) [...]</p> <p>[...]</p>		<p>Verteilung anzumelden oder den Ausschluss der Verteilung anzuzeigen.</p> <p>(5) [...]</p> <p>[...]</p>
<p><b>§ 42b Verfahren zur Verteilung unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher</b></p> <p>[...]</p> <p>(4) Die Durchführung eines Verteilungsverfahrens ist bei einem unbegleiteten ausländischen Kind oder Jugendlichen ausgeschlossen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. dadurch dessen Wohl gefährdet würde,</li> <li>2. dessen Gesundheitszustand die Durchführung eines Verteilungsverfahrens innerhalb von 14 Werktagen nach Beginn der vorläufigen Inobhutnahme gemäß § 42a nicht zulässt,</li> <li>3. dessen Zusammenführung mit einer verwandten Person kurzfristig erfolgen kann, zum Beispiel aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (ABl. L 180 vom</li> </ol>		<p><b>§ 42b Verfahren zur Verteilung unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher</b></p> <p>[...]</p> <p>(4) Die Durchführung eines Verteilungsverfahrens ist bei einem unbegleiteten ausländischen Kind oder Jugendlichen ausgeschlossen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. dadurch dessen Wohl gefährdet würde,</li> <li>2. dessen Gesundheitszustand die Durchführung eines Verteilungsverfahrens innerhalb von 14 Werktagen nach Beginn der vorläufigen Inobhutnahme gemäß § 42a nicht zulässt,</li> <li>3. dessen Zusammenführung mit einer verwandten Person kurzfristig erfolgen kann, zum Beispiel aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (ABl. L 180 vom</li> </ol>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>29.6.2013, S. 31), und dies dem Wohl des Kindes entspricht oder</p> <p>4. die Durchführung des Verteilungsverfahrens nicht innerhalb von <del>einem Monat</del> nach Beginn der vorläufigen Inobhutnahme erfolgt.</p> <p>(5) [...] [...]</p>		<p>29.6.2013, S. 31), und dies dem Wohl des Kindes entspricht oder</p> <p>4. die Durchführung des Verteilungsverfahrens nicht innerhalb von <b>zwei Monaten</b> nach Beginn der vorläufigen Inobhutnahme erfolgt.**</p> <p>(5) [...] [...]</p>
<p><b>§ 42e Berichtspflicht</b></p> <p><del>Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag jährlich einen Bericht über die Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger in Deutschland vorzulegen.</del></p>		<p><b>§ 42e Aufenthalt</b></p> <p><b>Unbegleitete ausländische Jugendliche sind verpflichtet, ihren gewöhnlichen Aufenthalt zu nehmen in dem Bereich des aufgrund der Zuweisungsentscheidung der zuständigen Landesbehörde nach § 88a Absatz 2 Satz 1 zuständigen Jugendamts. Über Folgen eines Verstoßes sind unbegleitete ausländische Jugendliche aufzuklären.***</b></p>
<p><b>§ 42f Behördliches Verfahren zur Altersfeststellung</b></p> <p>(1) Das Jugendamt hat im Rahmen der vorläufigen Inobhutnahme der ausländischen Person gemäß § 42a deren Minderjährigkeit durch Einsichtnahme in deren Ausweispapiere festzustel-</p>		<p><b>§ 42f Behördliches Verfahren zur Altersfeststellung</b></p> <p>(1) Das Jugendamt hat im Rahmen der vorläufigen Inobhutnahme der ausländischen Person gemäß § 42a deren Minderjährigkeit durch Einsichtnahme in deren Ausweispapiere festzustel-</p>

\*\* § 42b Absatz 4 Nummer 4 SGB VIII nF tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

\*\*\* § 42e SGB VIII nF tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>len oder hilfsweise mittels einer qualifizierten Inaugenscheinnahme einzuschätzen und festzustellen. § 8 Absatz 1 und § 42 Absatz 2 Satz 2 sind entsprechend anzuwenden.</p> <p>(2) Auf Antrag <del>des Betroffenen</del> oder <del>seines</del> Vertreters oder von Amts wegen hat das Jugendamt <del>in Zweifelsfällen</del> eine ärztliche Untersuchung zur Altersbestimmung zu veranlassen. <del>Ist eine ärztliche Untersuchung durchzuführen, ist die betroffene Person durch das Jugendamt umfassend über die Untersuchungsmethode und über die möglichen Folgen der Altersbestimmung aufzuklären. Ist die ärztliche Untersuchung von Amts wegen durchzuführen, ist die betroffene Person zusätzlich über die Folgen einer Weigerung, sich der ärztlichen Untersuchung zu unterziehen, aufzuklären;</del> die Untersuchung darf nur mit Einwilligung der betroffenen Person und ihres Vertreters durchgeführt werden. Die §§ 60, 62 und 65 bis 67 des Ersten Buches sind entsprechend anzuwenden.</p>		<p>len oder hilfsweise mittels einer qualifizierten Inaugenscheinnahme einzuschätzen und festzustellen. § 8 Absatz 1 und § 42 Absatz 2 Satz 2 sind entsprechend anzuwenden. <b>Die betroffene Person ist über die Folgen der Altersbestimmung und einer Verweigerung einer Mitwirkung aufzuklären.**</b></p> <p>(2) Auf Antrag <b>der betroffenen Person</b> oder <b>ihres</b> Vertreters oder von Amts wegen hat das Jugendamt eine ärztliche Untersuchung zur Altersbestimmung zu veranlassen, <b>wenn nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nach Absatz 1 die Volljährigkeit der ausländischen Person festgestellt wurde.</b> Die betroffene Person <b>ist</b> durch das Jugendamt umfassend über die Untersuchungsmethode aufzuklären. <b>Die</b> Untersuchung darf nur mit Einwilligung der betroffenen Person und ihres Vertreters durchgeführt werden. Die §§ 60, 62 und 65 bis 67 des Ersten Buches sind entsprechend anzuwenden.***</p>

\*\* § 42f Absatz 1 Satz 3 SGB VIII nF tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. [ANM. DER RED.: Vermutlich ist gemeint, dass Satz 3 nF hinter Satz 1 einzufügen ist.]

\*\*\* § 42f Absatz 2 Sätze 1 bis 3 SGB VIII nF treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>(3) <del>Widerspruch und</del> Klage gegen die Entscheidung des Jugendamts, aufgrund der Altersfeststellung nach dieser Vorschrift die vorläufige Inobhutnahme nach § 42a oder die Inobhutnahme nach § 42 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 abzulehnen oder zu beenden, <b>haben</b> keine aufschiebende Wirkung. <del>Landesrecht kann bestimmen, dass gegen diese Entscheidung Klage ohne Nachprüfung in einem</del> Vorverfahren nach § 68 der Verwaltungsgerichtsordnung <del>erhoben werden kann.</del></p>		<p>(3) <b>Eine</b> Klage gegen die Entscheidung des Jugendamts, aufgrund der Altersfeststellung nach dieser Vorschrift die vorläufige Inobhutnahme nach § 42a oder die Inobhutnahme nach § 42 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 abzulehnen oder zu beenden, <b>hat</b> keine aufschiebende Wirkung. <b>Das</b> Vorverfahren nach § 68 der Verwaltungsgerichtsordnung <b>entfällt.</b>**</p>
<p><b>§ 44 Erlaubnis zur Vollzeitpflege</b></p> <p>(1) Wer ein Kind oder einen Jugendlichen über Tag und Nacht in seinem Haushalt aufnehmen will (Pflegeperson), bedarf der Erlaubnis. Einer Erlaubnis bedarf nicht, wer ein Kind oder einen Jugendlichen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>im Rahmen von Hilfe zur Erziehung oder von Eingliederungshilfe für <b>seelisch-behinderte</b> Kinder und Jugendliche auf Grund einer Vermittlung durch das Jugendamt,</li> <li>als Vormund oder Pfleger im Rahmen seines Wirkungskreises,</li> </ol>	<p><b>§ 44 Erlaubnis zur Vollzeitpflege</b></p> <p>(1) Wer ein Kind oder einen Jugendlichen über Tag und Nacht in seinem Haushalt aufnehmen will (Pflegeperson), bedarf der Erlaubnis. Einer Erlaubnis bedarf nicht, wer ein Kind oder einen Jugendlichen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>im Rahmen von Hilfe zur Erziehung oder von <b>Leistungen der</b> Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche <b>mit Behinderungen</b> auf Grund einer Vermittlung durch das Jugendamt,</li> <li>als Vormund oder Pfleger im Rahmen seines Wirkungskreises,</li> </ol>	<p><b>§ 44 Erlaubnis zur Vollzeitpflege</b></p> <p>(1) Wer ein Kind oder einen Jugendlichen über Tag und Nacht in seinem Haushalt aufnehmen will (Pflegeperson), bedarf der Erlaubnis. Einer Erlaubnis bedarf nicht, wer ein Kind oder einen Jugendlichen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>im Rahmen von Hilfe zur Erziehung oder von <b>Leistungen der</b> Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche <b>mit Behinderungen</b> auf Grund einer Vermittlung durch das Jugendamt,</li> <li>als Vormund oder Pfleger im Rahmen seines Wirkungskreises,</li> </ol>

\*\* § 42f Absatz 3 SGB VIII nF tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>3. als Verwandter oder Verschwägerter bis zum dritten Grad,                      4. bis zur Dauer von acht Wochen,                      5. im Rahmen eines Schüler- oder Jugendaustausches,                      6. in Adoptionspflege (§ 1744 des Bürgerlichen Gesetzbuchs)</p> <p>über Tag und Nacht aufnimmt.</p> <p>(2) [...]                      [...]</p>	<p>3. als Verwandter oder Verschwägerter bis zum dritten Grad,                      4. bis zur Dauer von acht Wochen,                      5. im Rahmen eines Schüler- oder Jugendaustausches,                      6. in Adoptionspflege (§ 1744 des Bürgerlichen Gesetzbuchs)</p> <p>über Tag und Nacht aufnimmt.</p> <p>(2) [...]                      [...]</p>	<p>3. als Verwandter oder Verschwägerter bis zum dritten Grad,                      4. bis zur Dauer von acht Wochen,                      5. im Rahmen eines Schüler- oder Jugendaustausches,                      6. in Adoptionspflege (§ 1744 des Bürgerlichen Gesetzbuchs)</p> <p>über Tag und Nacht aufnimmt.</p> <p>(2) [...]                      [...]</p>
<p><b>§ 45 Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung</b>                      [...]</p> <p>(2) Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn das Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung gewährleistet ist. Dies ist in der Regel anzunehmen, wenn</p> <p>1. der Träger die für den Betrieb der Einrichtung erforderliche Zuverlässigkeit besitzt,</p> <p>2. die dem Zweck und der Konzeption der Einrichtung entsprechenden räumlichen, fachlichen, wirtschaftlichen und personellen Voraussetzungen für den Betrieb erfüllt sind und durch den Träger gewährleistet werden,</p>	<p><b>§ 45 Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung</b>                      [...]</p>	<p><b>§ 45 Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung</b>                      [...]</p> <p>(2) Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn das Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung gewährleistet ist. Dies ist in der Regel anzunehmen, wenn</p> <p>1. der Träger die für den Betrieb der Einrichtung erforderliche Zuverlässigkeit besitzt <b>und die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit bietet,</b></p> <p>2. die dem Zweck und der Konzeption der Einrichtung entsprechenden räumlichen, fachlichen, wirtschaftlichen und personellen Voraussetzungen für den Betrieb erfüllt sind und durch den Träger gewährleistet werden,</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>3. die gesellschaftliche und sprachliche Integration und ein gesundheitsförderliches Lebensumfeld in der Einrichtung unterstützt werden sowie die gesundheitliche Vorsorge und die medizinische Betreuung der Kinder und Jugendlichen nicht erschwert werden sowie</p> <p>4. zur Sicherung der Rechte und des Wohls von Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung die Entwicklung, Anwendung und Überprüfung eines Konzepts zum Schutz vor Gewalt, geeignete Verfahren der Selbstvertretung und Beteiligung sowie der Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten innerhalb und außerhalb der Einrichtung gewährleistet werden.</p> <p>Die nach Satz 2 Nummer 1 erforderliche Zuverlässigkeit besitzt ein Träger insbesondere dann nicht, wenn er</p> <p>1. in der Vergangenheit nachhaltig gegen seine Mitwirkungs- und Meldepflichten nach den §§ 46 und 47 verstoßen hat,</p>		<p><b>wobei sich die personellen Voraussetzungen auch nach den jeweils in der Einrichtung wahrzunehmenden Funktionen richten,</b></p> <p>3. die gesellschaftliche und sprachliche Integration und ein gesundheitsförderliches Lebensumfeld in der Einrichtung unterstützt werden sowie die gesundheitliche Vorsorge und die medizinische Betreuung der Kinder und Jugendlichen nicht erschwert werden sowie</p> <p>4. zur Sicherung der Rechte und des Wohls von Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung die Entwicklung, Anwendung und Überprüfung eines Konzepts zum Schutz vor Gewalt, geeignete Verfahren der Selbstvertretung und Beteiligung sowie der Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten innerhalb und außerhalb der Einrichtung gewährleistet werden.</p> <p>Die nach Satz 2 Nummer 1 erforderliche Zuverlässigkeit besitzt ein Träger insbesondere dann nicht, wenn er</p> <p>1. in der Vergangenheit nachhaltig gegen seine Mitwirkungs- und Meldepflichten nach den §§ 46 und 47 verstoßen hat,</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>2. Personen entgegen eines behördlichen Beschäftigungsverbot nach § 48 beschäftigt oder</p> <p>3. wiederholt gegen behördliche Auflagen verstoßen hat.</p> <p>[...]</p> <p>(6) Sind in einer Einrichtung Mängel festgestellt worden, so soll die zuständige Behörde zunächst den Träger der Einrichtung über die Möglichkeiten zur Beseitigung der Mängel beraten. Wenn sich die Beseitigung der Mängel auf Entgelte oder Vergütungen <del>nach § 134 des Neunten Buches oder</del> nach § 76 des Zwölften Buches auswirken kann, so ist der Träger der Eingliederungshilfe oder der Sozialhilfe, mit dem Vereinbarungen nach diesen Vorschriften bestehen, an der Beratung zu beteiligen. Werden festgestellte Mängel nicht behoben, so können dem Träger der Einrichtung Auflagen nach Absatz 4 Satz 2 erteilt werden. Wenn sich eine Auflage auf Entgelte oder Vergütungen <del>nach § 134 des Neunten Buches oder</del> nach § 76 des Zwölften Buches auswirkt, so entscheidet die zuständige Behörde nach Anhörung des Trägers der Eingliederungshilfe oder der Sozialhilfe, mit dem Vereinbarungen nach diesen Vorschriften bestehen, über die Erteilung der Auflage. Die Auflage ist nach Möglichkeit in Übereinstimmung mit den <del>nach § 134 des Neunten Buches oder</del> nach den</p>	<p>(6) Sind in einer Einrichtung Mängel festgestellt worden, so soll die zuständige Behörde zunächst den Träger der Einrichtung über die Möglichkeiten zur Beseitigung der Mängel beraten. Wenn sich die Beseitigung der Mängel auf Entgelte oder Vergütungen nach § 76 des Zwölften Buches auswirken kann, so ist der Träger der Eingliederungshilfe oder der Sozialhilfe, mit dem Vereinbarungen nach diesen Vorschriften bestehen, an der Beratung zu beteiligen. Werden festgestellte Mängel nicht behoben, so können dem Träger der Einrichtung Auflagen nach Absatz 4 Satz 2 erteilt werden. Wenn sich eine Auflage auf Entgelte oder Vergütungen nach § 76 des Zwölften Buches auswirkt, so entscheidet die zuständige Behörde nach Anhörung des Trägers der Eingliederungshilfe oder der Sozialhilfe, mit dem Vereinbarungen nach diesen Vorschriften bestehen, über die Erteilung der Auflage. Die Auflage ist nach Möglichkeit in Übereinstimmung mit den nach den §§ 75 bis 80 des Zwölf-</p>	<p>2. Personen entgegen eines behördlichen Beschäftigungsverbot nach § 48 beschäftigt oder</p> <p>3. wiederholt gegen behördliche Auflagen verstoßen hat.</p> <p>[...]</p> <p>(6) Sind in einer Einrichtung Mängel festgestellt worden, so soll die zuständige Behörde zunächst den Träger der Einrichtung über die Möglichkeiten zur Beseitigung der Mängel beraten. Wenn sich die Beseitigung der Mängel auf Entgelte oder Vergütungen nach § 76 des Zwölften Buches auswirken kann, so ist der Träger der Eingliederungshilfe oder der Sozialhilfe, mit dem Vereinbarungen nach diesen Vorschriften bestehen, an der Beratung zu beteiligen. Werden festgestellte Mängel nicht behoben, so können dem Träger der Einrichtung Auflagen nach Absatz 4 Satz 2 erteilt werden. Wenn sich eine Auflage auf Entgelte oder Vergütungen nach § 76 des Zwölften Buches auswirkt, so entscheidet die zuständige Behörde nach Anhörung des Trägers der Eingliederungshilfe oder der Sozialhilfe, mit dem Vereinbarungen nach diesen Vorschriften bestehen, über die Erteilung der Auflage. Die Auflage ist nach Möglichkeit in Übereinstimmung mit den nach den §§ 75 bis 80 des Zwölf-</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>§§ 75 bis 80 des Zwölften Buches getroffenen Vereinbarungen auszugestalten.</p> <p>(7) [...]</p>	<p>ten Buches getroffenen Vereinbarungen auszugestalten.</p> <p>(7) [...]</p>	<p>ten Buches getroffenen Vereinbarungen auszugestalten.</p> <p>(7) [...]</p>
<p><b>§ 50 Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Das Jugendamt unterrichtet insbesondere über angebotene und erbrachte Leistungen, bringt erzieherische und soziale Gesichtspunkte zur Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen ein und weist auf weitere Möglichkeiten der Hilfe hin. In Verfahren nach den §§ 1631b, 1632 Absatz 4, den §§ 1666, 1666a und 1682 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sowie in Verfahren, die die Abänderung, Verlängerung oder Aufhebung von nach diesen Vorschriften getroffenen Maßnahmen betreffen, legt das Jugendamt dem Familiengericht den <b>Hilfeplan</b> nach § 36 Absatz 2 Satz 2 vor. Dieses Dokument beinhaltet ausschließlich das Ergebnis der Bedarfsfeststellung, die vereinbarte Art der Hilfestellung einschließlich der hiervon umfassten Leistungen sowie das Ergebnis etwaiger Überprüfungen dieser Feststellungen. In anderen die Person des Kindes betreffenden Kindschaftssachen legt das Jugendamt den Hilfeplan auf Anforderung des Familiengerichts vor. Das Jugendamt informiert das Familiengericht in dem</p>	<p><b>§ 50 Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Das Jugendamt unterrichtet insbesondere über angebotene und erbrachte Leistungen, bringt erzieherische und soziale Gesichtspunkte zur Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen ein und weist auf weitere Möglichkeiten der Hilfe hin. In Verfahren nach den §§ 1631b, 1632 Absatz 4, den §§ 1666, 1666a und 1682 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sowie in Verfahren, die die Abänderung, Verlängerung oder Aufhebung von nach diesen Vorschriften getroffenen Maßnahmen betreffen, legt das Jugendamt dem Familiengericht den <b>Hilfe- und Leistungsplan</b> nach § 36a Absatz 1 Satz 2 vor. Dieses Dokument beinhaltet ausschließlich das Ergebnis der Bedarfsfeststellung, die vereinbarte Art der Hilfestellung einschließlich der hiervon umfassten Leistungen sowie das Ergebnis etwaiger Überprüfungen dieser Feststellungen. In anderen die Person des Kindes betreffenden Kindschaftssachen legt das Jugendamt den Hilfeplan auf Anforderung des Familien-</p>	<p><b>§ 50 Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Das Jugendamt unterrichtet insbesondere über angebotene und erbrachte Leistungen, bringt erzieherische und soziale Gesichtspunkte zur Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen ein und weist auf weitere Möglichkeiten der Hilfe hin. In Verfahren nach den §§ 1631b, 1632 Absatz 4, den §§ 1666, 1666a und 1682 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sowie in Verfahren, die die Abänderung, Verlängerung oder Aufhebung von nach diesen Vorschriften getroffenen Maßnahmen betreffen, legt das Jugendamt dem Familiengericht den <b>Hilfe- und Leistungsplan</b> nach § 36a Absatz 1 Satz 2 vor. Dieses Dokument beinhaltet ausschließlich das Ergebnis der Bedarfsfeststellung, die vereinbarte Art der Hilfestellung einschließlich der hiervon umfassten Leistungen sowie das Ergebnis etwaiger Überprüfungen dieser Feststellungen. In anderen die Person des Kindes betreffenden Kindschaftssachen legt das Jugendamt den Hilfeplan auf Anforderung des Familien-</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>Termin nach § 155 Absatz 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit über den Stand des Beratungsprozesses. § 64 Absatz 2 und § 65 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 bleiben unberührt.</p> <p>(3) [...]</p>	<p>gerichts vor. Das Jugendamt informiert das Familiengericht in dem Termin nach § 155 Absatz 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit über den Stand des Beratungsprozesses. § 64 Absatz 2 und § 65 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 bleiben unberührt.</p> <p>(3) [...]</p>	<p>gerichts vor. Das Jugendamt informiert das Familiengericht in dem Termin nach § 155 Absatz 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit über den Stand des Beratungsprozesses. § 64 Absatz 2 und § 65 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 bleiben unberührt.</p> <p>(3) [...]</p>
		<p><b>§ 58a Bestätigung eines Todes eines sorgeberechtigten Elternteils</b></p> <p>Ein Elternteil, dem die elterliche Sorge oder ein Teil der elterlichen Sorge bislang gemeinsam mit dem anderen Elternteil zustand und dem infolge des Todes des anderen Elternteils die elterliche Sorge oder ein Teil der elterlichen Sorge allein zusteht, kann bei dem nach § 87c Absatz 6 Satz 2 zuständigen Jugendamt hierüber eine Bestätigung beantragen. Das Jugendamt kann die Bestätigung ablehnen, wenn berechtigte Zweifel an der alleinigen Sorge des Elternteils oder der Anwendbarkeit deutschen Rechts bestehen. **</p>

\*\* § 58a SGB VIII nF tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 72 Mitarbeiter, Fortbildung</b></p> <p>(1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen bei den Jugendämtern und Landesjugendämtern hauptberuflich nur Personen beschäftigen, die sich für die jeweilige Aufgabe nach ihrer Persönlichkeit eignen und eine dieser Aufgabe entsprechende Ausbildung erhalten haben (Fachkräfte) oder auf Grund besonderer Erfahrungen in der sozialen Arbeit in der Lage sind, die Aufgabe zu erfüllen. Soweit die jeweilige Aufgabe dies erfordert, sind mit ihrer Wahrnehmung nur Fachkräfte oder Fachkräfte mit entsprechender Zusatzausbildung zu betrauen. Fachkräfte verschiedener Fachrichtungen sollen zusammenwirken, soweit die jeweilige Aufgabe dies erfordert.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	<p><b>§ 72 Mitarbeiter, Fortbildung</b></p> <p>(1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen bei den Jugendämtern und Landesjugendämtern hauptberuflich nur Personen beschäftigen, die sich für die jeweilige Aufgabe nach ihrer Persönlichkeit eignen und eine dieser Aufgabe entsprechende Ausbildung erhalten haben (Fachkräfte) oder auf Grund besonderer Erfahrungen in der sozialen Arbeit in der Lage sind, die Aufgabe zu erfüllen. <b>Personen nach Satz 1 sollen insbesondere auch über</b> umfassende Kenntnisse über den regionalen Sozialraum und seine Möglichkeiten zur Durchführung von Leistungen <b>nach diesem Buch</b> sowie die Fähigkeit zur Kommunikation mit allen Beteiligten haben. Soweit die jeweilige Aufgabe dies erfordert, sind mit ihrer Wahrnehmung nur Fachkräfte oder Fachkräfte mit entsprechender Zusatzausbildung zu betrauen. Fachkräfte verschiedener Fachrichtungen sollen zusammenwirken, soweit die jeweilige Aufgabe dies erfordert.</p> <p><u>s. bei § 97 Satz 2 Nummern 2 und 3 SGB IX</u></p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 74 Förderung der freien Jugendhilfe</b> [...]</p> <p>(4) Bei sonst gleich geeigneten Maßnahmen soll solchen der Vorzug gegeben werden, die stärker an den Interessen der Betroffenen orientiert sind und ihre Einflussnahme auf die Ausgestaltung der Maßnahme gewährleisten.</p> <p>(5) [...] [...]</p>	<p><b>§ 74 Förderung der freien Jugendhilfe</b> [...]</p> <p>(4) Bei sonst gleich geeigneten Maßnahmen soll solchen der Vorzug gegeben werden, die stärker <b>inklusiv ausgerichtet oder</b> an den Interessen der Betroffenen orientiert sind und ihre Einflussnahme auf die Ausgestaltung der Maßnahme gewährleisten.</p> <p>(5) [...] [...]</p>	<p><b>§ 74 Förderung der freien Jugendhilfe</b> [...]</p> <p>(4) Bei sonst gleich geeigneten Maßnahmen soll solchen der Vorzug gegeben werden, die stärker <b>inklusiv ausgerichtet oder</b> an den Interessen der Betroffenen orientiert sind und ihre Einflussnahme auf die Ausgestaltung der Maßnahme gewährleisten.</p> <p>(5) [...] [...]</p>
<p><b>§ 75 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe</b> [...]</p> <p>(2) Einen Anspruch auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe hat unter den Voraussetzungen des Absatzes 1, wer auf dem Gebiet der Jugendhilfe mindestens drei Jahre tätig gewesen ist.</p> <p>(3) [...]</p>	<p><b>§ 75 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe</b> [...]</p> <p>(2) Einen Anspruch auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe hat unter den Voraussetzungen des Absatzes 1, wer auf dem Gebiet der Jugendhilfe <b>oder der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen</b> mindestens drei Jahre tätig gewesen ist.</p> <p>(3) [...]</p>	<p><b>§ 75 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe</b> [...]</p> <p>(2) Einen Anspruch auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe hat unter den Voraussetzungen des Absatzes 1, wer auf dem Gebiet der Jugendhilfe <b>oder der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen</b> mindestens drei Jahre tätig gewesen ist.</p> <p>(3) [...]</p>
<p><b>§ 77 Vereinbarungen über Kostenübernahme und Qualitätsentwicklung bei ambulanten Leistungen</b></p> <p>(1) Werden Einrichtungen und Dienste der Träger der freien Jugendhilfe in Anspruch genommen, so sind Vereinbarungen über die Höhe der Kosten</p>	<p><b>§ 77 Vereinbarungen über Kostenübernahme und Qualitätsentwicklung bei ambulanten Leistungen</b></p> <p>(1) Werden Einrichtungen und Dienste der Träger der freien Jugendhilfe in Anspruch genommen, so sind Vereinbarungen über die Höhe der Kosten</p>	<p><b>§ 77 Vereinbarungen über Kostenübernahme und Qualitätsentwicklung bei ambulanten Leistungen</b></p> <p>(1) Werden Einrichtungen und Dienste der Träger der freien Jugendhilfe in Anspruch genommen, so sind Vereinbarungen über die Höhe der Kosten</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>der Inanspruchnahme sowie über Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung, über Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistung, über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung und über die Mitwirkung an Maßnahmen nach § 79a Absatz 2 zwischen der öffentlichen <del>und der freien</del> Jugendhilfe anzustreben. Zu den Grundsätzen und Maßstäben für die Bewertung der Qualität der Leistung nach Satz 1 zählen auch Qualitätsmerkmale für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt und Ausbeutung bei der Aufgabenwahrnehmung sowie für die inklusive Ausrichtung der Aufgabenwahrnehmung und für die Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse von jungen Menschen mit Behinderungen. Das Nähere regelt das Landesrecht. Die §§ 78a bis 78g bleiben unberührt.</p> <p>(2) Wird eine Leistung nach § <del>37</del> Absatz 1 oder § <del>37a</del> erbracht, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme der Kosten der Inanspruchnahme nur verpflichtet, wenn mit den Leistungserbringern Vereinbarungen über Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung, über Grund-</p>	<p>der Inanspruchnahme sowie über Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung, über Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistung und über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung zwischen <b>dem Träger</b> der öffentlichen Jugendhilfe <b>und unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geeigneten freien Trägern</b> anzustreben. Zu den Grundsätzen und Maßstäben für die Bewertung der Qualität der Leistung nach Satz 1 zählen auch Qualitätsmerkmale für die inklusive Ausrichtung der Aufgabenwahrnehmung und die Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse von jungen Menschen mit Behinderungen. Das Nähere regelt das Landesrecht. Die §§ 78a bis 78g bleiben unberührt.</p> <p><i>s. bei § 123 Absatz 2 Satz 2 SGB IX (in anderer Reihenfolge)</i></p> <p>(2) Wird eine Leistung nach § <b>39</b> Absatz 1 oder § <b>39a</b> erbracht, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme der Kosten der Inanspruchnahme nur verpflichtet, wenn mit den Leistungserbringern Vereinbarungen über Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung, über Grund-</p>	<p>der Inanspruchnahme sowie über Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung, über Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistung, über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung und über die Mitwirkung an Maßnahmen nach § 79a Absatz 2 zwischen <b>dem Träger</b> der öffentlichen Jugendhilfe <b>und unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geeigneten freien Trägern</b> anzustreben. Zu den Grundsätzen und Maßstäben für die Bewertung der Qualität der Leistung nach Satz 1 zählen auch Qualitätsmerkmale für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt und Ausbeutung bei der Aufgabenwahrnehmung sowie für die inklusive Ausrichtung der Aufgabenwahrnehmung und für die Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse von jungen Menschen mit Behinderungen. Das Nähere regelt das Landesrecht. Die §§ 78a bis 78g bleiben unberührt.</p> <p><i>s. bei § 123 Absatz 2 Satz 2 SGB IX (in anderer Reihenfolge)</i></p> <p>(2) Wird eine Leistung nach § <b>39</b> Absatz 1 oder § <b>39a</b> erbracht, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme der Kosten der Inanspruchnahme nur verpflichtet, wenn mit den Leistungserbringern Vereinbarungen über Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung, über Grund-</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>sätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistung sowie über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung geschlossen worden sind; § 78e gilt entsprechend.</p>	<p>sätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistung sowie über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung geschlossen worden sind; § 78e gilt entsprechend.</p>	<p>sätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistung sowie über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung geschlossen worden sind; § 78e gilt entsprechend.</p>
<p><b>§ 78a Anwendungsbereich</b></p> <p>(1) Die Regelungen der §§ 78b bis 78g gelten für die Erbringung von</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Leistungen für Betreuung und Unterkunft in einer sozialpädagogisch begleiteten Wohnform (§ 13 Absatz 3),</li> <li>2. Leistungen in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder (§ 19),</li> <li>3. Leistungen zur Unterstützung bei notwendiger Unterbringung des Kindes oder Jugendlichen zur Erfüllung der Schulpflicht (§ 21 Satz 2),</li> <li>4. Hilfe zur Erziehung             <ol style="list-style-type: none"> <li>a) in einer Tagesgruppe (§ 32),</li> <li>b) in <del>einem Heim oder</del> einer <del>sonstigen</del> betreuten Wohnform (§ 34) <del>sowie</del></li> <li>c) in intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung (§ 35), sofern sie außerhalb der eigenen Familie erfolgt,</li> <li>d) in sonstiger teilstationärer oder stationärer Form (§ 27),</li> </ol> </li> <li>5. Eingliederungshilfe für <del>seelisch-behinderte</del> Kinder und Jugendliche in</li> </ol>	<p><b>§ 78a Anwendungsbereich</b></p> <p>(1) Die Regelungen der §§ 78b bis 78g gelten für die Erbringung von</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Leistungen für Betreuung und Unterkunft in einer sozialpädagogisch begleiteten Wohnform (§ 13 Absatz 3),</li> <li>2. Leistungen in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder (§ 19),</li> <li>3. Leistungen zur Unterstützung bei notwendiger Unterbringung des Kindes oder Jugendlichen zur Erfüllung der Schulpflicht (§ 21 Satz 2),</li> <li>4. Hilfe zur Erziehung             <ol style="list-style-type: none"> <li>a) in einer Tagesgruppe (§ 32),</li> <li>b) in einer betreuten Wohnform (§ 34),</li> <li>c) in intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung (§ 35), sofern sie außerhalb der eigenen Familie erfolgt,</li> <li>d) in sonstiger teilstationärer oder stationärer Form (§ 27a),</li> </ol> </li> <li>5. <b>Leistungen der</b> Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche <b>mit Behinderungen</b> in</li> </ol>	<p><b>§ 78a Anwendungsbereich</b></p> <p>(1) Die Regelungen der §§ 78b bis 78g gelten für die Erbringung von</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Leistungen für Betreuung und Unterkunft in einer sozialpädagogisch begleiteten Wohnform (§ 13 Absatz 3),</li> <li>2. Leistungen in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder (§ 19),</li> <li>3. Leistungen zur Unterstützung bei notwendiger Unterbringung des Kindes oder Jugendlichen zur Erfüllung der Schulpflicht (§ 21 Satz 2),</li> <li>4. Hilfe zur Erziehung             <ol style="list-style-type: none"> <li>a) in einer Tagesgruppe (§ 32),</li> <li>b) in einer betreuten Wohnform (§ 34),</li> <li>c) in intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung (§ 35), sofern sie außerhalb der eigenen Familie erfolgt,</li> <li>d) in sonstiger teilstationärer oder stationärer Form (§ 27a),</li> </ol> </li> <li>5. <b>Leistungen der</b> Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche <b>mit Behinderungen</b> in</li> </ol>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>a) anderen teilstationären Einrichtungen (§ 35a Absatz 2 Nummer 2 Alternative 2),                      b) Einrichtungen über Tag und Nacht sowie sonstigen Wohnformen (§ 35a Absatz 2 Nummer 4),</p> <p>6. Hilfe für junge Volljährige (§ 41), sofern diese den in den Nummern 4 und 5 genannten Leistungen entspricht, sowie</p> <p>7. Leistungen zum Unterhalt (§ 39), sofern diese im Zusammenhang mit Leistungen nach den Nummern 4 bis 6 gewährt werden; § 39 Absatz 2 Satz 3 bleibt unberührt.</p> <p>(2) [...]</p>	<p>a) anderen teilstationären Einrichtungen (§ 35a Absatz 4 Nummer 2 Alternative 2),                      b) Einrichtungen über Tag und Nacht sowie sonstigen Wohnformen (§ 35a Absatz 4 Nummer 4),</p> <p>6. Hilfe für junge Volljährige (§ 41), sofern diese den in den Nummern 4 und 5 genannten Leistungen entspricht, sowie</p> <p>7. Leistungen zum Unterhalt (§ 39c), sofern diese im Zusammenhang mit Leistungen nach den Nummern 4 bis 6 gewährt werden; § 39c Absatz 2 Satz 3 bleibt unberührt.</p> <p>(2) [...]</p>	<p>a) anderen teilstationären Einrichtungen (§ 35a Absatz 4 Nummer 2 Alternative 2),                      b) Einrichtungen über Tag und Nacht sowie sonstigen Wohnformen (§ 35a Absatz 4 Nummer 4),</p> <p>6. Hilfe für junge Volljährige (§ 41), sofern diese den in den Nummern 4 und 5 genannten Leistungen entspricht, sowie</p> <p>7. Leistungen zum Unterhalt (§ 39c), sofern diese im Zusammenhang mit Leistungen nach den Nummern 4 bis 6 gewährt werden; § 39c Absatz 2 Satz 3 bleibt unberührt.</p> <p>(2) [...]</p>
<p><b>§ 78b Voraussetzungen für die Übernahme des Leistungsentgelts</b></p> <p>(1) Wird die Leistung ganz oder teilweise in einer Einrichtung erbracht, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme des Entgelts gegenüber dem Leistungsberechtigten verpflichtet, wenn mit dem Träger der Einrichtung oder seinem Verband Vereinbarungen über</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>Inhalt, Umfang und Qualität der Leistungsangebote (Leistungsvereinbarung),</li> <li>differenzierte Entgelte für die Leistungsangebote und die betriebsnotwendigen Investitionen (Entgeltvereinbarung) und</li> </ol>	<p><b>§ 78b Voraussetzungen für die Übernahme des Leistungsentgelts</b></p> <p>(1) Wird die Leistung ganz oder teilweise in einer Einrichtung erbracht, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme des Entgelts gegenüber dem Leistungsberechtigten verpflichtet, wenn mit dem Träger der Einrichtung oder seinem Verband Vereinbarungen über</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>Inhalt, Umfang und Qualität einschließlich der Wirksamkeit der Leistungsangebote (Leistungsvereinbarung),</li> <li>differenzierte Entgelte für die Leistungsangebote und die betriebsnotwendigen Investitionen (Entgeltvereinbarung) und</li> </ol>	<p><b>§ 78b Voraussetzungen für die Übernahme des Leistungsentgelts</b></p> <p>(1) Wird die Leistung ganz oder teilweise in einer Einrichtung erbracht, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme des Entgelts gegenüber dem Leistungsberechtigten verpflichtet, wenn mit dem Träger der Einrichtung oder seinem Verband Vereinbarungen über</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>Inhalt, Umfang und Qualität einschließlich der Wirksamkeit der Leistungsangebote (Leistungsvereinbarung),</li> <li>differenzierte Entgelte für die Leistungsangebote und die betriebsnotwendigen Investitionen (Entgeltvereinbarung) und</li> </ol>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>3. Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistungsangebote sowie über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung (Qualitätsentwicklungsvereinbarung) abgeschlossen worden sind; dazu zählen auch die Qualitätsmerkmale nach § 79a Absatz 1 Satz 2 und die Mitwirkung an bestimmten wissenschaftlichen Analysen nach § 79a Absatz 2.</p> <p>(2) Die Vereinbarungen sind mit <del>den Trägern abzuschließen, die</del> unter Berücksichtigung der <del>Grundsätze der</del> Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit <del>zur Erbringung der Leistung geeignet sind</del>. Vereinbarungen über die Erbringung von Auslandsmaßnahmen dürfen nur mit solchen Trägern abgeschlossen werden, die die Maßgaben nach § 38 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe a bis d erfüllen.</p>	<p>3. Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistungsangebote sowie über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung (Qualitätsentwicklungsvereinbarung) abgeschlossen worden sind; dazu zählen auch die Qualitätsmerkmale nach § 79a Satz 2.</p> <p><u>s. bei § 125 Absatz 1 Nummer 1 SGB IX</u></p> <p>(2) Die Vereinbarungen sind mit unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit <b>geeigneten Trägern abzuschließen, die eine bedarfsdeckende Leistungserbringung nach den Besonderheiten des Einzelfalls unter Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts des Leistungsberechtigten nach § 5 sicherstellen</b>. Vereinbarungen über die Erbringung von Auslandsmaßnahmen dürfen nur mit solchen Trägern abgeschlossen werden, die die Maßgaben nach § 40 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe a bis d erfüllen.</p> <p><b>(2a)</b> Die Ergebnisse der Vereinbarungen sind den Leistungsberechtigten in einer <b>für sie verständlichen, nachvollziehbaren und</b> wahrnehmbaren Form zugänglich zu machen.</p> <p><u>s. bei § 123 Absatz 2 Satz 4 SGB IX</u></p>	<p>3. Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistungsangebote sowie über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung (Qualitätsentwicklungsvereinbarung) abgeschlossen worden sind; dazu zählen auch die Qualitätsmerkmale nach § 79a Absatz 1 Satz 2 und die Mitwirkung an bestimmten wissenschaftlichen Analysen nach § 79a Absatz 2.</p> <p><u>s. bei § 125 Absatz 1 Nummer 1 SGB IX</u></p> <p>(2) Die Vereinbarungen sind mit unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit <b>geeigneten Trägern abzuschließen, die eine bedarfsdeckende Leistungserbringung nach den Besonderheiten des Einzelfalls unter Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts des Leistungsberechtigten nach § 5 sicherstellen</b>. Vereinbarungen über die Erbringung von Auslandsmaßnahmen dürfen nur mit solchen Trägern abgeschlossen werden, die die Maßgaben nach § 40 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe a bis d erfüllen.</p> <p><b>(2a)</b> Die Ergebnisse der Vereinbarungen sind den Leistungsberechtigten in einer <b>für sie verständlichen, nachvollziehbaren und</b> wahrnehmbaren Form zugänglich zu machen.</p> <p><u>s. bei § 123 Absatz 2 Satz 4 SGB IX</u></p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>(3) Ist eine der Vereinbarungen nach Absatz 1 nicht abgeschlossen, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme des Leistungsentgelts nur verpflichtet, wenn dies insbesondere nach Maßgabe <del>der Hilfeplanung</del> (§ 36) im Einzelfall geboten ist.</p>	<p>(3) Ist eine der Vereinbarungen nach Absatz 1 nicht abgeschlossen, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme des Leistungsentgelts nur verpflichtet, wenn dies insbesondere nach Maßgabe <b>des Hilfe- und Leistungsplans</b> (§§ 36a, 37, 38c) im Einzelfall geboten ist.</p> <p><b>(4) Liegen die Voraussetzungen für die Übernahme des Leistungsentgelts nach Absatz 1 und 3 vor, hat der Leistungserbringer, der eine bewilligte Leistung gegenüber dem Leistungsberechtigten erbringt, Anspruch auf Vergütung dieser Leistung gegenüber dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe.</b></p> <p><u>s. bei § 123 Absatz 6 SGB IX</u></p>	<p>(3) Ist eine der Vereinbarungen nach Absatz 1 nicht abgeschlossen, so ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Übernahme des Leistungsentgelts nur verpflichtet, wenn dies insbesondere nach Maßgabe <b>des Hilfe- und Leistungsplans</b> (§§ 36a, 37, 38c) im Einzelfall geboten ist.</p> <p><b>(4) Liegen die Voraussetzungen für die Übernahme des Leistungsentgelts nach Absatz 1 und 3 vor, hat der Leistungserbringer, der eine bewilligte Leistung gegenüber dem Leistungsberechtigten erbringt, Anspruch auf Vergütung dieser Leistung gegenüber dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe.</b></p> <p><u>s. bei § 123 Absatz 6 SGB IX</u></p>
<p><b>§ 78c Inhalt der Leistungs- und Entgeltvereinbarungen</b></p> <p>(1) Die Leistungsvereinbarung muss die wesentlichen Leistungsmerkmale, insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Art, Ziel und Qualität des Leistungsangebots,</li> <li>2. den in der Einrichtung zu betreuenden Personenkreis,</li> <li>3. die erforderliche sächliche und personelle Ausstattung,</li> </ol>		<p><b>§ 78c Inhalt der Leistungs- und Entgeltvereinbarungen</b></p> <p>(1) Die Leistungsvereinbarung muss die wesentlichen Leistungsmerkmale, insbesondere</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Art, Ziel und Qualität des Leistungsangebots,</li> <li>2. den in der Einrichtung zu betreuenden Personenkreis,</li> <li>3. die erforderliche sächliche und personelle Ausstattung,</li> </ol>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>4. die Qualifikation des Personals sowie</p> <p>5. die betriebsnotwendigen Anlagen der Einrichtung</p> <p>festlegen. In die Vereinbarung ist aufzunehmen, unter welchen Voraussetzungen der Träger der Einrichtung sich zur Erbringung von Leistungen verpflichtet. Der Träger muss gewährleisten, dass die Leistungsangebote zur Erbringung von Leistungen nach § 78a Absatz 1 geeignet sowie ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich sind.</p> <p>(2) [...]</p>		<p>4. die Qualifikation des Personals, <b>die sich nach der Zweckbestimmung der Einrichtung und den jeweils in ihr wahrzunehmenden Funktionen richtet</b>, sowie</p> <p>5. die betriebsnotwendigen Anlagen der Einrichtung</p> <p>festlegen. In die Vereinbarung ist aufzunehmen, unter welchen Voraussetzungen der Träger der Einrichtung sich zur Erbringung von Leistungen verpflichtet. Der Träger muss gewährleisten, dass die Leistungsangebote zur Erbringung von Leistungen nach § 78a Absatz 1 geeignet sowie ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich sind.</p> <p>(2) [...]</p>
<p><b>§ 78g Schiedsstelle</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Kommt eine Vereinbarung nach § 78b Absatz 1 innerhalb von sechs Wochen nicht zustande, nachdem eine Partei schriftlich zu Verhandlungen aufgefordert hat, so entscheidet die Schiedsstelle auf Antrag einer Partei unverzüglich über die Gegenstände, über die keine Einigung erreicht werden konnte. Gegen die Entscheidung ist der Rechtsweg zu den <b>Verwaltungsgerichten</b> gegeben. Die Klage richtet sich</p>	<p><b>§ 78g Schiedsstelle</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Kommt eine Vereinbarung nach § 78b Absatz 1 innerhalb von sechs Wochen nicht zustande, nachdem eine Partei schriftlich zu Verhandlungen aufgefordert hat, so entscheidet die Schiedsstelle auf Antrag einer Partei unverzüglich über die Gegenstände, über die keine Einigung erreicht werden konnte. Gegen die Entscheidung ist der Rechtsweg zu den <b>Sozialgerichten</b> gegeben. Die Klage richtet sich gegen</p>	<p><b>§ 78g Schiedsstelle</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Kommt eine Vereinbarung nach § 78b Absatz 1 innerhalb von sechs Wochen nicht zustande, nachdem eine Partei schriftlich zu Verhandlungen aufgefordert hat, so entscheidet die Schiedsstelle auf Antrag einer Partei unverzüglich über die Gegenstände, über die keine Einigung erreicht werden konnte. Gegen die Entscheidung ist der Rechtsweg zu den <b>Sozialgerichten</b> gegeben. Die Klage richtet sich gegen</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>gegen eine der beiden Vertragsparteien, nicht gegen die Schiedsstelle. Einer Nachprüfung der Entscheidung in einem Vorverfahren bedarf es nicht.</p> <p>(3) [...] [...]</p>	<p>eine der beiden Vertragsparteien, nicht gegen die Schiedsstelle. Einer Nachprüfung der Entscheidung in einem Vorverfahren bedarf es nicht.</p> <p>(3) [...] [...]</p>	<p>eine der beiden Vertragsparteien, nicht gegen die Schiedsstelle. Einer Nachprüfung der Entscheidung in einem Vorverfahren bedarf es nicht.</p> <p>(3) [...] [...]</p>
<p><b>§ 79 Gesamtverantwortung, Grundausstattung</b> [...]</p> <p>(3) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben für eine ausreichende Ausstattung der Jugendämter und der Landesjugendämter einschließlich der Möglichkeit der Nutzung digitaler Geräte zu sorgen; hierzu gehört auch eine dem Bedarf entsprechende Zahl von Fachkräften. Zur Planung und Bereitstellung einer bedarfsgerechten Personalausstattung ist ein Verfahren zur Personalbemessung zu nutzen.</p>		<p><b>§ 79 Gesamtverantwortung, Grundausstattung</b> [...]</p> <p>(3) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben für eine ausreichende Ausstattung der Jugendämter und der Landesjugendämter einschließlich der Möglichkeit der Nutzung digitaler Geräte zu sorgen; hierzu gehört auch eine <b>den jeweiligen Aufgabebereichen und den darin jeweils wahrzunehmenden Funktionen</b> entsprechende Zahl von Fachkräften. Zur Planung und Bereitstellung einer bedarfsgerechten Personalausstattung ist ein Verfahren zur Personalbemessung zu nutzen.</p> <p><b>(4) Für die Bestimmung der örtlichen Zuständigkeit nach §§ 86 bis 88a soll ein von der fachlich zuständigen obersten Bundesbehörde bereitgestelltes automatisiertes Prüfungssystem zur Anwendung kommen.</b></p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 80 Jugendhilfeplanung</b></p> <p>[...]</p> <p>(3) Die Planung insbesondere von Diensten zur Gewährung niedrigschwelliger ambulanter Hilfen nach Maßgabe von § <b>36a</b> Absatz 2 umfasst auch Maßnahmen zur Qualitätsgewährleistung der Leistungserbringung.</p> <p>(4) [...]</p> <p>[...]</p>	<p><b>§ 80 Jugendhilfeplanung</b></p> <p>[...]</p> <p>(3) Die Planung insbesondere von Diensten zur Gewährung niedrigschwelliger ambulanter Hilfen nach Maßgabe von § <b>36c</b> Absatz 2 umfasst auch Maßnahmen zur Qualitätsgewährleistung der Leistungserbringung.</p> <p>(4) [...]</p> <p>[...]</p>	<p><b>§ 80 Jugendhilfeplanung</b></p> <p>[...]</p> <p>(3) Die Planung insbesondere von Diensten zur Gewährung niedrigschwelliger ambulanter Hilfen nach Maßgabe von § <b>36c</b> Absatz 2 umfasst auch Maßnahmen zur Qualitätsgewährleistung der Leistungserbringung.</p> <p>(4) [...]</p> <p>[...]</p>
		<p><b>§ 80a Planung infrastruktureller Bildungsassistenz</b></p> <p>Infrastrukturelle Angebote zu einer wegen erzieherischen Bedarfs oder wegen einer Behinderung erforderlichen Anleitung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen in Tageseinrichtungen nach § 22 Absatz 1 Satz 1 oder in Schulen oder Hochschulen sind Angebote, die nach Maßgabe von § 80 unter Einbeziehung der nach Landesrecht für die Schulen und Hochschulen zuständigen Behörden geplant werden. Landesrecht regelt das Nähere, insbesondere auch die Beteiligung der in den Ländern für die Finanzierung der Schulen oder Hochschulen verantwortlichen Stellen an den Kosten der Angebote nach Satz 1.</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 84 Jugendbericht</b></p> <p>(1) Die Bundesregierung legt dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat in jeder Legislaturperiode einen Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe vor. Neben der Bestandsaufnahme und Analyse sollen die Berichte Vorschläge zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe enthalten; jeder dritte Bericht soll einen Überblick über die Gesamtsituation der Jugendhilfe vermitteln.</p> <p>(2) [...]</p>		<p><b>§ 84 Jugendbericht</b></p> <p>(1) Die Bundesregierung legt dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat in jeder Legislaturperiode einen Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe vor. Neben der Bestandsaufnahme und Analyse sollen die Berichte Vorschläge zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe enthalten; jeder dritte Bericht soll einen Überblick über die Gesamtsituation der Jugendhilfe vermitteln <b>und auch die Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger darstellen.**</b></p> <p>(2) [...]</p>
<p><b>§ 85 Sachliche Zuständigkeit</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Der überörtliche Träger ist sachlich zuständig für</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Beratung der örtlichen Träger und die Entwicklung von Empfehlungen zur Erfüllung der Aufgaben nach diesem Buch,</li> <li>2. die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Trägern und den anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe, insbesondere bei der Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots an</li> </ol>	<p><b>§ 85 Sachliche Zuständigkeit</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Der überörtliche Träger ist sachlich zuständig für</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Beratung der örtlichen Träger und die Entwicklung von Empfehlungen zur Erfüllung der Aufgaben nach diesem Buch,</li> <li>2. die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Trägern und den anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe, insbesondere bei der Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots an</li> </ol>	<p><b>§ 85 Sachliche Zuständigkeit</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Der überörtliche Träger ist sachlich zuständig für</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Beratung der örtlichen Träger und die Entwicklung von Empfehlungen zur Erfüllung der Aufgaben nach diesem Buch,</li> <li>2. die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Trägern und den anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe, insbesondere bei der Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots an</li> </ol>

\*\* § 84 Absatz 1 Satz 2 SGB VIII nF tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche und Hilfen für junge Volljährige,</p> <p>3. die Anregung und Förderung von Einrichtungen, Diensten und Veranstaltungen sowie deren Schaffung und Betrieb, soweit sie den örtlichen Bedarf übersteigen; dazu gehören insbesondere Einrichtungen, die eine Schul- oder Berufsausbildung anbieten, sowie Jugendbildungsstätten,</p> <p>4. die Planung, Anregung, Förderung und Durchführung von Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe,</p> <p>5. die Beratung der örtlichen Träger bei der Gewährung von Hilfe nach den §§ 32 bis <b>35a</b>, insbesondere bei der Auswahl einer Einrichtung oder der Vermittlung einer Pflegeperson in schwierigen Einzelfällen,</p> <p>6. die Wahrnehmung der Aufgaben zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen (§§ 45 bis 48a),</p> <p>7. die Beratung der Träger von Einrichtungen während der Planung und Betriebsführung,</p> <p>8. die Fortbildung von Mitarbeitern in der Jugendhilfe,</p> <p>9. die Gewährung von Leistungen an Deutsche im Ausland (§ 6 Absatz 3), soweit es sich nicht um die Fortsetzung einer bereits im Inland gewährten Leistung handelt,</p>	<p>Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche und Hilfen für junge Volljährige,</p> <p>3. die Anregung und Förderung von Einrichtungen, Diensten und Veranstaltungen sowie deren Schaffung und Betrieb, soweit sie den örtlichen Bedarf übersteigen; dazu gehören insbesondere Einrichtungen, die eine Schul- oder Berufsausbildung anbieten, sowie Jugendbildungsstätten,</p> <p>4. die Planung, Anregung, Förderung und Durchführung von Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe,</p> <p>5. die Beratung der örtlichen Träger bei der Gewährung von Hilfe nach den §§ 32 bis <b>35i</b>, insbesondere bei der Auswahl einer Einrichtung oder der Vermittlung einer Pflegeperson in schwierigen Einzelfällen,</p> <p>6. die Wahrnehmung der Aufgaben zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen (§§ 45 bis 48a),</p> <p>7. die Beratung der Träger von Einrichtungen während der Planung und Betriebsführung,</p> <p>8. die Fortbildung von Mitarbeitern in der Jugendhilfe,</p> <p>9. die Gewährung von Leistungen an Deutsche im Ausland (§ 6 Absatz 3), soweit es sich nicht um die Fortsetzung einer bereits im Inland gewährten Leistung handelt,</p>	<p>Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche und Hilfen für junge Volljährige,</p> <p>3. die Anregung und Förderung von Einrichtungen, Diensten und Veranstaltungen sowie deren Schaffung und Betrieb, soweit sie den örtlichen Bedarf übersteigen; dazu gehören insbesondere Einrichtungen, die eine Schul- oder Berufsausbildung anbieten, sowie Jugendbildungsstätten,</p> <p>4. die Planung, Anregung, Förderung und Durchführung von Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe,</p> <p>5. die Beratung der örtlichen Träger bei der Gewährung von Hilfe nach den §§ 32 bis <b>35i</b>, insbesondere bei der Auswahl einer Einrichtung oder der Vermittlung einer Pflegeperson in schwierigen Einzelfällen,</p> <p>6. die Wahrnehmung der Aufgaben zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen (§§ 45 bis 48a),</p> <p>7. die Beratung der Träger von Einrichtungen während der Planung und Betriebsführung,</p> <p>8. die Fortbildung von Mitarbeitern in der Jugendhilfe,</p> <p>9. die Gewährung von Leistungen an Deutsche im Ausland (§ 6 Absatz 3), soweit es sich nicht um die Fortsetzung einer bereits im Inland gewährten Leistung handelt,</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>10. die Anerkennung als Vormundschaftsverein (§ 54).</p> <p>[...]</p> <p>(5) <del>Ist das Land überörtlicher Träger, so können durch Landesrecht bis zum 30. Juni 1993 einzelne seiner Aufgaben auf andere Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind, übertragen werden.</del></p>	<p>10. die Anerkennung als Vormundschaftsverein (§ 54).</p> <p>[...]</p> <p>(5) Landesrecht <b>kann</b> bis zum 31. <b>Dezember*</b> 2030 bestimmen, dass die Gewährung von Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen im Sinne des § 2 Absatz 2 Nummer 4 Buchstabe b auf den überörtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe oder auf eine andere Körperschaft des öffentlichen Rechts übertragen wird. Im Falle einer Übertragung nach Satz 1 ist eine ortsnahe Wahrnehmung der Aufgaben nach den §§ 36 bis 38d unter Einbeziehung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe sicherzustellen; § 27 Absatz 5 bleibt unberührt.</p>	<p>10. die Anerkennung als Vormundschaftsverein (§ 54).</p> <p>[...]</p> <p>(5) Landesrecht <b>kann bestimmen, dass die Gewährung von Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen im Sinne des § 2 Absatz 2 Nummer 4 Buchstabe b auf den überörtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe oder auf eine andere Körperschaft des öffentlichen Rechts übertragen wird. Im Falle einer Übertragung nach Satz 1 ist eine ortsnahe Wahrnehmung der Aufgaben nach den §§ 36 bis 38d unter Einbeziehung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe sicherzustellen; § 27 Absatz 5 bleibt unberührt.</b></p> <p>(6) Aufgabenübertragungen, die durch ein Land als überörtlichem Träger bis zum 30. Juni 1993 auf andere Körperschaften des öffentlichen Rechts vorgenommen worden sind, bleiben wirksam.</p>

\* Redaktionelle Korrektur (Schreibweise des Monats) abweichend vom Regierungsentwurf.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 86 Örtliche Zuständigkeit für Leistungen an Kinder, Jugendliche und ihre Eltern</b> [...]</p> <p>(6) Lebt ein Kind oder ein Jugendlicher zwei Jahre bei einer Pflegeperson und ist sein Verbleib bei dieser Pflegeperson auf Dauer zu erwarten, so ist oder wird abweichend von den Absätzen 1 bis 5 der örtliche Träger zuständig, in dessen Bereich die Pflegeperson ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat. Er hat die Eltern und, falls den Eltern die Personensorge nicht oder nur teilweise zusteht, den Personensorgeberechtigten über den Wechsel der Zuständigkeit zu unterrichten. Endet der Aufenthalt bei der Pflegeperson, so endet die Zuständigkeit nach Satz 1.</p> <p>(7) [...]</p>		<p><b>§ 86 Örtliche Zuständigkeit für Leistungen an Kinder, Jugendliche und ihre Eltern</b> [...]</p> <p>(6) Lebt ein Kind oder ein Jugendlicher zwei Jahre bei einer Pflegeperson und ist sein Verbleib bei dieser Pflegeperson auf Dauer zu erwarten, so ist oder wird abweichend von den Absätzen 1 bis 5 der örtliche Träger zuständig, in dessen Bereich die Pflegeperson ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat. Er hat die Eltern und, falls den Eltern die Personensorge nicht oder nur teilweise zusteht, den Personensorgeberechtigten über den Wechsel der Zuständigkeit zu unterrichten. Endet der Aufenthalt bei der Pflegeperson, so endet die Zuständigkeit nach Satz 1. <b>Wurde bei der Auswahl der Pflegeperson der örtliche Träger, in dessen Bereich diese ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat, nicht nach § 37 Absatz 3 Satz 5 einbezogen, ist der Wechsel der Zuständigkeit nach Satz 1 ausgeschlossen.</b></p> <p>(7) [...]</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 86a Örtliche Zuständigkeit für Leistungen an junge Volljährige</b></p> <p>[...]</p> <p>(4) Wird eine Leistung nach § 13 Absatz 3 oder nach § 21 über die Vollendung des 18. Lebensjahres hinaus weitergeführt oder geht der Hilfe für junge Volljährige nach § 41 eine dieser Leistungen, eine Leistung nach § 19 oder eine Hilfe nach den §§ 27 bis <b>35a</b> voraus, so bleibt der örtliche Träger zuständig, der bis zu diesem Zeitpunkt zuständig war. Eine Unterbrechung der Hilfeleistung von bis zu drei Monaten bleibt dabei außer Betracht. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn eine Hilfe für junge Volljährige nach § 41 beendet war und innerhalb von drei Monaten erneut Hilfe für junge Volljährige nach § 41 erforderlich wird.</p>	<p><b>§ 86a Örtliche Zuständigkeit für Leistungen an junge Volljährige</b></p> <p>[...]</p> <p>(4) Wird eine Leistung nach § 13 Absatz 3 oder nach § 21 über die Vollendung des 18. Lebensjahres hinaus weitergeführt oder geht der Hilfe für junge Volljährige nach § 41 eine dieser Leistungen, eine Leistung nach § 19 oder eine Hilfe nach den §§ 27 bis <b>35i</b> voraus, so bleibt der örtliche Träger zuständig, der bis zu diesem Zeitpunkt zuständig war. Eine Unterbrechung der Hilfeleistung von bis zu drei Monaten bleibt dabei außer Betracht. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn eine Hilfe für junge Volljährige nach § 41 beendet war und innerhalb von drei Monaten erneut Hilfe für junge Volljährige nach § 41 erforderlich wird.</p>	<p><b>§ 86a Örtliche Zuständigkeit für Leistungen an junge Volljährige</b></p> <p>[...]</p> <p>(4) Wird eine Leistung nach § 13 Absatz 3 oder nach § 21 über die Vollendung des 18. Lebensjahres hinaus weitergeführt oder geht der Hilfe für junge Volljährige nach § 41 eine dieser Leistungen, eine Leistung nach § 19 oder eine Hilfe nach den §§ 27 bis <b>35i</b> voraus, so bleibt der örtliche Träger zuständig, der bis zu diesem Zeitpunkt zuständig war. Eine Unterbrechung der Hilfeleistung von bis zu drei Monaten bleibt dabei außer Betracht. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn eine Hilfe für junge Volljährige nach § 41 beendet war und innerhalb von drei Monaten erneut Hilfe für junge Volljährige nach § 41 erforderlich wird.</p>
<p><b>§ 86b Örtliche Zuständigkeit für Leistungen in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder</b></p> <p>[...]</p> <p>(3) Geht der Leistung Hilfe nach den §§ 27 bis <b>35a</b> oder eine Leistung nach § 13 Absatz 3, § 21 oder § 41 voraus, so bleibt der örtliche Träger zuständig, der bisher zuständig war. Eine Unterbrechung der Hilfeleistung von bis zu drei Monaten bleibt dabei außer Betracht.</p>	<p><b>§ 86b Örtliche Zuständigkeit für Leistungen in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder</b></p> <p>[...]</p> <p>(3) Geht der Leistung Hilfe nach den §§ 27 bis <b>35i</b> oder eine Leistung nach § 13 Absatz 3, § 21 oder § 41 voraus, so bleibt der örtliche Träger zuständig, der bisher zuständig war. Eine Unterbrechung der Hilfeleistung von bis zu drei Monaten bleibt dabei außer Betracht.</p>	<p><b>§ 86b Örtliche Zuständigkeit für Leistungen in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder</b></p> <p>[...]</p> <p>(3) Geht der Leistung Hilfe nach den §§ 27 bis <b>35i</b> oder eine Leistung nach § 13 Absatz 3, § 21 oder § 41 voraus, so bleibt der örtliche Träger zuständig, der bisher zuständig war. Eine Unterbrechung der Hilfeleistung von bis zu drei Monaten bleibt dabei außer Betracht.</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 86c Fortdauernde Leistungsverpflichtung und Fallübergabe bei Zuständigkeitswechsel</b></p> <p>(1) Wechselt die örtliche Zuständigkeit für eine Leistung, so bleibt der bisher zuständige örtliche Träger so lange zur Gewährung der Leistung verpflichtet, bis der nunmehr zuständige örtliche Träger die Leistung fortsetzt. Dieser hat dafür Sorge zu tragen, dass der Hilfeprozess und die im Rahmen der <b>Hilfeplanung</b> vereinbarten Hilfeziele durch den Zuständigkeitswechsel nicht gefährdet werden.</p> <p>(2) Der örtliche Träger, der von den Umständen Kenntnis erhält, die den Wechsel der Zuständigkeit begründen, hat den anderen davon unverzüglich zu unterrichten. Der bisher zuständige örtliche Träger hat dem nunmehr zuständigen örtlichen Träger unverzüglich die für die Hilfestellung sowie den Zuständigkeitswechsel maßgeblichen Sozialdaten zu übermitteln. Bei der Fortsetzung von Leistungen, die der <b>Hilfeplanung nach § 36 Absatz 2</b> unterliegen, ist die Fallverantwortung im Rahmen eines Gesprächs zu übergeben. Die Personensorgeberechtigten und das Kind oder der Jugendliche sowie der junge Volljährige oder der Leistungsberechtigte nach § 19 sind an der Übergabe angemessen zu beteiligen.</p>	<p><b>§ 86c Fortdauernde Leistungsverpflichtung und Fallübergabe bei Zuständigkeitswechsel</b></p> <p>(1) Wechselt die örtliche Zuständigkeit für eine Leistung, so bleibt der bisher zuständige örtliche Träger so lange zur Gewährung der Leistung verpflichtet, bis der nunmehr zuständige örtliche Träger die Leistung fortsetzt. Dieser hat dafür Sorge zu tragen, dass der Hilfeprozess und die im Rahmen der <b>Hilfe- und Leistungsplanung</b> vereinbarten Hilfeziele durch den Zuständigkeitswechsel nicht gefährdet werden.</p> <p>(2) Der örtliche Träger, der von den Umständen Kenntnis erhält, die den Wechsel der Zuständigkeit begründen, hat den anderen davon unverzüglich zu unterrichten. Der bisher zuständige örtliche Träger hat dem nunmehr zuständigen örtlichen Träger unverzüglich die für die Hilfestellung sowie den Zuständigkeitswechsel maßgeblichen Sozialdaten zu übermitteln. Bei der Fortsetzung von Leistungen, die der <b>Hilfe- und Leistungsplanung</b> unterliegen, ist die Fallverantwortung im Rahmen eines Gesprächs zu übergeben. Die Personensorgeberechtigten und das Kind oder der Jugendliche sowie der junge Volljährige oder der Leistungsberechtigte nach § 19 sind an der Übergabe angemessen zu beteiligen.</p>	<p><b>§ 86c Fortdauernde Leistungsverpflichtung und Fallübergabe bei Zuständigkeitswechsel</b></p> <p>(1) Wechselt die örtliche Zuständigkeit für eine Leistung, so bleibt der bisher zuständige örtliche Träger so lange zur Gewährung der Leistung verpflichtet, bis der nunmehr zuständige örtliche Träger die Leistung fortsetzt. Dieser hat dafür Sorge zu tragen, dass der Hilfeprozess und die im Rahmen der <b>Hilfe- und Leistungsplanung</b> vereinbarten Hilfeziele durch den Zuständigkeitswechsel nicht gefährdet werden.</p> <p>(2) Der örtliche Träger, der von den Umständen Kenntnis erhält, die den Wechsel der Zuständigkeit begründen, hat den anderen davon unverzüglich zu unterrichten. Der bisher zuständige örtliche Träger hat dem nunmehr zuständigen örtlichen Träger unverzüglich die für die Hilfestellung sowie den Zuständigkeitswechsel maßgeblichen Sozialdaten zu übermitteln. Bei der Fortsetzung von Leistungen, die der <b>Hilfe- und Leistungsplanung</b> unterliegen, ist die Fallverantwortung im Rahmen eines Gesprächs zu übergeben. Die Personensorgeberechtigten und das Kind oder der Jugendliche sowie der junge Volljährige oder der Leistungsberechtigte nach § 19 sind an der Übergabe angemessen zu beteiligen.</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 87c Örtliche Zuständigkeit für die Beistandschaft, die Pflegschaft, die Vormundschaft und die schriftliche Auskunft nach § 58</b></p> <p>[...]</p> <p>(3) Für die Pflegschaft oder Vormundschaft, die durch Bestellung des Familiengerichts eintritt, ist das Jugendamt zuständig, in dessen Bereich das Kind oder der Jugendliche zum Zeitpunkt der Bestellung seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Hat das Kind oder der Jugendliche keinen gewöhnlichen Aufenthalt, so richtet sich die Zuständigkeit nach seinem tatsächlichen Aufenthalt zum Zeitpunkt der Bestellung. Sobald das Kind oder der Jugendliche seinen gewöhnlichen Aufenthalt nimmt oder wechselt, hat das Jugendamt beim Familiengericht einen Antrag auf Entlassung zu stellen.</p> <p>(4) [...]</p> <p>[...]</p>	<p><b>§ 87c Örtliche Zuständigkeit für die Beistandschaft, die Pflegschaft, die Vormundschaft und die schriftliche Auskunft nach § 58</b></p> <p>[...]</p> <p>(3) Für die Pflegschaft oder Vormundschaft, die durch Bestellung des Familiengerichts eintritt, ist das Jugendamt zuständig, in dessen Bereich das Kind oder der Jugendliche zum Zeitpunkt der Bestellung seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Hat das Kind oder der Jugendliche keinen gewöhnlichen Aufenthalt, so richtet sich die Zuständigkeit nach seinem tatsächlichen Aufenthalt zum Zeitpunkt der Bestellung. Sobald das Kind oder der Jugendliche seinen gewöhnlichen Aufenthalt nimmt oder wechselt, hat das Jugendamt beim Familiengericht einen Antrag auf Entlassung zu stellen, <b>wenn es die Voraussetzungen des § 1804 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für gegeben hält. Lehnt das Familiengericht den Antrag auf Entlassung nach § 1804 Absatz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ab, bleibt das zum Vormund oder Pfleger bestellte Jugendamt zuständig.**</b></p> <p>(4) [...]</p> <p>[...]</p>	<p><b>§ 87c Örtliche Zuständigkeit für die Beistandschaft, die Pflegschaft, die Vormundschaft und die schriftliche Auskunft nach § 58</b></p> <p>[...]</p> <p>(3) Für die Pflegschaft oder Vormundschaft, die durch Bestellung des Familiengerichts eintritt, ist das Jugendamt zuständig, in dessen Bereich das Kind oder der Jugendliche zum Zeitpunkt der Bestellung seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Hat das Kind oder der Jugendliche keinen gewöhnlichen Aufenthalt, so richtet sich die Zuständigkeit nach seinem tatsächlichen Aufenthalt zum Zeitpunkt der Bestellung. Sobald das Kind oder der Jugendliche seinen gewöhnlichen Aufenthalt nimmt oder wechselt, hat das Jugendamt beim Familiengericht einen Antrag auf Entlassung zu stellen, <b>wenn es die Voraussetzungen des § 1804 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für gegeben hält. Lehnt das Familiengericht den Antrag auf Entlassung nach § 1804 Absatz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ab, bleibt das zum Vormund oder Pfleger bestellte Jugendamt zuständig.**</b></p> <p>(4) [...]</p> <p>[...]</p>

\*\* § 87c Absatz 3 Sätze 3 und 4 SGB VIII nF treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 89d Kostenerstattung bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise</b></p> <p>(1) Kosten, die ein örtlicher Träger aufwendet, sind vom Land zu erstatten, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. innerhalb eines Monats nach <del>der Einreise</del> eines jungen Menschen oder eines Leistungsberechtigten nach § 19 Jugendhilfe gewährt wird und</li> <li>2. sich die örtliche Zuständigkeit nach dem tatsächlichen Aufenthalt dieser Person oder nach der Zuweisungsentscheidung der zuständigen Landesbehörde richtet.</li> </ol> <p><del>Als Tag der Einreise gilt der Tag des Grenzübertritts, sofern dieser amtlich festgestellt wurde, oder der Tag, an dem der Aufenthalt im Inland erstmals festgestellt wurde, andernfalls der Tag der ersten Vorsprache bei einem Jugendamt.</del> Die Erstattungspflicht nach Satz 1 bleibt unberührt, wenn die Person um Asyl nachsucht oder einen Asylantrag stellt.</p> <p>(4) [...] [...]</p>		<p><b>§ 89d Kostenerstattung bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise</b></p> <p>(1) Kosten, die ein örtlicher Träger aufwendet, sind vom Land zu erstatten, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. innerhalb eines Monats nach [<del>nach</del>] * <b>Kenntnis des tatsächlichen Aufenthalts</b> eines <b>eingereisten</b> jungen Menschen <b>in dessen Bereich</b> oder eines Leistungsberechtigten nach § 19 Jugendhilfe gewährt wird und</li> <li>2. sich die örtliche Zuständigkeit nach dem tatsächlichen Aufenthalt dieser Person oder nach der Zuweisungsentscheidung der zuständigen Landesbehörde richtet.</li> </ol> <p>Die Erstattungspflicht nach Satz 1 bleibt unberührt, wenn die Person um Asyl nachsucht oder einen Asylantrag stellt.**</p> <p>(4) [...] [...]</p>

\* Redaktionelle Korrektur abweichend vom Referentenentwurf.  
 \*\* § 89d Absatz 1 SGB VIII nF tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 89f Umfang der Kostenerstattung</b> [...] (2) Kosten unter 1 000 Euro werden nur bei vorläufigen Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (§ 89b); bei fortdauernder oder vorläufiger Leistungsverpflichtung (§ 89c) <del>und bei</del> <b>bei</b> Gewährung von Jugendhilfe <del>nach der Einreise</del> (§ 89d) erstattet. Verzugszinsen können nicht verlangt werden.</p>		<p><b>§ 89f Umfang der Kostenerstattung</b> [...] (2) Kosten unter 1 000 Euro werden nur bei vorläufigen Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (§ 89b) <b>und</b> bei fortdauernder oder vorläufiger Leistungsverpflichtung (§ 89c) <b>erstattet. Bei</b> Gewährung von Jugendhilfe <b>an eingereiste junge Menschen</b> (§ 89d) <b>kann Landesrecht regeln, dass Kosten unter 1 000** Euro</b> erstattet <b>werden. Landesrecht kann eine pauschale Abgeltung aufgewendeter Kosten vorsehen, soweit dies zweckmäßig ist.</b> Verzugszinsen können nicht verlangt werden.<sup>***</sup></p>
<p><b>§ 91 Anwendungsbereich</b> (1) Zu folgenden vollstationären Leistungen und vorläufigen Maßnahmen werden Kostenbeiträge erhoben:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Unterkunft junger Menschen in einer sozialpädagogisch begleiteten Wohnform (§ 13 Absatz 3),</li> <li>2. der Betreuung von Müttern oder Vätern und Kindern in gemeinsamen Wohnformen (§ 19),</li> <li>3. der Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen (§ 20),</li> </ol>	<p><b>§ 91 Anwendungsbereich</b> (1) Zu folgenden vollstationären Leistungen und vorläufigen Maßnahmen werden Kostenbeiträge erhoben:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Unterkunft junger Menschen in einer sozialpädagogisch begleiteten Wohnform (§ 13 Absatz 3),</li> <li>2. der Betreuung von Müttern oder Vätern und Kindern in gemeinsamen Wohnformen (§ 19),</li> <li>3. der Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen (§ 20),</li> </ol>	<p><b>§ 91 Anwendungsbereich</b> (1) Zu folgenden vollstationären Leistungen und vorläufigen Maßnahmen werden Kostenbeiträge erhoben:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Unterkunft junger Menschen in einer sozialpädagogisch begleiteten Wohnform (§ 13 Absatz 3),</li> <li>2. der Betreuung von Müttern oder Vätern und Kindern in gemeinsamen Wohnformen (§ 19),</li> <li>3. der Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen (§ 20),</li> </ol>

\*\* Redaktionelle Korrektur (Schreibweise des Betrags, s. zuvor Satz 1) abweichend vom Referentenentwurf.

\*\*\* § 89f Absatz 2 Sätze 1 bis 3 SGB VIII nF treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>4. der Unterstützung bei notwendiger Unterbringung junger Menschen zur Erfüllung der Schulpflicht und zum Abschluss der Schulausbildung (§ 21),</p> <p>5. der Hilfe zur Erziehung</p> <p>a) in Vollzeitpflege (§ 33),</p> <p>b) in <del>einem Heim oder</del> einer <del>sonstigen</del> betreuten Wohnform (§ 34),</p> <p>c) in intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung (§ 35), sofern sie außerhalb des Elternhauses erfolgt,</p> <p>d) auf der Grundlage von § 27 in stationärer Form,</p> <p>6. der Eingliederungshilfe für <del>seelisch-behinderte</del> Kinder und Jugendliche durch geeignete Pflegepersonen sowie in Einrichtungen über Tag und Nacht und in sonstigen Wohnformen (§ 35a Absatz <del>2</del> Nummer 3 und 4),</p> <p>7. der Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen (§ 42),</p> <p>8. der Hilfe für junge Volljährige, soweit sie den in den Nummern 5 und 6 genannten Leistungen entspricht (§ 41).</p> <p>(2) Zu folgenden teilstationären Leistungen werden Kostenbeiträge erhoben:</p> <p>1. der Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen nach § 20,</p>	<p>4. der Unterstützung bei notwendiger Unterbringung junger Menschen zur Erfüllung der Schulpflicht und zum Abschluss der Schulausbildung (§ 21),</p> <p>5. der Hilfe zur Erziehung</p> <p>a) in Vollzeitpflege (§ 33),</p> <p>b) in einer betreuten Wohnform (§ 34),</p> <p>c) in intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung (§ 35), sofern sie außerhalb des Elternhauses erfolgt,</p> <p>d) auf der Grundlage von § 27 in stationärer Form,</p> <p>6. der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche <b>mit Behinderungen</b> durch geeignete Pflegepersonen sowie in Einrichtungen über Tag und Nacht und in sonstigen Wohnformen (§ 35a Absatz <b>4</b> Nummer 3 und 4),</p> <p>7. der Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen (§ 42),</p> <p>8. der Hilfe für junge Volljährige, soweit sie den in den Nummern 5 und 6 genannten Leistungen entspricht (§ 41).</p> <p>(2) Zu folgenden teilstationären Leistungen werden Kostenbeiträge erhoben:</p> <p>1. der Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen nach § 20,</p>	<p>4. der Unterstützung bei notwendiger Unterbringung junger Menschen zur Erfüllung der Schulpflicht und zum Abschluss der Schulausbildung (§ 21),</p> <p>5. der Hilfe zur Erziehung</p> <p>a) in Vollzeitpflege (§ 33),</p> <p>b) in einer betreuten Wohnform (§ 34),</p> <p>c) in intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung (§ 35), sofern sie außerhalb des Elternhauses erfolgt,</p> <p>d) auf der Grundlage von § 27 in stationärer Form,</p> <p>6. der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche <b>mit Behinderungen</b> durch geeignete Pflegepersonen sowie in Einrichtungen über Tag und Nacht und in sonstigen Wohnformen (§ 35a Absatz <b>4</b> Nummer 3 und 4),</p> <p>7. der Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen (§ 42),</p> <p>8. der Hilfe für junge Volljährige, soweit sie den in den Nummern 5 und 6 genannten Leistungen entspricht (§ 41).</p> <p>(2) Zu folgenden teilstationären Leistungen werden Kostenbeiträge erhoben:</p> <p>1. der Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen nach § 20,</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>2. Hilfe zur Erziehung in einer Tagesgruppe nach § 32 und anderen teilstationären Leistungen nach § 27,</p> <p>3. Eingliederungshilfe für <del>seelisch-behinderte</del> Kinder und Jugendliche in Tageseinrichtungen und anderen teilstationären Einrichtungen nach § 35a Absatz <del>2</del> Nummer 2 und</p> <p>4. Hilfe für junge Volljährige, soweit sie den in den Nummern 2 und 3 genannten Leistungen entspricht (§ 41).</p> <p>(3) Die Kosten umfassen auch die Aufwendungen für den notwendigen Unterhalt und die Krankenhilfe.</p>	<p>2. Hilfe zur Erziehung in einer Tagesgruppe nach § 32 und anderen teilstationären Leistungen nach § 27,</p> <p>3. Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche <b>mit Behinderungen</b> in Tageseinrichtungen und anderen teilstationären Einrichtungen nach § 35a Absatz <b>4</b> Nummer 2 und</p> <p>4. Hilfe für junge Volljährige, soweit sie den in den Nummern 2 und 3 genannten Leistungen entspricht (§ 41).</p> <p>(3) <b>Ausgenommen von der Kostenbeitragspflicht nach den Absätzen 1 und 2 sind Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten nach § 35f Absatz 2 Nummer 5, soweit diese der Vorbereitung auf die Teilhabe am Arbeitsleben nach § 35e Absatz 1 dienen.</b></p> <p>(4) <b>Neben den kostenbeitragspflichtigen Leistungen nach Absatz 1 und 2 werden Kostenbeiträge zu Leistungen zur Mobilität und Leistungen für Wohnraum (§ 35f Absatz 2 Nummer 1 und 7) erhoben.</b></p> <p>(5) Die Kosten umfassen auch die Aufwendungen für den notwendigen Unterhalt und die Krankenhilfe.</p>	<p>2. Hilfe zur Erziehung in einer Tagesgruppe nach § 32 und anderen teilstationären Leistungen nach § 27,</p> <p>3. Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche <b>mit Behinderungen</b> in Tageseinrichtungen und anderen teilstationären Einrichtungen nach § 35a Absatz <b>4</b> Nummer 2 und</p> <p>4. Hilfe für junge Volljährige, soweit sie den in den Nummern 2 und 3 genannten Leistungen entspricht (§ 41).</p> <p>(3) <b>Ausgenommen von der Kostenbeitragspflicht nach den Absätzen 1 und 2 sind Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten nach § 35f Absatz 2 Nummer 5, soweit diese der Vorbereitung auf die Teilhabe am Arbeitsleben nach § 35e Absatz 1 dienen.</b></p> <p>(4) <b>Neben den kostenbeitragspflichtigen Leistungen nach Absatz 1 und 2 werden Kostenbeiträge zu Leistungen zur Mobilität und Leistungen für Wohnraum (§ 35f Absatz 2 Nummer 1 und 7) erhoben.</b></p> <p>(5) Die Kosten umfassen auch die Aufwendungen für den notwendigen Unterhalt und die Krankenhilfe.</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>(4) Verwaltungskosten bleiben außer Betracht.</p> <p>(5) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe tragen die Kosten der in den Absätzen 1 und 2 genannten Leistungen unabhängig von der Erhebung eines Kostenbeitrags.</p>	<p>(6) Verwaltungskosten bleiben außer Betracht.</p> <p>(7) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe tragen die Kosten der in den Absätzen 1 und 2 genannten Leistungen unabhängig von der Erhebung eines Kostenbeitrags</p>	<p>(6) Verwaltungskosten bleiben außer Betracht.</p> <p>(7) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe tragen die Kosten der in den Absätzen 1 und 2 genannten Leistungen unabhängig von der Erhebung eines Kostenbeitrags.</p>
<p><b>§ 92 Ausgestaltung der Heranziehung</b></p> <p>(1) Zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 genannten Leistungen <b>und</b> vorläufigen Maßnahmen sind Elternteile aus ihrem Einkommen nach Maßgabe der §§ 93 und 94 <b>heranzuziehen</b>; leben sie mit dem jungen Menschen zusammen, so <b>werden sie</b> auch <b>zu den</b> Kosten der in § 91 Absatz 2 genannten Leistungen <b>herangezogen</b>.</p> <p>(1a) Unabhängig von ihrem Einkommen sind nach Maßgabe von § 93 Absatz 1 Satz 3 und § 94 Absatz 3 heranzuziehen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Kinder und Jugendliche zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 Nummer 1 bis 7 genannten Leistungen und vorläufigen Maßnahmen,</li> <li>2. junge Volljährige zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 Nummer 1, 4 und 8 genannten Leistungen,</li> </ol>	<p><b>§ 92 Ausgestaltung der Heranziehung</b></p> <p>(1) Zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 <b>und Absatz 4</b> genannten Leistungen und vorläufigen Maßnahmen sind Elternteile aus ihrem Einkommen nach Maßgabe der §§ 93 und 94 heranzuziehen; leben sie mit dem jungen Menschen zusammen, so werden sie auch zu den Kosten der in § 91 Absatz 2 genannten Leistungen herangezogen.</p> <p>(1a) Unabhängig von ihrem Einkommen sind nach Maßgabe von § 93 Absatz 1 Satz 3 und § 94 Absatz 3 <b>aus ihren Einnahmen</b> heranzuziehen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Kinder und Jugendliche zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 Nummer 1 bis 7 <b>und Absatz 4</b> genannten Leistungen und vorläufigen Maßnahmen,</li> <li>2. junge Volljährige zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 Nummer 1, 4 und 8 <b>und Absatz 4</b> genannten Leistungen,</li> </ol>	<p><b>§ 92 Ausgestaltung der Heranziehung</b></p> <p>(1) Zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 <b>und 4</b> genannten <b>Hilfen</b>, Leistungen <b>oder</b> vorläufigen Maßnahmen sind Elternteile aus ihrem Einkommen <b>nach Maßgabe des § 92a pauschal heranzuziehen, wenn sie nicht Einkommensverhältnisse nachweisen, aus denen sich</b> nach Maßgabe der §§ 93 und 94 <b>ein geringerer Kostenbeitrag ergibt</b>; leben sie mit dem jungen Menschen zusammen, so <b>gilt dies</b> auch <b>für</b> Kosten der in § 91 Absatz 2 genannten Leistungen.</p> <p>(1a) Unabhängig von ihrem Einkommen sind nach Maßgabe von § 93 Absatz 1 Satz 3 und § 94 Absatz 3 <b>aus ihren Einnahmen</b> heranzuziehen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Kinder und Jugendliche zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 Nummer 1 bis 7 <b>und Absatz 4</b> genannten Leistungen und vorläufigen Maßnahmen,</li> <li>2. junge Volljährige zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 Nummer 1, 4 und 8 <b>und Absatz 4</b> genannten Leistungen,</li> </ol>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>3. Leistungsberechtigte nach § 19 zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 Nummer 2 genannten Leistungen,</p> <p>4. Elternteile zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 genannten Leistungen und vorläufigen Maßnahmen; leben sie mit dem jungen Menschen zusammen, so werden sie auch zu den Kosten der in § 91 Absatz 2 genannten Leistungen herangezogen.</p> <p>(2) Die Heranziehung erfolgt durch Erhebung eines Kostenbeitrags, der durch Leistungsbescheid festgesetzt wird; <b>Elternteile</b> werden getrennt herangezogen.</p> <p>(3) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>3. Leistungsberechtigte nach § 19 zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 Nummer 2 genannten Leistungen,</p> <p>4. Elternteile zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 <b>und [Absatz]* 4</b> genannten Leistungen und vorläufigen Maßnahmen; leben sie mit dem jungen Menschen zusammen, so werden sie auch zu den Kosten der in § 91 Absatz 2 genannten Leistungen herangezogen.</p> <p>(2) Die Heranziehung erfolgt durch Erhebung eines Kostenbeitrags, der durch Leistungsbescheid festgesetzt wird; <b>Eltern</b> werden getrennt <b>zu den Kosten</b> herangezogen.</p> <p>(3) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>3. Leistungsberechtigte nach § 19 zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 Nummer 2 genannten Leistungen,</p> <p>4. Elternteile zu den Kosten der in § 91 Absatz 1 <b>und [Absatz]* 4</b> genannten Leistungen und vorläufigen Maßnahmen; leben sie mit dem jungen Menschen zusammen, so werden sie auch zu den Kosten der in § 91 Absatz 2 genannten Leistungen herangezogen.</p> <p>(2) Die Heranziehung erfolgt durch Erhebung eines Kostenbeitrags, der durch Leistungsbescheid festgesetzt wird; <b>Eltern</b> werden getrennt <b>zu den Kosten</b> herangezogen.</p> <p>(3) [...]</p> <p>[...]</p>
		<p><b>§ 92a Pauschale Heranziehung</b></p> <p><b>(1) Zur Heranziehung zu den Kosten der Hilfen oder Leistungen nach § 91 Absatz 1, bei denen Leistungen zum Unterhalt nach § 39 umfassend gewährt werden, wird bei Elternteilen jeweils ein pauschaler Kostenbeitrag in Höhe von 50 Prozent der Regelbedarfsstufen im Sinne der Anlage des § 28 des Zwölften Buches erhoben.</b></p>

\* Redaktionelle Korrektur abweichend vom Regierungs- und Referentenentwurf.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
		<p>(2) Zur Heranziehung zu den Kosten der anderen Hilfen oder Leistungen nach § 91 Absatz 1, bei denen keine Leistungen zum Unterhalt nach § 39 gewährt werden, sowie zu den Kosten der Hilfen oder Leistungen nach § 91 Absatz 2 wird bei den Elternteilen jeweils ein pauschaler Kostenbeitrag in Höhe von 20 Prozent der Regelbedarfsstufen im Sinne der Anlage des § 28 des Zwölften Buches erhoben.</p> <p>(3) Zur Heranziehung zu den Kosten der Leistungen nach § 91 Absatz 4 wird bei den Elternteilen jeweils ein pauschaler Kostenbeitrag in Höhe von 10 Prozent der Regelbedarfsstufen im Sinne der Anlage des § 28 des Zwölften Buches erhoben.</p>
<p><b>§ 93 Berechnung des Einkommens</b></p> <p>(1) Zum Einkommen gehören alle Einkünfte in Geld oder Geldeswert mit Ausnahme der Leistungen nach diesem Buch, der Leistungen nach dem Vierzehnten Buch und der Leistungen nach Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des Vierzehnten Buches vorsehen, der Leistungen nach dem Soldatenentschädigungsgesetz, der Renten oder Beihilfen nach dem Bundesentschädigungsgesetz für Schaden an Leben sowie an Körper oder Gesundheit bis zur Höhe der vergleichbaren Leistungen nach dem Vierzehnten</p>	<p><b>§ 93 Berechnung des Einkommens</b></p> <p>(1) Zum Einkommen gehören alle Einkünfte in Geld oder Geldeswert mit Ausnahme der Leistungen nach diesem Buch, der Leistungen nach dem Vierzehnten Buch und der Leistungen nach Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des Vierzehnten Buches vorsehen, und der Renten oder Beihilfen nach dem Bundesentschädigungsgesetz für Schaden an Leben sowie an Körper oder Gesundheit bis zur Höhe der vergleichbaren Leistungen nach dem Vierzehnten Buch. Eine Entschädigung, die nach § 253 Ab-</p>	<p><b>§ 93 Berechnung des Einkommens</b></p> <p>(1) Zum Einkommen gehören alle Einkünfte in Geld oder Geldeswert mit Ausnahme der Leistungen nach diesem Buch, der Leistungen nach dem Vierzehnten Buch und der Leistungen nach Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des Vierzehnten Buches vorsehen, der Leistungen nach dem Soldatenentschädigungsgesetz, der Renten oder Beihilfen nach dem Bundesentschädigungsgesetz für Schaden an Leben sowie an Körper oder Gesundheit bis zur Höhe der vergleichbaren Leistungen nach dem Vierzehnten</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>Buch. Eine Entschädigung, die nach § 253 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wegen eines Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, geleistet wird, ist nicht als Einkommen zu berücksichtigen. Geldleistungen, die dem gleichen Zwecke wie die jeweilige Leistung der Jugendhilfe dienen, zählen nicht zum Einkommen und sind unabhängig von einem Kostenbeitrag einzusetzen; dies gilt nicht für</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. monatliche Leistungen nach § 56 des Dritten Buches bis zu einer Höhe des in § 61 Absatz 2 Satz 1 und § 62 Absatz 3 Satz 1 des Dritten Buches für sonstige Bedürfnisse genannten Betrages und</li> <li>2. monatliche Leistungen nach § 122 des Dritten Buches bis zu einer Höhe des in § 123 Satz 1 Nummer 2, § 124 Nummer 2 und § 125 des Dritten Buches genannten Betrages.</li> </ol> <p><del>Kindergeld- und</del> Leistungen, die auf Grund öffentlich-rechtlicher Vorschriften zu einem ausdrücklich genannten Zweck erbracht werden, sind nicht als Einkommen zu berücksichtigen.</p> <p>[...] (4) [...]</p>	<p>satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wegen eines Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, geleistet wird, ist nicht als Einkommen zu berücksichtigen. Geldleistungen, die dem gleichen Zwecke wie die jeweilige Leistung der Jugendhilfe dienen, zählen nicht zum Einkommen und sind unabhängig von einem Kostenbeitrag einzusetzen; dies gilt nicht für</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. monatliche Leistungen nach § 56 des Dritten Buches bis zu einer Höhe des in § 61 Absatz 2 Satz 1 und § 62 Absatz 3 Satz 1 des Dritten Buches für sonstige Bedürfnisse genannten Betrages und</li> <li>2. monatliche Leistungen nach § 122 des Dritten Buches bis zu einer Höhe des in § 123 Satz 1 Nummer 2, § 124 Nummer 2 und § 125 des Dritten Buches genannten Betrages.</li> </ol> <p><b>Der Einsatz von Geldleistungen im Sinne des Satzes 3 ist auf den in der Anlage zur Verordnung nach § 94 Absatz 5 genannten Höchstbetrag für den Kostenbeitrag bei zweckgleichen Leistungen begrenzt.</b> Leistungen, die auf Grund öffentlich-rechtlicher Vorschriften zu einem ausdrücklich genannten Zweck erbracht werden, sind nicht als Einkommen zu berücksichtigen.</p> <p>[...] (4) [...]</p>	<p>Buch. Eine Entschädigung, die nach § 253 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wegen eines Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, geleistet wird, ist nicht als Einkommen zu berücksichtigen. Geldleistungen, die dem gleichen Zwecke wie die jeweilige Leistung der Jugendhilfe dienen, zählen nicht zum Einkommen und sind unabhängig von einem Kostenbeitrag einzusetzen; dies gilt nicht für</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. monatliche Leistungen nach § 56 des Dritten Buches bis zu einer Höhe des in § 61 Absatz 2 Satz 1 und § 62 Absatz 3 Satz 1 des Dritten Buches für sonstige Bedürfnisse genannten Betrages und</li> <li>2. monatliche Leistungen nach § 122 des Dritten Buches bis zu einer Höhe des in § 123 Satz 1 Nummer 2, § 124 Nummer 2 und § 125 des Dritten Buches genannten Betrages.</li> </ol> <p><b>Der Einsatz von Geldleistungen im Sinne des Satzes 3 ist auf den in der Anlage zur Verordnung nach § 94 Absatz 5 genannten Höchstbetrag für den Kostenbeitrag bei zweckgleichen Leistungen begrenzt.</b> Leistungen, die auf Grund öffentlich-rechtlicher Vorschriften zu einem ausdrücklich genannten Zweck erbracht werden, sind nicht als Einkommen zu berücksichtigen.</p> <p>[...] (4) [...]</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>(5) Kindergeld, das für den jungen Menschen, der die Leistung erhält, geleistet wird, wird dem maßgeblichen Einkommen im Sinne des Absatzes 3 des Elternteils, der das Kindergeld erhält, hinzugerechnet. Erhält der junge Mensch für sich selbst das Kindergeld nach § 1 Absatz 2 des Bundeskindergeldgesetzes oder durch Abzweigung nach § 74 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes, so gilt § 94 Absatz 3.</p>	<p>(5) Kindergeld, das für den jungen Menschen, der die Leistung erhält, geleistet wird, wird dem maßgeblichen Einkommen im Sinne des Absatzes 3 des Elternteils, der das Kindergeld erhält, hinzugerechnet. Erhält der junge Mensch für sich selbst das Kindergeld nach § 1 Absatz 2 des Bundeskindergeldgesetzes oder durch Abzweigung nach § 74 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes, so gilt § 94 Absatz 3.</p>
<p><b>§ 94 Umfang der Heranziehung</b> [...] (3) Werden Leistungen über Tag und Nacht außerhalb des Elternhauses erbracht und <b>bezieht einer der Elternteile</b> Kindergeld für <b>den jungen Menschen</b>, so hat dieser <b>unabhängig von einer Heranziehung nach Absatz 1 Satz 1 und 2</b> einen Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes zu zahlen. Zahlt der <b>Elternteil</b> den Kostenbeitrag nach Satz 1 nicht, so sind die Träger der öffentlichen Jugendhilfe insoweit berechtigt, das auf <b>dieses Kind</b> entfallende Kindergeld durch Geltendmachung eines Erstattungsanspruchs nach § 74 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes in Anspruch zu nehmen. <b>Bezieht der Elternteil Kindergeld nach § 1 Absatz 1 des Bundeskindergeldgesetzes, gilt Satz 2 entsprechend. Bezieht der junge Mensch das Kindergeld selbst, gelten die Sätze 1 und 2 entsprechend. Die Heranziehung</b></p>	<p><b>§ 94 Umfang der Heranziehung</b> [...] (3) Werden Leistungen über Tag und Nacht außerhalb des Elternhauses erbracht und <b>erhält der junge Mensch das</b> Kindergeld für <b>sich selbst nach § 1 Absatz 2 des Bundeskindergeldgesetzes oder durch Abzweigung nach § 74 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes</b>, hat <b>er</b> einen Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes zu zahlen. Zahlt der <b>junge Mensch</b> den Kostenbeitrag nach Satz 1 nicht, so sind die Träger der öffentlichen Jugendhilfe insoweit berechtigt, das <b>nach Satz 1 auf diesen jungen Menschen</b> entfallende Kindergeld durch Geltendmachung eines Erstattungsanspruchs nach § 74 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes in Anspruch zu nehmen. <b>Der Einsatz von Geldleistungen nach § 93 Absatz 1 Satz 3 geht der Heranziehung</b></p>	<p><b>§ 94 Umfang der Heranziehung</b> [...] (3) Werden Leistungen über Tag und Nacht außerhalb des Elternhauses erbracht und <b>erhält der junge Mensch das</b> Kindergeld für <b>sich selbst nach § 1 Absatz 2 des Bundeskindergeldgesetzes oder durch Abzweigung nach § 74 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes</b>, hat <b>er</b> einen Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes zu zahlen. Zahlt der <b>junge Mensch</b> den Kostenbeitrag nach Satz 1 nicht, so sind die Träger der öffentlichen Jugendhilfe insoweit berechtigt, das <b>nach Satz 1 auf diesen jungen Menschen</b> entfallende Kindergeld durch Geltendmachung eines Erstattungsanspruchs nach § 74 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes in Anspruch zu nehmen. <b>Der Einsatz von Geldleistungen nach § 93 Absatz 1 Satz 3 geht der Heranziehung</b></p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><del>der Elternteile erfolgt nachrangig zu der Heranziehung der jungen Menschen zu einem Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes.</del></p> <p>(4) [...]</p> <p>(5) Für die Festsetzung der Kostenbeiträge von Eltern werden nach Einkommensgruppen gestaffelte Pauschalbeträge durch Rechtsverordnung des zuständigen Bundesministeriums mit Zustimmung des Bundesrates bestimmt.</p>	<p>nach Satz 1 vor. Kommt sowohl eine Heranziehung nach Satz 1 als auch nach § 93 Absatz 1 Satz 3 in Betracht, darf die Summe der Heranziehung den Höchstbetrag nach § 93 Absatz 1 Satz 4 nicht überschreiten.</p> <p>(4) [...]</p> <p>(5) Für die Festsetzung der Kostenbeiträge von Eltern <b>für Leistungen und Maßnahmen nach § 91 Absatz 1 und 2</b> werden nach Einkommensgruppen gestaffelte Pauschalbeträge durch Rechtsverordnung des zuständigen Bundesministeriums mit Zustimmung des Bundesrates bestimmt. <b>Für Hilfen oder Leistungen nach § 91 Absatz 1</b>, bei denen Leistungen zum Unterhalt nach § 39 umfassend gewährt werden, orientieren sich die Pauschalbeträge an den Regelbedarfsstufen im Sinne der Anlage des § 28 des Zwölften Buches in einer Spanne von 0 bis 100 Prozent; für andere Hilfen oder Leistungen nach § 91 Absatz 1 sowie Hilfen oder Leistungen nach § 91 Absatz 2 orientieren sich die Pauschalbeträge an den für den häuslichen Lebensunterhalt vermuteten ersparten Aufwendungen. Werden beide Elternteile zu den Kosten herangezogen, darf die Summe beider Kostenbeiträge den Höchstbetrag der Kostenbeiträge aus der Anlage zur Rechtsverordnung nicht überschreiten. Bei Leistungen nach § 41</p>	<p>nach Satz 1 vor. Kommt sowohl eine Heranziehung nach Satz 1 als auch nach § 93 Absatz 1 Satz 3 in Betracht, darf die Summe der Heranziehung den Höchstbetrag nach § 93 Absatz 1 Satz 4 nicht überschreiten.</p> <p>(4) [...]</p> <p>(5) Für die Festsetzung der Kostenbeiträge von Eltern <b>für Leistungen und Maßnahmen nach § 91 Absatz 1 und 2</b> werden nach Einkommensgruppen gestaffelte Pauschalbeträge durch Rechtsverordnung des zuständigen Bundesministeriums mit Zustimmung des Bundesrates bestimmt. <b>Für Hilfen oder Leistungen nach § 91 Absatz 1</b>, bei denen Leistungen zum Unterhalt nach § 39 umfassend gewährt werden, orientieren sich die Pauschalbeträge an den Regelbedarfsstufen im Sinne der Anlage des § 28 des Zwölften Buches in einer Spanne von 0 bis 100 Prozent; für andere Hilfen oder Leistungen nach § 91 Absatz 1 sowie Hilfen oder Leistungen nach § 91 Absatz 2 orientieren sich die Pauschalbeträge an den für den häuslichen Lebensunterhalt vermuteten ersparten Aufwendungen. Werden beide Elternteile zu den Kosten herangezogen, darf die Summe beider Kostenbeiträge den Höchstbetrag der Kostenbeiträge aus der Anlage zur Rechtsverordnung nicht überschreiten. Bei Leistungen nach § 41</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>(6) (weggefallen)</p>	<p>steht die Heranziehung der Elternteile unter der Bedingung, dass die Elternteile Kindergeld für den jungen Menschen erhalten; die Heranziehung ist auf die Höhe des Kindergeldes begrenzt. Für die Festsetzung der Kostenbeiträge von Eltern für Leistungen nach § 91 Absatz 4 werden in der Rechtsverordnung die Anteile der Beteiligung an den Kosten der Leistung bestimmt. Die Rechtsverordnung benennt für Kostenbeiträge nach § 93 Absatz 1 Satz 3 einen Höchstbetrag nach § 93 Absatz 1 Satz 4, der sich an der Höhe des geleisteten Lebensunterhalts orientiert[.]<sup>*</sup></p> <p>(6) Elternteile werden nachrangig gegenüber den jungen Menschen zu den Kosten herangezogen. Die Höhe des Kostenbeitrags des jungen Menschen wird auf den Kostenbeitrag der Eltern oder beider Elternteile in gleichen Teilen angerechnet. Das Nähere bestimmt die Rechtsverordnung nach Absatz 5.</p>	<p>steht die Heranziehung der Elternteile unter der Bedingung, dass die Elternteile Kindergeld für den jungen Menschen erhalten; die Heranziehung ist auf die Höhe des Kindergeldes begrenzt. Für die Festsetzung der Kostenbeiträge von Eltern für Leistungen nach § 91 Absatz 4 werden in der Rechtsverordnung die Anteile der Beteiligung an den Kosten der Leistung bestimmt. Die Rechtsverordnung benennt für Kostenbeiträge nach § 93 Absatz 1 Satz 3 einen Höchstbetrag nach § 93 Absatz 1 Satz 4, der sich an der Höhe des geleisteten Lebensunterhalts orientiert.</p> <p>(6) Elternteile werden nachrangig gegenüber den jungen Menschen zu den Kosten herangezogen. Die Höhe des Kostenbeitrags des jungen Menschen wird auf den Kostenbeitrag der Eltern oder beider Elternteile in gleichen Teilen angerechnet. Das Nähere bestimmt die Rechtsverordnung nach Absatz 5.</p>
<p><b>§ 97a Pflicht zur Auskunft</b> [...] (4) <del>Kommt eine der</del> nach den Absätzen 1 und 2 zur Auskunft verpflichteten <del>Personen ihrer</del> <del>Pflicht nicht nach oder bestehen tatsächliche</del></p>		<p><b>§ 97a Pflicht zur Auskunft</b> [...] (4) <b>Bestehen tatsächliche Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit der Auskunft einer</b> nach den Absätzen 1 und 2 zur Auskunft verpflichteten</p>

\* Redaktionelle Korrektur abweichend vom Regierungsentwurf.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit ihrer Auskunft, so ist der Arbeitgeber dieser Person verpflichtet, dem örtlichen Träger über die Art des Beschäftigungsverhältnisses und den Arbeitsverdienst dieser Person Auskunft zu geben; Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend. Der zur Auskunft verpflichteten Person ist vor einer Nachfrage beim Arbeitgeber eine angemessene Frist zur Erteilung der Auskunft zu setzen. Sie ist darauf hinzuweisen, dass nach Fristablauf die erforderlichen Auskünfte beim Arbeitgeber eingeholt werden.</p> <p>(5) [...]</p>		<p><b>Person</b>, so ist der Arbeitgeber dieser Person verpflichtet, dem örtlichen Träger über die Art des Beschäftigungsverhältnisses und den Arbeitsverdienst dieser Person Auskunft zu geben; Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend. Der zur Auskunft verpflichteten Person ist vor einer Nachfrage beim Arbeitgeber eine angemessene Frist zur Erteilung der Auskunft zu setzen. Sie ist darauf hinzuweisen, dass nach Fristablauf die erforderlichen Auskünfte beim Arbeitgeber eingeholt werden.</p> <p>(5) [...]</p>
<p><b>§ 104 Bußgeldvorschriften</b></p> <p>(1) Ordnungswidrig handelt, wer</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. ohne Erlaubnis nach § 43 Absatz 1 oder § 44 Absatz 1 Satz 1 ein Kind oder einen Jugendlichen betreut oder ihm Unterkunft gewährt,</li> <li>2. entgegen § 45 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit § 48a Absatz 1, ohne Erlaubnis eine Einrichtung oder eine sonstige Wohnform betreibt oder</li> <li>3. entgegen § 47 eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet oder eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht oder vorsätzlich oder fahrlässig seiner</li> </ol>		<p><b>§ 104 Bußgeldvorschriften</b></p> <p>(1) Ordnungswidrig handelt, wer</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. ohne Erlaubnis nach § 43 Absatz 1 oder § 44 Absatz 1 Satz 1 ein Kind oder einen Jugendlichen betreut oder ihm Unterkunft gewährt,</li> <li>2. entgegen § 45 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit § 48a Absatz 1, ohne Erlaubnis eine Einrichtung oder eine sonstige Wohnform betreibt oder</li> <li>3. entgegen § 47 eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet oder eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht oder vorsätzlich oder fahrlässig seiner</li> </ol>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>Verpflichtung zur Dokumentation oder Aufbewahrung derselben oder zum Nachweis der ordnungsgemäßen Buchführung auf entsprechendes Verlangen nicht nachkommt oder</p> <p>4. entgegen § 97a Absatz 4 vorsätzlich oder fahrlässig als Arbeitgeber eine Auskunft nicht, nicht richtig oder nicht vollständig erteilt[.]<sup>*</sup></p> <p>(2) Die Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nummer 1, 3 <b>und</b> 4 können mit einer Geldbuße bis zu fünfhundert Euro, die Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 Nummer 2 kann mit einer Geldbuße bis zu fünfzehntausend Euro geahndet werden.</p>		<p>Verpflichtung zur Dokumentation oder Aufbewahrung derselben oder zum Nachweis der ordnungsgemäßen Buchführung auf entsprechendes Verlangen nicht nachkommt oder</p> <p>4. entgegen § 97a Absatz 4 vorsätzlich oder fahrlässig als Arbeitgeber eine Auskunft nicht, nicht richtig oder nicht vollständig erteilt <b>oder</b>[.]<sup>*</sup></p> <p><b>5. entgegen § 42e vorsätzlich einen anderen gewöhnlichen Aufenthalt nimmt.</b><sup>**</sup></p> <p>(2) Die Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nummer 1, 3, 4 <b>und</b> 5 können mit einer Geldbuße bis zu fünfhundert Euro, die Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 Nummer 2 kann mit einer Geldbuße bis zu fünfzehntausend Euro geahndet werden.<sup>**</sup></p>
<p><b>§ 108 Übergangsregelung</b></p> <p>(1) Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend <b>begleitet und</b> untersucht</p> <p><del>1. bis zum Inkrafttreten von § 10b am 1. Januar 2024 sowie</del></p> <p><del>2. bis zum Inkrafttreten von § 10 Absatz 4 Satz 1 und 2 am 1. Januar 2028</del></p>	<p><b>§ 108 Evaluation, Statistik</b></p> <p>(1) Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend untersucht <b>unter Beteiligung der Länder das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz vom 3. Juni [2021]<sup>*</sup></b> (BGBl. 9. Juni 2021, 29) einschließlich der Regelungen des Bundesgesetzes im Sinne des Artikel[s]<sup>*</sup> 1 Nummer 12</p>	<p><b>§ 108 Evaluation, Statistik</b></p> <p>(1) Das Bundesministerium für <b>[Bildung,]<sup>*</sup></b> Familie, Senioren, Frauen und Jugend untersucht <b>unter Beteiligung der Länder das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz vom 3. Juni [2021]<sup>*</sup></b> (BGBl. 9. Juni 2021, 29) einschließlich der Regelungen des Bundesgesetzes im Sinne des</p>

<sup>\*</sup> Redaktionelle Korrektur abweichend vom Regierungs- und Referentenentwurf.

<sup>\*\*</sup> § 104 Absatz 1 Nummern 4 und 5 und Absatz 2 SGB VIII nF treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>die Umsetzung der für die Ausführung dieser Regelungen jeweils notwendigen Maßnahmen in den Ländern. Bei der Untersuchung nach Satz 1 Nummer 1 werden insbesondere auch die Erfahrungen der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe einbezogen, die bereits vor dem 1. Januar 2024 Verfahrenslotsen entsprechend § 10b einsetzen. Bei der Untersuchung nach Satz 1 Nummer 2 findet das Bundesgesetz nach § 10 Absatz 4 Satz 3 ab dem Zeitpunkt seiner Verkündung, die als Bedingung für das Inkrafttreten von § 10 Absatz 4 Satz 1 und 2 spätestens bis zum 1. Januar 2027 erfolgen muss, besondere Berücksichtigung.</p> <p>(2) Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend untersucht in den Jahren 2022 bis 2024 die rechtlichen Wirkungen von § 10 Absatz 4 und legt dem Bundestag und dem Bundesrat bis zum 31. Dezember 2024 einen</p>	<p>§ 10 Absatz 3 Satz 3 des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes auf seine Wirkungen. Es wird untersucht, inwiefern die Regelungen das Ziel, gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit für alle jungen Menschen zu sichern oder herzustellen, erreicht werden konnte. Zudem wird untersucht, welche finanziellen Auswirkungen die Regelungen auf Länder und Kommunen haben. Als Kriterien für die Evaluation dienen insbesondere die Vollständigkeit der Umsetzung der Regelungen sowie die Inanspruchnahme von Leistungen auch unter Berücksichtigung der Perspektive der Normadressatinnen und -adressaten. Als Grundlage dienen die Daten der Kinder- und Jugendhilfestatistik. Das Bundesministerium für Familie<sup>[*]</sup>, Senioren, Frauen und Jugend berichtet dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat über die Ergebnisse dieser Untersuchung.</p> <p>(2) Es wird ein Konzept zur künftigen inhaltlichen Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfestatistik entwickelt, auf dessen Grundlage in einem Bundesgesetz die zur Beurteilung der</p>	<p>Artikel[s]<sup>*</sup> 1 Nummer 12 § 10 Absatz 3 Satz 3 des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes auf seine Wirkungen. Es wird untersucht, inwiefern die Regelungen das Ziel, gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit für alle jungen Menschen zu sichern oder herzustellen, erreicht werden konnte. Zudem wird untersucht, welche finanziellen Auswirkungen die Regelungen auf Länder und Kommunen haben. Als Kriterien für die Evaluation dienen insbesondere die Vollständigkeit der Umsetzung der Regelungen sowie die Inanspruchnahme von Leistungen auch unter Berücksichtigung der Perspektive der Normadressatinnen und -adressaten. Als Grundlage dienen die Daten der Kinder- und Jugendhilfestatistik. Das Bundesministerium für <i>[Bildung,]</i><sup>*</sup> Familie<sup>[*]</sup>, Senioren, Frauen und Jugend berichtet dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat über die Ergebnisse dieser Untersuchung.</p> <p>(2) Es wird ein Konzept zur künftigen inhaltlichen Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfestatistik entwickelt, auf dessen Grundlage in einem Bundesgesetz die zur Beurteilung der</p>

\* Redaktionelle Korrektur abweichend vom Regierungs- und Referentenentwurf.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>Bericht über das Ergebnis der Untersuchung vor. Dabei sollen insbesondere die gesetzlichen Festlegungen des Achten und Neunten Buches</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1.—zur Bestimmung des leistungsberechtigten Personenkreises;</li> <li>2.—zur Bestimmung von Art und Umfang der Leistungen;</li> <li>3.—zur Ausgestaltung der Kostenbeteiligung bei diesen Leistungen und</li> <li>4.—zur Ausgestaltung des Verfahrens</li> </ol> <p>untersucht werden mit dem Ziel, den leistungsberechtigten Personenkreis, Art und Umfang der Leistungen sowie den Umfang der Kostenbeteiligung für die hierzu Verpflichteten nach dem am 1. Januar 2023 für die Eingliederungshilfe geltenden Recht beizubehalten, insbesondere einerseits keine Verschlechterungen für leistungsberechtigte oder kostenbeitragspflichtige Personen und andererseits keine Ausweitung des Kreises der Leistungsberechtigten sowie des Leistungsumfangs im Vergleich zur Rechtslage am 1. Januar 2023 herbeizuführen, sowie Hinweise auf die zu bestimmenden Inhalte des Bundesgesetzes nach § 10 Absatz 4 Satz 3 zu geben. In die Untersuchung werden auch mögliche finanzielle Auswirkungen gesetzlicher Gestaltungsoptionen einbezogen.</p>	<p>Auswirkungen der Bestimmungen dieses Buches und zu seiner Fortentwicklung notwendigen laufenden Erhebungen auch im Hinblick auf die ab dem 1. Januar 2028 vorrangige Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe für Leistungen der Eingliederungshilfe für junge Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen oder hiervon bedrohte junge Menschen geregelt und 2030 beginnend durchgeführt werden können.</p>	<p>Auswirkungen der Bestimmungen dieses Buches und zu seiner Fortentwicklung notwendigen laufenden Erhebungen auch im Hinblick auf die ab dem 1. Januar 2028 vorrangige Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe für Leistungen der Eingliederungshilfe für junge Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen oder hiervon bedrohte junge Menschen geregelt und 2030 beginnend durchgeführt werden können.</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>(3) Soweit das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dritte in die Durchführung der Untersuchungen nach den Absätzen 1 und 2 einbezieht, beteiligt es hierzu vorab die Länder.</p> <p>(4) Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend untersucht unter Beteiligung der Länder die Wirkungen dieses Gesetzes im Übrigen einschließlich seiner finanziellen Auswirkungen auf Länder und Kommunen und berichtet dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat über die Ergebnisse dieser Untersuchung.</p>	<p>(3) (weggefallen)</p> <p>(4) (weggefallen)</p>	<p>(3) (weggefallen)</p> <p>(4) (weggefallen)</p>
	<p><b>§ 109 Übergangsregelungen</b></p> <p><b>(1)</b> Die Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen nach Kapitel 8 des Teils 2 des Neunten Buches gelten für die in § 78a benannten Leistungen als Vereinbarungen nach § 78b und bei ambulanten Leistungen als Vereinbarungen nach § 77 bis zum 31. Dezember 2032 fort. Die Vereinbarungen, die als Vereinbarungen nach § 78b oder § 77 fortgelten, umfassen die Leistungen für minderjährige Leistungsberechtigte, auf die sich die Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen im Sinne des Satzes 1 bisher bezogen haben, sowie Leistungen nach § 41, die inhaltlich den bisher vereinbarten Leistungen entsprechen.</p>	<p><b>§ 109 Übergangsregelungen</b></p> <p><b>(1)</b> Die Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen nach Kapitel 8 des Teils 2 des Neunten Buches gelten für die in § 78a benannten Leistungen als Vereinbarungen nach § 78b und bei ambulanten Leistungen als Vereinbarungen nach § 77 bis zum 31. Dezember 2032 fort. Die Vereinbarungen, die als Vereinbarungen nach § 78b oder § 77 fortgelten, umfassen die Leistungen für minderjährige Leistungsberechtigte, auf die sich die Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen im Sinne des Satzes 1 bisher bezogen haben, sowie Leistungen nach § 41, die inhaltlich den bisher vereinbarten Leistungen entsprechen.</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>(2) Leistungen nach dem Neunten Buch für junge Menschen, die vor dem 1. Januar 2028 das 18. Lebensjahr vollendet haben, gehen Leistungen nach diesem Buch vor.</p> <p>(3) Die Leistungsbescheide für minderjährige Leistungsberechtigte auf Grundlage des § 99 des Neunten Buches gelten als Bescheide nach § 27 Absatz 3 fort.</p> <p>(4) Jede Vertragspartei der Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen nach Absatz 1 hat zum 1. Januar 2028 unbeschadet der Laufzeit der nach Absatz 1 und 3 fortgeltenden Verträge und Leistungsbestandteile einen Anspruch auf Neuverhandlung der Vereinbarungen nach § 78b. Die Frist nach § 78g Absatz 2 Satz[*]<sup>1</sup> wird im Falle von Neuverhandlungen nach Satz 1 um 12 Wochen verlängert.</p> <p>(5) Die Bescheide zur Festsetzung des Beitrags aus Einkommen zu den Aufwendungen nach § 136 des Neunten Buches sowie die Festsetzung der Aufbringung der Mittel für die Kosten des Lebensunterhalt[e]s* nach § 142 des Neunten Buches gelten bis zu ihrer Aufhebung fort, sofern die Leistung nach § 99 des Neunten Buches entsprechend des Absatzes 3 ab dem</p>	<p>(2) Leistungen nach dem Neunten Buch für junge Menschen, die vor dem 1. Januar 2028 das 18. Lebensjahr vollendet haben, gehen Leistungen nach diesem Buch vor.</p> <p>(3) Die Leistungsbescheide für minderjährige Leistungsberechtigte auf Grundlage des § 99 des Neunten Buches gelten als Bescheide nach § 27 Absatz 3 fort.</p> <p>(4) Jede Vertragspartei der Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen nach Absatz 1 hat zum 1. Januar 2028 unbeschadet der Laufzeit der nach Absatz 1 und 3 fortgeltenden Verträge und Leistungsbestandteile einen Anspruch auf Neuverhandlung der Vereinbarungen nach § 78b. Die Frist nach § 78g Absatz 2 Satz[*]<sup>1</sup> wird im Falle von Neuverhandlungen nach Satz 1 um 12 Wochen verlängert.</p> <p>(5) Die Bescheide zur Festsetzung des Beitrags aus Einkommen zu den Aufwendungen nach § 136 des Neunten Buches sowie die Festsetzung der Aufbringung der Mittel für die Kosten des Lebensunterhalt[e]s* nach § 142 des Neunten Buches gelten bis zu ihrer Aufhebung fort, sofern die Leistung nach § 99 des Neunten Buches entsprechend des Absatzes 3 ab dem</p>

\* Redaktionelle Korrektur abweichend vom Regierungs- und Referentenentwurf.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>1. Januar 2028 als Leistung nach § 27 Absatz 3 fortgesetzt wird. An die Stelle des Trägers der Eingliederungshilfe tritt der zuständige Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Die Aufhebung der Bescheide muss rückwirkend zum 1. Januar 2028 erfolgen; die Aufhebung muss spätestens am 31. Dezember 2028 den durch die Bescheide Verpflichteten zugehen.</p> <p>(6) Abweichend von den §§ 91 bis 94 gilt für den Kostenbeitrag für die Erbringung von Leistungen für Leistungsberechtigte auf der Grundlage von Leistungsbescheiden im Sinne des Absatzes 3 das Folgende:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wurde mindestens von einem Elternteil des Leistungsberechtigten der Einsatz des Einkommens nach § 136 des Neunten Buches oder die Aufbringung der Mittel für die Kosten des Lebensunterhalts in Höhe der für den häuslichen Lebensunterhalt ersparten Aufwendungen nach § 142 des Neunten Buches gefordert und ist der nach den §§ 91 bis 94 aufzubringende Beitrag höher als der Einkommenseinsatz oder als die aufzubringenden ersparten Aufwendungen nach Kapitel 9 des Teils 2 des Neunten Buches mit Gültigkeit vom 31. Dezember 2027, so ist der Kostenbei-</li> </ol>	<p>1. Januar 2028 als Leistung nach § 27 Absatz 3 fortgesetzt wird. An die Stelle des Trägers der Eingliederungshilfe tritt der zuständige Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Die Aufhebung der Bescheide muss rückwirkend zum 1. Januar 2028 erfolgen; die Aufhebung muss spätestens am 31. Dezember 2028 den durch die Bescheide Verpflichteten zugehen.</p> <p>(6) Abweichend von den §§ 91 bis 94 gilt für den Kostenbeitrag für die Erbringung von Leistungen für Leistungsberechtigte auf der Grundlage von Leistungsbescheiden im Sinne des Absatzes 3 das Folgende:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wurde mindestens von einem Elternteil des Leistungsberechtigten der Einsatz des Einkommens nach § 136 des Neunten Buches oder die Aufbringung der Mittel für die Kosten des Lebensunterhalts in Höhe der für den häuslichen Lebensunterhalt ersparten Aufwendungen nach § 142 des Neunten Buches gefordert und ist der nach den §§ 91 bis 94 aufzubringende Betrag höher als der Einkommenseinsatz oder als die aufzubringenden ersparten Aufwendungen nach Kapitel 9 des Teils 2 des Neunten Buches mit Gültigkeit vom 31. Dezember 2027, so ist der Kostenbei-</li> </ol>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>trag nach den §§ 91 bis 94 auf diesen Betrag begrenzt. Die Begrenzung gilt auch dann, wenn bis zum 31. Dezember 2027 nur ein Elternteil zu den Kosten herangezogen wurde und nach den §§ 91 bis 94 beide Elternteile getrennt zu den Kosten herangezogen werden. Der bisher von einem Elternteil aufgebrauchte Betrag gilt dann als Höchstbetrag für die Summe der Kostenbeiträge beider Elternteile nach den §§ 91 bis 94. Die Sätze 1 bis 3 gelten für die Kostenbeiträge von Elternteilen entsprechend, die auf der Grundlage der §§ 91 bis 94 mit Gültigkeit vom 31. Dezember 2027 zu den Kosten herangezogen wurden.</p> <p>2. Wurde bisher von keinem Elternteil der Einsatz des Einkommens nach § 136 des Neunten Buches oder die Aufbringung der Mittel für die Kosten des Lebensunterhalts nach § 142 des Neunten Buches gefordert und wird die bis zum 31. Dezember 2027 erbrachte Leistung nach § 99 des Neunten Buch[e]s* auf der Grundlage des § 27 Absatz 3 fortgesetzt oder neu bewilligt, so wird für diese Leistung kein Kostenbeitrag nach den §§ 91 bis 94 erhoben.</p>	<p>trag nach den §§ 91 bis 94 auf diesen Betrag begrenzt. Die Begrenzung gilt auch dann, wenn bis zum 31. Dezember 2027 nur ein Elternteil zu den Kosten herangezogen wurde und nach den §§ 91 bis 94 beide Elternteile getrennt zu den Kosten herangezogen werden. Der bisher von einem Elternteil aufgebrauchte Betrag gilt dann als Höchstbetrag für die Summe der Kostenbeiträge beider Elternteile nach den §§ 91 bis 94. Die Sätze 1 bis 3 gelten für die Kostenbeiträge von Elternteilen entsprechend, die auf der Grundlage der §§ 91 bis 94 mit Gültigkeit vom 31. Dezember 2027 zu den Kosten herangezogen wurden.</p> <p>2. Wurde bisher von keinem Elternteil der Einsatz des Einkommens nach § 136 des Neunten Buches oder die Aufbringung der Mittel für die Kosten des Lebensunterhalts nach § 142 des Neunten Buches gefordert und wird die bis zum 31. Dezember 2027 erbrachte Leistung nach § 99 des Neunten Buch[e]s* auf der Grundlage des § 27 Absatz 3 fortgesetzt oder neu bewilligt, so wird für diese Leistung kein Kostenbeitrag nach den §§ 91 bis 94 erhoben.</p>

\* Redaktionelle Korrektur abweichend vom Regierungs- und Referentenentwurf.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
	<p>(7) Für Leistungen auf der Grundlage von Bescheiden nach Absatz 3 richtet sich die örtliche Zuständigkeit nach §§ 86, 86c, 86d und 88. Spätestens bis zum 31. Oktober 2027 ist die örtliche Zuständigkeit für Leistungen nach Satz 1 zu prüfen. Fand die Übergabe eines Falles der Gewährung von Leistungen nach Satz 1 an den nach Satz 1 zuständigen Träger der Jugendhilfe nicht zum 1. Januar 2028 statt, sind dem Träger, der bis zum 31. Dezember 2027 zuständig war, die Kosten bis zur tatsächlichen Übergabe zu erstatten.</p>	<p>(7) Für Leistungen auf der Grundlage von Bescheiden nach Absatz 3 richtet sich die örtliche Zuständigkeit nach §§ 86, 86c, 86d und 88. Spätestens bis zum 31. Oktober 2028 ist die örtliche Zuständigkeit für Leistungen nach Satz 1 zu prüfen. Fand die Übergabe eines Falles der Gewährung von Leistungen nach Satz 1 an den nach Satz 1 zuständigen Träger der Jugendhilfe nicht zum 1. Januar 2028 statt, sind dem Träger, der bis zum 31. Dezember 2027 zuständig war, die Kosten bis zur tatsächlichen Übergabe zu erstatten.</p>
<p><b>Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (SGB IX)</b></p>		
<p><b>§ 21 Besondere Anforderungen an das Teilhabeplanverfahren</b> Ist der Träger der Eingliederungshilfe der für die Durchführung des Teilhabeplanverfahrens verantwortliche Rehabilitationsträger, gelten für ihn die Vorschriften für die Gesamtplanung ergänzend; dabei ist das Gesamtplanverfahren ein Gegenstand des Teilhabeplanverfahrens. Ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe der für die Durchführung des Teilhabeplans verantwortliche Rehabilitationsträger, gelten für ihn die Vorschriften für den Hilfeplan nach den §§ 36, 36b und <del>37e</del> des Achten Buches ergänzend. Ist der Träger der Sozialen Entschädigung der für die</p>	<p><b>§ 21 Besondere Anforderungen an das Teilhabeplanverfahren</b> Ist der Träger der Eingliederungshilfe der für die Durchführung des Teilhabeplanverfahrens verantwortliche Rehabilitationsträger, gelten für ihn die Vorschriften für die Gesamtplanung ergänzend; dabei ist das Gesamtplanverfahren ein Gegenstand des Teilhabeplanverfahrens. Ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe der für die Durchführung des Teilhabeplans verantwortliche Rehabilitationsträger, gelten für ihn die Vorschriften für den Hilfeplan nach den §§ 36 <b>bis</b> 36b, <b>37a</b> und <b>38c</b> des Achten Buches ergänzend. Ist der Träger der Sozialen Entschädigung der für</p>	<p><b>§ 21 Besondere Anforderungen an das Teilhabeplanverfahren</b> Ist der Träger der Eingliederungshilfe der für die Durchführung des Teilhabeplanverfahrens verantwortliche Rehabilitationsträger, gelten für ihn die Vorschriften für die Gesamtplanung ergänzend; dabei ist das Gesamtplanverfahren ein Gegenstand des Teilhabeplanverfahrens. Ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe der für die Durchführung des Teilhabeplans verantwortliche Rehabilitationsträger, gelten für ihn die Vorschriften für den Hilfeplan nach den §§ 36 <b>bis</b> 36b, <b>37a</b> und <b>38c</b> des Achten Buches ergänzend. Ist der Träger der Sozialen Entschädigung der für</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>Durchführung des Teilhabeplanverfahrens verantwortliche Rehabilitationsträger, gelten für ihn die Vorschriften für das Fallmanagement nach § 30 des Vierzehnten Buches ergänzend. Ist der Träger der Soldatenentschädigung der für die Durchführung des Teilhabeplanverfahrens verantwortliche Rehabilitationsträger, gelten für ihn die Vorschriften für das Fallmanagement nach dem Soldatenentschädigungsgesetz ergänzend.</p>	<p>die Durchführung des Teilhabeplanverfahrens verantwortliche Rehabilitationsträger, gelten für ihn die Vorschriften für das Fallmanagement nach § 30 des Vierzehnten Buches ergänzend.</p>	<p>die Durchführung des Teilhabeplanverfahrens verantwortliche Rehabilitationsträger, gelten für ihn die Vorschriften für das Fallmanagement nach § 30 des Vierzehnten Buches ergänzend. Ist der Träger der Soldatenentschädigung der für die Durchführung des Teilhabeplanverfahrens verantwortliche Rehabilitationsträger, gelten für ihn die Vorschriften für das Fallmanagement nach dem Soldatenentschädigungsgesetz ergänzend.</p>
<p><b>§ 63 Zuständigkeit nach den Leistungsgesetzen</b> [...]</p> <p>(2) Die Leistungen im Arbeitsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen erbringen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Träger der Unfallversicherung im Rahmen ihrer Zuständigkeit für durch Arbeitsunfälle Verletzte und von Berufskrankheiten Betroffene,</li> <li>2. die Träger der Sozialen Entschädigung unter den Voraussetzungen des § 63 des Vierzehnten Buches,</li> <li>2a. der Träger der Soldatenentschädigung unter den Voraussetzungen des Kapitels 4 des Soldatenentschädigungsgesetzes,</li> <li>3. die Träger der öffentlichen Jugendhilfe unter den Voraussetzungen des § 35a des Achten Buches und</li> </ol>	<p><b>§ 63 Zuständigkeit nach den Leistungsgesetzen</b> [...]</p> <p>(2) Die Leistungen im Arbeitsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen erbringen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Träger der Unfallversicherung im Rahmen ihrer Zuständigkeit für durch Arbeitsunfälle Verletzte und von Berufskrankheiten Betroffene,</li> <li>2. die Träger der Sozialen Entschädigung unter den Voraussetzungen des § 63 des Vierzehnten Buches,</li> <li>3. die Träger der öffentlichen Jugendhilfe unter den Voraussetzungen des §§ 27 und 35a des Achten Buches und</li> </ol>	<p><b>§ 63 Zuständigkeit nach den Leistungsgesetzen</b> [...]</p> <p>(2) Die Leistungen im Arbeitsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen erbringen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Träger der Unfallversicherung im Rahmen ihrer Zuständigkeit für durch Arbeitsunfälle Verletzte und von Berufskrankheiten Betroffene,</li> <li>2. die Träger der Sozialen Entschädigung unter den Voraussetzungen des § 63 des Vierzehnten Buches,</li> <li>2a. der Träger der Soldatenentschädigung unter den Voraussetzungen des Kapitels 4 des Soldatenentschädigungsgesetzes,</li> <li>3. die Träger der öffentlichen Jugendhilfe unter den Voraussetzungen des §§ 27 und 35a des Achten Buches und</li> </ol>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>4. im Übrigen die Träger der Eingliederungshilfe unter den Voraussetzungen des § 99.</p> <p>(3) [...]</p>	<p>4. im Übrigen die Träger der Eingliederungshilfe unter den Voraussetzungen des § 99.</p> <p>(3) [...]</p>	<p>4. im Übrigen die Träger der Eingliederungshilfe unter den Voraussetzungen des § 99.</p> <p>(3) [...]</p>
<p><b>§ 85 Klagerecht der Verbände</b></p> <p>Werden Menschen mit Behinderungen in ihren Rechten nach diesem Buch verletzt, können an ihrer Stelle und mit ihrem Einverständnis Verbände klagen, die nach ihrer Satzung Menschen mit Behinderungen auf Bundes- oder Landesebene vertreten und nicht selbst am Prozess beteiligt sind. In diesem Fall müssen alle Verfahrensvoraussetzungen wie bei einem Rechtsschutzersuchen durch den Menschen mit Behinderungen selbst vorliegen.</p>	<p><b>§ 85 Klagerecht der Verbände</b></p> <p>Werden Menschen mit Behinderungen in ihren Rechten nach diesem Buch <b>oder nach dem Zweiten Kapitel, Vierten Abschnitt, Dritten Unterabschnitt des Achten Buches</b> verletzt, können an ihrer Stelle und mit ihrem Einverständnis Verbände klagen, die nach ihrer Satzung Menschen mit Behinderungen auf Bundes- oder Landesebene vertreten und nicht selbst am Prozess beteiligt sind. In diesem Fall müssen alle Verfahrensvoraussetzungen wie bei einem Rechtsschutzersuchen durch den Menschen mit Behinderungen selbst vorliegen.</p>	<p><b>§ 85 Klagerecht der Verbände</b></p> <p>Werden Menschen mit Behinderungen in ihren Rechten nach diesem Buch <b>oder nach dem Zweiten Kapitel, Vierten Abschnitt, Dritten Unterabschnitt des Achten Buches</b> verletzt, können an ihrer Stelle und mit ihrem Einverständnis Verbände klagen, die nach ihrer Satzung Menschen mit Behinderungen auf Bundes- oder Landesebene vertreten und nicht selbst am Prozess beteiligt sind. In diesem Fall müssen alle Verfahrensvoraussetzungen wie bei einem Rechtsschutzersuchen durch den Menschen mit Behinderungen selbst vorliegen.</p>
<p><b>§ 98 Örtliche Zuständigkeit</b></p> <p>[...]</p> <p><del>(3) Werden für ein Kind vom Zeitpunkt der Geburt an Leistungen nach diesem Teil des Buches über Tag und Nacht beantragt, tritt an die Stelle seines gewöhnlichen Aufenthalts der gewöhnliche Aufenthalt der Mutter.</del></p> <p>(4) [...]</p> <p>[...]</p>	<p><b>§ 98 Örtliche Zuständigkeit</b></p> <p>[...]</p> <p>(3) (weggefallen)</p> <p>(4) [...]</p> <p>[...]</p>	<p><b>§ 98 Örtliche Zuständigkeit</b></p> <p>[...]</p> <p>(3) (weggefallen)</p> <p>(4) [...]</p> <p>[...]</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 117 Gesamtplanverfahren</b> [...] <del>(6) Bei minderjährigen Leistungsberechtigten wird der nach § 86 des Achten Buches zuständige örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe vom Träger der Eingliederungshilfe mit Zustimmung des Personensorgeberechtigten informiert und nimmt am Gesamtplanverfahren beratend teil, soweit dies zur Feststellung der Leistungen der Eingliederungshilfe nach den Kapiteln 3 bis 6 erforderlich ist. Hiervon kann in begründeten Ausnahmefällen abgesehen werden, insbesondere, wenn durch die Teilnahme des zuständigen örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe das Gesamtplanverfahren verzögert würde.</del></p>	<p><b>§ 117 Gesamtplanverfahren</b> [...] (6) (weggefallen)</p>	<p><b>§ 117 Gesamtplanverfahren</b> [...] (6) (weggefallen)</p>
<p><b>§ 119 Gesamtlankonferenz</b> (1) Mit Zustimmung des Leistungsberechtigten kann der Träger der Eingliederungshilfe eine Gesamtlankonferenz durchführen, um die Leistungen für den Leistungsberechtigten nach den Kapiteln 3 bis 6 sicherzustellen. Die Leistungsberechtigten; die beteiligten Rehabilitationsträger <del>und bei minderjährigen Leistungsberechtigten der nach § 86 des Achten Buches zuständige örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe</del> können dem nach § 15 verantwortlichen Träger der</p>	<p><b>§ 119 Gesamtlankonferenz</b> (1) Mit Zustimmung des Leistungsberechtigten kann der Träger der Eingliederungshilfe eine Gesamtlankonferenz durchführen, um die Leistungen für den Leistungsberechtigten nach den Kapiteln 3 bis 6 sicherzustellen. Die Leistungsberechtigten <b>und</b> die beteiligten Rehabilitationsträger können dem nach § 15 verantwortlichen Träger der Eingliederungshilfe die Durchführung einer Gesamtlankonferenz vorschlagen. Den Vorschlag auf Durchführung einer Gesamtlankonferenz kann der Träger der Eingliederungshilfe</p>	<p><b>§ 119 Gesamtlankonferenz</b> (1) Mit Zustimmung des Leistungsberechtigten kann der Träger der Eingliederungshilfe eine Gesamtlankonferenz durchführen, um die Leistungen für den Leistungsberechtigten nach den Kapiteln 3 bis 6 sicherzustellen. Die Leistungsberechtigten <b>und</b> die beteiligten Rehabilitationsträger können dem nach § 15 verantwortlichen Träger der Eingliederungshilfe die Durchführung einer Gesamtlankonferenz vorschlagen. Den Vorschlag auf Durchführung einer Gesamtlankonferenz kann der Träger der Eingliederungshilfe</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>Eingliederungshilfe die Durchführung einer Gesamtpflichtkonferenz vorschlagen. Den Vorschlag auf Durchführung einer Gesamtpflichtkonferenz kann der Träger der Eingliederungshilfe ablehnen, wenn der maßgebliche Sachverhalt schriftlich ermittelt werden kann oder der Aufwand zur Durchführung nicht in einem angemessenen Verhältnis zum Umfang der beantragten Leistung steht.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>ablehnen, wenn der maßgebliche Sachverhalt schriftlich ermittelt werden kann oder der Aufwand zur Durchführung nicht in einem angemessenen Verhältnis zum Umfang der beantragten Leistung steht.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>ablehnen, wenn der maßgebliche Sachverhalt schriftlich ermittelt werden kann oder der Aufwand zur Durchführung nicht in einem angemessenen Verhältnis zum Umfang der beantragten Leistung steht.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>
<p><b>§ 134 Sonderregelung zum Inhalt der Vereinbarungen zur Erbringung von Leistungen für minderjährige Leistungsberechtigte und in Sonderfällen</b></p> <p>(1) In der schriftlichen Vereinbarung zur Erbringung von Leistungen für minderjährige Leistungsberechtigte zwischen dem Träger der Eingliederungshilfe und dem Leistungserbringer sind zu regeln:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Inhalt, Umfang und Qualität einschließlich der Wirksamkeit der Leistungen (Leistungsvereinbarung) sowie</li> <li>2. die Vergütung der Leistung (Vergütungsvereinbarung).</li> </ol>	<p><b>§ 134</b> (weggefallen)</p>	<p><b>§ 134</b> (weggefallen)</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>(2) In die Leistungsvereinbarung sind als wesentliche Leistungsmerkmale insbesondere aufzunehmen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1.— die betriebsnotwendigen Anlagen des Leistungserbringers,</li> <li>2.— der zu betreuende Personenkreis,</li> <li>3.— Art, Ziel und Qualität der Leistung,</li> <li>4.— die Festlegung der personellen Ausstattung,</li> <li>5.— die Qualifikation des Personals sowie</li> <li>6.— die erforderliche sächliche Ausstattung.</li> </ol> <p>(3) Die Vergütungsvereinbarung besteht mindestens aus</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1.— der Grundpauschale für Unterkunft und Verpflegung,</li> <li>2.— der Maßnahmepauschale sowie</li> <li>3.— einem Betrag für betriebsnotwendige Anlagen einschließlich ihrer Ausstattung (Investitionsbetrag).</li> </ol> <p>Förderungen aus öffentlichen Mitteln sind anzurechnen. Die Maßnahmepauschale ist nach Gruppen für Leistungsberechtigte mit vergleichbarem Bedarf zu kalkulieren.</p> <p>(4) Die Absätze 1 bis 3 finden auch Anwendung, wenn volljährige Leistungsberechtigte Leistungen zur Schulbildung nach § 112 Absatz 1 Nummer 1 sowie Leistungen zur schulischen Ausbildung für einen Beruf nach § 112 Absatz 1 Num-</p>		

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>mer 2 erhalten, soweit diese Leistungen in besonderen Ausbildungsstätten über Tag und Nacht für Menschen mit Behinderungen erbracht werden. Entsprechendes gilt bei anderen volljährigen Leistungsberechtigten, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. das Konzept des Leistungserbringers auf Minderjährige als zu betreuenden Personenkreis ausgerichtet ist,</li> <li>2. der Leistungsberechtigte von diesem Leistungserbringer bereits Leistungen über Tag und Nacht auf Grundlage von Vereinbarungen nach den Absätzen 1 bis 3, § 78b des Achten Buches, § 75 Absatz 3 des Zwölften Buches in der am 31. Dezember 2019 geltenden Fassung oder nach Maßgabe des § 75 Absatz 4 des Zwölften Buches in der am 31. Dezember 2019 geltenden Fassung erhalten hat und</li> <li>3. der Leistungsberechtigte nach Erreichen der Volljährigkeit für eine kurze Zeit, in der Regel nicht länger als bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres, Leistungen von diesem Leistungserbringer weitererhält, mit denen insbesondere vor dem Erreichen der Volljährigkeit definierte Teilhabeziele erreicht werden sollten.</li> </ol>		

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 136 Beitrag aus Einkommen zu den Aufwendungen</b></p> <p>(1) Bei den Leistungen nach diesem Teil ist ein Beitrag zu den Aufwendungen aufzubringen, wenn das Einkommen im Sinne des § 135 der antragstellenden Person <del>sowie bei minderjährigen Personen der im Haushalt lebenden Eltern oder des im Haushalt lebenden Elternteils</del> die Beträge nach Absatz 2 übersteigt.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	<p><b>§ 136 Beitrag aus Einkommen zu den Aufwendungen</b></p> <p>(1) Bei den Leistungen nach diesem Teil ist ein Beitrag zu den Aufwendungen aufzubringen, wenn das Einkommen im Sinne des § 135 der antragstellenden Person die Beträge nach Absatz 2 übersteigt.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	<p><b>§ 136 Beitrag aus Einkommen zu den Aufwendungen</b></p> <p>(1) Bei den Leistungen nach diesem Teil ist ein Beitrag zu den Aufwendungen aufzubringen, wenn das Einkommen im Sinne des § 135 der antragstellenden Person die Beträge nach Absatz 2 übersteigt.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>
<p><b>§ 138 Besondere Höhe des Beitrages zu den Aufwendungen</b></p> <p>(1) Ein Beitrag ist nicht aufzubringen bei</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. heilpädagogischen Leistungen nach § 113 Absatz 2 Nummer 3,</li> <li>2. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation nach § 109,</li> <li>3. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach § 111 Absatz 1,</li> <li>4. Leistungen zur Teilhabe an Bildung nach § 112 Absatz 1 Nummer 1,</li> <li>5. Leistungen zur schulischen oder hochschulischen Ausbildung oder Weiterbildung für einen Beruf nach § 112 Absatz 1 Nummer 2, soweit diese Leistungen in besonderen Ausbildungsstätten über Tag und Nacht für Menschen mit Behinderungen erbracht werden,</li> </ol>	<p><b>§ 138 Besondere Höhe des Beitrages zu den Aufwendungen</b></p> <p>(1) Ein Beitrag ist nicht aufzubringen bei</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. heilpädagogischen Leistungen nach § 113 Absatz 2 Nummer 3,</li> <li>2. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation nach § 109,</li> <li>3. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach § 111 Absatz 1,</li> <li>4. Leistungen zur Teilhabe an Bildung nach § 112 Absatz 1 Nummer 1,</li> <li>5. Leistungen zur schulischen oder hochschulischen Ausbildung oder Weiterbildung für einen Beruf nach § 112 Absatz 1 Nummer 2, soweit diese Leistungen in besonderen Ausbildungsstätten über Tag und Nacht für Menschen mit Behinderungen erbracht werden,</li> </ol>	<p><b>§ 138 Besondere Höhe des Beitrages zu den Aufwendungen</b></p> <p>(1) Ein Beitrag ist nicht aufzubringen bei</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. heilpädagogischen Leistungen nach § 113 Absatz 2 Nummer 3,</li> <li>2. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation nach § 109,</li> <li>3. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach § 111 Absatz 1,</li> <li>4. Leistungen zur Teilhabe an Bildung nach § 112 Absatz 1 Nummer 1,</li> <li>5. Leistungen zur schulischen oder hochschulischen Ausbildung oder Weiterbildung für einen Beruf nach § 112 Absatz 1 Nummer 2, soweit diese Leistungen in besonderen Ausbildungsstätten über Tag und Nacht für Menschen mit Behinderungen erbracht werden,</li> </ol>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>6. Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten nach § 113 Absatz 2 Nummer 5, soweit diese der Vorbereitung auf die Teilhabe am Arbeitsleben nach § 111 Absatz 1 dienen,</p> <p><del>7. Leistungen nach § 113 Absatz 1, die noch nicht eingeschulten Leistungsberechtigten Personen die für sie erreichbare Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft ermöglichen sollen;</del></p> <p>8. gleichzeitiger Gewährung von Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Zweiten oder Zwölften Buch oder nach § 27a des Bundesversorgungsgesetzes.</p> <p>(2) Wenn ein Beitrag nach § 137 aufzubringen ist, ist für weitere Leistungen im gleichen Zeitraum <del>oder weitere Leistungen an minderjährige Kinder im gleichen Haushalt</del> nach diesem Teil kein weiterer Beitrag aufzubringen.</p> <p>(3) [...]</p> <p>(4) (weggefallen)</p>	<p>6. Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten nach § 113 Absatz 2 Nummer 5, soweit diese der Vorbereitung auf die Teilhabe am Arbeitsleben nach § 111 Absatz 1 dienen,</p> <p>7. gleichzeitiger Gewährung von Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Zweiten oder Zwölften Buch oder nach § 27a des Bundesversorgungsgesetzes.</p> <p>(2) Wenn ein Beitrag nach § 137 aufzubringen ist, ist für weitere Leistungen im gleichen Zeitraum nach diesem Teil kein weiterer Beitrag aufzubringen.</p> <p>(3) [...]</p> <p>(4) (weggefallen)</p>	<p>6. Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten nach § 113 Absatz 2 Nummer 5, soweit diese der Vorbereitung auf die Teilhabe am Arbeitsleben nach § 111 Absatz 1 dienen,</p> <p>7. gleichzeitiger Gewährung von Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Zweiten oder Zwölften Buch oder nach § 27a des Bundesversorgungsgesetzes.</p> <p>(2) Wenn ein Beitrag nach § 137 aufzubringen ist, ist für weitere Leistungen im gleichen Zeitraum nach diesem Teil kein weiterer Beitrag aufzubringen.</p> <p>(3) [...]</p> <p>(4) (weggefallen)</p>
<p><b>§ 140 Einsatz des Vermögens</b></p> <p>(1) Die antragstellende Person <del>sowie bei minderjährigen Personen die im Haushalt lebenden Eltern oder ein Elternteil haben</del> vor der Inanspruchnahme von Leistungen nach diesem Teil</p>	<p><b>§ 140 Einsatz des Vermögens</b></p> <p>(1) Die antrag[§]stellende* Person <b>hat</b> vor der Inanspruchnahme von Leistungen nach diesem Teil die erforderlichen Mittel aus ihrem Vermögen aufzubringen.</p>	<p><b>§ 140 Einsatz des Vermögens</b></p> <p>(1) Die antrag[§]stellende* Person <b>hat</b> vor der Inanspruchnahme von Leistungen nach diesem Teil die erforderlichen Mittel aus ihrem Vermögen aufzubringen.</p>

\* Redaktionelle Korrektur abweichend vom Regierungs- und Referentenentwurf.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>die erforderlichen Mittel aus ihrem Vermögen aufzubringen.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>
<p><b>§ 142 Sonderregelungen für minderjährige Leistungsberechtigte und in Sonderfällen</b></p> <p>(1) Minderjährigen Leistungsberechtigten und ihren Eltern oder einem Elternteil ist bei Leistungen im Sinne des § 138 Absatz 1 Nummer 1, 2, 4, 5 und 7 die Aufbringung der Mittel für die Kosten des Lebensunterhalts nur in Höhe der für den häuslichen Lebensunterhalt ersparten Aufwendungen zuzumuten, soweit Leistungen über Tag und Nacht oder über Tag erbracht werden.</p> <p>(2) Sind Leistungen von einem oder mehreren Anbietern über Tag und Nacht oder über Tag oder für ärztliche oder ärztlich verordnete Maßnahmen erforderlich, sind die Leistungen, die der Vereinbarung nach § 134 Absatz 3 zugrunde liegen, durch den Träger der Eingliederungshilfe auch dann in vollem Umfang zu erbringen, wenn den minderjährigen Leistungsberechtigten und ihren Eltern oder einem Elternteil die Aufbringung der Mittel nach Absatz 1 zu einem Teil zuzumuten ist. In Höhe dieses Teils haben sie zu</p>	<p><b>§ 142</b> (weggefallen)</p>	<p><b>§ 142</b> (weggefallen)</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><del>den Kosten der erbrachten Leistungen beizutragen; mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.</del></p> <p><del>(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für volljährige Leistungsberechtigte, wenn diese Leistungen erhalten, denen Vereinbarungen nach § 134 Absatz 4 zugrunde liegen. In diesem Fall ist den volljährigen Leistungsberechtigten die Aufbringung der Mittel für die Kosten des Lebensunterhalts nur in Höhe der für ihren häuslichen Lebensunterhalt ersparten Aufwendungen zuzumuten.</del></p> <p><del>(4) (weggefallen)</del></p>		
<b>Sozialgesetzbuch Erstes Buch – Allgemeiner Teil (SGB I)</b>		
<p><b>§ 27 Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe</b></p> <p>(1) Nach dem Recht der Kinder- und Jugendhilfe können in Anspruch genommen werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Angebote der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Jugendschutzes,</li> <li>2. Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie,</li> <li>3. Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege,</li> </ol>	<p><b>§ 27 Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe</b></p> <p>(1) Nach dem Recht der Kinder- und Jugendhilfe können in Anspruch genommen werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Angebote der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Jugendschutzes,</li> <li>2. Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie,</li> <li>3. Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege,</li> </ol>	<p><b>§ 27 Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe</b></p> <p>(1) Nach dem Recht der Kinder- und Jugendhilfe können in Anspruch genommen werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Angebote der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Jugendschutzes,</li> <li>2. Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie,</li> <li>3. Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege,</li> </ol>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>4. <b>Hilfe</b> zur Erziehung, <b>Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie Hilfe</b> für junge Volljährige.</p> <p>(2) [...]</p>	<p>4. <b>Leistungen zur Entwicklung, zur Erziehung und zur Teilhabe, Hilfen</b> für junge Volljährige.</p> <p>(2) [...]</p>	<p>4. <b>Leistungen zur Entwicklung, zur Erziehung und zur Teilhabe, Hilfen</b> für junge Volljährige.</p> <p>(2) [...]</p>
<b>Sozialgesetzbuch Zweites Buch – Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)</b>		
<p><b>§ 11a Nicht zu berücksichtigendes Einkommen</b> [...]</p> <p>(3) Leistungen, die aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften zu einem ausdrücklich genannten Zweck erbracht werden, sind nur so weit als Einkommen zu berücksichtigen, als die Leistungen nach diesem Buch im Einzelfall demselben Zweck dienen. Abweichend von Satz 1 sind als Einkommen zu berücksichtigen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Leistungen nach § 39 des Achten Buches, die für den erzieherischen Einsatz erbracht werden, <ol style="list-style-type: none"> <li>a) für das dritte Pflegekind zu 75 Prozent,</li> <li>b) für das vierte und jedes weitere Pflegekind vollständig,</li> </ol> </li> <li>2. die Leistungen nach § 23 des Achten Buches,</li> <li>3. die Leistungen der Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz sowie vergleichbare Leistungen der Begabtenförderungswerke; § 14b Absatz 2</li> </ol>	<p><b>§ 11a Nicht zu berücksichtigendes Einkommen</b> [...]</p> <p>(3) Leistungen, die aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften zu einem ausdrücklich genannten Zweck erbracht werden, sind nur so weit als Einkommen zu berücksichtigen, als die Leistungen nach diesem Buch im Einzelfall demselben Zweck dienen. Abweichend von Satz 1 sind als Einkommen zu berücksichtigen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Leistungen nach § 39c des Achten Buches, die für den erzieherischen Einsatz erbracht werden, <ol style="list-style-type: none"> <li>a) für das dritte Pflegekind zu 75 Prozent,</li> <li>b) für das vierte und jedes weitere Pflegekind vollständig,</li> </ol> </li> <li>2. die Leistungen nach § 23 des Achten Buches,</li> <li>3. die Leistungen der Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz sowie vergleichbare Leistungen der Begabtenförderungswerke; § 14b Absatz 2</li> </ol>	<p><b>§ 11a Nicht zu berücksichtigendes Einkommen</b> [...]</p> <p>(3) Leistungen, die aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften zu einem ausdrücklich genannten Zweck erbracht werden, sind nur so weit als Einkommen zu berücksichtigen, als die Leistungen nach diesem Buch im Einzelfall demselben Zweck dienen. Abweichend von Satz 1 sind als Einkommen zu berücksichtigen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Leistungen nach § 39c des Achten Buches, die für den erzieherischen Einsatz erbracht werden, <ol style="list-style-type: none"> <li>a) für das dritte Pflegekind zu 75 Prozent,</li> <li>b) für das vierte und jedes weitere Pflegekind vollständig,</li> </ol> </li> <li>2. die Leistungen nach § 23 des Achten Buches,</li> <li>3. die Leistungen der Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz sowie vergleichbare Leistungen der Begabtenförderungswerke; § 14b Absatz 2</li> </ol>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>Satz 1 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes bleibt unberührt,</p> <p>4. die Berufsausbildungsbeihilfe nach dem Dritten Buch mit Ausnahme der Bedarfe nach § 64 Absatz 3 Satz 1 des Dritten Buches sowie</p> <p>5. Reisekosten zur Teilhabe am Arbeitsleben nach § 127 Absatz 1 Satz 1 des Dritten Buches in Verbindung mit § 73 des Neunten Buches.</p> <p>(4) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>Satz 1 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes bleibt unberührt,</p> <p>4. die Berufsausbildungsbeihilfe nach dem Dritten Buch mit Ausnahme der Bedarfe nach § 64 Absatz 3 Satz 1 des Dritten Buches sowie</p> <p>5. Reisekosten zur Teilhabe am Arbeitsleben nach § 127 Absatz 1 Satz 1 des Dritten Buches in Verbindung mit § 73 des Neunten Buches.</p> <p>(4) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>Satz 1 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes bleibt unberührt,</p> <p>4. die Berufsausbildungsbeihilfe nach dem Dritten Buch mit Ausnahme der Bedarfe nach § 64 Absatz 3 Satz 1 des Dritten Buches sowie</p> <p>5. Reisekosten zur Teilhabe am Arbeitsleben nach § 127 Absatz 1 Satz 1 des Dritten Buches in Verbindung mit § 73 des Neunten Buches.</p> <p>(4) [...]</p> <p>[...]</p>
<b>Sozialgesetzbuch Fünftes Buch – Gesetzliche Krankenversicherung (SGB V)</b>		
<p><b>§ 44b Krankengeld für eine bei stationärer Behandlung mitaufgenommene Begleitperson aus dem engsten persönlichen Umfeld</b></p> <p>(1) Ab dem 1. November 2022 haben Versicherte Anspruch auf Krankengeld, wenn sie</p> <p>1. zur Begleitung eines Versicherten bei einer stationären Krankenhausbehandlung nach § 39 mitaufgenommen werden,</p> <p>a) der die Begleitung aus medizinischen Gründen benötigt,</p> <p>b) bei dem die Voraussetzungen des § 2 Absatz 1 des Neunten Buches vorliegen,</p>	<p><b>§ 44b Krankengeld für eine bei stationärer Behandlung mitaufgenommene Begleitperson aus dem engsten persönlichen Umfeld</b></p> <p>(1) Ab dem 1. November 2022 haben Versicherte Anspruch auf Krankengeld, wenn sie</p> <p>1. zur Begleitung eines Versicherten bei einer stationären Krankenhausbehandlung nach § 39 mitaufgenommen werden,</p> <p>a) der die Begleitung aus medizinischen Gründen benötigt,</p> <p>b) bei dem die Voraussetzungen des § 2 Absatz 1 des Neunten Buches vorliegen,</p>	<p><b>§ 44b Krankengeld für eine bei stationärer Behandlung mitaufgenommene Begleitperson aus dem engsten persönlichen Umfeld</b></p> <p>(1) Ab dem 1. November 2022 haben Versicherte Anspruch auf Krankengeld, wenn sie</p> <p>1. zur Begleitung eines Versicherten bei einer stationären Krankenhausbehandlung nach § 39 mitaufgenommen werden,</p> <p>a) der die Begleitung aus medizinischen Gründen benötigt,</p> <p>b) bei dem die Voraussetzungen des § 2 Absatz 1 des Neunten Buches vorliegen,</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>c) der Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches, § 35a des Achten Buches oder Leistungen nach dem Sechsten Kapitel des Vierzehnten Buches erhält und</p> <p>d) der keine Leistungen nach § 113 Absatz 6 des Neunten Buches in Anspruch nimmt,</p> <p>2. im Verhältnis zu dem begleiteten Versicherten</p> <p>a) ein naher Angehöriger im Sinne von § 7 Absatz 3 des Pflegezeitgesetzes sind oder</p> <p>b) eine Person aus dem engsten persönlichen Umfeld sind,</p> <p>3. gegenüber dem begleiteten Versicherten keine Leistungen der Eingliederungshilfe gegen Entgelt nach Teil 2 des Neunten Buches oder § 35a des Achten Buches und keine Leistungen nach dem Sechsten Kapitel des Vierzehnten Buches erbringen und</p> <p>4. ihnen durch die Begleitung ein Verdienstausschluss entsteht.</p> <p>Der Anspruch besteht für die Dauer der Mitaufnahme. Der Mitaufnahme steht die ganztägige Begleitung gleich.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>c) der Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches, <b>§§ 27 Absatz 3</b>, 35a des Achten Buches oder Leistungen nach dem Sechsten Kapitel des Vierzehnten Buches erhält und</p> <p>d) der keine Leistungen nach § 113 Absatz 6 des Neunten Buches in Anspruch nimmt,</p> <p>2. im Verhältnis zu dem begleiteten Versicherten</p> <p>a) ein naher Angehöriger im Sinne von § 7 Absatz 3 des Pflegezeitgesetzes sind oder</p> <p>b) eine Person aus dem engsten persönlichen Umfeld sind,</p> <p>3. gegenüber dem begleiteten Versicherten keine Leistungen der Eingliederungshilfe gegen Entgelt nach Teil 2 des Neunten Buches oder § 35a des Achten Buches und keine Leistungen nach dem Sechsten Kapitel des Vierzehnten Buches erbringen und</p> <p>4. ihnen durch die Begleitung ein Verdienstausschluss entsteht.</p> <p>Der Anspruch besteht für die Dauer der Mitaufnahme. Der Mitaufnahme steht die ganztägige Begleitung gleich.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>c) der Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches, <b>§§ 27 Absatz 3</b>, 35a des Achten Buches oder Leistungen nach dem Sechsten Kapitel des Vierzehnten Buches erhält und</p> <p>d) der keine Leistungen nach § 113 Absatz 6 des Neunten Buches in Anspruch nimmt,</p> <p>2. im Verhältnis zu dem begleiteten Versicherten</p> <p>a) ein naher Angehöriger im Sinne von § 7 Absatz 3 des Pflegezeitgesetzes sind oder</p> <p>b) eine Person aus dem engsten persönlichen Umfeld sind,</p> <p>3. gegenüber dem begleiteten Versicherten keine Leistungen der Eingliederungshilfe gegen Entgelt nach Teil 2 des Neunten Buches oder § 35a des Achten Buches und keine Leistungen nach dem Sechsten Kapitel des Vierzehnten Buches erbringen und</p> <p>4. ihnen durch die Begleitung ein Verdienstausschluss entsteht.</p> <p>Der Anspruch besteht für die Dauer der Mitaufnahme. Der Mitaufnahme steht die ganztägige Begleitung gleich.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<b>Sozialgesetzbuch Vierzehntes Buch – Soziale Entschädigung (SGB XIV)</b>		
<p><b>§ 65 Leistungen zur Teilhabe an Bildung</b> Geschädigte, die auf Grund der Schädigungsfolgen zum leistungsberechtigten Personenkreis im Sinne von § 99 des Neunten Buches gehören, erhalten Leistungen zur Teilhabe an Bildung entsprechend Teil 2 Kapitel 5 des Neunten Buches.</p>	<p><b>§ 65 Leistungen zur Teilhabe an Bildung</b> Geschädigte, die auf Grund der Schädigungsfolgen zum leistungsberechtigten Personenkreis im Sinne von § 99 des Neunten Buches gehören, erhalten Leistungen zur Teilhabe an Bildung entsprechend Teil 2 Kapitel 5 des Neunten Buches. <b>Geschädigte Kinder oder Jugendliche, die aufgrund der Schädigungsfolgen zum leistungsberechtigten Personenkreis im Sinne von § 27 Absatz 3 des Achten Buches gehören, erhalten Leistungen zur Teilhabe an Bildung entsprechend § 35d des Achten Buches.</b></p>	<p><b>§ 65 Leistungen zur Teilhabe an Bildung</b> Geschädigte, die auf Grund der Schädigungsfolgen zum leistungsberechtigten Personenkreis im Sinne von § 99 des Neunten Buches gehören, erhalten Leistungen zur Teilhabe an Bildung entsprechend Teil 2 Kapitel 5 des Neunten Buches. <b>Geschädigte Kinder oder Jugendliche, die aufgrund der Schädigungsfolgen zum leistungsberechtigten Personenkreis im Sinne von § 27 Absatz 3 des Achten Buches gehören, erhalten Leistungen zur Teilhabe an Bildung entsprechend § 35d des Achten Buches.</b></p>
<p><b>§ 66 Leistungen zur Sozialen Teilhabe</b> (1) Geschädigte, die auf Grund der Schädigungsfolgen zum leistungsberechtigten Personenkreis im Sinne von § 99 des Neunten Buches gehören, erhalten Leistungen zur Sozialen Teilhabe entsprechend Teil 2 Kapitel 6 des Neunten Buches.</p> <p>(2) [...]</p>	<p><b>§ 66 Leistungen zur Sozialen Teilhabe</b> (1) Geschädigte, die auf Grund der Schädigungsfolgen zum leistungsberechtigten Personenkreis im Sinne von § 99 des Neunten Buches gehören, erhalten Leistungen zur Sozialen Teilhabe entsprechend Teil 2 Kapitel 6 des Neunten Buches. <b>Geschädigte Kinder oder Jugendliche, die aufgrund der Schädigungsfolgen zum leistungsberechtigten Personenkreis im Sinne von § 27 Absatz 3 des Achten Buches gehören, erhalten Leistungen zur Sozialen Teilhabe entsprechend §§ 35f, 35h und 35i des Achten Buches.</b></p> <p>(2) [...]</p>	<p><b>§ 66 Leistungen zur Sozialen Teilhabe</b> (1) Geschädigte, die auf Grund der Schädigungsfolgen zum leistungsberechtigten Personenkreis im Sinne von § 99 des Neunten Buches gehören, erhalten Leistungen zur Sozialen Teilhabe entsprechend Teil 2 Kapitel 6 des Neunten Buches. <b>Geschädigte Kinder oder Jugendliche, die aufgrund der Schädigungsfolgen zum leistungsberechtigten Personenkreis im Sinne von § 27 Absatz 3 des Achten Buches gehören, erhalten Leistungen zur Sozialen Teilhabe entsprechend §§ 35f, 35h und 35i des Achten Buches.</b></p> <p>(2) [...]</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 93 Leistungen zum Lebensunterhalt</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Sind für Geschädigte und Waisen Leistungen zum Lebensunterhalt während der Erbringung von Leistungen nach dem Achten Buch erforderlich, erbringt diese der Träger der Sozialen Entschädigung nach Maßgabe des Absatzes 1, soweit nicht der Träger der öffentlichen Jugendhilfe Leistungen nach § 39 des Achten Buches erbringt.</p> <p>(3) [...]</p> <p>[...]</p>	<p><b>§ 93 Leistungen zum Lebensunterhalt</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Sind für Geschädigte und Waisen Leistungen zum Lebensunterhalt während der Erbringung von Leistungen nach dem Achten Buch erforderlich, erbringt diese der Träger der Sozialen Entschädigung nach Maßgabe des Absatzes 1, soweit nicht der Träger der öffentlichen Jugendhilfe Leistungen nach § 39c des Achten Buches erbringt.</p> <p>(3) [...]</p> <p>[...]</p>	<p><b>§ 93 Leistungen zum Lebensunterhalt</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) Sind für Geschädigte und Waisen Leistungen zum Lebensunterhalt während der Erbringung von Leistungen nach dem Achten Buch erforderlich, erbringt diese der Träger der Sozialen Entschädigung nach Maßgabe des Absatzes 1, soweit nicht der Träger der öffentlichen Jugendhilfe Leistungen nach § 39c des Achten Buches erbringt.</p> <p>(3) [...]</p> <p>[...]</p>
<b>Jugendschutzgesetz (JuSchG)</b>		
<p><b>§ 9 Alkoholische Getränke</b></p> <p>[...]</p> <p><del>(2) Absatz 1 Nummer 1 gilt nicht, wenn Jugendliche von einer personensorgeberechtigten Person begleitet werden.</del></p> <p>(3) In der Öffentlichkeit dürfen alkoholische Getränke nicht in Automaten angeboten werden. Dies gilt nicht, wenn ein Automat</p> <p>1. an einem für Kinder und Jugendliche unzugänglichen Ort aufgestellt ist oder</p>		<p><b>§ 9 Alkoholische Getränke</b></p> <p>[...]</p> <p>(2) In der Öffentlichkeit dürfen alkoholische Getränke nicht in Automaten angeboten werden. Dies gilt nicht, wenn ein Automat</p> <p>1. an einem für Kinder und Jugendliche unzugänglichen Ort aufgestellt ist oder</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>2. in einem gewerblich genutzten Raum aufgestellt und durch technische Vorrichtungen oder durch ständige Aufsicht sichergestellt ist, dass Kinder und Jugendliche alkoholische Getränke nicht entnehmen können.</p> <p>§ 20 Nr. 1 des Gaststättengesetzes bleibt unberührt.</p> <p>(4) Alkoholhaltige Süßgetränke im Sinne des § 1 Abs. 2 und 3 des Alkopopsteuergesetzes dürfen gewerbsmäßig nur mit dem Hinweis „Abgabe an Personen unter 18 Jahren verboten, § 9 Jugendschutzgesetz“ in den Verkehr gebracht werden. Dieser Hinweis ist auf der Fertigpackung in der gleichen Schriftart und in der gleichen Größe und Farbe wie die Marken- oder Phantasienamen oder, soweit nicht vorhanden, wie die Verkehrsbezeichnung zu halten und bei Flaschen auf dem Frontetikett anzubringen.</p>		<p>2. in einem gewerblich genutzten Raum aufgestellt und durch technische Vorrichtungen oder durch ständige Aufsicht sichergestellt ist, dass Kinder und Jugendliche alkoholische Getränke nicht entnehmen können.</p> <p>§ 20 Nr. 1 des Gaststättengesetzes bleibt unberührt.</p> <p>(3) Alkoholhaltige Süßgetränke im Sinne des § 1 Abs. 2 und 3 des Alkopopsteuergesetzes dürfen gewerbsmäßig nur mit dem Hinweis „Abgabe an Personen unter 18 Jahren verboten, § 9 Jugendschutzgesetz“ in den Verkehr gebracht werden. Dieser Hinweis ist auf der Fertigpackung in der gleichen Schriftart und in der gleichen Größe und Farbe wie die Marken- oder Phantasienamen oder, soweit nicht vorhanden, wie die Verkehrsbezeichnung zu halten und bei Flaschen auf dem Frontetikett anzubringen.</p>
<b>Sozialgerichtsgesetz (SGG)</b>		
<p><b>§ 10</b></p> <p>(1) Bei den Sozialgerichten werden Kammern für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitsförderung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit, für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsu-</p>	<p><b>§ 10</b></p> <p>(1) Bei den Sozialgerichten werden Kammern für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitsförderung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit, für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsu-</p>	<p>[keine Änderungen vorgesehen]</p>

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>chende, für Angelegenheiten der Sozialhilfe einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie für Angelegenheiten des Sozialen Entschädigungsrechts, des Soldatenentschädigungsrechts und des Schwerbehindertenrechts gebildet. Für Angelegenheiten der Knappschaftsversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau können eigene Kammern gebildet werden.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>chende[,]* <b>für Angelegenheiten nach dem Vierten Abschnitt des Zweiten Kapitels des Achten Buches Sozialgesetzbuch</b>, für Angelegenheiten der Sozialhilfe einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie für Angelegenheiten des sozialen Entschädigungsrechts und des Schwerbehindertenrechts gebildet. Für Angelegenheiten der Knappschaftsversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau können eigene Kammern gebildet werden.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	
<p><b>§ 12</b></p> <p>[...]</p> <p>(5) In den Kammern für Angelegenheiten der Sozialhilfe einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und des Asylbewerberleistungsgesetzes wirken ehrenamtliche Richter aus den Vorschlagslisten der Kreise und der kreisfreien Städte mit</p>	<p><b>§ 12</b></p> <p>[...]</p> <p>(5) In den Kammern für Angelegenheiten der Sozialhilfe einschließlich der Angelegenheiten <b>des Vierten Abschnitts des Zweiten Kapitels des Achten Buches Sozialgesetzbuch</b>, nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und des Asylbewerberleistungsgesetzes wirken ehrenamtliche Richter aus den Vorschlagslisten der Kreise und der kreisfreien Städte mit.</p>	

\* Redaktionelle Korrektur abweichend vom Regierungsentwurf.

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 13</b> [...] (4) Die Zahl der ehrenamtlichen Richter, die für die Kammern für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitsförderung, der Grundsicherung für Arbeitsuchende, der Sozialhilfe einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und des Asylbewerberleistungsgesetzes, des Sozialen Entschädigungsrechts und des Schwerbehindertenrechts zu berufen sind, bestimmt sich nach Landesrecht; die Zahl der ehrenamtlichen Richter für die Kammern für Angelegenheiten der Knappschaftsversicherung und für Angelegenheiten des Vertragsarztrechts ist je besonders festzusetzen.  (5) [...] [...]</p>	<p><b>§ 13</b> [...] (4) Die Zahl der ehrenamtlichen Richter, die für die Kammern für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitsförderung, der Grundsicherung für Arbeitsuchende, <b>des Vierten Abschnitts des Zweiten Kapitels des Achten Buches Sozialgesetzbuch</b>, der Sozialhilfe einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und des Asylbewerberleistungsgesetzes, des Sozialen Entschädigungsrechts und des Schwerbehindertenrechts zu berufen sind, bestimmt sich nach Landesrecht; die Zahl der ehrenamtlichen Richter für die Kammern für Angelegenheiten der Knappschaftsversicherung und für Angelegenheiten des Vertragsarztrechts ist je besonders festzusetzen.  (5) [...] [...]</p>	
<p><b>§ 14</b> [...] (4) Die Vorschlagslisten für die ehrenamtlichen Richter, die in den Kammern für Angelegenheiten der Sozialhilfe einschließlich der Angelegen-</p>	<p><b>§ 14</b> [...] (4) Die Vorschlagslisten für die ehrenamtlichen Richter, die in den Kammern für Angelegenheiten <b>des Vierten Abschnitts des Zweiten Kapitels des Achten Buches Sozialgesetzbuch</b>, der</p>	

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>heiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und des Asylbewerberleistungsgesetzes mitwirken, werden von den Kreisen und den kreisfreien Städten aufgestellt.</p>	<p>Sozialhilfe einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und des Asylbewerberleistungsgesetzes mitwirken, werden von den Kreisen und den kreisfreien Städten aufgestellt.</p>	
<p><b>§ 31</b>                      (1) Bei den Landessozialgerichten werden Senate für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitsförderung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit, für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende, für Angelegenheiten der Sozialhilfe einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie für Angelegenheiten des Sozialen Entschädigungsrechts, des Soldatenentschädigungsrechts und des Schwerbehindertenrechts gebildet. Für Angelegenheiten der Knappschaftsversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau sowie für Verfahren wegen eines überlangen Gerichtsverfahrens (§ 202 Satz 2) kann jeweils ein eigener Senat gebildet werden.</p> <p>(2) [...]                      [...]</p>	<p><b>§ 31</b>                      (1) Bei den Landessozialgerichten werden Senate für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitsförderung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit, für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende, <b>für Angelegenheiten nach dem Vierten Abschnitt des Zweiten Kapitels des Achten Buches Sozialgesetzbuch</b>, für Angelegenheiten der Sozialhilfe einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie für Angelegenheiten des Sozialen Entschädigungsrechts und des Schwerbehindertenrechts gebildet. Für Angelegenheiten der Knappschaftsversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau sowie für Verfahren wegen eines überlangen Gerichtsverfahrens (§ 202 Satz 2) kann jeweils ein eigener Senat gebildet werden.</p> <p>(2) [...]                      [...]</p>	

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 51</b></p> <p>(1) Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit entscheiden über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. in Angelegenheiten der gesetzlichen Rentenversicherung einschließlich der Alterssicherung der Landwirte,</li> <li>2. in Angelegenheiten der gesetzlichen Krankenversicherung, der sozialen Pflegeversicherung und der privaten Pflegeversicherung (Elftes Buch Sozialgesetzbuch), auch soweit durch diese Angelegenheiten Dritte betroffen werden; dies gilt nicht für Streitigkeiten in Angelegenheiten nach § 110 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch aufgrund einer Kündigung von Versorgungsverträgen, die für Hochschulkliniken oder Plankrankenhäuser (§ 108 Nr. 1 und 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch) gelten,</li> <li>3. in Angelegenheiten der gesetzlichen Unfallversicherung mit Ausnahme der Streitigkeiten aufgrund der Überwachung der Maßnahmen zur Prävention durch die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung,</li> <li>4. in Angelegenheiten der Arbeitsförderung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit,</li> <li>4a. in Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende,</li> </ol>	<p><b>§ 51</b></p> <p>(1) Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit entscheiden über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. in Angelegenheiten der gesetzlichen Rentenversicherung einschließlich der Alterssicherung der Landwirte,</li> <li>2. in Angelegenheiten der gesetzlichen Krankenversicherung, der sozialen Pflegeversicherung und der privaten Pflegeversicherung (Elftes Buch Sozialgesetzbuch), auch soweit durch diese Angelegenheiten Dritte betroffen werden; dies gilt nicht für Streitigkeiten in Angelegenheiten nach § 110 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch aufgrund einer Kündigung von Versorgungsverträgen, die für Hochschulkliniken oder Plankrankenhäuser (§ 108 Nr. 1 und 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch) gelten,</li> <li>3. in Angelegenheiten der gesetzlichen Unfallversicherung mit Ausnahme der Streitigkeiten aufgrund der Überwachung der Maßnahmen zur Prävention durch die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung,</li> <li>4. in Angelegenheiten der Arbeitsförderung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit,</li> <li>4a. in Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende,</li> </ol>	

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p>5. in sonstigen Angelegenheiten der Sozialversicherung,</p> <p>6. in Angelegenheiten des Sozialen Entschädigungsrechts,</p> <p>6a. in Angelegenheiten der Sozialhilfe einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und des Asylbewerberleistungsgesetzes,</p> <p>7. bei der Feststellung von Behinderungen und ihrem Grad sowie weiterer gesundheitlicher Merkmale, ferner der Ausstellung, Verlängerung, Berichtigung und Einziehung von Ausweisen nach § 152 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch,</p> <p>8. die aufgrund des Aufwendungsausgleichsgesetzes entstehen,</p> <p>9. in Angelegenheiten des Soldatenentschädigungsgesetzes,</p> <p>10. für die durch Gesetz der Rechtsweg vor diesen Gerichten eröffnet wird.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	<p>5. in sonstigen Angelegenheiten der Sozialversicherung,</p> <p>6. in Angelegenheiten des Sozialen Entschädigungsrechts,</p> <p>6a. in Angelegenheiten der Sozialhilfe einschließlich der Angelegenheiten nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch und des Asylbewerberleistungsgesetzes,</p> <p><b>6b. in Angelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe nach dem Vierten Abschnitt des Zweiten Kapitels des Achten Buches Sozialgesetzbuch,</b></p> <p>7. bei der Feststellung von Behinderungen und ihrem Grad sowie weiterer gesundheitlicher Merkmale, ferner der Ausstellung, Verlängerung, Berichtigung und Einziehung von Ausweisen nach § 152 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch,</p> <p>8. die aufgrund des Aufwendungsausgleichsgesetzes entstehen,</p> <p>9. (weggefallen)</p> <p>10. für die durch Gesetz der Rechtsweg vor diesen Gerichten eröffnet wird.</p> <p>(2) [...]</p> <p>[...]</p>	

Aktuelle Fassung	IKJHG-RegE vom 27.11.2024	1. KJHSRG-RefE vom 23.3.2026
<p><b>§ 75</b> [...]</p> <p>(2) Sind an dem streitigen Rechtsverhältnis Dritte derart beteiligt, daß die Entscheidung auch ihnen gegenüber nur einheitlich ergehen kann oder ergibt sich im Verfahren, daß bei der Ablehnung des Anspruchs ein anderer Versicherungsträger, ein Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende, ein Träger der Sozialhilfe einschließlich der Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch, ein Träger der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder in Angelegenheiten des Sozialen Entschädigungsrechts ein Land als leistungspflichtig in Betracht kommt, so sind sie beizuladen.</p> <p>(2a) [...] [...]</p> <p>(5) Ein Versicherungsträger, ein Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende, ein Träger der Sozialhilfe einschließlich der Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch, ein Träger der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder in Angelegenheiten des Sozialen Entschädigungsrechts ein Land kann nach Beiladung verurteilt werden.</p>	<p><b>§ 75</b> [...]</p> <p>(2) Sind an dem streitigen Rechtsverhältnis Dritte derart beteiligt, daß die Entscheidung auch ihnen gegenüber nur einheitlich ergehen kann oder ergibt sich im Verfahren, daß bei der Ablehnung des Anspruchs ein anderer Versicherungsträger, ein Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende, ein Träger der Sozialhilfe einschließlich der Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch, ein Träger der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder in Angelegenheiten des Sozialen Entschädigungsrechts ein Land als leistungspflichtig in Betracht kommt, so sind sie beizuladen.</p> <p>(2a) [...] [...]</p> <p>(5) Ein Versicherungsträger, ein Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende, ein Träger der Sozialhilfe einschließlich der Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch, ein Träger der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder in Angelegenheiten des Sozialen Entschädigungsrechts ein Land kann nach Beiladung verurteilt werden.</p>	

**Sitzungsvorlage-Nr. 51/1000/XVIII/2026**

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung	Zuständigkeit
Jugendhilfeausschuss	03.06.2026	öffentlich	Kenntnisnahme

**Tagesordnungspunkt:  
Personalbemessung im Kreisjugendamt**

**Sachverhalt:**

**1. Rechtliche Grundlagen und Zielsetzung des Gesetzgebers**

Mit dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) hat der Bundesgesetzgeber im Jahr 2021 die Anforderungen an die personelle Ausstattung der Jugendämter erstmals ausdrücklich konkretisiert. Seitdem verpflichtet § 79 Abs. 3 SGB VIII die Träger der öffentlichen Jugendhilfe dazu, zur Planung und Bereitstellung einer bedarfsgerechten Personalausstattung ein Verfahren zur Personalbemessung zu nutzen.

*„Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben für eine ausreichende Ausstattung der Jugendämter und der Landesjugendämter einschließlich der Möglichkeit der Nutzung digitaler Geräte zu sorgen; hierzu gehört auch eine dem Bedarf entsprechende Zahl von Fachkräften. Zur Planung und Bereitstellung einer bedarfsgerechten Personalausstattung ist ein Verfahren zur Personalbemessung zu nutzen.“*

Die Verwaltung des Jugendamtes des Rhein-Kreises Neuss bereitet derzeit ein entsprechendes Personalbemessungsverfahren für den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) vor. Die Ergebnisse sollen voraussichtlich im Oktober 2026 in die politische Beratung eingebracht werden. Mit der vorliegenden Informationsvorlage soll der Jugendhilfeausschuss frühzeitig über die rechtlichen Grundlagen, die gesetzgeberischen Zielsetzungen sowie die fachlichen Hintergründe sowie den geplanten Beratungsablauf informiert werden.

Die gesetzliche Verpflichtung betrifft nicht nur einzelne Aufgabenbereiche, sondern grundsätzlich sämtliche Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe. In der fachlichen Diskussion steht derzeit jedoch insbesondere der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) im Fokus, da dort hoheitliche Aufgaben des Kinderschutzes sowie besonders belastende und zeitkritische Fallkonstellationen bearbeitet werden. Die Verwaltung hat sich angesichts notwendiger Aufgaben Priorisierung daher dazu entschlossen, mit der Implementierung einer solchen Personalbemessung in der Abteilung 51.1 zu beginnen.

Mit der gesetzlichen Neuregelung reagierte der Bundesgesetzgeber auf bundesweit seit Jahren geführte Diskussionen über die Qualität und Verlässlichkeit staatlicher Kinderschutzstrukturen. Die Regelung wird ergänzt durch § 79a SGB VIII, welche eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung der öffentlichen Jugendhilfe ebenfalls gesetzlich normiert. Die Gesetzesänderungen verfolgten ausweislich der Gesetzesmaterialien insbesondere folgende Zielsetzungen:

- Sicherstellung eines wirksamen Kinderschutzes,
- Schaffung verlässlicher fachlicher Rahmenbedingungen,
- stärkere fachliche und organisatorische Steuerbarkeit der Jugendämter,
- bessere Nachvollziehbarkeit personalwirtschaftlicher Entscheidungen gegenüber Politik und Aufsicht

Der Gesetzgeber wollte damit zugleich verdeutlichen, dass die Qualität der Aufgabenerfüllung im Jugendamt unmittelbar von ausreichenden personellen Ressourcen und fachlichen Qualitätsstandards abhängt.

Bereits vor der Gesetzesänderung bestand die allgemeine Verpflichtung zu einer „ausreichenden Ausstattung“ der Jugendämter. Allerdings existierten bundesweit sehr unterschiedliche Ansätze zur Bemessung des tatsächlichen Personalbedarfs. In vielen Kommunen erfolgte die Personalplanung überwiegend anhand historisch gewachsener Stellenpläne oder pauschaler Fallzahlrelationen - So auch im Rhein-Kreis Neuss. Gleichzeitig nahmen Umfang und Komplexität der Aufgaben der Jugendämter über viele Jahre kontinuierlich zu. Hierzu zählen unter anderem:

- steigende Anforderungen im Kinderschutz,
- Ausbau präventiver Hilfen,
- höhere Dokumentations- und Verfahrensanforderungen,
- zunehmende familiengerichtliche Beteiligungen,
- komplexere Fallverläufe,
- stärkere Vernetzungs- und Kooperationspflichten,
- steigende Anforderungen an Beteiligung und Schutzrechte junger Menschen.

## **2. Bedeutung eines Personalbemessungsverfahrens**

Ein Personalbemessungsverfahren dient dazu, den tatsächlichen Personalbedarf anhand nachvollziehbarer fachlicher Kriterien systematisch zu ermitteln. Hierbei geht es nicht ausschließlich um Fallzahlen. Moderne Personalbemessungsverfahren berücksichtigen regelmäßig unter anderem:

- durchschnittliche Bearbeitungszeiten,
- gesetzliche Verfahrensanforderungen,
- Qualitätsstandards,

- Ausfallzeiten,
- Fortbildungs- und Beratungsbedarfe,
- Leitungs- und Koordinierungsaufgaben,
- Kooperationen und Netzwerkarbeit,
- Dokumentations- und Verwaltungsaufwand.

Die Verfahren sollen eine fachlich begründete und transparente Grundlage für Personalentscheidungen schaffen. Gleichzeitig ersetzen sie keine politische Entscheidung über die tatsächliche Bereitstellung von Stellen und Haushaltsmitteln.

### **3. Bisheriger Projektverlauf und organisatorisches Vorgehen der Verwaltung**

Die Einführung eines Personalbemessungsverfahrens nach § 79 Abs. 3 SGB VIII stellt für viele Jugendämter einen organisatorisch und methodisch anspruchsvollen Entwicklungsprozess dar. Zahlreiche Kommunen bedienen sich hierzu externer Fachinstitute. Auch im Rhein-Kreis Neuss wurde diese Möglichkeit geprüft. Vergleichbare Verfahren wurden beispielsweise in den Städten Grevenbroich, Neuss und Dormagen unter externer Begleitung implementiert. Die Stadt Grevenbroich hat hierzu bereits in den Jahren 2020/2021 mit dem Institut für Sozialplanung und Organisationsentwicklung (In/S/O) zusammengearbeitet.

Der Rhein-Kreis Neuss verfolgt demgegenüber traditionell den Grundsatz, Verwaltungs- und Organisationskompetenzen nach Möglichkeit innerhalb der eigenen Verwaltung aufzubauen und dauerhaft vorzuhalten. Vor diesem Hintergrund wurde zunächst bewusst auf die Beauftragung eines externen Beratungsinstituts verzichtet.

Gleichzeitig bestand innerhalb der Verwaltung die Erkenntnis, dass die neuen gesetzlichen Anforderungen aus §§ 79 und 79a SGB VIII künftig zusätzliche Kompetenzen im Bereich Qualitätsmanagement, Prozesssteuerung und Organisationsentwicklung erfordern. Der Kreistag hat daher im Jahr 2024 eine zusätzliche Stelle zum Aufbau eines Qualitätsmanagements im Jugendamt geschaffen.

Die Stelle konnte mit Frau Heike Schmidt besetzt werden, die über langjährige praktische Erfahrung im Allgemeinen Sozialen Dienst verfügt. Nach einer ersten Einarbeitung und fachlichen Qualifizierung im Bereich Prozessmanagement hat Frau Schmidt seit dem Frühjahr 2025 mit dem Aufbau entsprechender Organisations- und Qualitätsstrukturen im Jugendamt begonnen. Die Prozessmodellierung bildet hierbei sowohl für Qualitätsmanagementsysteme als auch für Personalbemessungsverfahren eine zentrale fachliche Grundlage.

Im Frühjahr 2025 eröffnete der Landschaftsverband Rheinland (LVR) nordrhein-westfälischen Jugendämtern die Möglichkeit, an einem Pre-Testverfahren für ein neu entwickeltes Personalbemessungstool teilzunehmen. Das Jugendamt des Rhein-Kreises Neuss hat sich erfolgreich um eine Teilnahme beworben und wurde in die Testgruppe aufgenommen.

Das durch den LVR entwickelte Instrument basiert auf der gemeinsamen Empfehlung der Landesjugendämter Rheinland und Westfalen-Lippe zur Personalbemessung im Allgemeinen Sozialen Dienst. Technisch handelt es sich um ein differenziertes Berechnungs- und

Auswertungstool, das durch die jeweiligen Jugendämter individuell mit fachlichen und organisatorischen Daten zu befüllen ist.

Zur Umsetzung wurde im Rhein-Kreis Neuss im Herbst 2025 eine operative Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Fachamtes sowie der Organisationsabteilung (ZS II) eingerichtet. Ergänzend wurde eine übergeordnete Steuerungsgruppe gebildet. Seit Oktober 2025 arbeitet diese Struktur kontinuierlich an der Erhebung, Analyse und Bewertung der erforderlichen Daten.

Im Rahmen des Verfahrens wurden bislang insgesamt neun Kernprozesse mit 83 Teilprozessen analysiert und strukturiert erfasst. Die Arbeitsgruppe hat hierzu insbesondere:

- Fallzahlen ausgewertet,
- mittlere Bearbeitungszeiten geschätzt,
- Prozessabläufe analysiert,
- Fahrt- und Nebenzeiten bewertet,
- sowie externe Vergleichswerte herangezogen.

Die Einschätzungen erfolgen dabei nicht ausschließlich durch die Steuerungsgruppe, sondern unter aktiver Beteiligung der Mitarbeitenden des Allgemeinen Sozialen Dienstes. Ergänzend werden Kennzahlen und Vergleichswerte anderer Verfahren und Institutionen berücksichtigt, unter anderem aus den Empfehlungen der Landesjugendämter sowie aus Vergleichsmodellen anderer Bundesländer.

#### **4. Aktueller Zeitplan**

Die Verwaltung geht derzeit davon aus, dass die eigentliche Datenerhebung bis zu den Sommerferien 2026 weitgehend abgeschlossen werden kann. Im Anschluss erfolgt eine vertiefte Analyse- und Bewertungsphase innerhalb der Steuerungsgruppe unter erneuter Beteiligung der Organisationsabteilung (ZS II). Ziel ist es, auf dieser Grundlage ein fachlich belastbares und dauerhaft fortschreibbares Personalbemessungsinstrument zu entwickeln. Durch die Nutzung des vom LVR entwickelten Tools, die Orientierung an den Empfehlungen der Landesjugendämter sowie die verwaltungsinterne Kombination aus Fachpraxis, Organisationsentwicklung und Qualitätsmanagement erwartet die Verwaltung, ein Personalbemessungsverfahren mit hoher fachlicher Aussagekraft entwickeln zu können, ohne hierfür zusätzliche externe Beratungskosten auslösen zu müssen.

Die Ergebnisse der Personalbemessung sollen dem Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 08.10.2026 detailliert vorgestellt werden.

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationen zur Erarbeitung eines Personalbemessungsinstrumentes im Kreisjugendamt gem. § 79 Abs. 3 SGB VIII, hier zunächst in der Abteilung 51.1 Soziale Dienste, zustimmend zur Kenntnis.



**Sitzungsvorlage-Nr. 51/0923/XVIII/2026**

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung	Zuständigkeit
Jugendhilfeausschuss	03.06.2026	öffentlich	Vorberatung
Kreistag	24.06.2026	öffentlich	Entscheidung

**Tagesordnungspunkt:**

**Neue Satzung für das Jugendamt des Rhein-Kreises Neuss**

**Sachverhalt:**

Die Satzung des Jugendamtes wurde zuletzt mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 17.02.2021 und der Bestätigung des Kreistages vom 24.03.2021 geändert.

Aufgrund der Änderungen der Gemeindeordnung und der Kreisordnung NRW vom 14.07.2024 und der Ausführungsgesetze 1. AG KJHG und 3. AG KJHG NRW vom 10.06.2025 kann nun auch eine Vertretung der örtlichen Jugendselfstvertretung als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss entsandt werden. Aus diesem Grund wird im § 4 Absatz 7 der Buchstabe n) neu aufgenommen  
 „n) eine Vertretung der örtlichen Jugendselfstvertretung“.  
 Die bisherigen Buchstaben n und o werden zu o und p.

Im Übrigen wurden die Bezeichnungen der Mitglieder/Funktionsträger und die Gesetzesgrundlagen angepasst.

Die Änderungen sind in der beigefügten Satzung zur Verdeutlichung markiert.

**Beschlussempfehlung:**

Der Kreisjugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreistag, die folgende Satzung zu beschließen.

**Anlagen:**

Neue Satzung Jugendamt

## **Satzung**

### **für das Jugendamt des Rhein-Kreises Neuss**

#### **vom**

Der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss hat in seiner Sitzung am [REDACTED] aufgrund der §§ 69 ff. des Sozialgesetzbuchs (SGB) - Achtes Buch (VIII) – Kinder- und Jugendhilfe – (Artikel 1 des Gesetzes vom 26.06.1990, BGBl. I, S. 1163), in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03. April 2025 (BGBl. I, Nr. 107), des § 3 Abs. 2 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – AG-KJHG – vom 12. Dezember 1990 (GV. NRW.S. 664), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. Juni 2025 (GV. NRW. S. 572) und des § 7 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - GO NRW - in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 05. Juli 2024 (GV. NRW. S.444) / des § 5 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - KrO NRW - in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 646), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 05. Juli 2024 (GV. NRW. S. 444), folgende Satzung für das Jugendamt beschlossen:

#### **I. Das Jugendamt**

##### **§ 1** **Aufbau**

Das Jugendamt besteht aus dem Jugendhilfeausschuss und der Verwaltung des Jugendamtes.

##### **§ 2** **Zuständigkeit**

Das Jugendamt ist nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und dieser Satzung für alle Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe im Gebiet der Städte Korschenbroich und Jüchen und der Gemeinde Rommerskirchen zuständig.

##### **§ 3** **Aufgaben**

- (1) Das Jugendamt ist Mittel- und Sammelpunkt aller Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe. Die Entfaltung der Persönlichkeit des jungen Menschen und die Stärkung und Erhaltung der Erziehungskraft der Familie sollen bei allen Maßnahmen der öffentlichen Jugendhilfe im Vordergrund stehen.

- (2) Das Jugendamt arbeitet eng mit den Kräften der freien Jugendhilfe und allen behördlichen Stellen, die sich mit den Angelegenheiten der Kinder, Jugendlichen, jungen Menschen und Familien befassen, zusammen. Hierzu gehören insbesondere die übrigen Dienststellen der Verwaltung, das Jugendgericht, das Familiengericht, die Bundesagentur für Arbeit sowie die Schul- und Polizeibehörden. Es beachtet hierbei die Selbständigkeit der freien Träger in ihrer Zielsetzung und Durchführung der Jugendhilfeaufgaben sowie in der Gestaltung ihrer Organisationsstruktur.

## II. Der Jugendhilfeausschuss

### § 4 Mitglieder

- (1) Dem Jugendhilfeausschuss gehören 15 stimmberechtigte und 15 beratende Mitglieder an. Die Funktionsbezeichnungen nach dieser Geschäftsordnung gelten jeweils in der weiblichen oder männlichen Form.
- (2) Die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder der Vertretungskörperschaft oder von ihr gewählter **Personen**, die in der Jugendhilfe erfahren sind (§ 71 Abs. 1 Ziffer 1 SGB VIII), beträgt 9, und die Zahl der Mitglieder, die von den im Bereich des Jugendamtes wirkenden und anerkannten freien Träger vorgeschlagen werden (§ 71 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII), beträgt 6.
- (3) Die Mitglieder werden vom Kreistag gewählt. Für jedes Mitglied ist **eine persönliche Stellvertretung** zu wählen.
- (4) Das Wahlverfahren richtet sich nach dem Ersten Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (Erstes AG-KJHG), der Kreisordnung (KrO NRW) und der Geschäftsordnung des Kreistages.
- (5) Die stimmberechtigten Mitglieder werden für die Dauer der Wahlzeit des Kreistages gewählt. Zum stimmberechtigten Mitglied des Jugendhilfeausschusses kann nur gewählt werden, wer der Vertretungskörperschaft angehören kann. Bei der Wahl sind Frauen angemessen zu berücksichtigen. Ziel ist, ein paritätisches Geschlechterverhältnis anzustreben.
- (6) **Die Vorsitzende/ der Vorsitzende** des Jugendhilfeausschusses und die Stellvertretung werden von den stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses aus den Mitgliedern, die dem Kreistag angehören, gewählt.
- (7) Als beratende Mitglieder gehören dem Jugendhilfeausschuss an:
- die Hauptverwaltungsbeamtin/ der Hauptverwaltungsbeamte** oder **eine von ihr/ihm bestellte Vertretung**;
  - die Leitung des Jugendamtes** oder deren **Vertretung**;
  - ein/e Richter/in** des Vormundschaftsgerichtes oder des Familiengerichtes oder **ein/e Jugendrichter/in**, die/der von der Präsidentin/ dem Präsidenten des Landgerichts Düsseldorf bestellt wird;
  - eine Vertretung der Arbeitsverwaltung**, die **von der Geschäftsführung** der Agentur für Arbeit Mönchengladbach bestellt wird;
  - eine Lehrerin und ein Lehrer** – **eine/r dieser beiden** aus dem Lehrkörper der berufsbildenden Schulen -, die von der Bezirksregierung Düsseldorf benannt werden;
  - eine Vertretung der Polizei**, die **von der Landrätin/dem Landrat** als Polizeibehörde bestellt wird;
  - je eine Vertretung der Katholischen Kirche und der Evangelischen Kirche sowie der Jüdischen und der Islamischen Kulturgemeinde, falls Gemeinden dieses Bekenntnisses im Bezirk des Jugendamtes bestehen; sie werden von der zuständigen Stelle der Religionsgemeinschaften bestellt;
  - die Vorsitzende/ der Vorsitzende** des Stadtjugendringes Korschenbroich;
  - die Vorsitzende/ der Vorsitzende** des Stadtjugendringes Jüchen;
  - die Vorsitzende/ der Vorsitzende** des Gemeindejugendringes Rommerskirchen;

- k) eine Vertretung der Sportjugend im Kreissportbund Neuss e.V.;
- l) eine Vertretung der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände;
- m) eine Vertretung aus dem Jugendamtselternbeirat;
- n) eine Vertretung der örtlichen Jugendselfbstvertretung
- o) weitere sachkundige Personen nach § 5 Abs. 3 AG-KJHG, die vom Kreistag nach den Bestimmungen des AG-KJHG und der KrO NRW gewählt werden;
- p) beratende Mitglieder gem. § 41 Abs. 3 S. 7 Kreisordnung (KrO NRW).

(8) Für jedes beratende Mitglied nach Abs. 7 Buchstabe c) bis o) ist eine Stellvertretung zu bestellen.

## **§ 5 Ende der Mitgliedschaft**

- (1) Die Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss endet mit Ablauf der Wahlzeit des Kreistages. Die Mitglieder und ihre Stellvertretung üben ihre Tätigkeit nach Ablauf der Wahlzeit bis zum ersten Zusammentreten des neu gebildeten Jugendhilfeausschusses weiter aus.
- (2) Mitgliedschaft und stellvertretende Mitgliedschaft erlöschen
  1. durch Niederlegung des Mandates:
  2. bei den Mitgliedern nach § 71 Abs. 1 Nr. 1 SGB VIII durch Ausscheiden aus dem Kreistag;
  3. bei den Mitgliedern nach § 4 Absatz 7 Buchstabe c) bis o), wenn das Mitglied von der Stelle, die es vorgeschlagen hat oder gewählt hat, abberufen wird.
- (3) Scheidet ein Mitglied oder seine Stellvertretung vor Ablauf der Wahlzeit aus, so ist ein Ersatzmitglied (Ersatzstellvertretung) für den Rest der Wahlzeit auf Vorschlag derjenigen Stelle, die das ausgeschiedene Mitglied (die ausgeschiedene Stellvertretung) vorgeschlagen hatte, zu ernennen und zu wählen. Bis zur Ernennung oder Wahl werden die Rechte des ausgeschiedenen Mitglieds vom stellvertretenden Mitglied ausgeübt.

## **§ 6 Teilnahme weiterer Personen**

- (1) An den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses nehmen bei Bedarf die Abteilungsleitungen des Jugendamtes teil. Weitere Fachkräfte des Jugendamtes können bei Bedarf hinzugezogen werden.
- (2) Der Jugendhilfeausschuss kann Sachverständige zur Teilnahme an Sitzungen einladen.

## **§ 7 Aufgaben des Jugendhilfeausschusses**

- (1) Der Jugendhilfeausschuss befasst sich aufgrund § 71 Abs. 3 SGB VIII mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe, insbesondere mit
  1. der Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien sowie mit Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe,
  2. der Jugendhilfeplanung (§ 80 SGB VIII) und
  3. der Förderung der freien Jugendhilfe (§ 4 Abs. 3, § 74 SGB VIII).
- (2) Der Jugendhilfeausschuss hat Beschlussrecht in Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der von der Vertretungskörperschaft bereitgestellten Mittel, der von ihr erlassenen Satzungen und der von ihr gefassten Beschlüsse. Er soll vor jeder Beschlussfassung der Vertretungskörperschaft in Fragen der Jugendhilfe und vor der Berufung einer Leitung des Jugendamts gehört werden und hat das Recht, an die Vertretungskörperschaft Anträge zu stellen. Er tritt nach Bedarf zusammen und ist auf Antrag von mindestens einem Fünftel der Stimmberechtigten einzuberufen. Seine Sitzungen sind öffentlich, soweit nicht das Wohl der Allgemeinheit, berechnigte Interessen einzelner Personen oder schutzbedürftiger Gruppen entgegenstehen.

- (3) Der Jugendhilfeausschuss nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:
1. Die Aufstellung von Richtlinien und Grundsätzen für
    - a) die Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe;
    - b) die Festsetzung der Leistungen oder der Hilfe zur Erziehung, soweit diese nicht durch Landesrecht geregelt werden;
    - c) die Übertragung von einzelnen Geschäften oder Gruppen von Geschäften auf Träger der freien Jugendhilfe nach § 76 SGB VIII;
    - d) Vorberatung des Haushaltsplanes der öffentlichen Jugendhilfe.
  2. Die Entscheidung über
    - a) die Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII;
    - b) die Förderung der Träger der freien Jugendhilfe nach § 4 Abs. 3, § 74 SGB VIII;
    - c) die öffentliche Anerkennung nach § 75 SGB VIII in Verbindung mit § 27 Erstes AG-KJHG;
    - d) den Bedarfsplan für die Kindertagesbetreuung gemäß §§ 79 und 80 SGB VIII in Verbindung mit §§ 1, 4, 25 bis 27 KiBiz;
    - e) die Verteilung der bedarfsgerechten Kindpauschalen gemäß §§ 32 bis 38 KiBiz;
    - f) die Aufstellung von Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendschöffen nach § 35 JGG;
  3. Die Anhörung vor der Berufung **der Leitung** des Jugendamtes nach § 71 Abs. 4 Satz 2 SGB VIII.
  4. Die Mitwirkung bei der Bearbeitung von Beschwerden und Widersprüchen gegen Entscheidungen, an welchen er beteiligt war.

## **§ 8 Unterausschüsse**

Für einzelne Aufgaben der Jugendhilfe können bei Bedarf Unterausschüsse ohne Entscheidungsbefugnis gebildet werden.

Die Mitglieder der Unterausschüsse werden vom Jugendhilfeausschuss aus seinen ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern gewählt.

Er bestimmt auch **die Vorsitzende/ den Vorsitzenden und ihre/ seine Stellvertretung**.

## **III. Die Verwaltung des Jugendamtes**

### **§ 9 Eingliederung**

Die Verwaltung des Jugendamtes ist eine besondere Dienststelle innerhalb der Kreisverwaltung. Sie zeichnet sich durch besondere Verantwortung gegenüber Kindern, Jugendlichen und Familien und übt diese Verantwortung eigenständig und vertraulich nach Maßgabe des SGB VIII aus.

### **§ 10 Aufgaben**

- (1) Der Verwaltung des Jugendamtes obliegen alle laufenden Geschäfte im Jugendamtsbereich.
- (2) Die der Verwaltung des Jugendamtes obliegenden Aufgaben werden **von der Landrätin/dem Landrat oder den von ihr/ihm Beauftragten** durchgeführt.
- (3) **Die Landrätin/der Landrat oder die von ihr/ihm Beauftragten** sind verpflichtet, die Vorsitzende/ den Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses über alle wichtigen Angelegenheiten der Verwaltung des Jugendamtes zu unterrichten.

- (4) Die Landrätin/der Landrat oder die von ihr/ihm Beauftragten bereiten die Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses vor und führen diese aus.

#### **IV. Schlussbestimmungen**

##### **§ 11 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am [redacted] in Kraft.  
Zugleich tritt die Satzung vom **01.04.2021** außer Kraft.

Grevenbroich, [redacted]

gez.

Reinhold



**Sitzungsvorlage-Nr. 51/0917/XVIII/2026**

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung	Zuständigkeit
Jugendhilfeausschuss	03.06.2026	öffentlich	Kenntnisnahme

**Tagesordnungspunkt:**

**Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Familienpflege**

**Sachverhalt:**

Kinder und Jugendliche können über die Jugendhilfe im Rahmen der Hilfen zur Erziehung (§§ 27/33 SGB VIII) oder der Eingliederungshilfe (§ 35a Abs. 2 Nr. 3 SGB VIII) kurzfristig, für einen begrenzten Zeitraum oder dauerhaft in einer Pflegefamilie leben.

Um die Rechte der in Pflegefamilien lebenden Kinder oder Jugendlichen zu sichern und sie vor Gewalt zu schützen, ist das Jugendamt gem. § 79a SGB VIII verpflichtet, die dafür notwendigen Qualitätsmerkmale zu entwickeln, anzuwenden und regelmäßig zu überprüfen.

Konkretisiert wird diese fachliche Leitlinie in § 37b SGB VIII und in § 10 LKSG NRW durch die Einführung von Schutzkonzepten für Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien, an deren Ausgestaltung die jeweiligen Pflegepersonen beteiligt werden sollen.

Vor diesem Hintergrund hat auch der Pflegekinderdienst des Kreisjugendamtes ein Schutzkonzept entwickelt. In der Sitzung des Kreisjugendhilfeausschusses wird das Konzept durch den Pflegekinderdienst vorgestellt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreisjugendhilfeausschuss nimmt das Konzept zur Sicherung der Rechte und des Schutzes vor Gefahren von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien zur Kenntnis.

**Anlagen:**

Schutzkonzept PKD



# Pflegekinderdienst Jugendamt Rhein-Kreis Neuss **Ö 3.1**

## Schutzkonzept für Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien

# Gesetzliche Grundlagen

- ✓ §1631 BGB – Recht auf Pflege und Erziehung unter Ausschluss von Gewalt, körperlichen Bestrafungen, seelischen Verletzungen und entwürdigenden Maßnahmen
- ✓ §1666 BGB – Bearbeitung und Vermeidung von Kindeswohlgefährdungen
- ✓ §1 SGB VIII – Recht auf Erziehung
- ✓ §8 SGB VIII – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- ✓ §8a SGB VIII – Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung
- ✓ §36 SGB VIII – Mitwirkung, Hilfeplan
- ✓ **§37 SGB VIII – Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Familienpflege**
- ✓ §1 KKG – Kinderschutz und staatliche Mitverantwortung

# Ein Schutzkonzept...

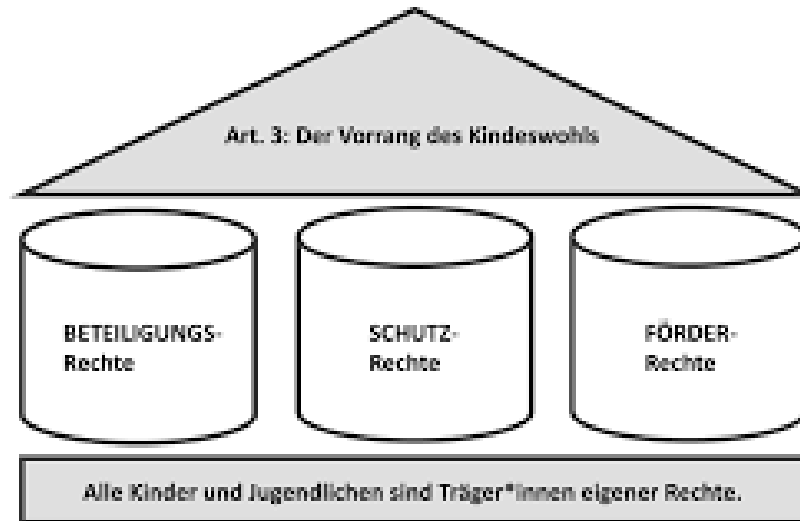
- ✓ ... ist Ausdruck einer Qualitätsentwicklung als Standard für Handlungsabläufe und Anregung zur kontinuierlichen Auseinandersetzung mit den entsprechenden Prozessen
- ✓ ... bietet Handlungssicherheit
- ✓ ... schafft Verbindlichkeit
- ✓ ... sensibilisiert für die Themen rund um den Kinderschutz
- ✓ ... wird regelmäßig überarbeitet und weiterentwickelt
- ✓ ... setzt die Auseinandersetzung mit den Themen Macht, Umgang mit Nähe und Distanz sowie der eigenen Haltung voraus
- ✓ ... basiert auf einer Grundhaltung von Wertschätzung, Respekt und Verantwortung sowie einer Kultur der Achtsamkeit

# Inhalte des Schutzkonzepts

- ✓ **Kinderrechte**
- ✓ **Beteiligung der Kinder**
- ✓ **Prävention**
- ✓ **Anregungs- und Beschwerdemöglichkeiten**
- ✓ **Intervention und Aufarbeitung**

# Kinderrechte

- ✓ Die 3 Säulen der UN-Kinderrechtskonvention



- ✓ Kinderrechte sind Erwachsenenpflicht!

## Kinder haben das Recht auf...

- ✓ Bildung und individuelle Förderung
- ✓ Eigentum
- ✓ körperliche und seelische Unversehrtheit
- ✓ Postgeheimnis
- ✓ Privatsphäre
- ✓ Taschengeld
- ✓ altersangemessene Sexualität
- ✓ Partizipation und Meinungsfreiheit
- ✓ Mediennutzung
- ✓ Schutz in den Medien
- ✓ Umgang/Kontakt mit Eltern/Familie
- ✓ Spiel, Freizeit und Erholung

## Wir geben Kindern eine Stimme!

- ✓ Voice – Kinder werden ermutigt, ihre Meinung zu äußern
- ✓ Choice – Kinder sollen die Wahl haben, Situationen, Regeln, Abläufe und Themen mitzubestimmen
- ✓ Exit – Es gibt immer eine Exit-Option!

## Beteiligung der Kinder

- ✓ entsprechend ihres Entwicklungsstandes
- ✓ regelmäßige Aufklärung über ihre Rechte durch Einsatz entsprechender Materialien, im gemeinsamen Tun oder im Gespräch
- ✓ Unterstützung bei Artikulation und Durchsetzung der Schutzbedürfnisse
- ✓ am Hilfeplanverfahren durch die Teilnahme an Gesprächen, Einsatz von alters- und entwicklungsgerechter Fragebögen und Methoden sowie Vorab-Gespräche

# Prävention – der effektivste Schutz

## **Fachkräfte des Pflegekinderdienstes**

- ✓ Kollegiale Beratung
- ✓ wöchentliche Teamsitzungen
- ✓ Qualifizierungen (Workshops, Fort- und Weiterbildungen, Teilnahme an der Qualitätsoffensive)
- ✓ Teamtage
- ✓ Supervision
- ✓ Vernetzung mit anderen Professionen
- ✓ Einstellungsverfahren
- ✓ Kultur der Achtsamkeit
- ✓ Umgang mit Macht

# Prävention – der effektivste Schutz

## Kinder und Jugendliche

- ✓ Grundlegende Aspekte des Kindeswohls sind Schutz und Förderung
- ✓ Befriedigung der Grundbedürfnisse, gute körperliche, geistige und seelische Entwicklung sowie altersentsprechende Entfaltung der Fähigkeiten und Fertigkeiten sind die Basis des Kindeswohls
- ✓ Regelmäßige Hausbesuche und/oder Treffen
- ✓ Beteiligung an allen sie betreffenden Prozessen
- ✓ **Individuelles Schutzkonzept**

# Prävention – der effektivste Schutz

## **Pflegeeltern**

- ✓ Wichtigste Kooperationspartner im Pflegekinderdienst
- ✓ Beratung und Unterstützung durch den Pflegekinderdienst
- ✓ Bewerberverfahren und Eignungseinschätzung
- ✓ Vermittlung eines Pflegekindes
- ✓ Fortbildungen
- ✓ Fachtage
- ✓ Supervision

# Prävention – der effektivste Schutz

## Weitere Beteiligte

- ✓ Kooperation mit den weiteren Beteiligten im Pflegesystem gehört zum Selbstverständnis der Arbeit im Pflegekinderdienst
- ✓ Begleitung und Beratung der Herkunftsfamilie
- ✓ Begleitung von Umgangskontakten
- ✓ Runde Tische
- ✓ Grundsätzliche Rollen- und Aufgabenklärung
- ✓ Sensibilisierung zum Thema Schutzkonzept
- ✓ Erarbeiten des individuellen Schutzkonzeptes

# Anregungs- und Beschwerdemöglichkeiten

- ✓ Kinder werden darin gestärkt und aufgefordert, ihre Rechte einzufordern
- ✓ Kinder werden darin unterstützt, mögliche Rechts- und Unrechtsverhältnisse zu beurteilen
- ✓ Kinder müssen wissen, wo sie Hilfe und Unterstützung bekommen
- ✓ Person des Vertrauens
  
- ✓ Beschwerdemöglichkeiten bestehen selbstverständlich auch für die Sorgeberechtigten und Pflegeeltern.

# Intervention und Aufarbeitung

- ✓ Offene Fehlerkultur
- ✓ Vier-Augen-Prinzip
- ✓ Interventionspläne
- ✓ Aufarbeitung einer Krise

# Individuelles Schutzkonzept

- ✓ Risikoanalyse
- ✓ Ressourcenanalyse
- ✓ Personen im nahen Umfeld des Kindes
- ✓ Vertrauensperson(en)
- ✓ Aufklärung über Kinderrechte
- ✓ Individuelle Schutzfaktoren
- ✓ Gesundheitliche Aspekte
- ✓ Beeinträchtigungen

# Ausblick

- ✓ Regelmäßige Fortschreibung des Schutzkonzeptes mind. alle 3 Jahre
- ✓ Weiterentwicklung von Handlungsplänen
- ✓ Überlegung zur Entwicklung eines Pflegevertrages zwischen Pflegeeltern und dem Jugendamt
- ✓ Erarbeitung der individuellen Schutzkonzepte mit entsprechenden Arbeitshilfen
- ✓ Weiterentwicklung des Bewerberverfahrens
- ✓ Entwicklung von Angeboten für die Kinder und Jugendlichen
- ✓ Entwicklung von weiteren Angeboten für die Pflegeeltern

**Sitzungsvorlage-Nr. 51/0918/XVIII/2026**

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung	Zuständigkeit
Jugendhilfeausschuss	03.06.2026	öffentlich	Entscheidung

**Tagesordnungspunkt 4.1.:**

**Nachtrag zur Meldung der Gruppen und Gruppenformen, der Anzahl der Plätze für U3- und Ü3-Kinder und der Betreuungszeiten gemäß § 33 Abs. 4 KiBiz in Verbindung mit § 38 KiBiz zum 15.03.2025 an das Landesjugendamt**

**Sachverhalt:**

Der Kreisjugendhilfeausschuss hatte in seiner Sitzung am 26.02.2026 über die Meldung an das Landesjugendamt zum 15.03.2026 beraten und entschieden. Die Meldung ist Grundlage für die Auszahlung der Betriebskostenzuschüsse an die Träger der Kindertageseinrichtungen für das Kindergartenjahr 2026/2027. Bis zur endgültigen Abgabe der Meldung ergaben sich jedoch durch die Bedarfsanmeldungen der Träger einige Abweichungen zu den beschlossenen Daten. Diese wurden für die tatsächliche Meldung noch berücksichtigt, damit die Betriebskostenzuschüsse in ihrer Höhe möglichst passgenau ausfallen und hohe Nach- oder Überzahlungen vermieden werden.

Im Wesentlichen bestehen Abweichungen bei

- der Anzahl der aufgenommenen Kinder in den einzelnen Kindertageseinrichtungen
- den durch die tatsächlichen Buchungswünsche der Eltern konkretisierten Stundenbuchungen
- der Anzahl der Kinder mit oder mit drohenden Behinderungen, die im neuen Kindergartenjahr in den einzelnen Kindertageseinrichtungen betreut werden
- Änderungen in der Gruppenstruktur der drei Jüchener Kindertageseinrichtungen „Villa Kunterbunt“, „Unserer lieben Frau“ und St. Pantaleon Hochneukirch sowie der Korschenbroicher Kita „Auf den Kempen“, die sich aus der demografischen Entwicklung und dem Anmeldeverhalten der Eltern ergeben.

Insbesondere durch die Änderungen der Gruppenstruktur ergeben sich Auswirkungen auf die Jugendhilfeplanung für das Kindergartenjahr 2026/2027. Die aktualisierte Jugendhilfeplanung und die vollständige Meldung an das Landesjugendamt zum 15.03.2025 sind als Anlage beigefügt.

**Beschlussempfehlung:**

Der Kreisjugendhilfeausschuss beschließt für die Kindertageseinrichtungen des Jugendamtsbezirks, die Gruppenstruktur und die Anzahl der Plätze, wie in der Anlage zum Tagesordnungspunkt dargestellt sowie als Meldung an das Landesjugendamt zum 15.03.2026 erfolgt, in die Jugendhilfeplanung aufzunehmen.

Anlage 1 zu TOP 3.1 Meldung zum 15.03.2026

## Anlage 1 zu TOP 3.1

**Voraussichtliche Belegung der Kindertageseinrichtungen  
in Jüchen, Korschenbroich und Rommerskirchen  
im Kindergartenjahr 2026/2027**

**Meldung an das Landesjugendamt zum 15.03.2026**

## Kindergartenjahr 2026/2027

### Gruppenformen und Anzahl der Plätze U3 und Ü3 in den Kindertageseinrichtungen in Jüchen

Einzugsbereiche	Gruppenformen			Plätze			
	I.	II.	III.	U3	U2	Ü3	davon ink.
Städt. Familienzentrum Villa Kunterbunt	2,5	1,5	2	17	8	80	0
Kath. Kita Unserer lieben Frau	1	1	1	14	0	38	0
Städt. Kindergarten Garzweiler	2	1	1	13	5	52	1
Städt. Kita Rappelkiste Kelzenberg	1	0,5	0,5	8	3	27	0
Städt. Kita Toberacker Stadionstraße	1	2	2	15	10	60	5
<b>Jüchen Mitte</b>	<b>7,5</b>	<b>6</b>	<b>6,5</b>	<b>67</b>	<b>26</b>	<b>257</b>	<b>6</b>
Familienzentrum St. Pantaleon	1,5	0,5	2	12	0	68	3
Städt. Kita Sausewind, Weststr.	3	1	2	20	5	85	13
Städt. Kita Gartenstraße	3	1	1	20	5	65	0
Kath. Kita St. Simon und Thaddäus	1	0	1	6	0	36	1
Städt. Montessori Kinderhaus Otzenrath	3	1	1	20	5	65	1
<b>Jüchen West</b>	<b>11,5</b>	<b>3,5</b>	<b>7</b>	<b>78</b>	<b>15</b>	<b>319</b>	<b>18</b>
Kath. Kita St. Martinus Gierath	2	0	2	12	0	70	3
Städt. Montessori Kinderhaus Stessen	2	1	1	13	5	52	1
Kath. Kita St. Martinus Bedburdyck	1,5	0,5	1	11	3	46	0
<b>Jüchen Ost</b>	<b>5,5</b>	<b>1,5</b>	<b>4</b>	<b>36</b>	<b>8</b>	<b>168</b>	<b>4</b>
<b>gesamt</b>	<b>24,5</b>	<b>11</b>	<b>17,5</b>	<b>181</b>	<b>49</b>	<b>744</b>	<b>28</b>

## Anzahl Kindpauschalen nach Gruppen/Betreuungsstunden für die Stadt Jüchen

Einrichtung	Gruppenform I						Gruppenform II			Gruppenform III			davon KmB		Kinder insgesamt
	U3			Ü3			U3			Ü3			U3	Ü3	
	25 Std.	35 Std.	45 Std.	25 Std.	35 Std.	45 Std.	25 Std.	35 Std.	45 Std.	25 Std.	35 Std.	45 Std.			
Städt. Familienzentrum Villa Kunterbunt	1	8	1	1	32	7	0	4	11	0	0	40	0	0	105
Kath. Kita Unserer lieben Frau	0	4	0	1	13	2	4	5	1	1	9	12	0	0	52
Städt. Kindergarten Garzweiler	2	6	0	3	29	0	1	6	3	1	1	18	0	1	70
Städt. Kita Rappelkiste Kelzenberg	0	5	0	0	0	17	0,83	3,66	0,83	0	7	6	0	0	40,32
Städt. Kita Toberacker Stadionstraße	2	2	0	0	0	18	0	9,67	10	3	23	24	0	5	91,67
Familienzentrum St. Pantaleon	0	7	0	0	23	0	0	2	3	7	11	25	0	3	78
Städt. Kita Sausewind, Weststr.	1	10	3	1	43	2	1	5	5	1	6	22	1	12	100
Städt. Kita Gartenstraße	0,92	6	5	3	27	18	0	3	7	0	0	20	0	0	89,92
Kath. Kita St. Simon und Thaddäus	1	1	3	4	6	5	0	0	0	3	2	15	0	1	40
Städt. Montessori Kinderhaus Otzenrath	1	11	1	1	28	18	0	4,66	5,83	0	0	20	0	1	90,49
Kath. Kita St. Martinus Gierath	0	12	0	0	29	0	0	0	0	7	5	24	0	3	77
Städt. Montessori Kinderhaus Stessen	2	8	0	2	15	13	0	4	6	0	1	19	0	1	70
Kath. Kita St. Martinus Bedburdyck	1	7	1	1	11	5	1	3	2	3	9	10	0	0	54
gesamt	11,92	87	14	17	256	105	7,83	49,99	54,66	26	74	255	1	27	958,4

## Kindergartenjahr 2026/2027

### Gruppenformen und Anzahl der Plätze U3 und Ü3 in den Kindertageseinrichtungen in Korschenbroich

Einzugsbereiche	Gruppenformen			Plätze			
	I.	II.	III.	U3	U2	Ü3	davon ink.
Kita St. Andreas Korschenbroich	3	0	1	18	0	62	3
Familienzentrum Am Sportplatz	1,5	0,5	2	10	4	61	1
Kita Danziger Straße	1	1	1	8	8	34	2
Kita Zauberwald	1	1	2	10	5	55	3
Waldkita Wiesenwichtel	2	0	0	10	0	30	1
Kita Niersinsel	1	2	2	14	10	66	0
<b>Korschenbroich</b>	<b>9,5</b>	<b>4,5</b>	<b>8</b>	<b>70</b>	<b>27</b>	<b>308</b>	<b>10</b>
Kita St. Maternus Kleinenbroich	2	0	0	12	0	28	1
Kita Am Hallenbad	2,5	0,5	0	10	5	40	0
FamZentrum Josef-Thory-Straße	2	1	2	15	5	65	25
Kita Auf den Kempen	1	1	1	10	6	39	0
Kita Pestalozzistraße	1	0	2	6	0	54	3
Familienzentrum Im Holzkamp	2	0	2	12	0	68	3
Kita Lebensbaum Stephanusstr.	0	2	3	12	8	70	1
<b>Kleinenbroich</b>	<b>10,5</b>	<b>4,5</b>	<b>10</b>	<b>77</b>	<b>24</b>	<b>364</b>	<b>33</b>
Kita St. Katharina	1	1	2	11	5	56	2
Familienzentrum Am Kerper Weiher	2	1	1	13	5	52	7
Kita Schulstraße	2,5	0,5	2	14	3	78	0
<b>Glehn</b>	<b>5,5</b>	<b>2,5</b>	<b>5</b>	<b>38</b>	<b>13</b>	<b>186</b>	<b>9</b>
Familienzentrum Pesch	1,5	0,5	1	10	2	48	0
<b>Pesch</b>	<b>1,5</b>	<b>0,5</b>	<b>1</b>	<b>10</b>	<b>2</b>	<b>48</b>	<b>0</b>
Familienzentrum Herrenshoff	2	1	3	17	5	93	3
<b>Herrenshoff</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>17</b>	<b>5</b>	<b>93</b>	<b>3</b>
Kita St. Georg Liedberg	2	0	1	12	0	48	1
Kita Waldläufer Liedberg	1	0	0	5	0	15	0
<b>Liedberg</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>17</b>	<b>0</b>	<b>63</b>	<b>1</b>
<b>gesamt</b>	<b>32</b>	<b>13</b>	<b>28</b>	<b>229</b>	<b>71</b>	<b>1062</b>	<b>56</b>

## Anzahl Kindpauschalen nach Gruppen/Betreuungsstunden für die Stadt Korschenbroich

Einrichtung	Gruppenform I						Gruppenform II			Gruppenform III			davon KmB		Kinder insgesamt
	U3			Ü3			U3			Ü3			U3	Ü3	
	25 Std.	35 Std.	45 Std.	25 Std.	35 Std.	45 Std.	25 Std.	35 Std.	45 Std.	25 Std.	35 Std.	45 Std.			
Kita St. Andreas Korschenbroich	0	11	7	0	0	42	0	0	0	0	16	9	1	2	85
Familienzentrum Am Sportplatz	1	5	2	1	18	2	0	0	6	0	0	40	0	1	75
Kita Danziger Straße	0	1	5	0	3	13	0	4	6	0	0	20	0	2	52
Kita Zauberwald	1	0	4	0	15	0	0	3	7	0	2	39	0	3	71
Waldkita Wiesenwichtel	0	6	2	0	13	19	0	0	0	0	0	0	0	1	40
Kita Niersinsel	0	4	0	1	10	5	0	10	10	0	0	40	0	0	80
Kita St. Maternus Kleinenbroich	0	9	1	0	9	22	0	0	0	0	0	0	0	1	41
Kita Am Hallenbad	1	4	5	0	8	35	0	2	3	0	0	0	0	0	58
FamZentrum Josef-Thory-Straße	0	8	2	0	12	18	0	1	9	0	0	35	2	23	85
Kita Auf den Kempen	0	4	1	0	4	13	0	4	7	0	2	20	0	0	55
Kita Pestalozzistraße	0	2	4	0	6	8	0	0	0	0	0	37	0	3	57
Familienzentrum Im Holzkamp	0	6	6	0	17	11	0	0	0	0	0	40	0	3	80
Kita Lebensbaum Stephanusstr.	0	0	0	0	0	0	0	11	11	4	32	32	0	1	90
Kita St. Katharina	1	3	2	0	2	12	0	5	5	0	12	30	0	2	72
Familienzentrum Am Kerper Weiher	3	4	1	1	10	22	0	3	7	0	0	20	0	7	71
Kita Schulstraße	0	6	6	1	27	11	0	3	2	0	0	40	0	0	96
Familienzentrum Pesch	0	5	2	2	5	17	0	3	3	0	0	21	0	0	58
Familienzentrum Herrenshoff	3	6	2	4	25	1	0	3	8	6	0	55	0	3	113
Kita St. Georg Liedberg	2	3	3	2	17	13	0	0	0	0	0	20	0	1	60
Kita Waldläufer Liedberg	0	3	1	0	5	10	0	0	0	0	0	0	0	0	19
gesamt	12	90	56	12	206	274	0	52	84	10	64	498	3	53	1358

## Kindergartenjahr 2026/2027

### Gruppenformen und Anzahl der Plätze U3 und Ü3 in den Kindertageseinrichtungen in Rommerskirchen

Einzugsbereiche	Gruppenformen			Plätze			
	I.	II.	III.	U3	U2	Ü3	davon ink.
Kath. Kindergarten St. Peter	1	0	1	6	0	34	0
Familienzentrum Sonnenhaus	1	1	3	11	5	74	5
Kath. Kindergarten St. Maternus, Sinsteden	1,5	0,5	0	7	4	24	0
Kom. Kita Gillbach-Wichtel	2	0	1	12	0	53	1
<b>Rommerskirchen, Vanikum, Sinsteden</b>	<b>5,5</b>	<b>1,5</b>	<b>5</b>	<b>36</b>	<b>9</b>	<b>185</b>	<b>6</b>
Kom. Kita Pustebblume, Frixheim	0	1	2	5	5	42	0
Familienzentrum Abenteuerland Anstel	1	1	2	11	3	52	4
Kom. Kita Kleine Weltentdecker	1	1	2	11	5	56	0
<b>Butzheim, Nettesheim, Frixheim, Anstel</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>6</b>	<b>27</b>	<b>13</b>	<b>150</b>	<b>4</b>
Kom. Kita Kleine Riesen, Evinghoven	1	0	0	5	0	15	0
Kom. Kita Kleine Strolche, Hoeningen	1	1	1	10	5	35	0
Kath. Kindergarten St. Briktius, Oekoven	1	0	0	6	0	14	0
Kom. Kita Pfauenland, Widdeshoven	1,5	0	0,5	8	0	32	0
<b>Evinghoven, Widdeshoven, Hoeningen, Oekoven</b>	<b>4,5</b>	<b>1</b>	<b>1,5</b>	<b>29</b>	<b>5</b>	<b>96</b>	<b>0</b>
<b>gesamt</b>	<b>12</b>	<b>5,5</b>	<b>12,5</b>	<b>92</b>	<b>27</b>	<b>431</b>	<b>10</b>

### Anzahl Kindpauschalen nach Gruppen/Betreuungsstunden für die Gemeinde Rommerskirchen

Einrichtung	Gruppenform I						Gruppenform II			Gruppenform III			davon KmB		Kinder insgesamt
	U3			Ü3			U3			Ü3			U3	Ü3	
	25 Std.	35 Std.	45 Std.	25 Std.	35 Std.	45 Std.	25 Std.	35 Std.	45 Std.	25 Std.	35 Std.	45 Std.			
Kath. Kindergarten St. Peter	0	2	4	0	6	8	0	0	0	0	7	15	0	0	42
Familienzentrum Sonnenhaus	0	4	0	0	17	0	0	2	8	0	16	44	0	5	91
Kath. Kindergarten St. Maternus Sinsteden	0	3	3	1	6	20	0	3	2	0	0	0	0	0	38
Kom. Kita Gillbach-Wichtel	0	3	5	0	20	16	0	0	0	0	11	12	0	1	67
Kom. Kita Pustebblume, Frixheim	0	0	0	0	0	0	0	4	6	0	11	31	0	0	52
Familienzentrum Abenteuerland Anstel	0	4	0	0	18	0	0	6	4	0	10	23	0	4	65
Kom. Kita Kleine Weltentdecker	0	6	0	0	15	0	0	6	4	0	14	27	0	0	72
Kom. Kita Kleine Riesen, Evinghoven	0	3	2	2	7	6	0	0	0	0	0	0	0	0	20
Kom. Kita Kleine Strolche, Hoeningen	0	5	0	0	8	8	0	5	5	0	0	21	0	0	52
Kath. Kindergarten St. Briktius, Oekoven	0	0	6	0	0	14	0	0	0	0	0	0	0	0	20
Kom. Kita Pfauenland, Widdeshoven	0	5	3	0	8	15	0	0	0	0	0	0	0	0	31
gesamt	0	35	23	3	105	87	0	26	29	0	69	173	0	10	550

Zusammenfassung	Gruppenform I						Gruppenform II			Gruppenform III			davon KmB		Kinder insgesamt
	U3			Ü3			U3			Ü3			U3	Ü3	
	25 Std.	35 Std.	45 Std.	25 Std.	35 Std.	45 Std.	25 Std.	35 Std.	45 Std.	25 Std.	35 Std.	45 Std.			
Jüchen	11,92	87	14	17	256	105	7,83	49,99	54,66	26	74	255	1	27	958,4
Korschenbroich	12	90	56	12	206	274	0	52	84	10	64	498	3	53	1358
Rommerskirchen	0	35	23	3	105	87	0	26	29	0	69	173	0	10	550
gesamt	23,92	212	93	32	567	466	7,83	127,99	167,66	36	207	926	4	90	2866,4



**Sitzungsvorlage-Nr. 51/0919/XVIII/2026**

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung	Zuständigkeit
Jugendhilfeausschuss	03.06.2026	öffentlich	Kenntnisnahme

**Tagesordnungspunkt 4.2:**

**Zuschuss zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten gemäß § 48 KiBiz**

**Sachverhalt:**

Das Land Nordrhein-Westfalen stellt in jedem Kindergartenjahr einen Betrag zur finanziellen Förderung von kind- und bedarfsgerechten, familienunterstützenden Angeboten in der Kindertagesbetreuung zur Verfügung. Ein Katalog möglicher Voraussetzungen zur Förderung ist in § 48 Abs. 1 KiBiz genannt.

**„§ 48**

***Zuschuss zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten***

*(1) Das Land gewährt jedem Jugendamt einen pauschalierten Zuschuss für die Flexibilisierung der Kindertagesbetreuung. Im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung entscheidet das Jugendamt auf Basis der örtlichen Bedarfslage, welche Angebote in die Förderung zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten aufgenommen werden. Die Bezuschussung dient der finanziellen Förderung von kind- und bedarfsgerechten, familienunterstützenden Angeboten in der Kindertagesbetreuung, wie*

- 1. Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen, die über eine Öffnungszeit von wöchentlich 47 Stunden hinausgehen,*
- 2. Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen an Wochenend- und Feiertagen,*
- 3. Öffnungszeiten und Betreuungsangebote nach 17 Uhr und vor 7 Uhr,*
- 4. bis zu 15 der Öffnungstage im Kindergartenjahr für Kindertageseinrichtungen, die nur 15 Öffnungstage oder weniger jährlich schließen,*

5. *zusätzliche Betreuungsangebote bei unregelmäßigem Bedarf oder für ausnahmsweise kurzfristig erhöhten Bedarf der Familien und Notfallangebote sowie*

6. *ergänzende Kindertagespflege gemäß § 23 Absatz 1.*

Das Kreisjugendamt wird für das Kindergartenjahr 2026/2027 eine Schlüsselzuweisung in Höhe von 425.294,07 Euro erhalten. Dieser Betrag ist gemäß § 48 Abs. 3 KiBiz vom Jugendamt um 25 % zu erhöhen. Insgesamt könnten somit **531.617,58 Euro** an die Träger der Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflegepersonen weitergeleitet und bewilligt werden. Im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung entscheidet das Jugendamt auf Basis der örtlichen Bedarfslage, welche Angebote in die Förderung zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten aufgenommen werden.

Aufgrund der angespannten personellen Situation in den Kindertageseinrichtungen sind allerdings viele Träger nicht in der Lage, die Betreuungszeiten in ihren Kindertageseinrichtungen im Sinne des § 48 KiBiz zu flexibilisieren oder zu erweitern. Aus dem Kriterienkatalog des § 48 KiBiz ergeben sich für die Kindertageseinrichtungen des Jugendamtsbezirks Möglichkeiten der Förderung lediglich bezüglich der Öffnungszeiten, die über eine wöchentliche Öffnungszeit von 47 Stunden hinausgehen (§ 48 Abs. 1 Nr. 1 KiBiz) bzw., die vor 7:00 Uhr liegen (§ 48 Abs. 1 Nr. 3 KiBiz). Die Öffnungszeiten aller Kindertageseinrichtungen, die für eine Förderung in Frage kommen, sind in der Anlage zum Tagesordnungspunkt zusammengefasst. Die Tabelle ist um die daraus resultierenden Fördermöglichkeiten ergänzt.

Da § 48 KiBiz keine Vorgaben zur Ermittlung der Höhe der Förderung nennt, sind die Bemessungsgrundlagen örtlich festzulegen. Für die Werte der Tabelle ist der KGST-Bericht „Kosten eines Arbeitsplatzes 2025/2026“ herangezogen worden. Den Berechnungen liegt die Eingruppierung der eingesetzten Kräfte in die Entgeltgruppe S 8a zu Grunde.

Auch bei Förderung aller förderfähigen Betreuungsangebote kann die dem Kreisjugendamt zur Verfügung stehende Summe jedoch nicht ausgeschöpft werden.

### **Beschlussvorschlag:**

Folgende Kindertageseinrichtungen werden im Kindergartenjahr 2026/2027 mit den genannten Beträgen gemäß § 48 KiBiz gefördert:

Kindertageseinrichtung	Förderung
<b>in Jüchen:</b>	
Kindertagesstätte „Sausewind“ der Stadt Jüchen in Hochneukirch	80.560 Euro
<b>in Korschenbroich:</b>	
Städtische Kindertageseinrichtung Am Hallenbad, Kleinenbroich	32.224 Euro
Städtisches Integratives Familienzentrum Herrenshoff	32.224 Euro

---

Städtisches Familienzentrum Pesch, Donatusstraße	32.224 Euro
Städtische Kindertageseinrichtung Auf den Kempfen, Kleinenbroich	32.224 Euro
Städtisches Integratives Familienzentrum Am Kerper Weiher, Glehn	32.224 Euro
Städtische Kindertageseinrichtung Schulstraße, Glehn	32.224 Euro
gesamt	273.904 Euro

Die Mittel sind im Haushalt 2026 im Produktplan 060 361 010 eingeplant.

Anlage zu TOP 3.2 Flexibilisierung der Betreuungszeiten



## Anlage zu TOP 3.2

**Zuschuss zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten gemäß § 48 KiBiz**

**Ermittlung der Fördermöglichkeiten im Jugendamtsbezirk**

## Zuschuss zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten gemäß § 48 KiBiz

### Ermittlung der Fördermöglichkeiten im Jugendamtsbezirk

Kindertageseinrichtung	§ 48 Abs.1 Nr. 1		§ 48 Abs. 1 Nr. 3	förderfähige Stunden pro Woche	eingesetztes Personal	Förderung*
	wöchentliche Öffnungszeiten					
	von... bis...	in Stunden	vor 07:00 nach 17:00 Uhr			
Städt. Kindertageseinrichtung Am Hallenbad 9, Kleinenbroich	7:15 - 16:45	47,5	0	2,5	4	32.224 €
Städt. Integratives Familienzentrum Herrenshoff, Schaffenbergstr. 27b	7:00 - 16:30	47,5	0	2,5	4	32.224 €
Städt. Familienzentrum Pesch, Donatusstr. 3	7:00 - 16:30	47,5	0	2,5	4	32.224 €
Städt. Kindertageseinrichtung Auf den Kempen 37, Kleinenbroich	7:00 - 16:30	47,5	0	2,5	4	32.224 €
Städt. Integratives Familienzentrum Am Kerper Weiher 68, Glehn	7:00 - 16:30	47,5	0	2,5	4	32.224 €
Städt. Kindertageseinrichtung Schulstraße 9, Glehn	7:00 - 16:30	47,5	0	2,5	4	32.224 €
Kindertagesstätte "Sausewind" der Stadt Jüchen in Hochneukirch, Weststr. 24	6:45 - 17:00	51,25	1,25	6,25	4	80.560 €
gesamt						273.904 €

\* Berechnung: förderfähige Stunden pro Woche x eingesetztes Personal x 4,348 Wochen pro Monat x 12 Monate x 61,76 € pro Stunde  
Die Kosten einer Arbeitsstunde der Entgeltgruppe S 8a betragen laut KGSt-Bericht "Kosten eines Arbeitsplatzes 2025/2026" 61,76€

**Sitzungsvorlage-Nr. 51/0921/XVIII/2026**

<b>Gremium</b>	<b>Sitzungstermin</b>	<b>Behandlung</b>	<b>Zuständigkeit</b>
<b>Jugendhilfeausschuss</b>	03.06.2026	öffentlich	Kenntnisnahme

**Tagesordnungspunkt:**

**Zweckbindung für Plätze im Rahmen der U3-Investitionsprogramme**

**Sachverhalt:**

Seit dem 01.08.2013 haben Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz in Kindertageseinrichtungen oder in Kindertagespflege. Zur Schaffung der notwendigen Kapazitäten wurden seit 2008 zahlreiche Kindertageseinrichtungen im Jugendamtsbezirk neu errichtet, um- oder ausgebaut. Bund und Land beteiligten sich an der Finanzierung der Baumaßnahmen, indem sie Zuschüsse für die Schaffung neuer U3-Plätze gewährten. Dabei war die Förderung im Rahmen dieser U3-Investitionsprogramme mit der Verpflichtung verbunden, die neu geschaffenen Plätze je nach Art der Förderung über einen Zeitraum von 5, 10 oder 20 Jahren tatsächlich mit U3-Kindern zu belegen. Wird die Zweckbindung nicht erfüllt, kann die Förderung anteilig zurückgefordert werden.

Eine Möglichkeit, ohne eine anteilige Rückforderung von der Belegung abzuweichen, eröffnet § 55 Abs. 2 S. 2 KiBiz. Hiernach laufen Zweckbindungen für Plätze, die seit 2008 im Rahmen der U3-Investitionsprogramme geschaffen wurden, über den ausgesprochenen Zeitraum weiter und gelten als erfüllt, wenn im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung entschieden wird, dass sie vorrangig mit Kindern unter drei Jahren belegt werden.

Die in § 55 Abs. 2 S. 2 KiBiz formulierten Voraussetzungen hinsichtlich der Zweckbindung gelten regelmäßig als erfüllt, wenn im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung spätestens vor Beginn des Kindergartenjahres als Grundlage für das weitere Verwaltungshandeln ein entsprechender Beschluss zur vorrangigen Belegung getroffen wird und die tatsächliche Belegung von investiv geförderten U3-Plätzen mit Ü3-Kindern in diesen Einzelfällen dokumentiert wird.

**Beschlussempfehlung:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass im Kindergartenjahr 2026/2027 die Zweckbindungen aus den U3-Investitionsprogrammen grundsätzlich zu erfüllen und die geförderten Plätze vorrangig mit Kindern unter drei Jahren zu belegen sind.

Er beauftragt die Verwaltung, Abweichungen von der Belegung mit Kindern unter drei Jahren im Einzelfall zu dokumentieren.

**Sitzungsvorlage-Nr. 51/0922/XVIII/2026**

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung	Zuständigkeit
Jugendhilfeausschuss	03.06.2026	öffentlich	Entscheidung

**Tagesordnungspunkt 5.1.:**

**Antrag der Stadt Korschenbroich auf Bezuschussung der Kosten für die Sanierung der WC-Anlagen für die Kinder- und Jugendeinrichtung „Sinnflut„ in Korschenbroich-Glehn**

**Sachverhalt:**

Die Stadt Korschenbroich hat zum 01.01.2024 die Trägerschaft der Kinder- und Jugendeinrichtung „Sinnflut“ in Korschenbroich-Glehn vom Elterngesprächskreis Glehn e.V. übernommen. Dieser konnte die Trägerschaft, die er seit dem Jahr 2007 innehatte, aus Altersgründen nicht weiter fortführen. Bereits im Jahr 2024 wurde der Thekenbereich und die Küche mit entsprechender Förderung des Kreisjugendamtes (Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses vom 07.02.2024) erneuert.

Die Kinder- und Jugendeinrichtung wird mit einer hauptamtlichen Fachkraft des Kreisjugendamtes mit einer wöchentlichen Öffnungszeit von 20 Stunden geführt. Weiterhin trägt des Kreisjugendamt die anfallenden Programmkosten und die Stad Korschenbroich die Betriebskosten der Einrichtung.

Gemäß den Richtlinien des Kreisjugendförderplanes, Position 6.2.10.1, können investive Maßnahmen (Neu- und Umbau sowie Ausstattung und Substanzerhaltungsmaßnahmen) mit einem Zuschuss des Kreisjugendamtes (bis zu 50% der anerkennungsfähigen Gesamtkosten) gefördert werden. Grundlage ist eine Bedarfsfeststellung im Rahmen der Jugendhilfeplanung. Der Antrag muss eine bauliche und inhaltliche (das Programm betreffende) Konzeption, einen Kostenvoranschlag und einen Finanzierungsplan enthalten. Die bauliche und inhaltliche Konzeption ist auf den Bedarf auszurichten. Die letztendliche Entscheidung trifft dann der Jugendhilfeausschuss.

Die Stadt Korschenbroich hat in ihrem Antrag und dem beigefügten Schreiben des Architekturbüro Kauth ausführlich die geplanten Maßnahmen dargestellt. Diese sind als Anlage beigefügt.

Die Gesamtkosten sind vom Architekturbüro Kauth mit 57.953,00 € berechnet worden. Die Stadt Korschenbroich beantragt mit Schreiben vom 07.05.2026 einen Zuschuss des Kreisjugendamtes.

Nach den Richtlinien des Kreisjugendförderplanes, Position 6.2.10.1, kann hierfür ein 50% Zuschuss –vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes 2026- in Höhe von 28.976,50 € gewährt werden. Die entsprechenden Haushaltsmittel sind bereits im Haushalt 2026 eingeplant.

**Beschlussempfehlung:**

Die Stadt Korschenbroich erhält gemäß Position 6.2.10.1 des Jugendförderplanes zu den anererkennungsfähigen Kosten in Höhe von 57.953,00 € € für die Sanierung der WC-Anlagen einen Zuschuss aus Mitteln der Jugendamtsumlage von 28.976,50 €, vorbehaltlich der Genehmigung des Kreishaushaltes 2026.

Anlage 1 Antrag Zuschuss SinnFlut KJA

Anlage 2 Sanierung WC-Anlage Jugendheim Sintflut

Stadt Korschenbroich, Postfach 11 63, 41335 Korschenbroich

Jugendamt des Rhein-Kreises Neuss  
Am Kirmsichhof 2  
41352 Korschenbroich

<b>Rathaus</b>	Don-Bosco-Straße 6
<b>Amt/Dienststelle</b>	40 Bildung, Jugend und Sport
<b>Auskunft erteilt</b>	Herr Herold
<b>Zimmer</b>	OG.10
<b>Telefon</b>	+49 (0) 2161 613 212
<b>E-Mail</b>	Joerg.Herold@korschenbroich.de
<b>Aktenzeichen</b>	3-060.210.005
<b>Datum</b>	07.05.2026

## Beantragung eines Investitionszuschusses für die Jugendeinrichtung SinnFlut

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Korschenbroich ist seit dem 01.01.2024 Träger der Jugendeinrichtung SinnFlut in Glehn. Nach der erfolgreichen Erneuerung des Thekenbereiches und der Küche stehen weitere Maßnahmen an, die die bauliche Substanz der Einrichtung erhalten und nachhaltig verbessern. Die Toilettenanlage befindet sich in einem sehr schlechten Zustand und ist nicht mehr zeitgemäß. Eine Sanierung / Renovierung ist hier zwingend erforderlich. Daher stellt die Stadt Korschenbroich beigefügten Zuschussantrag mit der Bitte um Genehmigung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Herold

Stadtoberverwaltungsrat

*Anlagen*

### Hausanschrift

Stadt Korschenbroich  
Sebastianusstraße 1  
D-41352 Korschenbroich  
www.korschenbroich.de

### Zentrale Erreichbarkeiten

Telefon: +49 (0) 2161 613 0  
Fax: +49 (0) 2161 613 108  
E-Mail: stadt@korschenbroich.de

### Bankverbindung

Sparkasse Neuss  
IBAN: DE85 3055 0000 0026 1013 11  
SWIFT-BIC: WELADEDN  
USt-IdNr. DE 120 593 607



Planung  
Bauleitung  
Altbausanierung  
Projektentwicklung  
Projektmanagement

**Kauth Architekten · Yorckstrasse 75 · 47800 Krefeld**

Stadt Korschenbroich  
Amt 60 / Gebäudewirtschaft  
z.H. Herrn Florack  
Rathaus Don-Bosco-Strasse  
Don-Bosco-Strasse 6

41352 Korschenbroich

Kauth Architekten PartG mbB  
Yorckstrasse 75  
47800 Krefeld

Tel +49-2151-3253300  
Fax +49-2151-618098  
Funk +49-173-5439571  
E-Mail [juliankauth@mka-architekten.de](mailto:juliankauth@mka-architekten.de)  
Web [www.mka-architekten.de](http://www.mka-architekten.de)

Datum · 21 Januar 2026

Zeichen · HA/KO-WC\_2601\_01

B.V. : Sanierung WC-Anlagen in Jugendheim Sintflut, Am Buscherhof, 41352 Korschenbroich  
Förderantrag

**Förderantrag Sanierung zweier WC-Anlagen des Jugendheims „Sintflut“, Am Buscherhof in 41352 Korschenbroich**

Sanierung der WC-Anlagen

Gemäß Zustandsfeststellung und bestehenden Nutzungsmängeln bzw. Einschränkungen in der Nutzung wurden im Hinblick auf einen zukunftsfähigen Betrieb des Jugendheims von Seiten der Stadtverwaltung / Gebäudewirtschaft der Stadt Korschenbroich, eine umfangreiche Sanierung der beiden vorhandenen WC-Anlagen beschlossen.

Die derzeitigen WC-Anlagen der Jugendeinrichtung sind in einem schlechten Zustand und seit mehreren Jahrzehnten unverändert.

Die verbauten Wand- und Bodenfliesen sind teilweise abgefallen / beschädigt und haben starke Abnutzungserscheinungen. Die entsprechenden Fugen sind stark verunreinigt.

Starke Abnutzungserscheinungen zeigen sich auf bei den Wandbelägen und den verbauten WC-Trennwänden bzw. Türen.

Die Versorgungs- sowie Abwasserleitungen sind dringend sanierungsbedürftig.

Es bedarf einer Komplettsanierung der WC-Anlagen mit neuen Wand- und Bodenbelägen, neuer Keramik (Waschtische und WC's) und neuen Leitungen. Die Deckenbeleuchtung der WC-Anlagen wird aus energetischen Gründen mit einem modernen LED-System mit Präsenzmeldern geplant.

Die im Bestand vorhandene Stufe zwischen Flur und den WC-Anlagen wird aus Gründen der Barrierefreiheit entfernt. Vorhandene Heizungs- und Lüftungsleitungen werden mittels Gipskartonabkastungen verkleidet.

Die Ermittlung zum nötigen Investitionsvolumen zur Sanierung der beiden Sanitäranlagen finden Sie angefügt.

## **Ergänzung zur Kostenschätzung I Beschreibung der Arbeiten**

### **Kosten der Kostengruppe 300, Bauwerk – Baukonstruktion**

#### Abbrucharbeiten

Alle nachfolgend beschriebenen Leistungen inkl. notwendiger Entsorgung.

Abbruch der Wand- und Bodenfliesen

Abbruch der bestehenden WC-Trennwände inkl. deren Türen

Abbruch / Ausbau der vorhandenen Waschtische, Urinale und WC-Anlagen

Abbruch / Ausbau aller vorhandenen Einrichtungsgegenstände wie Spiegel

Abbruch der Eingangs- und Innentüren inkl. Zargen

#### Innenputzarbeiten

Durchführung aller notwendigen Beiputzarbeiten im Bereich von Elektro- und Sanitärinstallationen

#### Estricharbeiten

Verlegung eines schwimmenden Zementestrich als Höhenausgleich zum vorhandenen Flurniveau in beiden WC-Räumen

#### Trockenbauarbeiten

Verkleidung der bestehenden Heizungsleitungen als Abkofferung mit Gipskarton

Verkleidung der neuen Ständer für WC, Urinal und Waschtisanlagen mit Gipskarton

Schließen des vorhandenen Lochs der in der Trennwand zwischen den beiden Einheiten mit Gipskarton

Einbau einer Rasterdecke

#### Fliesenarbeiten

Lieferung und Verlegung von neuen Bodenfliesen

Lieferung und Verlegung von neuen Wandfliesen, rundherum gefliest auf 1,20 m Höhe

#### Schreinerarbeiten

Lieferung und Einbau von neuen Eingangstüren in die jeweilige Einheit

Lieferung und Einbau von neuen WC-Trennwänden inkl. Türen

#### Malerarbeiten

Alle nicht gefliesten Wandbereiche spachteln, schleifen und deckend in einer hellen Farbtönung streichen  
Tapezieren einer Raufasertapete

### **Kosten der Kostengruppe 400, Bauwerk – Technische Anlagen**

#### Sanitärarbeiten

Instandsetzung der Grundleitungen

Erstellen der Trinkwasserleitungen als Verbundrohr inkl. allen notwendigen Nebenarbeiten und Isolierungen

Einbau der sanitären Einrichtungsgegenstände wie WC's, Urinale und Waschtische

Einbau der Armaturen

Überprüfung der Lüftungs- und Heizungsrohre

#### Elektroarbeiten

Überprüfung der Elektroinstallation

Einbau einer LED-Deckenbeleuchtung in der Rasterdecke als LED-Panels

Einbau von Präsenzmeldern zur Lichtsteuerung

## Übersicht Kosten

### **Kosten der Kostengruppe 300, Bauwerk – Baukonstruktion**

Abbrucharbeiten	4.000,00 €
Innenputzarbeiten	1.600,00 €
Estricharbeiten	900,00 €
Trockenbauarbeiten	2.500,00 €
Fliesenarbeiten	5.500,00 €
Schreinerarbeiten	5.700,00 €
Malerarbeiten	<u>3.500,00 €</u>

Kosten der Kostengruppe 300 23.700,00 €

### **Kosten der Kostengruppe 400, Bauwerk – Technische Anlagen**

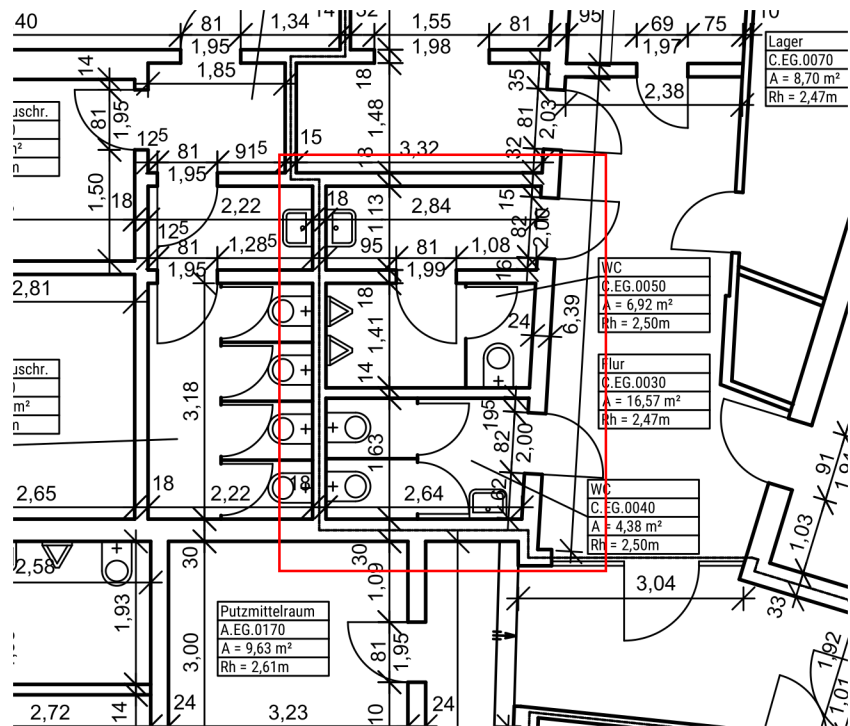
Sanitärarbeiten	19.500,00 €
Elektroarbeiten	<u>5.500,00 €</u>

Kosten der Kostengruppe 400 25.000,00 €

Kosten der Kostengruppe 300 + 400 48.700,00 €  
zzgl. 19 % MwSt 9.253,00 €

**Gesamtkosten brutto** **57.953,00 €**

<b>Allgemeine Angaben</b>	
Bauherr	<b>Stadt Korschenbroich, Amt 60 / Gebäudewirtschaft, Herr Florack, Don-Bosco-Str. 6, 41352 Korschenbroich</b>
Entwurfsverfasser	<b>Kauth Architekten PartG mbB, Yorckstrasse 75 in 47800 Krefeld</b>
Bezeichnung der Baumaßnahme/Bauabschnitt	<b>Sanierung zweier WC-Anlagen des Jugendheims "Sintflut"</b>
Ort des Baugrundstücks	<b>Am Buscherhof, 41352 Korschenbroich</b>
<b>Grundlagen für die Kostenberechnung *)</b> (DIN 276/12.08, Ziffer 2.4.3)	
Planungsunterlagen, z. B. durchgearbeitete Entwurfszeichnungen (Maßstab nach Art und Größe des Bauvorhabens), gegebenenfalls auch Detailpläne mehrfach wiederkehrender Raumgruppen	<input type="checkbox"/>
Berechnung der Mengen von Bezugseinheiten der Kostengruppen	<input type="checkbox"/>
Erläuterungen, z. B. Beschreibung der Einzelheiten in der Systematik der Kostengliederung, die aus den Zeichnungen und den Berechnungsunterlagen nicht zu ersehen, aber für die Berechnung und die Beurteilung der Kosten von Bedeutung sind	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kostenstand *)</b> (DIN 276/12.08, Ziffer 3.3.10)	
Zeitpunkt der Ermittlung	Monat/Jahr: <u>01 / 2026</u> Indexstand: <u>A</u> , __ (20 __ = 100)
<b>Umsatzsteuer *)</b> (DIN 276/12.08, Ziffer 3.3.11)	
in den Kostenangaben ist die Umsatzsteuer enthalten ("Brutto-Angabe")	<input type="checkbox"/>
in den Kostenangaben ist die Umsatzsteuer nicht enthalten ("Netto-Angabe")	<input checked="" type="checkbox"/>
nur bei einzelnen Kostenangaben (z. B. übergeordnete Kostengruppen) ist die Umsatzsteuer ausgewiesen	<input type="checkbox"/>
<b>Anlagen</b>	
Ergänzende Beschreibung zur Kostenschätzung	Seitenanzahl: _____
sonstige Anlagen: _____	
<b>Aufgestellt</b>	
Ort, Datum, Name, Unterschrift	
Krefeld, den 21.01.2026	



BAUVORHABEN:  
Sanierung WC-Einheiten  
Jugendgruppe "Sintflut"  
Am Buscherhof  
41352 Korschenbroich

BAUHERR:  
Stadt Korschenbroich  
Gebäudemanagement  
Don-Bosco-Str. 6  
41352 Korschenbroich

ARCHITEKT  
KAUTH ARCHITEKTEN PartG mbB  
YORCKSTRASSE 75  
47800 KREFELD  
TEL 02151-3253300

PLANUNG:  
Grundriss WC  
Bestandsplanung  
M.1:100

Gesehen und Genehmigt am  
Architekt Bauherrschafft

PLAN- NR UND INDEX BEACHTEN  
BEI UNGÜLTIGKEIT DURCH ERSCHEINEN  
EINES NEUEN PLANES WIRD DIESER PLAN  
NICHT EINGEZOGEN ALLE MAßE SIND  
EIGENVERANTWÖRTLICH BEI DER AUS-  
FUHRUNG VOR ORT ZU PRÜFEN  
UND EVENTUELLE ÄNDERUNGEN DER  
BAULEITUNG UNVERZÜGLICH MITZUTEILEN

INDEX	ÄNDERUNG / DATUM



**Sitzungsvorlage-Nr. 51/1004/XVIII/2026**

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung	Zuständigkeit
Jugendhilfeausschuss	03.06.2026	öffentlich	Kenntnisnahme

**Tagesordnungspunkt:  
Digitaler Familienkompass**

**Sachverhalt:**

Im September 2009 veröffentlichte das Familienbüro erstmals den Familienkompass -eine Ratgeberbroschüre für Familien im Rhein-Kreis Neuss- in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden.

Im kreisweit erschienenen Familienkompass fanden Familien einen Überblick über Informationen und Anlaufstellen rund um das Thema Familie. Von der Schwangerschaft bis zum Leben im Alter spannte der Ratgeber inhaltlich einen weiten generationenübergreifenden Bogen. In acht Kapiteln gab es nützliche Tipps, Hinweise und Kontaktadressen für den Familienalltag. Insbesondere im Kapitel „Rat und Hilfe“ fanden sich unterstützende Beratungsstellen für die Probleme und Herausforderungen des Familienlebens.

Der Familienkompass erschien in seiner 4. Auflage letztmalig im Jahr 2021 in Printform.

Der neue digitale Familienkompass startete am 22. April 2026 als Website: familienkompass-rkn.de, die auch wie eine App genutzt werden kann. In einer Pressekonferenz am 22.4.2026 wurde dies der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Familienkompass ist eine zentrale Informationsplattform des Jugendamtes Rhein-Kreis Neuss für alle Familienrelevanten Themen. Hier finden Familien eine bunte Palette von wertvollen Informationen, Familienbildungsangeboten, Veranstaltungstipps, Videos und die passenden Ansprechpartner für ihr Anliegen.

Bei der technischen Umsetzung, fiel die Wahl auf eine Software-as-a-Service-Lösung, die kommunal übergreifend bereits von über 30 weiteren Städten und Kreisen in Deutschland gemeinschaftlich genutzt wird. Als technischer Anbieter steht dem Familienbüro die Würzburger Designagentur Studio Nomai zur Seite.

Ein Kernstück der neuen Website ist der Veranstaltungskalender. Veranstalter sind eingeladen passende Angebote, wie Aktionen, Feste, Veranstaltungen und Kursangebote für Familien, Eltern oder Kinder dort einzutragen.

Natalia Crespín, Sozialpädagogin und Kommunikationsdesignerin im Familienbüro, hat das Projekt umgesetzt und den digitalen Familienkompass erstellt.  
In der Sitzung des Jugendhilfeausschuss wird sie diesen präsentieren.

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Präsentation zur Kenntnis.